

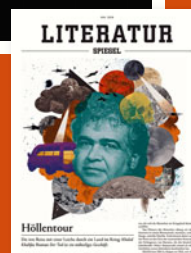
GOTT, ACH GOTT, ACH GOTT!

Kopftuch, Kreuz, Kippa: Das deutsche Ringen um Identität –
der Glaube und sein Missbrauch

Gabriel und Schulz
Wie kann ein Abschied
würdevoll gelingen?

Hilflos im Kreißsaal
Viele Babys, zu
wenige Hebammen

LITERATUR SPIEGEL
Erzählte Heimat: Preußen,
Syrien, Deutschland



DIE EROBERUNG DIGITALEN WELT.

DER BMW 5er. MIT BUSINESS PAKET* UND
BMW DIESEL-RÜCKNAHMEVERSPRECHEN**.



DIESEL
RÜCKNAHME
VERSPRECHEN

*Business Paket optional erhältlich. **Das BMW Diesel-Rücknahmeversprechen gilt, wenn die folgenden Voraussetzungen kumulativ erfüllt sind: Eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ordnet nach der Grundsatzentscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 27.02.2018 ein Fahrverbot ausschließlich für Dieselfahrzeuge zum Zwecke der Luftreinhaltung innerhalb einer Gemeinde im deutschen Bundesgebiet an. Das Fahrverbot tritt während der Laufzeit des Leasingvertrages in einer Gemeinde in einem Radius von 100 Kilometern um den melderechtlichen Erstwohnsitz oder die Arbeitsstätte des Leasingnehmers in Kraft und das vertragsgegenständliche Fahrzeug ist von dem Fahrverbot betroffen. Der Leasingnehmer schließt einen mit dem bisherigen Leasingvertrag vergleichbaren Anschlussvertrag über ein Fahrzeug der Marke BMW oder MINI bei der BMW Bank GmbH, Heidemannstraße 164, 80939 München ab. Als Fahrverbot gilt, wenn einmalig an einem Wochentag (Werktag, Sonn- und Feiertag) die Einfahrt in ein Gebiet untersagt wird. Als ein vergleichbarer Anschlussvertrag gilt ein Leasingvertrag, der im

DER



Freude am Fahren



Vergleich zum bisherigen Leasingvertrag einen maximal um 15 % geringeren Fahrzeug-Grundpreis vorsieht, oder ein Finanzierungsvertrag, der den gleichen oder einen höheren Fahrzeug-Kaufpreis im Vergleich zum Fahrzeug-Grundpreis des bisherigen Leasingvertrages vorsieht. Dieses Angebot ist innerhalb des Aktionszeitraumes vom 15.03.2018 bis 30.06.2018 bei Neufahrzeugen und Vorführwagen der Marke BMW verfügbar. Die Konditionen des Anschlussvertrages (Leasingentgelt, Laufzeit, Laufleistung des Leasingfahrzeuges etc.) richten sich nach dem durch Leasing oder Finanzierung zu finanzierenden Fahrzeug sowie nach den zum Zeitpunkt des Abschlusses des Anschlussvertrages bei der BMW Bank GmbH, Heidemannstraße 164, 80939 München für derartige Leasing- und Finanzierungsverträge allgemein gültigen Konditionen und Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Für weitere Bedingungen und Informationen zum BMW Diesel-Rücknahmeversprechen besuchen Sie bitte www.bmw.de/diesel-ruecknahmeversprechen oder fragen Sie Ihren BMW Partner. Abbildung zeigt Sonderausstattungen.

DIGEL

THE MENSWEAR CONCEPT

Hausmitteilung

Betr.: Macron, Diesel, Abschiebehaft, Rohingya

Fasziniert blickte die Welt diese Woche auf die »Bromance«, die geradezu innig wirkende Brüderschaft zwischen dem Präsidenten Frankreichs und dem der USA. Korrespondentin Julia Amalia Heyer begleitete Emmanuel Macron auf seiner Reise nach Washington. Als einzige Journalistin aus Europa konnte sie mit dem Franzosen im kleinen Kreis diskutieren. Wie ein Popstar sei Macron empfangen worden, sagt Heyer. Der junge Präsident sei ein Meister der Selbstinszenierung. Bei Trump allerdings geriet Macron an die Grenzen seiner Verführungskunst. »Es war nicht klar auszumachen, wer von den beiden die Oberhand hatte«, sagt Heyer. »Macron sieht sich als letzte Verbindung der USA zu den Werten der westlichen Welt; ob er bei Trump wirklich etwas bewirken kann, muss sich aber noch zeigen.« **Seite 84**



Traufetter, Kolke in Landsberg

Wie einfach Dieselfahrzeuge sauber werden könnten, erfuhr Redakteur Gerald Traufetter in dieser Woche beim ADAC im bayerischen Landsberg. Im Testlabor stand dort ein Opel Astra bereit, dessen Abgasanlage mit einem speziellen SCR-Katalysator nachgerüstet worden war. Bis zu 70 Prozent weniger giftige Stickoxide stoße der Wagen aus, erklärte ihm ADAC-Technikchef Reinhard Kolke. Kurzerhand bockten die Techniker das Fahrzeug auf und demonstrierten, wie elegant sich der Katalysator in den Wagenboden integrieren lässt. »Die Autokonzerne weigern sich dennoch, solche einfachen und kostengünstigen Nachrüstungen anzubieten«, berichtet Traufetter. »Es ist atemberaubend, wie sie ihre Kunden für dumm verkaufen.« **Seite 28**

In einem Waldgebiet in Westfalen liegt Deutschlands größtes Abschiebegefängnis. Rund 140 Menschen sind dort in Haft und warten darauf, dass ein Flugzeug sie in ihre Heimat zurückbringt. Redakteur Lukas Eberle war überrascht, im Innenhof des Gefängnisses ein Beachvolleyballfeld vorzufinden. Wie oft darauf gespielt werde? Fast nie, antwortete man ihm. Warum die Lust am Ballspiel fehlt, verstand Eberle, als er an interne Berichte aus der Anstalt kam. Randalen und Selbstverletzungen sind dort offenbar alltäglich. Die Häftlinge sind verzweifelt, die Wärter fühlen sich alleingelassen. Über Abschiebungen zu entscheiden sei das eine, sagt Eberle: »Es braucht aber dringend auch eine Diskussion darüber, wie mit den Flüchtlingen hinter den Mauern umgegangen werden soll.« **Seite 42**



Eberle



Ehlers in Myanmar

In Myanmar waren sie eine kleine Sensation, die zwölf internationalen Journalisten, die erstmals seit der Massenflucht der muslimischen Rohingya die Gebiete an der Grenze zu Bangladesch bereisen durften. Redakteurin Fiona Ehlers bekam von stolzen Staatsbeamten leere Siedlungen vorgeführt, die gebaut worden waren, damit rund 700 000 geflohene Rohingya bald zurückkehren können. Das Problem: Kein Muslim traut sich. Warum das so ist, erfuhr Ehlers, nachdem es ihr gelungen war, den Regierungstrip zu verlassen und ein von

Militärposten bewachtes Rohingya-Dorf zu besuchen: Der Hass zwischen Buddhisten und Muslimen sitzt derart tief, dass eine Versöhnung unmöglich erscheint. »Für die Rohingya ist es ein Tod auf Raten«, sagt Ehlers, »und der Welt wird vorgegaukelt, dass ein friedliches Zusammenleben das Ziel sei.« **Seite 92**

Investitionen

sicher entscheiden?

Da brauche ich aktuelle

Geschäftszahlen.



Mit den digitalen DATEV-Lösungen haben Sie jederzeit den Überblick über Ihre aktuellen Geschäftszahlen. Und sind direkt mit Ihrem Steuerberater verbunden. So können Sie anstehende Investitionen sicher entscheiden. Informieren Sie sich im Internet oder bei Ihrem Steuerberater.

[Digital-schafft-Perspektive.de](https://www.digital-schafft-perspektive.de)



Zukunft gestalten. Gemeinsam.

Inhalt

71. Jahrgang | Heft 18 | 28. April 2018

Titel

Identität Kippa, Kreuz und Kopftuch: der Kampf um Religion und Leitkultur 14

Religion Anwälte fordern einen besseren Schutz jüdischer Schüler 18

Essay Maram Stern über den neuen deutschen Antisemitismus 22

Deutschland

Leitartikel Deutschland muss endlich EU-Politik machen 10

Meinung Der gesunde Menschenverstand / So gesehen: Der neue Echo wird bestimmt ganz toll 12

Seehofer-Pläne zum Familien-nachzug ärgern Außenminister Maas / Geforderte Plastiksteuer nur Aktionismus? / EU will Frontex-Truppe verdreifachen 24

Verkehr Die Bundesregierung verschärft die Dieselkrise ... 28

SPD Parteichefin Andrea Nahles fordert im SPIEGEL-Gespräch einen grundlegenden Umbau des Sozialstaats 32

Karrieren Wie Sigmar Gabriel und Martin Schulz mit ihrem Machtverlust umgehen 36

Europa Die Konservativen im EU-Parlament legen sich mit Ungarns Regierungschef Viktor Orbán an 39

Asyl Eine Bamf-Beamtin verschaffte womöglich Hunderten Flüchtlingen zu Unrecht einen Aufenthaltstitel 40
Morddrohungen und Randalen – in Deutschlands größter Abschiebehaftanstalt eskaliert die Lage 42



LEON EDLER / DER SPIEGEL

Kampf um die Leitkultur

Das Kruzifix in Bayern, die Kippa in Berlin: Religiöse Symbole beherrschen die Debatte. Dabei geht es weniger um den Glauben – sondern um eine Neubestimmung der bundesdeutschen Identität. Sie ist herausgefordert wie seit 1968 nicht mehr. **Seiten 14 bis 22**



SAMMY MINKOFF / IMAGO

Nach dem Ende

Martin Schulz und Sigmar Gabriel haben manches gemeinsam. Derzeit aber werden die Unterschiede zwischen ihnen deutlich wie selten zuvor. Während Gabriel unentwegt die SPD provoziert, reiht Schulz sich geräuschlos ein – bislang. **Seite 36**

Sozialstaat Minister Jens Spahn will das Pflegeprogramm der Regierung aufstocken 46

NSU Freundin oder Komplizin? Die Rolle der Zschäpe-Vertrauten Susann E. 48

Debatte Inklusion muss auch am Gymnasium stattfinden 51

Babyboom Immer mehr Kliniken schicken Schwangere fort, weil ihnen Hebammen fehlen 52

Behörden Der Widerstand der Beamten gegen das Informationsfreiheitsgesetz 54

Gesellschaft

Früher war alles schlechter: Zur Lage der Demokratie / Gehört die Tofu-Bratwurst zu Deutschland? 56

Eine Meldung und ihre Geschichte Warum ein Geschäftsmann sich nach 17 Jahren für einen Hotelbesuch entschuldigt ... 57

Heimat Deutsche Landschaften verschwinden zunehmend unter Beton – eine Reise entlang einer Autobahn 58

Kolumne Leitkultur 64

Wirtschaft

Amazons Macht wächst / Ein Viertel aller Fernzüge ist unpünktlich / E.ons Uniper-Deal droht zu platzen 66

Finanzen Trumps Steuerreform setzt andere Staaten unter Druck, doch Olaf Scholz hält sich zurück 68

Autoindustrie Die Opel-Mitarbeiter misstrauen dem französischen Eigentümer PSA 71

Umwelt Der Ölkonzern BP deklarierte giftige Raffinerierückstände als harmloses Industriegut **72**

Datenschutz SPIEGEL-Gespräch mit dem Aktivisten Max Schrems über seinen Kampf gegen Facebook und für zusätzliche Nutzerrechte ... **74**

Immobilien Beim Berechnen des Energiebedarfs von Häusern wird getrickst – zulasten von Käufern und Mietern **78**

Ausland

Wie Russland auf die Demonstrationen in Armenien reagiert / Aufstand gegen das Regime von Nicaraguas Präsident Daniel Ortega **82**

Frankreich Ein Jahr nach seinem Amtsantritt zelebriert Emmanuel Macron mit einem Staatsbesuch in Washington seine bisher größte Show ... **84**
Was bedeutet das Geturtel der beiden Präsidenten Trump und Macron? Eine Übersetzungshilfe **86**

Analyse Ist Donald Trumps Nordkorea-Außenpolitik erfolgreicher als die seines Vorgängers? **89**

Italien Im Dorf Brescello zeigt sich die Zukunft des Landes **90**

Myanmar Eine Reise zu den unterdrückten muslimischen Rohingya in Rakhine **92**

Sport

Die Niederlagenserie des FC Bayern / Magische Momente: DDR-Fußballidol Wolfgang Seguin über den Aufstieg Magdeburgs **97**

Doping Warum der Ex-Tour-Sieger Floyd Landis seinen ehemaligen Teamkollegen Lance Armstrong hasst **98**



Männer, die sich hassen

Floyd Landis und Lance Armstrong waren in einem Team, beide gewannen die Tour de France und wurden gesperrt, weil sie gedopt hatten. Aus Kameradschaft wurde Abneigung, schließlich Hass. Landis verklagte Armstrong. Warum? **Seite 98**

Das Geheimnis von Margiana

Schon 1972 stießen Forscher in Turkmenistan auf Ruinen einer uralten Stadt, doch der Sensationsfund wurde der Welt lange vorenthalten. Eine Schau in Berlin beleuchtet nun die überraschend moderne Hochkultur in der Wüste. **Seite 104**



Die Pop-Aktivistin

Die amerikanische Sängerin und Schauspielerin Janelle Monáe ist eine der lautesten Stimmen des antisexistischen Protests in der Musikindustrie. Zudem setzt sie sich für die »Black Lives Matter«-Bewegung ein, gegen Rassismus, gegen Polizeigewalt. **Seite 126**

Wissenschaft

Wie deutsche Kieferorthopäden Kinder behandeln / Piloten des Antonow-Todesflugs ignorierten Checkliste / Kommentar: Hirnforscher dürfen nicht alles dürfen **102**

Archäologie Wie lebten die Menschen vor 4000 Jahren im geheimnisvollen Königreich Margiana? **104**

Audio Knistern in HD – ein Österreicher veredelt die alte Vinylschallplatte **108**

Medizin Telefonischer Dolmetscherdienst für Krankenhäuser **110**

Mobilität Seilbahnen als Verkehrsmittel der Zukunft ... **112**

Bewegung Halten Hunde ihre Halter fit? **115**

Kultur

Kafka-Manuskript im Auktionshaus / Oskar Roehlers Kinoklamauk »HERRliche Zeiten« / Kolumne: Besser weiß ich es nicht **116**

Identitäten SPIEGEL-Gespräch mit dem Schriftsteller Ralf Rothmann über Heimat, Religion und die SPD **118**

Biografien Die Tetra-Pak-Erbin und Verlegerin Sigrid Rausing erzählt von der Drogensucht ihres Bruders **122**

Pop Janelle Monáe überschreitet die Grenze zwischen Musik und Aktivismus ... **126**

Idole Der DJ Avicii lebte ein modernes Popmärchen – nun ist er tot **128**

Filmkritik Der Politthriller »7 Tage in Entebbe« **129**

Bestseller **125**
Impressum, Leserservice ... **132**
Nachrufe **133**
Personalien **134**
Briefe **136**
Hohlspiegel / Rückspiegel ... **138**



Update für die Straße.

Die neue A-Klasse ist ein Auto, das sich Dir anpasst. Nicht umgekehrt. Sie merkt sich Deine Gewohnheiten und lässt sich intuitiv bedienen – wir nennen das MBUX, die benutzerfreundliche Vernetzung von Fahrer und Auto. Ab dem 5. Mai bei Deinem Mercedes-Benz Partner.

www.mercedes-benz.de/aklasse

Leasingbeispiel für Privatkunden² A200^{1, 3} mit Start-Paket⁴

Kaufpreis ab Werk ⁵	34.289,25 €
Leasing-Sonderzahlung	2.190,00 €
Gesamtkreditbetrag	34.289,25 €
Gesamtbetrag	12.954,00 €
Laufzeit in Monaten	36
Gesamtlaufleistung	30.000 km
Sollzins, gebunden, p. a.	-1,87%
Effektiver Jahreszins	-1,85%

36 mtl. Leasingraten à	299,00 €
-------------------------------	-----------------

¹Kraftstoffverbrauch A200 innerorts/außerorts/kombiniert (l/100 km): 6,9–6,8/4,8–4,4/5,6–5,2; CO₂-Emissionen kombiniert (g/km): 128–120.

Jetzt die neue A-Klasse ganz einfach per Knopfdruck online kaufen und innerhalb von 14 Tagen hinter dem Steuer sitzen:

www.online-store.mercedes-benz.de

²Ein Leasingbeispiel der Mercedes-Benz Leasing GmbH, Siemensstraße 7, 70469 Stuttgart. Stand 03/18. Ist der Darlehens-/Leasingnehmer Verbraucher, besteht nach Vertragsschluss ein gesetzliches Widerrufsrecht nach § 495 BGB. Angebot gültig bis 30.06.2018. ³Die angegebenen Werte wurden nach dem vorgeschriebenen Messverfahren ermittelt. Es handelt sich um die „NEFZ-CO₂-Werte“ i. S. v. Art. 2 Nr. 1 Durchführungsverordnung (EU) 2017/1153. Die Kraftstoffverbrauchswerte wurden auf Basis dieser Werte errechnet. Die Angaben beziehen sich nicht auf ein einzelnes Fahrzeug und sind nicht Bestandteil des Angebots, sondern dienen allein Vergleichszwecken zwischen verschiedenen Fahrzeugtypen. Die Werte variieren abhängig von den gewählten Sonderausstattungen. ⁴Aktiver Park-Assistent mit PARKTRONIC, LED High Performance-Scheinwerfer, Touchpad, Navigation Basis-Paket, Sitzheizung für Fahrer und Beifahrer. ⁵Unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers, zzgl. lokaler Überführungskosten. Anbieter: Daimler AG, Mercedesstraße 137, 70327 Stuttgart.



Das Macron-Dilemma

Leitartikel Wie Kanzlerin Merkel auf die Reformvorschläge aus Paris reagieren sollte

Es ist noch gar nicht lange her, da gaben Emmanuel Macron und Angela Merkel das Traumpaar der europäischen Politik. Von einer »sehr engen Beziehung« schwärmte Frankreichs Präsident. Über eine »äußerst vielversprechende Zusammenarbeit« freute sich die Kanzlerin. Gemeinsam, so schien es im vergangenen Sommer, könnten die beiden wichtigsten Europäer dem Kontinent neuen Schwung verleihen.

Acht Monate später ist vom »Zauber des Anfangs« (Merkel) nicht mehr viel zu spüren. Ihre gemeinsamen Auftritte wirken gezwungen und verkrampft, und die Bundesregierung findet keine Antwort auf die Vorschläge Macrons zur Reform der Eurozone. Anstatt ein eigenes Konzept vorzulegen, spielt Merkel auf Zeit und läuft so Gefahr, eine historische Chance zu verpassen: gemeinsam mit einem französischen Reformpräsidenten einen Neustart der Währungsunion zu begründen, der Solidarität mit Solidität verbindet. Jenen Prinzipien also, die für das Funktionieren des Währungsverbundes alternativlos sind.

Es geht schon damit los, dass es die deutsche Politik bis heute nicht vermocht hat, Macrons Ideen nüchtern zu bewerten. Auf der einen Seite ist unbestritten, dass die Währungsunion dringend repariert werden muss. Die Haushalts- und Schuldenregeln wurden inzwischen so oft verwässert und verkompliziert, dass sie niemand mehr versteht und sich keiner daran hält. Der Eurozone fehlen Instrumente, um frühzeitig auf konjunkturelle Krisen reagieren zu können. Und wenn Europa mehr investieren will, muss sich Kommissionschef Jean-Claude Juncker das nötige Geld jedes Mal mühsam bei den nationalen Regierungen zusammenbetteln.

Auf der anderen Seite räumen selbst Macrons glühendste Anhänger ein, dass seine konkreten Vorschläge kaum geeignet sind, die Misere zu beheben. Im Gegenteil: Ein europäischer Finanzminister, wie ihn Macron fordert, würde in Brüssel wahrscheinlich mehr Verwirrung als Klarheit schaffen, weil niemand wusste, ob der Ressortchef nun den EU-Institutionen oder den nationalen Regierungen verantwortlich ist.

Kaum weniger fragwürdig ist die Idee, einen eigenen Haushalt für die Eurozone in dreistelliger Milliardenhöhe zu schaffen. Um den Plan zu finanzieren, müssten die EU-Länder entweder gigantische Sparprogramme auflegen oder in großem Stil die Steuern erhöhen. Das eine ist so

unrealistisch wie das andere, und so ist es kein Wunder, dass der Vorschlag außerhalb Frankreichs so gut wie keine Unterstützer findet.

Umso wichtiger wäre es, wenn die Bundesregierung gemeinsam mit Macron ein realistischeres Konzept erarbeiten würde. Doch damit sind die Spitzen der Großen Koalition offenbar überfordert, weil sie die Eurofrage wie üblich nicht mit kühlem Kopf, sondern mit heißem Herzen diskutieren. Die einen wittern die Chance, mit Macrons Rezepten quasi über Nacht die Vereinigten Staaten von Europa zu schaffen, der frühere SPD-Chef Martin Schulz beispielsweise. Die anderen machen mit eurokritischen Tönen Stimmung gegen den Franzosen, um – wie die CSU im bayerischen Landtagswahlkampf – der AfD Stimmen abzuführen. Es gehört zu den Absurditäten der deutschen Währungsdebatte, dass Europas Euphoriker dem Projekt oft genauso viel Schaden zufügen wie die Skeptiker.

Dabei liegen vernünftige Reformpläne längst auf dem Tisch. Eine deutsch-französische Ökonomengruppe hat schon vor Monaten ein Konzept für einfachere und praxisnähere Haushaltsregeln vorgestellt. Vom früheren Finanzminister Wolfgang Schäuble stammt der Plan, den Europäischen Rettungsschirm ESM zu einem Währungsfonds weiterzuentwickeln, der auch vorbeugend Konjunkturlinien ausreichen könnte. Und bei den

nächste Woche beginnenden Haushaltsverhandlungen in Brüssel könnten Europas Politiker wichtige Weichen stellen, indem sie einen Teil der verschwenderisch hohen Agrarausgaben in einen neuen, wichtigen Investitionset lenken würden.

Kompromisse zeichnen sich längst ab; doch die Kanzlerin liebäugelt offenbar mit der Idee, die Debatte so lange auszusetzen, bis sie sich von selbst erledigt. Gibt es bis zum Sommer kein mehrheitsfähiges Konzept, so heißt es in Brüssel, wird Macrons Reformplan im aufziehenden Europawahlkampf zerrieben.

Lieber nicht entscheiden als riskant entscheiden, so lautet seit je das Rezept der Kanzlerin. Oft war es erfolgreich; diesmal aber ist es falsch, weil Europa dadurch die Chance auf wichtige Reformen verpassen könnte.

Dann, so prognostizieren Fachleute, wird die Gemeinschaftswährung die nächste Finanzkrise nicht überleben.

Michael Sauga



Merkel, Macron

JOHN MACDOUGALL / AFP



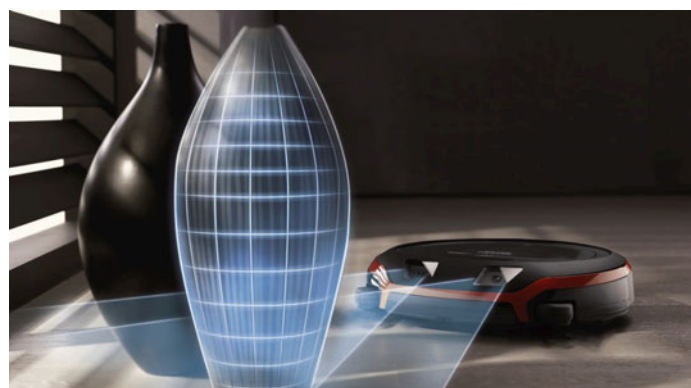
Startet, wenn Sie starten.

Der neue Saugroboter Scout RX2.

Miele. Immer Besser.

Der neue Saugroboter Miele Scout RX2 mit Quattro Cleaning Power und MobileControl kümmert sich um Ihr Zuhause, wenn Sie unterwegs sind. Egal, wo Sie sind – Ihre Böden werden zuverlässig gereinigt.

Seine starke Reinigungsleistung auf allen Bodenbelägen verdankt der Scout RX2 seinem vierstufigen Reinigungssystem *Quattro Cleaning Power*. Dieses besteht aus einschwengbaren Seitenbürsten für Ecken und Randbereiche sowie einer Saugöffnung mit Bürstenwalze im vorderen Bereich zur Aufnahme des Grobschmutzes. Im hinteren Bereich wird der Feinschmutz durch eine Saugöffnung aufgenommen und der bürstenlose Motor ist besonders energieeffizient und langlebig.

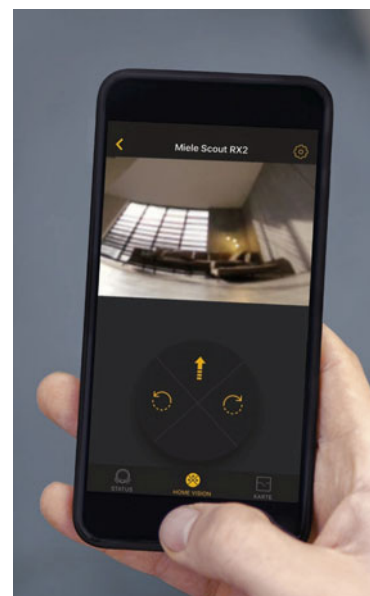


Durch die Räume findet der Scout RX2 seinen Weg mit der *3D Smart Navigation*. Kernelement dabei sind zwei Frontkameras, die ein Stereobild erzeugen, das Räume und Objekte dreidimensional erfasst. So lassen sich Hindernisse besser erkennen, Entfernungen präziser berechnen sowie Kursabweichungen genauer erfassen und gegebenenfalls korrigieren. Sieben Infrarotsensoren im Frontbereich schützen vor Kollisionen mit Möbeln oder sonstigen Gegenständen. Drei weitere Infrarotsensoren unter dem Gerät erfassen beispielsweise Treppenstufen und verhindern so einen ungewollten Etagenwechsel. Ein sogenannter Gyrosensor, der Drehbewegungen misst, ermöglicht in Verbindung mit weiteren Sensoren zuverlässige Navigation auch bei völliger Dunkelheit.

Während der Scout RX2 durch die Wohnung navigiert, legt er von den gereinigten Wohnbereichen eine Karte an. So kann jederzeit verfolgt werden, an welcher Stelle sich der Scout RX2 gerade befindet und welche Bereiche bereits gereinigt wurden.

Der Scout RX2 ist vernetzt und kann über eine App¹⁾ mobil gesteuert werden. Über die App lässt sich das Gerät von jedem Ort aus starten, der aktuelle Status kann angezeigt und der Timer programmiert werden. Auch eine manuelle Steuerung per App ist möglich, etwa um gezielt stark verschmutzte Stellen anzufahren. Eine spannende und hochnützliche Zusatzfunktion bietet das Spitzengerät *Scout RX2 Home Vision*. Hier lässt sich das Kamerabild des Saugroboters live auf Tablet oder Smartphone übertragen.²⁾

So kann nicht nur verfolgt werden, wo der Roboter gerade seinen Dienst verrichtet. Auch der praktische Blick von unterwegs, ob zu Hause alles seine Ordnung hat, ist jederzeit möglich. Die Daten sind zuverlässig geschützt, denn alle Bilder werden verschlüsselt übertragen und erst beim Empfänger wieder entschlüsselt (Ende-zu-Ende-Verschlüsselung).



¹⁾ verfügbar für ein mobiles Endgerät (Mindestanforderung Android 4.2+ und iOS 9+)

²⁾ Die Übertragungsqualität ist abhängig von der Geschwindigkeit Ihres Internetanschlusses zu Hause sowie Ihres mobilen Endgerätes.

Markus Feldenkirchen **Der gesunde Menschenverstand**

Asibnb



Neulich hörte ich am Nebentisch, wie zwei Männer damit prahlten, wie leicht es sei, Amerikaner abzuzocken. Einer erzählte, er habe seine 45-Quadratmeter-Wohnung in Berlin-Mitte jetzt den Sommer über an ein Pärchen aus New York vermittelt. Für mehr als 2000 Euro im Monat. Und die hielten das sogar noch für ein Schnäppchen. Der andere vermietet seine ähnlich große Wohnung nur wochenweise, nimmt dafür aber 1000 Euro. Beide Herren hatten denselben Komplizen für ihre Abzocke. Airbnb.

Wie viele andere Ideen aus dem Silicon Valley klang auch die Airbnb-Idee anfangs sympathisch, sie hatte sogar einen sozialen Kern. Menschen sollten bei Menschen übernachten, in deren Privatwohnung oder WG. Endlich gab es eine Alternative zu anonymen Hotels. Airbnb stand für ein individuelles Reisen, für Völkerverständigung zu schmalen Preisen. Ein Hauch von Interrail. Nur ohne Zug.

Dann kamen die Geier. Inzwischen ist Airbnb eine Hüpfburg für gierige Privatbesitzer und professionelle Spekulanten. In beliebten Großstädten trieben Airbnb und andere Plattformen die Mieten in die Höhe und sorgten für die Verknappung von Wohnraum. Aus der kurzfristigen Vermietung über Airbnb lässt sich nämlich zigfach so viel

Profit schlagen wie aus einer gesetzestreu, langfristigen Vermietung. In Palma de Mallorca sind die Mieten in den vergangenen fünf Jahren auch wegen dieser Zweckentfremdung von Wohnraum um rund die Hälfte gestiegen. In Berlin, Hamburg, Köln oder München stiegen die Mietspiegel ebenfalls drastisch. Diese asoziale Seite von Airbnb fand bislang eher weniger Beachtung.

In Berlin versuchte die Politik, mit immer neuen Maßnahmen wenigstens halbherzig gegenzusteuern. Aber um diese zu kontrollieren, fehlten Geld und Personal.

Wie man es macht, hat nun die Regierung der Stadt Palma de Mallorca gezeigt. Sie will die Vermietung auf Airbnb ab 1. Juli einfach verbieten. Es ist gar nicht schwer und tut nicht mal weh. Viel zu lange wurde über die Ohnmacht der Politik gegenüber global operierenden Internetgiganten gejammert. Am meisten jammerten darüber übrigens Politiker selbst.

Dabei gibt es ein schönes, bewährtes Mittel gegen Selbstmitleid, Larmoyanz. Was es braucht, ist beherztes, entschiedenes Handeln.

Hasta la victoria siempre! Das ist Spanisch und bedeutet: Von Palma lernen heißt siegen lernen. So ungefähr jedenfalls.

An dieser Stelle schreiben Jakob Augstein, Jan Fleischhauer und Markus Feldenkirchen im Wechsel.

So gesehen

Ausgezeichnet!

Der Musikpreis Echo wird abgeschafft. Und alles wird gut.

● Nur knapp zwei Wochen nachdem – ausgerechnet am israelischen Holocaustgedenktag – ein bestenfalls geschmacklos, schlimmstenfalls antisemitisch zu nennendes Werk des Rapperduos Farid Bang und Kollegah mit dem deutschen Musikpreis Echo ausgezeichnet worden ist, zieht der Vorstand des Bundesverbands Musikindustrie jetzt knallhart Konsequenzen: Die Marke sei »beschädigt«, der Echo werde abgeschafft.



Jetzt soll schnell ein neuer Preis erfunden werden, selbstverständlich unter Berücksichtigung der »Erwartungen aus der Branche«, wie es in der Erklärung des Bundesverbands weiter heißt. Man will sich auch künftig dafür feiern, möglichst viele Tonträger abverkauft zu haben. Dass darunter weiterhin Tonträger zweifelhaften Inhalts sind, soll durch gewichtige Jury-Entscheidungen kaschiert werden.

Zu erwarten ist nun also eine Hitparade, die um geschmacklose, antisemitische, frauenverachtende und gewaltverharmlosende Verkaufsschlager bereinigt ist. Da sich – wie jeder weiß – junge Hörer beim Musikkaufl ausschließlic an pädagogisch wertvollen Listen erbaulicher Klangdarbietungen orientieren, steht der Besserung unserer Gesellschaft endlich nichts mehr im Wege. Bald wird sich niemand mehr für schlimmen Gangsta-Rap interessieren. Das Genre stirbt einfach aus, niemand ist mehr antisemitisch oder andersartig böse, alle haben sich lieb. Verdanken werden wir dies einem brandneuen bedeutenden deutschen Pop-Preis mit einem klangvollen Namen, der seiner Relevanz entspricht: dem Egaló. Stefan Kuzmany

Kittihawk



Wir sorgen dafür, dass Sie mobil bleiben.

Mit unserer **Deutschland Garantie** bleiben Sie auch in Zukunft mobil:

Entscheiden Sie sich heute für einen Diesel EU6 (Neu- oder Jahreswagen) mit Deutschland Garantie. Sollte dieser von einem Fahrverbot betroffen sein, nehmen wir Ihr Dieselfahrzeug in Zahlung und Sie erhalten zusätzlich zum DAT-Schätzwert noch eine modellabhängige Prämie, z. B. bis zu 5.000 € bei Erwerb eines neuen Golf.¹

So sind Sie immer auf der sicheren Seite – ganz gleich, welchen Volkswagen Sie in Zukunft auch fahren.



We Jetzt erhältlich in
Ihrem App-Store.

Wir bringen die Zukunft in Serie.



Volkswagen

¹Im Aktionszeitraum vom 01.04.2018 bis 30.06.2022 erhalten Sie beim Kauf eines neuen Volkswagen Pkw oder Jahreswagens eine modellabhängige Prämie von bis zu 10.000 €, wenn der von Ihnen im Zeitraum 01.04.2018 bis 31.12.2018 in Deutschland gekaufte Volkswagen Pkw Diesel EU6 von einem offiziellen Einfahrverbot zum Zwecke der Luftreinhaltung mindestens an einem Tag betroffen ist und die Neubestellung innerhalb des Monats des Einfahrverbots bzw. des darauf direkt folgenden Monats erfolgt. Der Zeitraum zwischen Zulassung des aktuellen Fahrzeugs und dem relevanten Einfahrverbot darf maximal 36 Monate betragen. Das Angebot gilt für Privatkunden und gewerbliche Einzelabnehmer. Nähere Informationen erhalten Sie bei Ihrem teilnehmenden, autorisierten Volkswagen Partner.



OMRI GADOL / DER SPIEGEL

Kundgebung gegen Antisemitismus am 25. April in Berlin: Diese 47 Sekunden

Krach im Kiez

Identität Die CSU lässt Kreuze aufhängen, der Zentralrat der Juden warnt Kippaträger. Dazu der ewige Streit ums Kopftuch – der Kampf um religiöse Symbole ist ein Kampf um die Leitkultur dieses Landes.

Kiez. Das klingt ein bisschen nach Folklore, nach Heimat. Nach Hoffnung auf ein gutes Leben im Kleinen, auf ein richtiges im falschen, die Sehnsucht nach Geborgenheit und Nachbarschaft, danach, dass die Welt eigentlich eine Welt aus lauter Kiezen sein müsste, in der sich die Menschen kennen und mögen, und wenn sie sich mal nicht so sehr mögen, was ja vorkommen kann, einander auf jeden Fall in Ruhe lassen.

Der Helmholtzkiez in Prenzlauer Berg ist eines der bekanntesten Viertel Berlins. Den Helmholtzplatz, der diesem Kiez, dieser Ecke der Stadt, den Namen gibt, nennen die Berliner Helmi, was sich nett anhört und gemütlich. Hier findet sich das global fühlende Berlin der Offenheit und Toleranz, es ist ein Zentrum eines universalen Lebensstils, wo die Leute ganz selbstverständlich Deutsch oder Englisch sprechen und im Zweifel eher Englisch. Und seitdem vor ein paar Jahren der Helmi sogar von Ratten befreit wurde, kann man sich in diesem Viertel so wohl fühlen wie ein Weltbürger im paradiesischen Safe Space, der für die Härten des Lebens und für die Konflikte dieser Welt nur ein Kopfschütteln übrighat.

Dann aber wagte am Dienstag vergangener Woche, an einem frühsonnigen Abend gegen 20 Uhr, Adam Armoush ein interessantes Experiment. Armoush ist ein 21-jähriger Israeli, seine Familie hat arabische, jüdische und christliche Wurzeln, er lebt erst seit drei Jahren in Deutschland, seit einem Monat in Berlin, kommt aus Haifa und studiert Tiermedizin. Er hat jüdische Freunde, und eigentlich ist er in der verfeindeten Welt des Nahen Ostens eine Figur des Ausgleichs. Ein Bekannter hatte ihm eine Kippa geschenkt, ihm aber auch gesagt, dass es gefährlich sei, sie offen auf den Straßen Berlins zu tragen, was Adam nicht glauben wollte.

Also machte er sich zusammen mit einem Freund und der Kippa auf dem Kopf auf den Weg Richtung Helmholtzplatz. Er hatte ihn fast erreicht, als er auf drei arabische junge Männer traf, die begannen, ihn zu beschimpfen. Armoush nahm sein Smartphone, und das Video, das er nun drehte, ist schon jetzt ein zeitgenössisches Dokument deutscher Geschichte.

Einer der Männer, ein 19-Jähriger aus Syrien, schlägt mit seinem Gürtel auf Adam ein. Immer wieder ruft der Syrer: Jehudi, Jehudi. Jude, Jude. Immer wieder holt er aus, sie ringen miteinander, die Bilder wackeln, die Stimme Adams ist zu hören: »Ich filme dich, ich filme dich.« Irgendwann kommt ein Mann und drängt den Angreifer weg. Adam ruft ihnen hinterher: »Du wirst sehen: Jude oder nicht Jude, du musst damit klarkommen.« Keine 50 Sekunden dauert das Video. 47 Sekunden nur, aber schon nach weni-

gen Stunden am selben Abend entwickelt es seine ungeheure Kraft. 47 Sekunden, die vieles, wenn nicht alles infrage stellen.

Denn ist nicht auch Deutschland so etwas wie ein Kiez inmitten dieser globalisierten, aufgeregten Welt? Ein Kiez, in dem sich die Menschen gut eingerichtet haben, weil es hier ein bisschen ruhiger und geordneter zugeht als draußen auf dem Globus, wo die Flüchtlingsströme durch die Wüsten und über die Meere ziehen, wo Bomber fliegen, wo Giftgas die Menschen tötet, und wenn das nicht passiert, so bebt doch zumindest die Erde.

In Deutschland lebte man in der Hoffnung, dass hierzulande gar nichts mehr bebt, hat eine Kanzlerin gewählt, die seit 2005 darauf achtet, dieses Land fernzuhalten von allen Beben und Stürmen der Weltgeschichte; ein freundliches Land, weltoffen, liberal, sogar bereit, wie im Sommer 2015, fast eine Million Flüchtlinge aufzunehmen. Willkommen im Kiez!

Doch nun gibt es Krach in diesem Kiez, was auch damit zu tun hat, dass die Religionen, die in dieser säkularisierten Kiezrepublik namens Deutschland irgendwann eigentlich nur noch Folklore waren, die ein bisschen Lebenshilfe boten oder für Kitaplätze sorgten, dass diese Religionen plötzlich wieder eine mächtige Rolle spielen auf der Welt.

Und so kommt es, dass, wer darüber reden möchte, was dieses Land heutzutage ausmacht, heute über die Kippa redet, über das Kreuz und über das Kopftuch,

auf den ersten Blick Symbole für unterschiedliche Weltreligionen, auf den zweiten Blick Symbole für die Identität dieses Landes – oder zumindest für die Suche nach einer solchen Identität.

Zu sagen, was genau diese Identität sein könnte, fällt vielen Deutschen schwer. Die Werte des Grundgesetzes, klar, die gehören dazu, das versteht sich von selbst. Aber darüber hinaus? Ist die Mülltrennung dabei, wie neulich in einem Leitfaden von Pro Asyl für Flüchtlinge stand? Die deutsche Pünktlichkeit, unsere sprichwörtliche Effizienz?

Vermutlich können die allermeisten sich darauf einigen, dass die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus Teil der deutschen Identität ist. Der Holocaust ist der schwarze Schlund der deutschen Geschichte, diesen nicht länger schamvoll beschwiegen zu haben, sondern zum zentralen Element der Erinnerungskultur gemacht zu haben, ist eine Leistung, die das freiheitlich gesinnte Deutschland für sich reklamiert. Gibt es ein Wort, das deutscher ist als das Wort Vergangenheitsbewältigung?

Der Mord an den europäischen Juden ist das letzte Tabu. Wer an diesem Tabu rüttelt, stellt sich außerhalb der Gesellschaft. Das gilt auch für die AfD. Kein anderer Satz unter seinen Provokationen hat Björn Höcke so geschadet wie der, dass das Holocaustmahnmal in Berlin ein Denkmal der Schande sei.

Aber kann man von Einwanderern aus fremden Ländern verlangen, dass sie sich



Videoaufnahme des Angriffs auf Adam Armoush: »Jehudi, Jehudi«

auch dieses Stück deutscher Leitkultur zu eigen machen? Was hat ein muslimischer Familienvater mit dem Holocaust zu schaffen? Warum sollte er seine Kinder zu einer Besichtigung des Konzentrationslagers Auschwitz schicken? Für die meisten der knapp fünf Millionen Muslime, die in Deutschland leben, ist der Holocaust die Tat der anderen.

Vielleicht war es eine naive Idee von Adam Armoush, mit der Kippa auf die Straße zu gehen. Vielleicht war es nur ein dummer Zufall, ein absurdes Missverständnis, wenn irgendwo in Berlin ein Araber einen anderen Araber für einen Juden hält, der er gar nicht ist, nur weil er eine Kippa trägt. Vielleicht hätte man das Video auch abtun können als bedauerlichen Einzelfall. Oder als Shakespeare-Drama: Jude oder nicht Jude? Oder eher noch als Komödie. Aber Adams 47 Sekunden entwickelten eine ganz andere suggestive Wirkungskraft: Juden werden in Berlin auf offener Straße von Antisemiten verprügelt.

Diese 47 Sekunden sind ein Stich ins Herz einer aufgeklärten, modernen, liberalen Nation. Josef Schuster, der Präsident des Zentralrats der Juden, hat inzwischen davor gewarnt, mit Kippa auf die Straße zu gehen. Noch ein Stich ins Herz einer aufgeklärten Nation.

Doch diese 47 Sekunden sind auch deshalb ein Stich in das Herz einer offenen und toleranten Gesellschaft, weil der junge Mann aus Syrien ausgerechnet zu jenen

gehört, die 2015, im Jahr der Flüchtlingskrise, nach Deutschland kamen.

Der Name des Täters vom Berliner Helmholtzkiez ist Knaan S. Zwei Tage nach dem Vorfall stellte er sich der Polizei, er wurde dem Hafttrichter vorgeführt, es gibt eine Strafanzeige wegen gefährlicher Körperverletzung und Beleidigung. Seine Familie soll palästinensische Wurzeln haben. Knaan wohnt in einem Flüchtlingsheim am Berliner Stadtrand, sein Beziehungsstatus auf Facebook: ledig. Er spielt Fußball beim SV Stern Britz 1889 e. V. Als Hintergrundbild bei Facebook hat er ein Foto einer propalästinensischen Demonstration vor dem Brandenburger Tor eingestellt. Ein Foto zeigt einen jungen Mann, der mit Sturmgewehr und Panzerfaust posiert. Bei YouTube gibt es ein kurzes Video, das Knaan zusammen mit dem in Berlin lebenden Palästinenser Nathmi Abu S. gemacht hat und in dem es heißt, dass Knaan der Polizei erklären wolle, was geschehen sei. »Wir sind nicht feindlich gegenüber Juden«, steht unter dem Video. Was aber genau passiert ist, das wird nicht erzählt.

Wahrscheinlich liegt die verstörende Brisanz dieser 47 Sekunden darin: Weil vor mehr als 70 Jahren Deutschland die Juden in Zügen in den Tod geschickt hatte, holte die Bundesrepublik 2015 syrische Flüchtlinge in Zügen in die Freiheit. Die Willkommenskultur hatte viele Ursachen, sie war auch der Versuch der Nachfahren der NS-Täter, endgültig Buße abzulegen, der Versuch einer Wiedergutmachung, die

nun allerdings das produziert, was nicht mehr sein darf, weder in Berlin noch sonst irgendwo in Deutschland: Antisemitismus.

Zumal sich in den vergangenen Wochen die Meldungen häuften über einen muslimischen Antisemitismus in Deutschland. An mehreren Berliner Schulen, so erfuhr man, waren jüdische Schüler gemobbt worden. Bei der Verleihung des Echos, des wichtigsten Preises der deutschen Musikindustrie, ebenfalls in Berlin, war es Mitte April zu einem Eklat gekommen, weil die Rapper Kollegah und Farid Bang, die mit antisemitischen Texten provozieren, ausgezeichnet worden waren. Zwei Wochen brauchte es nur, und der wichtigste deutsche Musikpreis schaffte sich selbst ab.

Es ist ganz schön kompliziert geworden. Gewissheiten gehen verloren, alte Kämpfe werden neu aufgeführt. In Bayern, so beschloss es der bayerische Ministerrat unter der Führung von Ministerpräsident Söder, sollen nun im Eingangsbereich eines jeden bayerischen Dienstgebäudes wieder Kreuze hängen. Und so sieht, wer zum Glaskasten geht, in dem die Pförtner der Bayerischen Staatskanzlei sitzen, neuerdings ein Kreuz rechts an der weißen Wand. Angebracht hat es der bayerische Ministerpräsident persönlich, am vergangenen Dienstag nach der Sitzung seines Kabinetts. Vor laufenden Kameras. Künftig soll das Kreuz in Bayern einen ähnlichen Status haben wie die weiß-blauen Flaggen vor den Behördengebäuden. Laut Kabinettsbeschluss ist es ein Ausdruck der geschicht-



Rechte Demonstrantin in Berlin: Irgendwie abendländisch



PETER KNEFFEL / DPA

Bayerischer Ministerpräsident Söder in München: »Vergewisserungswunsch der Menschen nach ihrer Identität«

lichen und kulturellen Identität Bayerns, das »grundlegende Symbol christlich-abendländischer Prägung«. Söder sagte, es sei nicht »Zeichen einer Religion«, sondern entspreche vielmehr dem »Vergewisserungswunsch der Menschen nach ihrer Identität«.

Dass sie das Kreuz weniger als religiöses Symbol versteht, sondern als politisches, weltanschauliches Zeichen, hat die CSU immer wieder gezeigt. Als ginge es darum, ein markiges Signal für Helmut Kohls geistig-moralische Wende abzufeuern, ließ der damalige CSU-Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann 1983 in einer spektakulären Geste persönlich die Fördergelder für Herbert Achternbuschs satirischen Film »Das Gespenst« kürzen, weil der bayerische Regisseur darin als Jesus auftrat, der vom Kreuz steigt und auf dem Münchner Viktualienmarkt nach »Scheiße« verlangt. Blasphemie, gewiss.

Zimmermanns Aktion war damals ein Ausdruck offensiven Kulturkampfes, heiß diskutiert, von Intellektuellen als Zeichen eines reaktionären Rückwärtskurses empfunden, von den katholischen Pfadfindern und auch vom späteren Papst Joseph Ratzinger hingegen unterstützt.

Es dauerte nur ein paar Jahre, bis die bayerische Staatsregierung den gekreuzigten Heiland das nächste Mal für eine symbolpolitische Aktion nutzte: In jedem Volksschulklassenzimmer des Landes hatte laut Verordnung ein Kreuz zu hängen. Anfang der Neunziger, der Union war gerade Konkurrenz von rechts erwachsen, Franz

Schönhubers Republikaner waren auf dem Vormarsch, da klagten Eltern gegen diese Vorschrift. Das Bundesverfassungsgericht erklärte sie später im sogenannten Kruzifix-Beschluss für verfassungswidrig und nichtig. 1995 war das, da waren die Republikaner fast schon erledigt.

Man könnte es für bloße Folklore halten, wenn Markus Söder das christliche Kreuz nun wieder für eine symbolpolitische Aktion missbraucht. Lederhosen, Maßkrüge, Blasmusik, das Kruzifix, ist doch alles irgendwie bayerisch, was soll's.

Doch Söder bedient sich damit bei der äußeren Rechten, die in ihrem Kampf um das Abendland besonders auch die Insignien und Bräuche der christlichen Kultur einsetzt – oder zumindest die Symbole, die sie für irgendwie abendländisch hält. Besonders aktiv war in diesem Kampf zuletzt Erika Steinbach, bekannt geworden als Vertriebenenfunktionärin, lange bei der CDU, heute gilt sie als AfD-nah. Mal ärgerte sich Steinbach bei Twitter darüber, dass Karstadt Osterhasen aus Schokolade auf dem Kassenzettel als Traditionshasen auflistet; mal darüber, dass der Weihnachtsmarkt im schleswig-holsteinischen Elmshorn »Lichtermarkt« heißt. Ein Sturm der Empörung zog auf im Netz, Dutzende Hassmails erreichten den Bürgermeister von Elmshorn, auch, weil das Engelchen auf dem Plakat für den Lichtermarkt ein schwarzes Kind war.

Schlimm, aber irgendwie auch lächerlich? Könnte man meinen, doch die Pro-

teste haben ein Vorbild, Kampagnen wie die von Steinbach haben in Frankreich den rechtsradikalen Front National groß gemacht, mal geht es dort um traditionelle Krippenfiguren, mal um Schweinefleisch in der Schulmensa.

Mit dem Kreuz hat das auf den ersten Blick nicht mehr allzu viel zu tun. Doch es geht um mehr als nur um den rechten Glauben. Kippa, Kreuz und Kopftuch sind die Symbole eines Kulturkampfes um die Identität einer Gesellschaft, die sich in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten ebenso verändert hat wie in Frankreich oder anderen europäischen Ländern. 22,5 Millionen, also mehr als jeder Fünfte hierzulande, hat ausländische Wurzeln, und so ringen wir darum, wer wir sind, wer wir waren und wer wir sein wollen.

Der damalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière hatte eine feste Vorstellung davon, was wir nicht sein wollen: »Wir sind nicht Burka«, schrieb er 2017 in einem »Bild am Sonntag«-Beitrag zur Leitkulturdebatte. Es wäre wohl leicht, de Maizières Satz als populistisch abzutun, als Versuch, die Leser Thilo Sarrazins, der abschätzig von »Kopftuchmädchen« sprach, für die CDU zu gewinnen. Vielleicht war es auch so gemeint.

Doch die Sache mit der Burka ist ein bisschen komplizierter. Einerseits steht sie für den Islam, andererseits für ein Frauenbild, das nicht dem des aufgeklärten westlichen Feminismus entspricht. Sind Burka und Kopftuch überhaupt religiöse Symbo-

Religion Ein Team jüdischer Berliner Rechtsanwälte will den Antisemitismus an Schulen in der Hauptstadt bekämpfen.

Sprüche und Tritte

● Vladislava Zdesenko ist eine zurückhaltende, ruhige Frau. Wenn sie aber auf die Zeitungsartikel schaut, die vor ihr auf dem Schreibtisch liegen, sagt sie: »Ich bin fast sprachlos, und ich bin wütend.«

In den Texten geht es darum, wie verbreitet Antisemitismus an Berliner Schulen ist. Eine Zweitklässlerin mit einem jüdischen Elternteil wurde an einer Grundschule in Berlin-Tempelhof von muslimischen Mitschülern beschimpft und mit dem Tode bedroht. Ein 15-jähriger jüdischer Schüler wurde an seiner Gesamtschule in Berlin-Spandau wiederholt gemobbt. Rechtsanwältin Zdesenko sagt: »Die Vorkommnisse, die von den Medien berichtet werden, sind nur die Spitze des Eisbergs.«

Zdesenko, 41, stammt aus einer jüdisch-ukrainischen Familie und ist in Berlin groß geworden. »Ich hätte nicht gedacht, dass das, was sich derzeit an vielen Schulen in Berlin abspielt, im 21. Jahrhundert möglich wäre.« Viele jüdische Schüler seien in Berlin tagtäglich mit Antisemitismus konfrontiert. Jüdische Lehrer würden an öffentlichen Schulen ihre religiöse Identität verbergen, weil sie dumme Sprüche fürchteten.

Die Rechtsanwältin hat deshalb gemeinsam mit Kollegen ein Team gegründet: Die zehn Anwälte wollen Familien helfen, die antisemitischem Mobbing in der Schule ausgesetzt sind. Sie fordern, dass der Staat auch die juristischen Mittel ausschöpfe, um gegen jugendliche Antisemiten und deren Eltern vorzugehen. Die Juristen ärgern sich darüber, dass Pro-

bleme auf Kosten der Betroffenen gelöst würden – der Täter werde nicht der Schule verwiesen, das Opfer aber suche sich eine neue.

Die Jüdische Gemeinde in der Hauptstadt zeigt sich angetan von der Initiative der Anwälte. »Unsere Kinder dürfen nicht mit Angst zur Schule gehen«, sagt Sergey Lagodinsky, einer ihrer Repräsentanten. In der aktuellen Situation sei es wichtig, dass Berater wie die Antidiskriminierungsstelle des Senats stärker das Recht in den Blick nähmen.

Erst in dieser Woche berichtete die israelische Mutter eines Grundschülers aus Prenzlauer Berg auf Facebook, dass ein Mitschüler ihrem Sohn in den Bauch getreten habe. Dabei habe der Angreifer gerufen: »Hätte ich gewusst, dass du aus Israel kommst, hätte ich dich gleich getötet.« Eine andere aus Israel stammende Mutter berichtet, dass ihr Sohn in einem Neuköllner Kindergarten gemobbt werde.

»Antisemitische Übergriffe sind an unseren Schulen leider kein Einzelfall«, sagt Sigmund Königsberg, Antisemitismusbeauftragter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin. Jede Woche würden sich Eltern oder Schüler bei ihm melden und von Vorkommnissen berichten. »Die Mehrheit der Vorfälle sind unterschwellige Beschimpfungen und abfällige Kommentare im Unterricht«, sagt Königsberg, die meisten würden nie publik.

Er fordert deshalb, die Vorfälle zu erfassen. »Eine Dokumentation antisemitischer Gewalt an Schulen wäre wichtig, um konkrete Strategien dagegen entwickeln zu können«, sagt Königsberg. Diese Ansicht teilen viele, vom Zentralrat der Juden in Deutschland bis zur Gewerkschaft der Polizei. »Durch die Daten würde es möglich, neue pädagogische Methoden für die Antisemitismusbekämpfung zu entwickeln, die die Arbeit für Lehrer und Sozialarbeiter erleichtern würden«, sagt auch Dervis Hizarci, Vorsitzender der »Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus«.

Zusätzlich zu solchen pädagogischen Methoden wollen die zehn Rechtsanwälte die juristischen Mittel anwenden, um den Antisemitismus aus den Schulen zu verbannen. Einen ersten Klienten hat Rechtsanwältin Zdesenko bereits. Billy Rückert, die Mutter des in Spandau gemobbt 15-jährigen Schülers, hat die Anwältin um Hilfe gebeten. Jérôme Lombard

le oder bloß Relikte eines vormodernen, patriarchalischen Hinterwäldlertums? Während jüngere Feministinnen nicht pauschal gegen das Kopftuch sind, wenn die Frau es aus freien Stücken trägt, hat sich Alice Schwarzer von jeher dagegen ausgesprochen. Nach der Kölner Silvesternacht 2015/16 behauptete sie, die islamische Ideologie rechtfertige Gewalt gegen Frauen, und bezeichnete den Islamismus als »Faschismus unserer Zeit«.

Deutsche, die in anderen Kulturen, Religionen oder Ländern Faschisten am Werke sehen, sollten generell noch mal nachdenken, bevor sie sich derartig äußern, schon klar. Doch die Geschichte des politischen Islam ist auch eine Geschichte der Unfreiheit. Die ideologische Renaissance des konservativen Islam begann mit der iranischen Revolution 1979, es folgte der Mordaufruf gegen Salman Rushdie 1989 wegen seines Buchs »Die satanischen Verse«. War das Buch blasphemisch? Dass wir Blasphemie auszuhalten haben, ist eine zentrale Errungenschaft der Moderne.

1751 drohte das bayerische Strafgesetzbuch bei wiederholter Gotteslästerung noch mit Enthauptung. Die Bayern sind heute weiter, aber nicht alle islamisch geprägten Staaten.

Wäre das Kopftuch ein Symbol für diesen Islam? Oder eher eine Projektionsfläche für die Angst vor dem Fremden? Laut einer aktuellen Forsa-Umfrage sagt mehr als jeder vierte Deutsche, der Islam sei etwas, »das einem Angst macht«. 2010 meinten sogar 73 Prozent der Deutschen, der Islam passe nicht in die westliche Welt. Horst Seehofer, gerade neuer Bundesinnenminister geworden, erklärte im März in einer seiner ersten Amtshandlungen, dass der Islam nicht zu Deutschland gehöre, schon aber die knapp fünf Millionen Muslime, die hier im Land leben. Angela Merkel widersprach ihrem Minister. Die Muslime gehörten zu Deutschland, der Islam aber auch.

Es ist nun auf die Wochen genau 50 Jahre her, dass dieses moderne Deutschland, das hier gerade mit sich selbst ringt, erfunden wurde. Es waren die April- und Maitage im Jahr 1968. Am 11. April war Rudi Dutschke von einem Hilfsarbeiter niedergeschossen worden, die Springer-Presse hatte gehetzt: »Stoppt den Terror der Jung-Roten jetzt!« Ostern tobten Straßenschlachten in Berlin, Ende Mai wurden die Notstandsgesetze verabschiedet, was die Aktivisten der Apo mit dem Ermächtigungsgesetz der Nazis im Jahr 1933 verglichen. Es war der Aufstand der Kinder gegen ihre Väter, eine kulturelle Rebellion gegen das Deutschland der Nazis, gegen die Spießigkeit und Unoffenheit einer Gesellschaft. Die 68er haben viele Irrwege beschritten und Absurditäten produziert,



Juristin Zdesenko

»Ich bin wütend«

STEPHAN FRAMME



ZUMA PRESS / ACTION PRESS

Holocaustmahnmal in Berlin: Das letzte Tabu

den Terror beispielsweise oder die Neigung zum K-Gruppentum, es gab große obsessive Kräfte, und doch wurde damals der Grundstein für das Deutschland von heute gelegt.

Ein demokratisches, ein freies Land, das den Antifaschismus zur Staatsräson gemacht hat, genauso wie die Freundschaft und Solidarität mit Israel und den Juden. Ein Land der angestrebten Gleichberechtigung, das versucht, seine Minderheiten genauso zu schützen wie die Natur. Ein Land, das friedlich sein und Gutes tun will. Ein Land, das im Prinzip ziemlich in Ordnung ist.

Das historische Jahr 1968 ist nicht zu denken ohne die historischen Jahre zuvor, nicht ohne die Jahre 1933 und 1945, nicht ohne die Naziverbrechen, nicht ohne den Holocaust. Wer heute von der christlich-jüdischen Kultur spricht, kann also auch nicht im Ernst so tun, als hätte es die antisemitischen Pogrome und Morde an Juden über Jahrhunderte hinweg nicht gegeben. Wer von der christlich-jüdischen Kultur spricht, macht das vor allem, weil es sich spätestens seit Auschwitz vollends verbietet, das Judentum aus der europäischen Zivilisationsgeschichte auszuschließen.

Die Erkenntnis, wie systematisch dieser Mord an den europäischen Juden betrieben wurde, war eine der entscheidenden Vorbedingungen des Jahres 1968. Der breiten Öffentlichkeit vermittelte sie sich erst

mit dem Auschwitzprozess, der 1963 begann, ausgerechnet im Römer in Frankfurt am Main – an dem Ort, wo einst die Festbankette aus Anlass der Krönung der Kaiser des Heiligen Römischen Reiches stattgefunden hatten. Nun wurde hier wieder Geschichte geschrieben. Der Auschwitzprozess führte dazu, dass junge Deutsche sich ernsthaft und in großer Zahl mit den Verbrechen des Nationalsozialismus auseinandersetzten. »Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren« lautete der berühmte Slogan protestierender Studenten in Hamburg. Was so viel hieß wie: Das Bürgertum hat mit dem Nationalsozialismus paktiert, die alten Würdenträger haben ihre Autorität verloren. Das galt auch für die Kurie, schließlich hatte der Papst zu den Verbrechen Hitlers geschwiegen. Die frühe Bundesrepublik unter dem CDU-Kanzler Konrad Adenauer war noch ein katholisch geprägter, patriarchalischer Staat. Mit der Liberalisierung nach 1968 nahm der Einfluss der damals größtenteils konservativen Kirchen ab. Heute sind viele der evangelischen Landeskirchen, ja sogar katholische Bistümer, ebenso sozialdemokratisiert wie die CDU unter Angela Merkel.

Die 68er haben eben gesiegt. Angela Merkel ist die erste Frau an der Spitze der Regierung, sie hat die Schwulenehe ermöglicht, und sie war es auch, die 2015 die Flüchtlinge aus Budapest in Zügen nach

Deutschland holte. Das britische Magazin »The Economist« titelte – übrigens genau in der Woche, als Kollegah den Echo bekam: »Cool Germany«. Deutschland sei so offen und vielfältig geworden, so wirtschaftlich erfolgreich und politisch stabil, dass es sogar als Modell für den Westen schlechthin taugen könnte. Man würde es gern glauben wollen.

In seinem gerade erschienenen Buch

»Gab es 1968? Eine Spurensuche« schreibt der Münchner Soziologe Armin Nassehi, neben der Dauerreflexion und der Dauer-moralisierung sei die Popkultur die dritte große Erbschaft dieses Jahres, vor allem aber auch das ästhetische Mittel, um sich von der Dauerreflexion entlasten zu können und trotzdem progressiv und gegenkulturell zu sein. Ein bisschen weniger soziologisch ausgedrückt: Wer Pop hört, steht auf der richtigen Seite, muss dabei aber nicht nachdenken. Besser könnte man das Dilemma hinter dem Echo-Skandal um Kollegah und Farid Bang kaum ausdrücken.

Als der Echo 1992 erstmals verliehen wurde, ging es der Phono-Akademie darum, »deutsche Musik« zu fördern. Das waren damals Herbert Grönemeyer, die Scorpions, auch Pe Werner, falls sich noch jemand an sie erinnert, sie bekamen damals den Preis. Dass 26 Jahre später zwei Rapper namens Kollegah und Farid Bang



Rapper Kollegah bei der Echo-Verleihung im April: Diener des Teufels mit Davidstern gezeigt

auf der Echo-Bühne standen, hat durchaus etwas mit der gesellschaftlichen Liberalisierung zu tun, die 1968 begann. Das Land ist heute multikulturell. Doch anders, als es sich manche 68er oder die ihnen nachfolgenden Grünen erträumt haben mögen, ist dieses Multikultiland kein Paradies, über dem der Regenbogen leuchtet. Es ist ein Land, in dem die Konflikte um die nationale Identität auch im Pop ausgetragen werden. Ein Land, in das auch die Konflikte zwischen Juden und Muslimen gehören, importierte Konflikte – aus Nahost.

Dass Farid Bang seinen Körper mit dem von »Auschwitz-Insassen« verglich, war eine Entgleisung. Im eigentlichen Sinne antisemitisch war, dass Kollegah bei anderer Gelegenheit in einem Video einen Diener des Teufels mit Davidstern zeigte. Der importierte muslimische Antisemitismus ist dem traditionellen mitteleuropäischen Antisemitismus in solchen Momenten ziemlich nah.

Es gab mal eine Zeit, da war das Kreuz in der säkularisierten Welt des Pop bloß noch ein modisches Accessoire. Doch der Streit um die Identitäten hat die Popkultur längst erreicht.

50 Jahre nach der Geburt dieses neuen Deutschlands sieht sich der grüne liberale, freiheitliche und kulturell dominierende Mainstream in diesem Land infrage ge-

stellt wie noch nie. Von Politikern, die eine Rückkehr zu christlichen Werten fordern. Von den Folgen muslimischer Einwanderung, die die Integrationskräfte dieser Gesellschaft womöglich überfordern. Von den Populisten der AfD, die am liebsten die zwölf Jahre Terrorherrschaft vergessen würden. Von den Dämonen der Vergangenheit, die überall wieder hervordampfen. Von der weltweiten Rückkehr der Autokraten, die den Westen und seinen Universalismus ablehnen. Von dem Schock, den die vergangenen Wochen auslösten, weil dieses Land alles richtig machen wollte, gegenüber Juden genauso wie gegenüber den muslimischen Einwanderern, und nun erfahren muss, dass die heile Welt so nicht existiert, wie man es sich erhoffte.

Aber auch davon, dass nicht nur die eigene universelle Logik ihre Grenzen findet, sondern dass auch die Identitätspolitik, eine Erfindung der 68er, plötzlich Konflikte hervorruft, die kaum zu bändigen sind. Das Recht auf völlig individualisierte Lebensstile und der Anspruch darauf, dass diese schützenswert sind, können ja nicht nur für den Kiez am Helmholtzplatz gelten, sondern müssen auch für die übrig gebliebenen Bewohner eines Dorfes in Sachsen gelten, wo sich niemand genderfluid nennt, man statt Englisch nur Sächsisch beherrscht und die meisten auch noch AfD wählen.

Was also gehört zu Deutschland? Was ist das, dieses Wir, das uns zusammenhält: Atheisten und Juden, Christen und Muslime, Linke und Rechte, West- und Ostdeutsche, Bayern und Niedersachsen, Großstädter und Dorfbewohner? Und wer entscheidet und aus welchen Gründen darüber, wer alles nicht mitmachen darf: Gehören deutsche Antisemiten zu Deutschland? AfD-Politiker? Gettomachos, die über Frauen nur als Bitches rappen und Frauen mit Kopftuch daten? Muslimische Einwanderer, die auf ihr Recht bestehen, nichts mit dem Holocaust zu tun zu haben? Katholische Fundamentalisten, die auf Anti-Merkel-Demonstrationen »Widerstand, Widerstand« brüllen? Wahrscheinlich muss man all das ertragen. Man kann ja anderer Meinung sein.

Das Kreuz, das Kopftuch und die Kippa, sie alle muss man frei zeigen können, jederzeit, wann und wo man will, in welchem Kiez auch immer, auf dem Helmholtzplatz, beim Hip-Hop-Konzert, sogar in der Bayerischen Staatskanzlei.

Sie sind Symbole für unsere freiheitliche Demokratie.

Laura Backes, Jan Fleischhauer,
Jan Friedmann, Lothar Gorris,
Sebastian Hammelehle, Jérôme Lombard

► **Lesen Sie auch** auf Seite 64 die Kolumne Leitkultur von Alexander Osang.

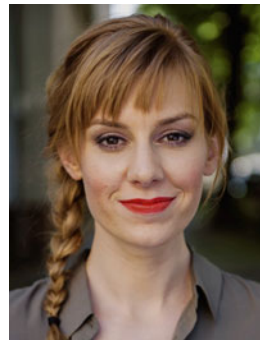
DER SPIEGEL im Gespräch über neue Medien: Politische Meinungsbildung oder Banalisierung?



Tilo Jung



Sophie Passmann



Eva Schulz

Auf Plattformen wie Instagram, Snapchat, YouTube, Facebook oder Twitter entstehen immer mehr Medienformate für ein junges Publikum. Sie klären über das politische Geschehen auf – unkonventionell und sehr erfolgreich.

Was unterscheidet sie von traditionellen Medien? Was verbindet sie?

Fördern sie die politische Meinungsbildung oder vereinfachen sie?

Droht eine Spaltung der Leser und Zuschauer?

Über diese Fragen diskutieren die JournalistInnen und BloggerInnen

Tilo Jung, Sophie Passmann und Eva Schulz.

Moderation: Ann-Katrin Müller, Redakteurin im Hauptstadtbüro.

Dienstag, 8. Mai, 20 Uhr, Spiegelsaal,
Clärchens Ballhaus, Auguststraße 24, 10117 Berlin

Karten im Vorverkauf, an der Abendkasse und unter [spiegel-live.de](https://www.spiegel-live.de).
Eintritt: 15 Euro, ermäßigt 12 Euro, Abonnnenten 12 Euro, zzgl. Gebühren. Einlass ab 19 Uhr. Änderungen vorbehalten.
Verpassen Sie keine Veranstaltung mehr, und melden Sie sich für unseren Newsletter unter [spiegel-live.de](https://www.spiegel-live.de) an.

Auf einem Vulkan gebaut?

Essay Jüdisches Leben schützt man nicht dadurch, dass man Muslime ausgrenzt. Ein Plädoyer für die Freiheit des Glaubens.



Jüdischer und christlicher Festschmuck in Berlin im vergangenen Dezember

Es geht wieder ein Gespenst um in Deutschland, das Gespenst des Antisemitismus. Rapper, deren Songs Auschwitz-Opfer verhöhnern und Gewalt an Frauen propagieren, bekommen einen Preis. Jüdische Kinder werden auf Schulhöfen von Mitschülern antisemitisch beschimpft. Und in Großstädten ist es gefährlich geworden, sein Judentum offen zu zeigen.

Ich muss mich manchmal kneifen, wenn ich daran denke, wie anders die Stimmung noch vor zehn Jahren war. Damals redete man von einer Renaissance des Judentums, von Deutschland als der einzig wachsenden jüdischen Gemeinde in Europa. Waren nicht die Zuwanderung Zehntausender Juden aus Osteuropa, die Belebung jüdischer Gemeinden und der Bau neuer Synagogen Beispiele dafür, dass sich das moderne Deutschland den Juden wieder zugewandt hatte, dass es ihnen wieder Heimat sein wollte? Hatten sich in Deutschland, dem Land der Täter, nicht mehr als 10 000 Israelis dauerhaft niedergelassen?

Und jetzt das: 1453 bislang registrierte antisemitische Straftaten in Deutschland im Jahr 2017, im Durchschnitt vier angezeigte Fälle jeden Tag. Und eine große öffentliche Debatte, ob Juden in Deutschland sicher sind.

Nun kommen vielleicht einige und sagen: Übertreibt ihr Juden nicht wieder einmal? Hebt ihr nicht bei jeder Gelegenheit mahnend den Zeigefinger? Und ist es nicht übertrieben, dass nun wieder in jeder TV-Talkshow von grassierendem Antisemitismus gesprochen wird?

Solche Fragen stellen sich wohl viele Menschen. Ich kann sie beruhigen: Auch wir Juden stellen sie uns manchmal. Auch wir fragen uns, ob der »Aufschrei der Guten« etwas bringt oder ob uns das am Ende eher schadet.

Ist Deutschland für uns zu einem schlechten Pflaster geworden? Ich denke, nein. Es gibt keinen Exodus der Juden. Fakt ist aber: Antisemitische Äußerungen haben auch hier Hochkonjunktur. Sie manifestieren sich im öffentlichen Raum, im Netz und auf den Straßen deutscher Großstädte. So etwas gab es in dieser Dimension schon lange nicht mehr.

Ich bin 1955 in Berlin geboren und dort zur Schule gegangen. Nie hätte ich geglaubt, dass das Wort »Jude« einmal wieder ein Schimpfwort werden würde auf deutschen Schulhöfen. Nie hätte ich gedacht, dass so viele junge Menschen in den sozialen Netzwerken alle Hemmungen fallen lassen und in einer Art und Weise gegen Juden und gegen Israel hetzen, dass einem schlecht wird. Nie hätte ich erwartet, dass die Verantwortlichen der deutschen Musikwirtschaft – wiewohl sie doch im Vorfeld gewarnt waren – einen Preis an zwei Rapper vergeben würden, deren Geschäftsmodell auf dem Verbreiten von Hassbotschaften gegen Juden, Frauen und Homosexuelle basiert.

Es erscheint mir wohlfeil, den Anstieg des Judentums in den letzten Jahren nur bei muslimischen Zuwanderern zu suchen (um ihn dann schnell der Bundeskanzlerin und ihrer angeblich verfehlten Einwanderungspolitik in die Schuhe zu schieben). Natürlich gibt es ihn, den »importierten Antisemitismus«, den abgrundtiefen Hass auf Israel und auf Juden, bei vielen, die in Deutschland Zuflucht gefunden haben. Das darf auf keinen Fall unter den Teppich gekehrt werden, und wenn nötig, muss auch mit Härte durchgegriffen werden.

Aber es gilt trotzdem das Wort von Gustav Heine-mann: Wer mit dem Zeigefinger vorwurfsvoll auf andere zeigt, sollte nicht vergessen, dass drei Finger derselben Hand auf ihn selbst zurückweisen.

Denn wie erklärt man den grassierenden Antisemitismus unter jenen, die nicht Flüchtlinge, sondern in Deutschland geboren und aufgewachsen sind? Unter jenen, die deutsche Schulen durchlaufen, die deutsche Medien konsumiert haben, die etwas erfahren mussten über die Vernichtung der sechs Millionen Juden durch Hitler-Deutschland? Müsstensie nicht immun sein gegen Antisemitismus?

Mir erschließt sich nicht, warum sich plötzlich wieder so viele bemüht fühlen, längst im Giftschränk der Geschichte geglaubte antijüdische Ressentiments zu schüren. Ich schüttele den Kopf, dass Israel für so viele Menschen in Deutschland plötzlich wieder zum »kollektiven Juden unter den Nationen« geworden ist, wie es der kanadische Politiker Irwin Cotler einmal formuliert hat.

Mangelnde Bildung, mangelnde Information in den Medien, mangelndes Interesse am Thema können es nicht sein. »Die Politik« als solche ist auch nicht die Schuldige: Von Ausnahmen abgesehen, stehen die wichtigen deutschen Parteien fest zur jüdischen Gemeinschaft in Deutschland – die Kippa-Debatte der letzten Tage hat es wieder gezeigt. Deutschland unterhält gute Beziehungen zu Israel, bessere jedenfalls als viele andere europäische Länder.

Dennoch ist da ein Unbehagen, etwas Unterschwelliges. Für Juden wird Antisemitismus in Deutschland wieder erfahrbar. Die Polizisten, die Synagogen und jüdische Zentren bewachen, stehen nicht umsonst dort. Sie werden benötigt. Ist der massive Anstieg von Hasskommentaren

im Netz ein Vorbote von Schlimmerem? Die Renaissance des Judentums in Deutschland womöglich eine Schimäre? Ist jüdisches Leben in Deutschland auf einem Vulkan gebaut, der schon wieder zu brodeln beginnt? Das sind keine einfachen Fragen.

Ich bin eigentlich ein Optimist und sehe das Glas lieber als halb voll an. Dennoch stelle ich fest: Wir Juden, unsere Religion, unsere Bräuche und unsere Sensibilitäten, sind vielen in Deutschland lebenden Menschen nach wie vor fremd und ein Dorn im Auge. Das vor allem dann, wenn wir unser Judentum offen zeigen.

Fremdem begegnet man gern mit Unverständnis und Ablehnung. Es wurde als Provokation bezeichnet, von Journalisten und von anderen, dass ein Israeli in Berlin mit Kippa herumliefe, um zu testen, ob das ginge. Die eigentliche Provokation ist aber genau dieses Statement: Es schiebt die Verantwortung für das Geschehene vom Täter auf das Opfer.

Man darf annehmen, dass in Deutschland viele diese Ansicht teilen. Sie fragen sich: Müssen diese Juden denn ihre Religion so offen zur Schau stellen? Können die ihre archaischen Riten und Bräuche – Beschneidung und Schächten etwa – nicht endlich abschaffen? Oder sollten wir das nicht gleich ganz verbieten?

Als im Sommer 2012 die Beschneidungsdebatte in Deutschland tobte, konnte man schön sehen, wie ernst es manchen in Deutschland mit dem Schutz jüdischen Lebens in Wahrheit ist: eigentlich nicht sehr ernst. Die Debatte um die religiöse Beschneidung wurde zwar durch die Politik mittels eines eilends beschlossenen Gesetzes entschärft, aber das war, wie wenn man einen Deckel auf einen Topf mit heißer Milch knallt, um zu verhindern, dass sie überkocht.

Das Problem ist ein viel fundamentaleres: Religion, religiöse Bräuche und Symbole werden mehr und mehr aus dem öffentlichen Raum zurückgedrängt – von bayerischen Amtsstuben einmal abgesehen. Zum einen gibt es da jene, die die Islamisierung des Abendlandes befürchten. Das diffuse Gefühl, die deutsche Rechts- und Werteordnung sei durch die Zuwanderung von Muslimen in Gefahr, wird vor allem geschürt von jenen Neu-Rechten, die behaupten, der Kampf gegen den Islam sei der beste Schutz jüdischen Lebens in Deutschland.

Nur lassen wir Juden uns nicht gern vereinnahmen von Leuten, deren ideologische Vordenker die größten Antisemiten waren und die zentrale jüdische Traditionen wie religiöse Beschneidung oder Schächten verbieten möchten. Wir mögen es nicht, wenn eine Minderheit, die jüdische, gegen eine andere Minderheit, die muslimische, in Stellung gebracht wird.

Um es klar zu sagen: Jüdisches Leben schützt man nicht dadurch, dass man Muslime ausgrenzt. Aktuell hört man viele Politiker Israel und das Judentum über den grünen Klee loben, die sich ansonsten nicht als Verteidiger von Minderheiten-rechten hervortun – im Gegenteil. Seth Kaplan von der Johns Hopkins University in Baltimore schrieb jüngst: »Das Thema der Beschneidung ist eine Messlatte dafür, ob

westliche Gesellschaften die Religionsfreiheit immer noch so hoch bewerten, dass sie eine große Vielfalt von Weltanschauungen und Praktiken umfassen und anerkennen. Seit Tausenden von Jahren ist die Beschneidung ein integraler Bestandteil der kulturellen Identität und des religiösen Glaubens großer Teile der Welt. Die momentane Bewegung, sie im Westen abschaffen zu wollen, lässt eine weitere Verengung der Bandbreite religiöser Freiheit erwarten.«

Wer im Namen abendländischer Werte die Religionsfreiheit einschränken, wer Religion aus dem öffentlichen Raum verdrängen will, der erweist sich selbst und den Juden in Deutschland einen Bärendienst.

An die Adresse all jener rechten Eiferer, die die Schlacht am Wiener Kahlenberg von 1683 gegen die muslimischen »Eroberer« ein zweites Mal schlagen möchten, sei gesagt: Man verteidigt die westliche Werteordnung nicht dadurch, dass man diese Werte aufgibt, sondern indem man seine Werte anderen vorlebt und ihnen dadurch zu Akzeptanz verhilft.

Die Religionsfreiheit ist ein Grundpfeiler dieser Werteordnung. Wer sie einschränken möchte, untergräbt sie. Gute Integration von Zuwanderern, nicht nur muslimischen, sondern auch jüdischen, setzt eine gewisse Empathie voraus, einen Vertrauensvorschuss. Wem wirklich daran liegt, dass der Antisemitismus zurückgedrängt wird oder ganz verschwindet, der muss das Anderssein zulassen. Der muss aushalten, dass Menschen auf der Straße mit Kippa, Kopftuch oder im Minirock rumlaufen.

Die Geschichte der assimilierten deutschen Juden vor 1933, aber auch das Beispiel des laizistischen Frankreichs lehrt uns: Vorurteile gegenüber Fremden nehmen nicht automatisch ab, wenn Minderheiten scheinbar gut integriert sind. Ressentiments gegenüber Juden gäbe es selbst dann, wenn niemand mehr eine Kippa trüge. Ressentiments gegenüber Muslimen gäbe es selbst dann, wenn das Kopftuch verboten würde.

Vor einigen Wochen wurde Felix Klein zum ersten Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus bestellt. Es ist ein Signal, dass Klein nicht nur für die Bekämpfung des Judenhasses, sondern eben auch für jüdisches Leben in Deutschland zuständig sein wird. Hoffentlich ist seine Bestellung nicht nur als ein Signal des guten Willens an jüdische Organisationen gedacht. Hoffentlich ist sie ein Zeichen, dass jüdisches Leben dauerhaft zu Deutschland gehören soll, dass Juden ihren Glauben ganz selbstverständlich, offen und frei leben können.

Denn die beste Maßnahme gegen Antisemitismus ist die Schaffung von Akzeptanz jüdischen Lebens. Das Judentum kann sich in Deutschland auf Dauer nur verankern, wenn man sich als praktizierender Jude nicht mehr verstecken muss im Hinterhof oder in den eigenen vier Wänden und wenn man sich für seine Traditionen nicht schämen oder ständig rechtfertigen muss.

Normalität und Akzeptanz kann man nicht erzwingen oder herbeireden. Symbolische Handlungen, so wichtig diese manchmal sind, reichen nicht aus. Genauso wenig wie es ausreicht, eine Kippa auf dem Kopf zu tragen. Es muss sich etwas ändern in den Köpfen. Daran muss man arbeiten, dafür muss man werben – und manchmal muss man dafür streiten. Mit dem Aufhängen von Kreuzen ist es sicherlich nicht getan. ■



MARGO LIMBERG / WIC

Maram Stern

ist stellvertretender Geschäftsführer des Jüdischen Weltkongresses und leitet seit 1989 das Brüsseler Büro der Organisation.

Deutschland

Im Abschiebeknast trifft Hoffnungslosigkeit auf deutsches Recht. ► S. 42



Maas, Visa-Antragsteller
in der Deutschen Botschaft in Amman (Jordanien)

THOMAS KOEHLER / IMAGO / PHOTOTHEK

Familiennachzug

Seehofer spielt auf Zeit

Innenministerium will Angehörigen-Überprüfung ans Auswärtige Amt delegieren.

● Der Konflikt zwischen Union und SPD um den Familiennachzug von Flüchtlingen droht zu eskalieren. Nach internen Plänen des Bundesinnenministeriums sollen die Auslandsvertretungen des Auswärtigen Amtes (AA) überprüfen, welche der im Ausland einen Antrag stellenden Familienmitglieder berechtigt sind, ihren in Deutschland lebenden Angehörigen zu folgen. Dieser Plan stößt bei Außenminister Heiko Maas (SPD) auf Widerstand. Aus seiner Sicht liegt die Zuständigkeit beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf). Die Visa-Abteilungen der Deutschen Botschaften etwa in Beirut oder Amman seien ohnehin massiv überlastet und könnten die vielen neuen Anträge nicht bearbeiten. Wenn sich Innenminister Horst Seehofer (CSU) durchsetze, sei

pro Monat nur mit 20 genehmigten Anträgen zu rechnen, so ein Spitzenbeamter des AA. Das ist weit weg von den 1000 monatlichen Nachzüglern, auf die sich Union und SPD im Koalitionsvertrag geeinigt haben. In der SPD wird vermutet, dass Seehofer um die mangelnden Kapazitäten der Konsularabteilungen weiß und mit seinem Vorschlag den Familiennachzug bewusst niedrig halten will. Aus Sicht des AA soll dagegen das Bamf die erste Prüfung der Fälle übernehmen, die Botschaften könnten bei einem positiven Bescheid dann den Rest des Verfahrens abwickeln. Eine Einigung über das Prozedere und den Gesetzentwurf ist nicht in Sicht. Seehofer kann mit dem Streit gut leben, denn ohne eine Einigung bleibt der Familiennachzug ausgesetzt. CSC, MGB

München-Attentat

Kontakt zu rechtem Todesschützen in den USA

● Der Attentäter vom Münchner Olympia-Einkaufszentrum, David Sonboly, hatte Kontakt zu einem Todesschützen in den USA. Wie das Büro des Sheriffs im

San Juan County (US-Bundesstaat New Mexico) mitteilte, habe sich Sonboly mit William Atchison ausgetauscht. Der 21-Jährige erschoss am 7. Dezember vergangenen Jahres an der Aztec High School zwei Schüler und sich selbst. Der 18-jährige Sonboly hatte am 22. Juli 2016 in München neun Menschen und sich selbst getötet. Beide Täter verband offen-

bar die Begeisterung für die rechtsextreme Ideologie und für Massenmörder wie den Norweger Anders Behring Breivik oder die Amokläufer an der Columbine High School im Jahr 1999. Auf der Internetplattform Steam war Sonboly Mitglied in der Gruppe »Anti-Refugee Club« (»Anti-Flüchtlingsklub«), die Atchison mit gegründet hatte. KNO, MBA

»Das ist Aktionismus«



Henning Wilts, 40, Experte für Kreislaufwirtschaft am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, über den Vorschlag, Plastik zu besteuern

SPIEGEL: Grünen-Chef Robert Habeck hat sich der Forderung von EU-Kommissar Günther Oettinger angeschlossen und will eine Plastiksteuer für Wegwerfprodukte. Was halten Sie davon?

Wilts: Wer definiert, was ein Wegwerfprodukt ist? Meine Sorge ist, dass die Politik jedes Jahr ein neues Einzelprodukt besteuert – nach Tüten dann Strohhalme oder Q-Tips. Das ist Aktionismus und löst nicht das Gesamtproblem.

SPIEGEL: Die EU will der Kunststoffflut mit höheren Recyclingquoten begegnen – von 2005 bis 2015 ist allein in Deutschland der Plastikverpackungsabfall um 29 Prozent angewachsen. Ist das die richtige Strategie?

Wilts: Um das Abfallaufkommen zu senken, hilft Recycling nicht, im Gegenteil. Das Recycling soll laut EU-Kommission Kunststoff ja sogar verbilligen. Dann könnten wir noch mehr verbrauchen.

SPIEGEL: Die EU will sogar, dass bis 2030 alle Plastikverpackungen wiederverwertbar sind. Heute wird weniger als ein Drittel dieses Mülls überhaupt für ein Recycling gesammelt. Ist das EU-Ziel realistisch?

Wilts: Das mag bis 2030 technisch machbar sein, Sinn ergibt es aus Umweltsicht nicht. Nicht immer ist Verbrennung schlechter als Recycling, etwa bei leichten Folien. Damit Plastik wiederverwertbar ist, sollte es möglichst dick und damit schwer sein. Das verschlechtert aber die Ökobilanz – beispielsweise wegen des CO₂-Ausstoßes beim Transport.

SPIEGEL: Wäre es besser, Plastik zu verbieten, statt es zu besteuern?

Wilts: Es gibt zwar absurde Trends wie einzeln verpackte Sushi. Doch beim Verbieten gerät man in die gleiche Aktionismusfalle wie beim Besteuern.

SPIEGEL: Welche Lösungen schlagen Sie vor?

Wilts: Die Nachfrage nach recyceltem Plastik erhöhen – etwa durch weniger Mehrwertsteuer auf Rezyklate oder Mindestquoten von wiederverwertetem Plastik in Elektrogeräten. Auch der Verbraucher kann viel tun, indem er unsinnige Verpackungen meidet. **AB**

Warnung vor »Gotham«

● Durch das umstrittene Analyseprogramm »Gotham« der US-Firma Palantir Technologies könnten sensible Polizeidaten abgeschöpft werden, fürchten Experten der hessischen Sicherheitsbehörden. Die Software sei auf Druck des Wiesbadener Innenministeriums ohne den geplanten vorherigen Testlauf beim Landeskriminalamt (LKA) angeschafft worden, heißt es in Polizeikreisen. Das Programm soll Daten aus mehreren Quellen wie dem Polizei-Fahndungssystem Polas mit Informationen aus sozialen Netzwerken oder Geodaten zusammenführen, um Profile zur Terrorbekämpfung zu gewinnen. Die Herstellerfirma wird wegen ihrer Nähe zu US-Geheimdiensten sowie Datenskandalen kritisiert (SPIEGEL 15/2018). Hessens Innenminister Peter

Beuth (CDU) soll den Kauf des Programms ohne Ausschreibung vorangetrieben haben – obwohl alternative Lösungen existieren. In Niedersachsen wird seit 2016 ein Analyseprogramm auf Basis einer freien Software (»Knime«) getestet. Bedenken aus dem hessischen LKA, dass der Gotham-Kauf die Vereinheitlichung der Polizei-Computersysteme der Bundesländer behindern könnte, habe das Ministerium abgeschmettert. Gotham wird beim Polizeipräsidium Frankfurt eingesetzt und soll im vergangenen Jahr 641 000 Euro gekostet haben. Das Programm werde von Palantir-Mitarbeitern gewartet, wodurch Daten unbemerkt an die US-Firma gelangen könnten, so IT-Experten der Polizei. Beuths Ministerium erklärt dazu, Vorbehalte aus der hessischen Polizei seien nicht bekannt. Die Analyseplattform werde »im gesicherten Polizei-Netzwerk betrieben«. **AUL, MAB**



Tabakladen im bayerischen Mittenwald

Grüne legen Gesetz für Tabakwerbeverbot vor

● Die Grünen-Bundestagsfraktion setzt die Große Koalition im Streit um ein Tabakwerbeverbot unter Druck. In ihrer Sitzung am Dienstag verständigten sich die Grünen auf einen eigenen Gesetzentwurf. »Deutschland ist das einzige Land in der Europäischen Union, in dem großflächige Außenwerbung auf Plakaten oder Tabakwerbung im Kino immer noch erlaubt sind«, heißt es in dem Papier. Das Verbot soll von Juli 2020 an greifen. Die Grünen wollen ihren Gesetzentwurf noch vor der Sommerpause im Bundestag ein-

bringen. Die Große Koalition gerät damit in Bedrängnis. In der vergangenen Legislaturperiode verschwand ein Gesetzentwurf des CSU-geführten Landwirtschaftsministeriums von der Tagesordnung des Parlaments, eine Festlegung auf einen neuen Anlauf ließ die Unions-Fraktionspitze im Februar aus dem Koalitionsvertrag streichen (SPIEGEL 7/2018) – zum Unmut von Teilen der Koalition. SPD-Fraktionsvize Karl Lauterbach und die Drogenbeauftragte der Bundesregierung Marlene Mortler (CSU) äußerten Widerspruch. »Jetzt muss die Koalition Farbe bekennen«, sagt Kirsten Kappert-Gonthier, drogenpolitische Sprecherin der Grünen. Auf Kinder und Jugendliche habe Tabakwerbung »großen Einfluss«. **cos**

5000 Mann für den Grenzschutz

● Haushaltskommissar Günther Oettinger plant, die Europäische Grenzschutztruppe Frontex auf mehr als 5000 Mann aufzustocken. Bisher beschäftigt Frontex rund 1600 Grenzschrützer. Das geht aus den Plänen zum Siebenjahresbudget der EU hervor, die Oettinger am Mittwoch in Brüssel vorstellen will. In dem Haushaltsentwurf für 2021 bis 2027 seien entsprechende Mittel für Frontex eingeplant, sagt Oettinger: »Mein Ziel ist es, dass die Kontrollen an den Binnengrenzen etwa zwischen Österreich und Deutschland möglichst schnell wieder verschwinden können und dass das Reisen sowie der Warenverkehr im Schengenraum nicht auf ewig erschwert wird.« Mehrere

Schengenländer, darunter Deutschland, hatten Kontrollen an den Binnengrenzen mit dem Argument wieder eingeführt, die EU-Außengrenzen etwa zwischen Griechenland und der Türkei seien nicht ausreichend geschützt. Die ausgebaute Frontextruppe soll laut Oettinger möglichst innerhalb der ersten drei Jahre nach Beschluss des neuen Finanzrahmens einsatzbereit sein.

Oettingers Pläne sehen zudem vor, dass in dem über eine Billion Euro umfassenden Budget erstmals die Belastungen von Kommunen durch die Flüchtlinge berücksichtigt werden, etwa bei der Verteilung von sogenannten Kohäsionsmitteln. Agrar- und Regionalfördermittel sollen im ersten Post-Brexit-Haushalt dagegen gekürzt werden. Über den Haushaltsentwurf der Kommission entscheiden das EU-Parlament und die Mitgliedstaaten. MP



Grenzanlage zwischen Bulgarien und der Türkei

Terror

Verwirrter Taliban

● Der sogenannte deutsche Taliban ist möglicherweise psychisch krank. Der im Februar von Spezialkräften in der Taliban-Hochburg Helmand im Süden Afghanistans festgenommene Deutsche Thomas K. machte auf deutsche Beamte in Kabul einen so stark verwirrten Eindruck, dass er nach seiner am Donnerstag erfolgten Auslieferung nach Deutschland von Psychologen untersucht werden soll. Der 36-Jährige, der neben der deutschen auch



Thomas K. in Helmand

die polnische Staatsangehörigkeit besitzt, war bereits 2012 in die Krisenregion gereist, dort soll er sich den radikalislamischen Taliban angeschlossen haben. Schon zuvor war er wegen seiner Sympathie für Dschihad-Gruppen im Visier der deutschen Behörden. Zwischenzeitlich befürchtete man, dass er Anschläge gegen deutsche Einrichtungen in Afghanistan oder die Bundeswehr verüben könnte, weswegen Fahndungsplakate vor ihm warnten. Der Kabuler Geheimdienst mutmaßt sogar, dass er zu einer Eliteeinheit der Taliban gehörte. MGB



Demokratie

Deutsche wissen nicht, was sie wählen

● Die Mehrheit der Bürger versteht das Wahlsystem nicht: Nur 28 Prozent der in Deutschland Wahlberechtigten können Erst- und Zweitstimme richtig zuordnen. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Berliner Meinungsforschungsinstituts polltix. Weniger als die Hälfte der 1386 Befragten (42 Prozent) erklärte korrekt, dass sie mit ihrer Zweitstimme die Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag und damit indirekt auch die der Regierung bestimmt. Dass mit der Erststimme der Kandidat aus dem Wahlkreis gewählt wird, wusste nur rund jeder Dritte (36 Prozent). Das Verständnis des Wahlsystems wird auch vom Bildungsgrad bestimmt: So können nur 30 Prozent der wenig Gebildeten (Hauptschulabschluss, ohne Abschluss) die Funktion der Zweitstimme korrekt benennen, dafür aber 57 Prozent der Abiturienten und Akademiker. Männer wissen besser Bescheid als Frauen: 41 Prozent der Männer gaben korrekt an, dass die Zweitstimme die wichtigere Stimme ist, bei den Frauen waren es nur 32 Prozent. Kaum einen Unterschied gab es dagegen zwischen West- und Ostdeutschen. Experten wie Ex-Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) oder der Bonner Politikwissenschaftler Frank Decker plädieren seit Langem für ein einfacheres Wahlrecht. RED

Bundespolizei

Aufs eigene Konto

● Eine Bedienstete des Bundespolizeipräsidiums soll über einen längeren Zeitraum fingierte Reisekosten auf eigene Konten überwiesen und einen sechststelligen Betrag veruntreut haben. Die Frau war in einer Außenstelle in Koblenz zuständig für die Abrechnung von Auslandsreisen. Für die illegalen Überweisungen hatte sie angeblich eigens Konten mit falschen Namen angelegt. »Einzelheiten zum Sachverhalt können derzeit nicht mitgeteilt werden, weil dies den Ermittlungszweck gefährden könnte«, teilte die Staatsanwaltschaft Koblenz mit. AUL



Glenfiddich®

AUF EINEN AUSGEZEICHNETEN VATERTAG!

DER WELTWEIT AM HÄUFIGSTEN
AUSGEZEICHNETE
SINGLE MALT SCOTCH WHISKY.

Die nächste Lüge

Verkehr Eine Expertengruppe der Bundesregierung empfiehlt, Deutschlands Dieselaautos mit Katalysatoren nachzurüsten, um ihre Abgase von Schadstoffen zu befreien. Doch Kanzlerin Merkel und Verkehrsminister Scheuer spielen auf Zeit, die Autoindustrie freut sich.

Der Mann, der die Bundesregierung in Erklärungsnot bringt, ist ein schlaksiger Ingenieur Ende vierzig. Reinhard Kolke steht in einer unscheinbaren Werkshalle im bayrischen Landsberg vor einem anthrazitfarbenen Opel Astra. Er reißt die Heckklappe auf und zeigt auf den Kasten fürs Reserve- rad. „Das hier ist unser Herzstück“, sagt er und grinst verschmitzt.

Es ist ein Tank, gefüllt mit 16 Litern einer Harnstofflösung, die unter dem Markennamen AdBlue verkauft wird. Der Behälter wurde bei einem VW-Händler besorgt. Die Flüssigkeit aus dem Tank rinnt durch durchsichtige Plastikschräuche in einen Katalysator unter dem Bodenblech, wo sie bei Temperaturen ab 220 Grad Celsius die giftigen Schwaden aus dem Dieselaabgas unschädlich macht. „Aus dem Auspuff kommen bis zu 70 Prozent weniger Stickoxide“, sagt Kolke, das habe er auf seinem Messstand nachweisen können.

Kolke ist kein Umweltaktivist, sondern Leiter des Testzentrums des ADAC, der führenden Lobbyorganisation der deutschen Autofahrer. Er sieht sich als Dieselfreund, spricht der Technologie »großes Potenzial« zu und hält auch die aktuelle Krise für beherrschbar, mithilfe seines Kästchens und des daranhängenden Katalysators. „So sähe die technische Lösung aus, mit der die Bundesregierung Millionen deutscher Dieselbesitzer vor Fahrverboten retten könnte“, sagt Kolke. „Jetzt müsste sie eine Richtlinie erlassen, die das erlaubt.“

Doch die Regierenden denken gar nicht daran, auf den Ingenieur zu hören. Seit Wochen behaupten führende Vertreter des Bundeskabinetts gemeinsam mit den Bossen der großen deutschen Autokonzerne, dass Kolkes Technik zu kompliziert, zu anfällig und zu teuer sei. Gegen die sogenannte Hardware-Nachrüstung gebe es »klare technische und rechtliche Vorbehalte«, sagt Verkehrsminister Andreas Scheuer. Und Kanzlerin Angela Merkel bemängelt, dass die Technik »relativ kostenintensiv« sei.

Stattdessen sollen die Konzerne lediglich die Motoren ihrer Dieselaautos neu einstellen (Softwarelösung), zugleich soll der öffentliche Nahverkehr sauberer werden. Mit diesem »klaren Plan« (Merkel) will

die Regierung dafür sorgen, dass auch künftig alle Autos in möglichst allen Städten freie Fahrt haben.

Das Konzept wird kaum aufgehen, wie inzwischen auch jene Expertengruppe festgestellt hat, die seit über sechs Monaten das Thema im Auftrag der Bundesregierung untersucht. Die drei Dutzend Autoexperten, Regierungs- und Verbandsvertreter haben Wissenschaftler befragt, Gutachten eingeholt und auch die Testreihen von ADAC-Chefingenieur Kolke ausgewertet. Nun haben sie ihre Erkenntnisse in ersten Entwürfen des Abschlussberichts niedergelegt, und was sich dort auf 40 Seiten nachlesen lässt, klingt anders als die Einlassungen von Merkel und Scheuer.

Zum einen kommt das Softwareprogramm der Regierung längst nicht so schnell voran wie gedacht. Zum anderen

»Es geht um Dieselfahrer mit geringeren Einkommen, die sich kein neues Auto leisten können.«

halten die Experten den Einbau von Katalysatoren für eine »sehr effiziente Maßnahme zur Emissionsreduzierung«.

Solche Sätze passen schlecht zu den offiziellen Stellungnahmen aus dem Bundeskabinett, und so müht sich die Regierung, die Arbeit des von ihr selbst berufenen Gremiums möglichst zu erschweren. Wichtige Dokumente werden selbst vor den Mitgliedern geheim gehalten. Sitzungen werden anberaumt und wieder abgesagt, der seit Anfang des Jahres fällige Endbericht von Monat zu Monat verschoben. Erst sollte er Ende Februar vorliegen, dann war von Mitte Mai die Rede, und in dieser Woche teilte Minister Scheuer dem zuständigen Bundestagsausschuss mit, dass der Report erst »Mitte des Jahres« fertig sei. Schon sprechen Mitglieder des Gremiums von einem Skandal.

Während die Bundesregierung versucht, Deutschlands Dieselbesitzer ein weiteres Mal hinter das Licht zu führen, verschärft sich zugleich die Krise auf dem Automarkt. Verzweifelt müssen Privatkunden wie Ge-

schaftsleute mitansehen, wie ihre Transporter oder Limousinen oft mehr als ein Drittel ihres Wertes verlieren. Auf den Parkplätzen der Autohäuser stauen sich unverkäufliche Pkw. Gebrauchtwagenhändler droht die Pleite, und nun eskaliert der Konflikt auch in der noch jungen Bundesregierung.

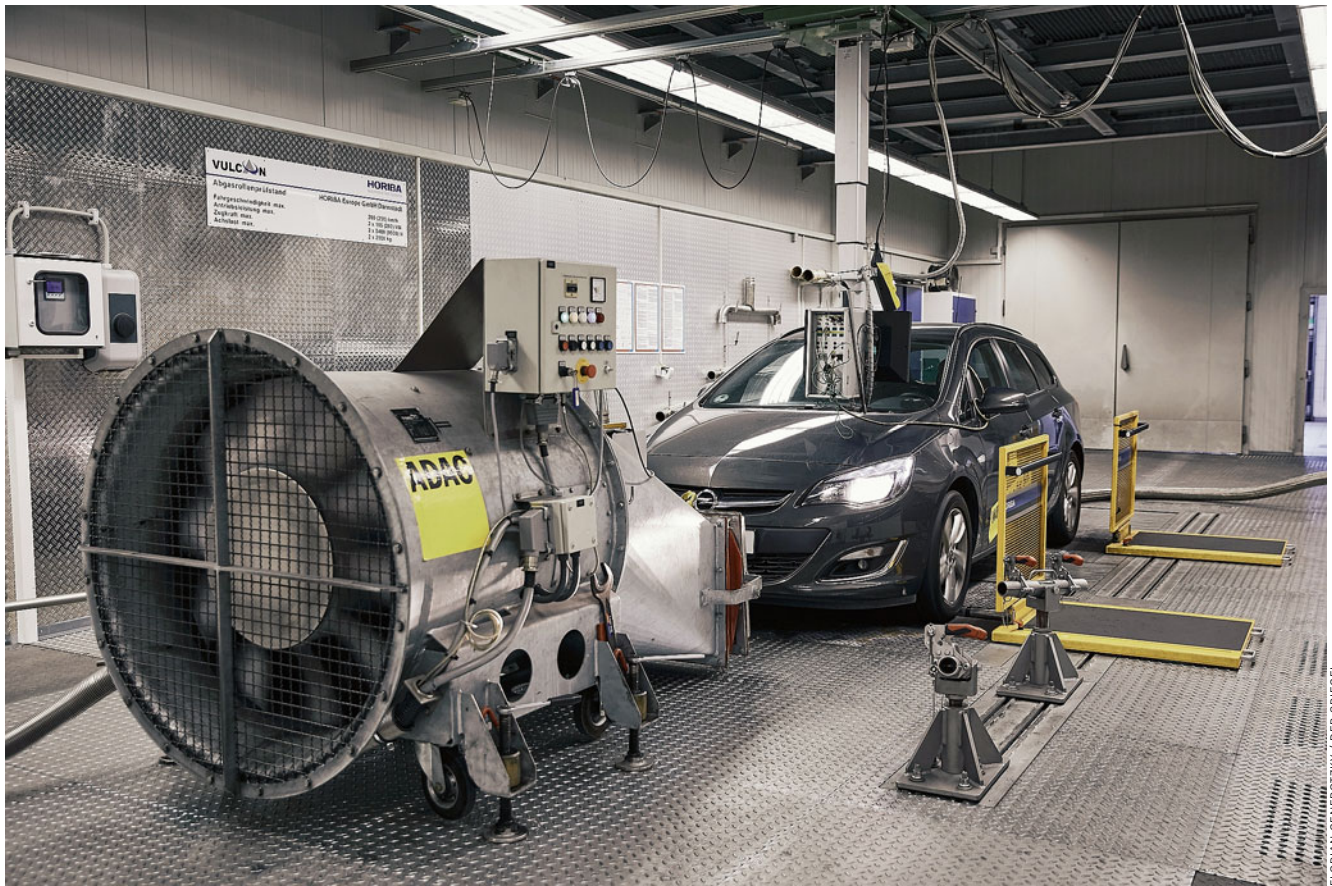
Bundesumweltministerin Svenja Schulze, SPD, geht auf Konfrontationskurs zu ihrem Kabinettskollegen Scheuer. »In den hoch belasteten Städten brauchen wir Hardware-Nachrüstungen, wenn wir die Grenzwerte einhalten und Fahrverbote verhindern wollen«, sagt sie. Für Schulze verbirgt sich dahinter eine soziale Frage. »Es geht hier vor allem um Dieselfahrer mit geringeren Einkommen und Handwerker, die sich nicht einmal so eben ein neues Auto leisten können.«

Die Urteil der Ministerin wird nicht zuletzt durch eine Studie gestützt, die in schriftlicher Form nicht einmal der Expertengruppe der Regierung vorliegt. Scheuers Beamte hüten sie wie ein Staatsgeheimnis. Selbst die beiden unmittelbar mit der Dieselfrage beschäftigten Ressorts Wirtschaft und Umwelt haben das 14-seitige Original nicht zu lesen bekommen.

Kein Wunder, der Autor des Gutachtens ist nicht irgendwer. Georg Wachtmeister, Inhaber des Lehrstuhls für Verbrennungskraftmaschinen an der TU München, dient dem Hause als einer der wichtigsten Berater in Dieselfragen. Er ist Mitglied der immer noch aktiven Untersuchungskommission Volkswagen, die Scheuers Vorgänger und Parteifreund Alexander Dobrindt eingerichtet hat, und er gilt nicht gerade als Gegner der Autoindustrie.

Im Gegenteil: In der Vergangenheit musste sich Wachtmeister von Umweltschützern als Mietmaul der Konzerne beschimpfen lassen. Umso verblüffender ist nun, dass der industriennahe Professor in seiner »Studie über das Potenzial einer Realisierung einer Hardware-Nachrüstung« so gut wie alle Argumente widerlegt, mit denen die Industrie seit Monaten gegen die Nachbaulösung anrennt.

Daimler-Chef Dieter Zetsche findet, Nachrüstungen seien mit »viel Aufwand und rechtlichen Problemen« verbunden. Wachtmeister hingegen schreibt: »Aus jetzigen Abschätzungen geht hervor, dass



FLORIAN GENEROTZKY / DER SPIEGEL



FRANK RUMPENHÖRST / DPA

Umgerüsteter Opel Astra, Regierungschefin Merkel, Daimler-Chef Zetsche: »Mit klarem Plan«

sich der Kostenrahmen in einer realisierbaren Größenordnung bewegt.«

BMW-Boss Harald Krüger warnt, die Nachrüstungen seien mangels Bauraum bei Altdieseln nicht möglich. In der Studie des Münchner Professors dagegen heißt es: »Der Bauraum für eine SCR-Nachrüstung ist mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit vorhanden.«

Der neue VW-Chef Herbert Diess lässt gleichfalls keine Gelegenheit aus, den Katalysatoreinbau als langwieriges Technologieprojekt darzustellen. »Wenn wir es tun, dauert das zwei bis drei Jahre«, sagt er. Wachtmeister dagegen weist nach, dass die benötigten Komponenten zu einem »Großteil bereits entwickelt« sind. Für viele Fahrzeugtypen der Schadstoffklasse Euro 5, vor allem jene, die auch in die Vereinigten Staaten exportiert werden, stehen danach sogar schon zugelassene Katalysatoren bereit.

Seit Jahren seien die Aggregate im US-Export notwendig, da »dort bereits seit 2004 sehr niedrige NO_x-Grenzwerte vorgegeben werden«, schreibt Wachtmeister. Und dann führt der Gelehrte aus München die infrage kommenden Autos auf, darunter Massenmodelle wie den Passat aus dem Reich von VW-Chef Diess, den 3er-BMW und die Mercedes E-Klasse.

Am meisten aber muss die Autobosse schmerzen, dass Wachtmeister die Katalysatorlösung auch technisch für unbedenklich hält. Anders als die Konzernchefs hält der Professor eine Abgasnachbehandlung per Katalysator für »eine sehr effiziente Maßnahme«, die bei den giftigen Schadstoffen »Reduktionsraten bis zu 90 Prozent« bringe. Seine Analyse gipfelt in dem Satz: »Nach heutigem Erkenntnisstand ist aus meiner Sicht eine Nachrüstung von Euro-5-Fahrzeugen mit verträglichem Aufwand möglich.«



Verkehrsminister Scheuer
»Klare technische Vorbehalte«

Kein Wunder, sind die nötigen Komponenten doch meist deutlich billiger zu besorgen, als die Autoindustrie behauptet. Bei ihren Antrittsbesuchen im Berliner Regierungsviertel in diesem Frühjahr erweckten die Automanager den Eindruck, Hardware-Nachrüstungen würden hohe vierstellige Summen verschlingen.

Doch schon ein Blick in Sonderausstattungskataloge der Autohersteller verrät, dass die Teile in Wahrheit seit Jahren viel günstiger zu haben sind. BMW bot lange Zeit den Stickoxid-Kat für die Kunden seines 1er-BMW für 1190 Euro als Bestelloption an, Audi verlangt für den A4 einen

Aufschlag von 1350 Euro. Und einen wirklich sauberen Passat ab Werk mit SCR gibt es bereits zum Aufpreis von 1500 Euro.

Auch Gutachter Wachtmeister sind diese Angebote der Autokonzerne aufgefallen, an die sie sich in der aktuellen Debatte partout nicht erinnern wollen. Er listet die Daten für die Bundesregierung auf und taxiert die Preisspanne für die Mehrzahl aller Dieselmotoren auf Werte zwischen 1000 und 3000 Euro. Dafür bekommt Wachtmeister Applaus von ungewöhnlicher Seite: »Seit Monaten werden die Dieselfahrer von der Bundesregierung getäuscht«, kritisiert der Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe, Jürgen Resch, der Mitglied in der Arbeitsgruppe zu Dieselnachrüstungen ist.

Die Autoindustrie hält ein groß angelegtes Umbauprogramm für unbezahlbar. Würden alle Altfahrzeuge mit Katalysatoren ausgerüstet, so warnte der frühere VW-Chef Matthias Müller, könne das bis zu 17 Milliarden Euro kosten. Das könne man beim besten Willen nicht leisten.

Doch Müllers Rechnung ist in mehrfacher Hinsicht überzogen. Es fängt schon damit an, dass ein Umbau sämtlicher Fahrzeuge ohnehin nie geplant war. Fachbeamte der Regierung hatten ihrer Führung bereits vor einigen Wochen einen Plan für eine solche Nachrüstung light skizziert. Danach sollten nur solche Fahrzeuge einbezogen werden, bei denen sich der Katalysatoreinbau lohnt. Autos dagegen, die wegen ihres Alters schon zu viel an Wert verloren haben oder bei denen die Montage zu kompliziert ist, sollten außen vor bleiben.

Zudem gingen die Beamten davon aus, dass vor allem Autofahrer im Einzugsgebiet schadstoffbelasteter Großstädte an Nachrüstungen interessiert sind. Für einen

Stickoxid-Abgasreinigung bei Dieselmotoren

Im **Motor** ① entstehen durch die Verbrennung von Diesel schädliche Abgase wie Stickoxide.

Aus dem **AdBlue-Tank** ② wird ein Harnstoff-Wasser-Gemisch in den Abgasstrom eingespritzt ③. Durch Hitzeeinwirkung entsteht daraus Ammoniak.

Im **SCR-Katalysator** ④ reagiert das Ammoniak mit den Stickoxiden.

Daraus entstehen Wasser und harmloser Stickstoff. Am Ende sind bis zu 90 Prozent weniger Stickoxide im **Abgas** ⑤.



Dieselbesitzer aus dem Bayerischen Wald dagegen, den es vermutlich nie in eine Fahrverbotsstraße in Düsseldorf oder Stuttgart zieht, würde das Angebot keinen Sinn ergeben. Von den 13 Millionen Diesel-Pkw in der Bundesrepublik kämen nach Schätzung der Beamten deshalb nur wenige Millionen für den Umbau infrage.

Um die Nachrüstung zu finanzieren, würde deshalb eine Gesamtsumme von fünf Milliarden Euro ausreichen, kalkulierten die Beamten. Zudem sollten sich auch die Dieselfahrer selbst mit einem Eigenbeitrag von rund 300 Euro und der Staat mit einem Zuschuss beteiligen. So würden sich die Lasten für die Konzerne auf etwa drei Milliarden Euro reduzieren.

Für die Dieselbesitzer wiederum, so sah es das Konzept vor, sollte die seit Langem diskutierte blaue Plakette für den nötigen Anreiz sorgen. Nur Katalysatorfahrzeuge sowie Autos der neuesten Dieseltechnologie würden danach einen Aufkleber erhalten, der zur Fahrt in eine Fahrverbotszone berechtigt. Alle anderen Wagen müssten umdrehen. Gerade deshalb aber, so kalkulierten die Beamten, würden die Schadstoffemissionen in vielen belasteten Städten drastisch sinken.

Die Ministerialen hatten den Plan auch deshalb entworfen, weil sie über neue Erkenntnisse zu den Erfolgsaussichten der verabredeten Software-Updates verfügten. Im vergangenen August hatte Scheuers Vorgänger Alexander Dobrindt den Autobossen auf dem Dieseltreffen in Berlin das Versprechen abgerufen, freiwillig fast drei Millionen Autos bis Ende des Jahres eine neue Motorsteuerung aufzuspielen, die den Stickoxidausstoß um bis zu 30 Prozent verringern sollte.

Doch nicht einmal diese Zusagen können die Konzernlenker einhalten. Bislang liegt erst ein Antrag auf ein solches Software-Update beim Kraftfahrt-Bundesamt zur Genehmigung vor. Es betrifft knapp 40 000 Autos von Mercedes.

Scheuer will den Konzernen nun ein Ultimatum bis Ende des Jahres stellen, doch die Autobosse lassen den CSU-Minister offensichtlich abblitzen. Daimler etwa schickte dem Hause Scheuer unlängst eine Mitteilung, man werde mit den Software-Updates, zum größten Bedauern, erst im Jahr 2020 fertig sein.

So kommt es, dass spätestens zu Beginn des nächsten Winters droht, was die Regierung doch unbedingt verhindern will: ein Fahrverbot in möglicherweise mehreren deutschen Großstädten. Darauf deutet eine neue Untersuchung des Umweltbundesamts hin. Die Behörde hat nachgerechnet, was die Regierungsmaßnahmen zur Luftreinhaltung bringen. Ergebnis der bislang unveröffentlichten Expertise: zu wenig.

So würden die Schadstoffwerte beispielsweise in Mainz und München in den

nächsten Jahren nicht unter den zulässigen Grenzwert sinken. In München würden selbst im Jahr 2025 die Luftreinhaltevorschriften nicht eingehalten, so die Experten aus dem Amt in Dessau. Hoffnung können sich danach nur jene Gemeinden machen, in denen es bereits deutlich sauberer geworden ist. Für alle anderen Kommunen werde es ernst, so prophezeit das Umweltamt.

Danach wären es im Jahr 2020 noch fast zwei Dutzend Städte, die deutlich mehr Stickoxid ausstoßen als erlaubt, allen voran Stuttgart, Düsseldorf, Hamburg und Kiel. »Unsere Berechnungen zeigen: Umweltprämie und Software-Updates werden die Luft in den hochbelasteten Städten auch in den nächsten Jahren nicht sauber genug machen«, sagt die Präsidentin des Umweltbundesamts, Maria Krautzberger.

Behält die Behördenchefin recht, steht der Bundesregierung nach der Sommerpause eine schwierige Debatte ins Haus. Fahrverbote würden sich kaum noch vermeiden lassen; doch für ein Nachrüstungsprogramm wäre es dann möglicherweise zu spät. Je länger die Regierung zögert, desto größer wird die Zahl der Autos, die so alt sind, dass sich der Einbau eines Katalysators nicht mehr lohnt.

Die Zeit spielt für die Industrie, und so kommt es ihr gelegen, dass eine weitere Mogelpackung ins Gespräch kommt, für die es in dieser Woche schon einmal einen Vorgeschmack gab. Der Zulieferer Bosch präsentierte an einem VW Golf ein angeblich revolutionäres neues System zur Abgasreinigung, das in Wahrheit vor allem aus Komponenten besteht, die längst verfügbar sind. Man habe bei der Entwicklung lediglich »vorhandene Technik weiter verfeinert«, räumt der Konzern ein. »Zusätzliche Komponenten, die die Kosten erhöhen würden, sind nicht erforderlich.« Die Werbeveranstaltung bewies lediglich: Schon lange existieren serienreife Reinigungskomponenten, sie waren der Industrie nur zu teuer. Erst jetzt werden sie endlich Standard.

Doch immer noch scheinen die Helfer aus der Politik gewillt, den Konzernen Geschenke zu machen. Bei einer der jüngsten Sitzungen der Dieselsexpertengruppe schlug der Vertreter des VW-Landes Niedersachsen vor, statt eines milliarden-teuren Nachrüstungsprogramms besser »einen echten Kaufanreiz im Massen- und Kompaktsegment« des Automarktes zu schaffen. Konkret: eine staatlich geförderte Prämie für den Neukauf eines Dieselfahrzeugs der jüngsten Generation. Auch einen Betrag haben die Ländervertreter schon im Kopf: 2000 Euro.

Michael Sauga, Gerald Traufetter,
Christian Wüst

**Finn
Comfort**[®]
Made in Germany



PORDENONE
Damen-Halbschuh

DER SCHUH ZUM WOHLFÜHLEN

- AUSGEZEICHNETE PASSFORM
- SUPERBEQUEM-FUSSBETT
- OPTIMALE AUFTRIITSDÄMPFUNG
- GEEIGNET FÜR INDIVIDUELLE EINLAGEN

KATALOG UND BEZUGSQUELLEN:
www.finncomfort.de

»Ich will nichts schönreden«

SPIEGEL-Gespräch SPD-Chefin Andrea Nahles, 47, über ihre Pläne zur Wiederbelebung ihrer Partei, den Umbau des Sozialstaats und die neue Russlandpolitik der Genossen

SPIEGEL: Frau Nahles, bei Ihrer Wahl zur Parteichefin saßen vor Ihnen in der ersten Reihe viele ehemalige SPD-Vorsitzende. Beck, Gabriel, Müntefering, Scharping – was haben Sie gedacht, als Sie die Herren von der Bühne aus gesehen haben?

Nahles: Ich habe mich sehr gefreut, dass sie da waren. Mit Rudolf Scharping hatte ich vorher Kontakt, Kurt Beck hatte ich auch getroffen. Andererseits habe ich in dem Moment auf der Bühne gedacht: Das sind eindeutig zu viele ehemalige Vorsitzende. Die Amtszeiten sollten wieder länger werden.

SPIEGEL: Oder haben Sie gedacht, dass Sie möglicherweise bald selbst da unten sitzen könnten?

Nahles: Nein, der Gedanke ist mir nun wirklich nicht gekommen. Ich wollte das Amt ja erst mal erringen. Und ich bin zuversichtlich, dass ich diese Aufgabe nun ein paar Jahre machen darf. Das soll gut werden.

SPIEGEL: Ihr Start war schwierig, es gab bei Ihrer Wahl viele Gegenstimmen, das Misstrauen gegenüber der Parteiführung sitzt tief. Wie sieht Ihr Plan aus, die SPD wieder aufzurichten?

Nahles: Ich will gar nichts schönreden. Mein Ergebnis ist Ausdruck unserer schwierigen Lage. Zu viele in der SPD sind skeptisch, was die Zukunft angeht. Die einen sorgen sich wegen der Großen Koalition. Die anderen sorgen sich um unser Profil. Wieder andere fürchten, die Erneuerung werde vertrödelte. Ich möchte zeigen, dass die SPD gut regieren und gleichzeitig als Partei spannende politische Debatten führen kann.

SPIEGEL: Erneuerung wird in Ihrer Partei seit Jahren versprochen. Verändert hat sich wenig. Warum sollte jetzt, parallel zur Regierungsverantwortung, tatsächlich etwas passieren?

Nahles: Weil es um die Zukunft der SPD als Volkspartei geht und alle erkannt haben, wie notwendig eine gründliche Debatte ist. Unser zentraler Fehler war, dass wir auf vielen großen Feldern – der Digitalisierung, der Integration oder dem Sozialstaat – die brennenden Fragen nicht beantwortet, zum Teil sogar bewusst abgewürgt haben. Jetzt wird es dafür den nötigen Raum geben.

SPIEGEL: Man könnte auch sagen: Sie wollen Zeit gewinnen.

Nahles: Wir brauchen auch ein bisschen Zeit. Ein Erneuerungsprozess hat doch nur Sinn, wenn die Ergebnisse nicht schon vorher alle feststehen. Und nicht nur bei uns, sondern in der gesamten Gesellschaft gibt es doch einen spürbaren Orientierungsbedarf: Was heißt eigentlich Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in der heutigen Zeit? Wie verorten wir uns mit unseren Werten in dieser neuen Welt? Wie schaffen wir eine solidarische Gesellschaft? Diese Fragen haben wir viel zu lange aufgeschoben.

SPIEGEL: Debatten sind das eine. Konkrete politische Initiativen das andere. Wo wollen Sie ansetzen?

Nahles: An unserer Regierungsarbeit. Wir haben im Koalitionsvertrag vieles verankert, was unser Land sicherer, solidarischer

»Die Reformen haben auch bei vielen einen Knacks hinterlassen. Das ist unübersehbar.«

und moderner macht. Aber unser Programmvielfalt erschöpft sich nicht in einem Koalitionsvertrag mit CDU und CSU. Die sozialdemokratische Kernidee der Solidarität ist ein bedrohter Wert. Das trifft uns und die gesamte Gesellschaft im Mark. Wir müssen diesen Wert wieder neu aufladen und ins Zentrum unserer Politik rücken.

SPIEGEL: Die SPD hat doch dazu beigetragen, dass Solidarität hierzulande nicht mehr im Vordergrund steht. Bei den Agenda-Reformen zum Beispiel war das Leitmotiv die Eigenverantwortung, wie Gerhard Schröder damals selbst erklärt hat. Wollen Sie das korrigieren?

Nahles: Das ist jetzt 15 Jahre her. Die Reformen hatten etliche Facetten. Und sie haben zwar dazu beigetragen, dass viele der damals fünf Millionen Arbeitslosen wieder einen Job gefunden haben. Aber sie haben auch bei vielen einen Knack hinterlassen. Das ist unübersehbar. Viele unserer Wählerinnen und Wähler wussten nicht mehr, ob die Sozialdemokratie an ihrer Seite steht.

SPIEGEL: Simone Lange, Ihre Rivalin, hat auf dem Parteitag gesagt, sie wolle sich bei

den sozialdemokratischen Anhängern für die Agenda-Reformen entschuldigen. Denken auch Sie über eine solche Geste nach?

Nahles: Es kommt doch jetzt darauf an, dass wir über den Sozialstaat 2020 reden. Ich will nicht die Schlachten des Jahres 2003 noch einmal schlagen. Ich möchte eine solidarische Politik machen, die unser Land gerecht und modern in die Zukunft führt. Eine Politik, die Chancen und Risiken der Digitalisierung richtig erkennt, auf den Fachkräftemangel mit Qualifizierung reagiert. Ich will, dass die SPD wieder zur starken Stimme aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland wird.

SPIEGEL: Die SPD hat schon in den vergangenen Jahren gewerkschaftsnahe Reformen durchgesetzt, ohne dass ihr das sonderlich geholfen hätte.

Nahles: Es geht nicht um ein paar Änderungen in den Sozialgesetzbüchern, sondern um die Grundlagen unseres Sozialstaats. Darüber diskutieren wir gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und der Wissenschaft. Gedanklich muss da kein Stein auf dem anderen bleiben. Wir brauchen eine Sozialstaatsreform, die diesen Sozialstaat bürgernäher, familienfreundlicher, gerechter und einfacher macht.

SPIEGEL: Dafür würde am konsequentesten ein bedingungsloses Grundeinkommen sorgen. Da bekommt jeder unabhängig von Status und Beruf einen fixen Betrag pro Monat vom Staat, zum Beispiel 1000 Euro – und fertig. Einfacher geht's nicht.

Nahles: Mit einfachen Lösungen allein ist es nicht getan. Ich halte nichts davon, Arbeit und Sozialleistungen zu entkoppeln. Der Vorschlag passt nicht in unsere Arbeitsgesellschaft und würde viele, die eine ganz andere Unterstützung brauchen, schutzlos zurücklassen. Bei der Arbeit geht es nicht nur um Einkommen, sondern auch um Würde und gesellschaftliche Teilhabe. Aber ich nehme jetzt nicht die Debatte vorweg, indem ich gleich alles ausschließe. Ich bin für manche Gedanken der Grundeinkommensbefürworter offen, wie zum Beispiel die Idee der Komplexitätsreduktion.

SPIEGEL: Das müssen Sie erklären.

Nahles: Der Staat präsentiert sich keinesfalls bürgernah, wenn es um konkrete Hilfen geht. Ich kenne einen gestandenen



STEFFEN ROTH / DER SPIEGEL

SPD-Vorsitzende Nahles: »Gedanklich muss da kein Stein auf dem anderen bleiben«

Handwerker, der kürzlich eine Erwerbsminderungsrente beantragte. Allein das Formular auszufüllen war so kompliziert, dass er um Hilfe bitten musste, dennoch wurde er erst einmal abgelehnt. Viele haben einfach nicht das Gefühl, dass die hart erkämpften Errungenschaften der Sozialdemokratie bei ihnen auch ankommen. Der Sozialstaat erscheint ihnen vielmehr als großer Hindernislauf, bei dem nicht ausgemacht ist, ob man am Ende auch zu seinem Recht kommt. Das muss sich ändern – nicht nur bei der Erwerbsminderungsrente, sondern auch beim Arbeits-

losengeld II, bei der Beantragung des Kinderzuschlags, beim Wohngeld. Wer in eine Notlage gerät, muss merken, dass der Staat ihm solidarisch zur Seite steht.

SPIEGEL: Was wollen Sie politisch konkret ändern?

Nahles: Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode zum Beispiel die Behindertenhilfe vereinfacht, indem wir Leistungen pauschaliert und den Betroffenen eine feste Anlaufstelle vermittelt haben. Wir haben eine Anlaufstelle als »Lotse« definiert, die durch die Verästelungen des Sozialrechts führt. So etwas kann ich mir

auch gut für andere Sozialleistungen vorstellen.

SPIEGEL: Bei Hartz IV ist aber nicht die Bürokratie das Problem, sondern die Gerechtigkeitslücke. Die Menschen verstehen nicht, warum ein Berufsanfänger fast genauso schnell auf Sozialhilfeniveau heruntergestuft wird wie jemand, der jahrzehntelang Beiträge gezahlt hat.

Nahles: Wir haben eine neue Idee entwickelt: Wer sich weiterbildet und qualifiziert, bekommt das Arbeitslosengeld weitergezahlt, auch wenn der Anspruch eigentlich ausgelaufen ist – wir nennen es Arbeitslosengeld Q. Mein Ziel ist es, das zu einem verbrieften Recht auf Weiterbildung auszubauen. In einer Zeit, in der viele Jobs durch Algorithmen ersetzt werden, müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Möglichkeit erhalten, am Ball zu bleiben und möglicherweise auch einen neuen Beruf zu erlernen. So sieht eine solidarische Arbeitslosenversicherung im Zeitalter der Digitalisierung aus.

SPIEGEL: Hört sich gut an, die Frage ist nur: Warum steht dieses Projekt nicht im Koalitionsvertrag?

Nahles: Wir konnten immerhin einen Rechtsanspruch auf Weiterbildungsberatung durch die Bundesagentur für Arbeit durchsetzen. Ein Recht auf Arbeitslosengeld Q wollte die Union nicht, da bleiben wir dran.

SPIEGEL: Wollen Sie das Prinzip von Fordern und Fördern aufgeben?

Nahles: Nein, aber wir müssen trotzdem genau hinschauen. Ich habe schon als Arbeitsministerin die verschärften Sanktionen für Jugendliche abschaffen wollen – auch hier war die Union dagegen. Die Arbeitsagenturen etwa haben festgestellt, dass aufgrund von Sanktionen viele Junge dann ganz abtauchen und nicht mehr für Bildungsangebote erreichbar sind. Das kann nicht vernünftig sein in einer Gesellschaft, die auf qualifizierte Arbeitskräfte dringend angewiesen ist.

SPIEGEL: Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller will Hartz IV durch ein solidarisches Grundeinkommen ersetzen. Wer keinen Job findet, soll einen sozialversicherten Arbeitsplatz zum Mindestlohn vom Staat bekommen. Was halten Sie davon?

Nahles: Das ist ein richtiger Impuls. Schließlich hat sich die Große Koalition das Ziel der Vollbeschäftigung gesetzt. Dieses Versprechen muss aber auch für jene Menschen gelten, die es heute aus den verschiedensten Gründen schwer haben, eine reguläre Beschäftigung zu finden. Wir wollen in dieser Legislaturperiode deshalb einen sozialen Arbeitsmarkt für 150 000 Menschen aufsetzen. Wenn das funktioniert, werden wir das Angebot weiter ausbauen. Wir wollen, dass möglichst alle am wachsenden Wohlstand teilhaben können.



FOTOS: JONATHAN BROWNING

WEITWINKEL

Brexit Islands

Die Shetlandinseln im Norden Großbritanniens waren schon oft Spielball der Mächte: Wikinger, Dänen, Briten, die EU. Nun steht den Menschen hier mit dem Brexit das nächste Kapitel bevor: Die »Fishing for Leave«-Kampagne war eine der lautesten Stimmen der Brexiteers. Doch obwohl die Fischerei auf den Shetlands die größte Industrie ist, stimmte die Mehrheit der Bewohner für den Verbleib in der EU. Jetzt, fast zwei Jahre später, sind die Shetlands noch immer geteilt: Ist der Brexit eine große Chance – oder eine Bedrohung für die isolierte Gemeinschaft?

Sehen Sie die Visual Story im digitalen SPIEGEL, oder scannen Sie den QR-Code.



JETZT DIGITAL LESEN

SPIEGEL: Sie haben versprochen, dass es ein Weiter-so in der Großen Koalition nicht geben wird. Viele in der Partei haben an dieser Stelle ihre Zweifel. Wie wollen Sie verhindern, dass Sie diesen Teil der SPD verlieren?

Nahles: Indem wir uns gemeinsam, die Zweifler und die Befürworter, daranmachen, unser Programm neu aufzustellen und unsere Überzeugungen frei von Koalitionszwängen als Position der SPD öffentlich zu vertreten. Wir haben aber auch sechs Ministerinnen und Minister, die brauchen die Rückendeckung dafür, dass sie das, was wir wollen, auch durchsetzen können.

SPIEGEL: Wenn man sich den Start der Großen Koalition anschaut, stellt man fest, dass es doch einige erstaunliche Kontinuitäten gibt, beispielsweise in der Finanzpolitik. Olaf Scholz tritt als Wolfgang Schäuble 2.0 auf.

Nahles: Unsinn. Wir werden sozialdemokratische Finanzpolitik schon sichtbar machen. Amazon-Chef Jeff Bezos, ein großer Steuervermeidungsheld, hat in dieser Woche einen Preis von Axel Springer bekommen. Ich bin da spontan zu einer Gegendemonstration gegangen. Herr Schäuble hat in der Frage, wie wir die Internetgiganten zum Steuern zahlen bringen können, nie Ehrgeiz gehabt. Olaf Scholz wird hier Tempo machen. Das ist nur ein Beispiel.

SPIEGEL: Scholz steht weiter für das Prinzip der schwarzen Null, dem in der SPD umstrittenen haushaltspolitischen Leitmotiv. Wo stehen Sie in dieser Frage?

Nahles: In guten Zeiten keine neuen Schulden zu machen ist ein Gebot der Vernunft. Die sogenannte Schuldenbremse steht im Übrigen in unserer Verfassung. Wichtig ist, dass wir sie nicht zum Selbstzweck erheben, sondern zugleich kräftig investieren. In einer Situation, in der wir genügend Haushaltsüberschüsse haben, muss ich doch nicht über Schulden reden. Es ist unnötig, an dieser Stelle einen Konflikt aufzumachen. Wir legen einen soliden Haushalt vor und investieren massiv – so geht gute Finanzpolitik.

SPIEGEL: Aber Ihre Scheu vor Konflikten ist doch vielleicht eines Ihrer Probleme in dieser Koalition.

Nahles: Sie sind der Erste, der mir Scheu vor Konflikten nachsagt. Schauen Sie sich doch die Diskussion über die Brückenteilzeit an: Alles, was den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr Selbstbestimmung bringt, wird nicht nur vom Arbeitgeberverband reflexartig als zu bürokratisch verunglimpft, sondern auch aus dem Adenauer-Haus abgelehnt. Doch im Koalitionsvertrag ist nichts so detailliert vereinbart wie dieses Ende der Teilzeitfalle. Hier gibt es keinerlei Redebedarf mehr, nur noch Umsetzungsbedarf.



STEFFEN ROTH / DER SPIEGEL

Nahles beim SPIEGEL-Gespräch*

»Schub in Europa«

SPIEGEL: Wir meinen eher die großen, identitätsstiftenden Themen. Die Steuerpolitik zum Beispiel. Da hat die SPD durch das Bündnis mit der Union den Weichspüler eingeschaltet.

Nahles: Das ist falsch. Wir schmelzen zum Beispiel für 90 Prozent der Steuerzahler den Soli ab, für die oberen zehn Prozent bleibt er bestehen – für diese Legislatur. Damit ist die Frage der gerechteren Steuerverteilung schon jetzt für die nächste Legislatur gesetzt. Wir werden die verteilungspolitische Dimension der Steuerpolitik dann neu eröffnen.

SPIEGEL: Nächstes Beispiel – Europapolitik. Da gab es großen Enthusiasmus während der Koalitionsverhandlungen. Jetzt wird das wichtige Thema vom Finanzminister plötzlich sehr stiefmütterlich behandelt.

Nahles: Das kann ich nicht bestätigen.

SPIEGEL: Aber wo ist denn die versprochene Antwort der Bundesregierung auf die europapolitischen Integrationsvorschläge von Emmanuel Macron?

Nahles: Wir verhandeln genau darüber nun mit unseren europäischen Partnern, allen voran Frankreich. Wir haben im Koalitionsvertrag eine neue deutsche Europapolitik festgeschrieben. Das ist die Grundlage. Wichtig ist, dass wir in Europa gemeinsam vorankommen. Wir müssen nun sehen, welche der Vorschläge Macrons für uns umsetzbar sind.

SPIEGEL: Wo haben Sie Bedenken?

Nahles: Die europäische Sozialunion und die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion sind für mich sehr wichtige Themen. Darüber sprechen wir jetzt miteinander. Und ich kann die Union nur davor warnen, das zu unterschätzen. Deutschland und Frankreich werden für einen Schub in Europa sorgen. Wir brauchen jetzt auch für die EU einen Investitionshaushalt, um das Wachstum anzukurbeln und die regionalen Unterschiede zu verkleinern. Ein starkes Deutschland gibt es nur in einem gemeinsam starken Europa. Dafür lohnt es sich auch für uns Deutsche, mehr Geld in die Hand zu nehmen.

* Mit den Redakteuren Michael Sauga und Veit Medick in Berlin.

SPIEGEL: Im Moment ist Europa vor allem außenpolitisch gefragt. Eine einheitliche Linie zum Syrienkonflikt gibt es nicht. Auch die Haltung zu Russland sorgt für Spannungen in der Europäischen Union. Teilen Sie die harte Haltung, die Außenminister Heiko Maas gegenüber der Regierung in Moskau anschlägt?

Nahles: Ich unterstütze die Initiative von Heiko Maas für einen neuen diplomatischen Ansatz für Syrien. Und es steht außer Frage, dass gerade wir Deutschen Russland ein guter Nachbar sein wollen – aus historischer Verantwortung und geografischer Lage. Aber die derzeitige russische Regierung unter Wladimir Putin hat in den letzten Jahren eine Politik gemacht, zu der wir auch klar Stellung beziehen müssen, wie wir es auch bezüglich der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim gemacht haben. Wir suchen die Nähe und das Gespräch, aber wir erwarten auch, dass Russland seine Rolle im Uno-Sicherheitsrat konstruktiv wahrnimmt.

SPIEGEL: In Ihrer Partei sorgt der härtere Kurs gegenüber Russland für Irritationen. Einige sozialdemokratische Ministerpräsidenten finden, dass man in der aktuell so angespannten Lage rhetorisch eher ab- als aufrüsten sollte.

Nahles: Die Politik des Dialogs und des Ausgleichs ist für uns maßgebend. Die großen internationalen Konflikte werden wir nicht ohne Russland lösen können. Wir müssen besonnen beides tun: unsere Haltung klarmachen, zum Beispiel gegen Hacker- und Spionageangriffe. Aber auch immer wieder Gespräch und Kooperation suchen. Ich halte die Debatte über eine angeblich andere Russlandpolitik im Übrigen für überzogen. Es gibt da keinen unterschiedlichen Kurs.

SPIEGEL: Sie haben jetzt rund drei Jahre lang Zeit, um die SPD wiederzubeleben – wenn es hochkommt. Haben Sie schon Angst vor der nächsten Bundestagswahl?

Nahles: Nein.

SPIEGEL: Aber die SPD dürfte vor dem gleichen Problem stehen wie bei vielen früheren Wahlen. Ihnen fehlt die Machtopption. Oder sehen Sie eine?

Nahles: Die beste Machtopption ist, dass die SPD stärker wird. Das ist mein Fokus. Alles andere kommt später.

SPIEGEL: Sind Sie offen für Gespräche mit der Partei Die Linke?

Nahles: Die Linkspartei muss mal klären, ob sie überhaupt regieren will oder nicht. Nur dann würden weitergehende Gespräche Sinn machen. Wir haben in den letzten Jahren sehr viel Zeit investiert, um in den

Dialog zu treten. Und noch immer ist diese Frage dort völlig ungeklärt.

SPIEGEL: Aber wenn Sie mal wieder das Kanzleramt erobern wollen, wäre ein halbwegs belastbares Verhältnis zur Linkspartei schon hilfreich.

Nahles: Entweder gibt es den Willen zu regieren bei der Linken. Oder eben nicht. Gesprächsbereit bin ich jederzeit.

SPIEGEL: Aber wo ist dann eine Machtopption? Die Grünen schielen ja offensichtlich auch längst in Richtung bürgerliches Lager.

Nahles: Stellen Sie mir die Frage gern im Jahr 2020. Jetzt rede ich nicht über Machtoptionen, sondern über das, was wir konkret machen wollen.

SPIEGEL: Und wenn wider Erwarten in zwei Jahren die Große Koalition auseinanderfällt, dann wird Olaf Scholz der Kanzlerkandidat.

Nahles: Schöner Versuch. Aber seien Sie gewiss: Die SPD ist auf alles vorbereitet.

SPIEGEL: Frau Nahles, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Video
Wenn Andrea Nahles spricht

spiegel.de/sp182018nahles
oder in der App DER SPIEGEL



Loslassen

Karrieren Martin Schulz und Sigmar Gabriel waren die mächtigsten Männer der SPD. Die Zukunft der Partei hängt auch davon ab, wie sie jetzt mit dem Machtverlust umgehen. *Von Christoph Hickmann*

Ganz vorn, in der ersten Reihe, sitzen die Alten, die Ehemaligen, die Gescheiterten. Die, von denen man normalerweise nichts mehr zu befürchten hat, höchstens mal einen ungebetenen Ratsschlag oder einen schrägen Talkshow-Auftritt. Es sind die ehemaligen Vorsitzenden der SPD. Auf dem Schild, das ihre Reihe markiert, steht: »Ehrengäste«.

Es sitzen dort am vergangenen Sonntag in der Parteitagshalle in Wiesbaden Kurt Beck, Rudolf Scharping, Franz Müntefering, gescheitert an der Partei, an sich selbst oder am Wähler. Wobei das alles lange her ist, Scharpings Sturz fast ein Vierteljahrhundert, Becks Abgang beinahe ein Jahrzehnt. Selbst Münteferings Rückzug liegt mittlerweile achteinhalb Jahre zurück.

Und dann sitzen da noch zwei, an den Rändern dieser ersten Reihe: rechts außen Sigmar Gabriel und links außen Martin Schulz.

Vor etwas mehr als einem Jahr war Gabriel noch Vorsitzender der SPD, der am längsten amtierende seit Willy Brandt. Es folgte Schulz, vor zweieinhalb Monaten musste auch er gehen. Jetzt hören sie hier, in der Reihe der Ehemaligen, Andrea Nahles bei ihrer Bewerbungsrede zu. Schulz, den Zeigefinger an der Wange, wirkt etwas konzentrierter als Gabriel. Am Ende klatschen sie beide, Gabriel eher kurz, Schulz länger. Zwischen ihnen klatschen Beck, Scharping, Müntefering. Es muss so wehtun.

In der SPD, in der ja derzeit viel von Aufbruch und Erneuerung die Rede ist, läuft dieser Tage ein Großversuch in einer demokratischen Kerndisziplin: dem Umgang mit dem Machtverlust. Der gehört zwar eigentlich zur Normalität in der Politik, doch bei Schulz und Gabriel liegt die Sache etwas anders.

Von Scharping war machtpolitisch nichts mehr übrig, nachdem Oskar Lafontaine ihn zerlegt hatte. Beck zog sich nach seinem Abgang nach Rheinland-Pfalz zurück, wo seine Art zu sprechen kein An-

seiner Vertreibung aus dem Auswärtigen Amt vor ein paar Wochen der beliebteste Sozialdemokrat. Gabriel und Schulz sind weg aus der ersten Reihe. Einfach verschwinden wollen sie nicht.

Es ist ein bisschen wie im Vatikan, wo es neben dem eigentlichen Papst noch einen zweiten, zurückgetretenen gibt, von dem man weiß, dass er vieles ein bisschen anders sieht als sein Nachfolger. Der Unterschied besteht darin, dass der Papst freiwillig ging, während Schulz und Gabriel sehr gern weitergemacht hätten.

Für die SPD hängt viel davon ab, wie die beiden nun mit dem Machtverlust umgehen. Es geht dabei nicht nur um ihre Verletzungen und Gemütslagen. Es geht auch darum, ob diese Partei mit sich selbst ins Reine kommt.

Universität Bonn, ein Montagmittag, die Luft im Hörsaal 1 ist schon kurz nach Beginn der Vorlesung etwas verbraucht. Die Sitzreihen sind fast lückenlos besetzt. Sigmar Gabriel hat hier in diesem Sommersemester einen Lehrauftrag, heute hält er seine Antrittsvorlesung, das Thema: »Deutschland in einer unbequemen Welt«. Was man halt so macht als Außenminister a. D.

Gabriel liest vom Blatt, gerade hat er ein bisschen über die Bonner und die Berliner Republik sinniert, als es interessant wird. Oben auf der Empore haben ein paar Studenten ein Transparent ausgerollt, »Gegen Iran-Sigi! Für Israel!« steht da-

rauf. Die Studenten brüllen Fragen in den Raum, es geht um Gabriels Verhältnis zur Türkei, zu Wladimir Putin, es wirkt etwas infantil und inquisitorisch zugleich. Gabriel hört sich alles ruhig an, dann sagt er: »Noch Fragen?«

Es folgt ein kleines Proseminar in politischer Schlagfertigkeit. Nacheinander arbeitet Gabriel die Vorwürfe ab, redet über Radpanzer für Ägypten, die Türkei als strategischen Partner, Waffen für die kurdischen Peschmerga. Dann sagt er zu den



Parteitagsredner Schulz

»Lieber Martin, das ist dein Applaus!«

lass für Spott war, sondern ein Wettbewerbsvorteil. Und Müntefering war, als er den Vorsitz endgültig abgeben musste, fast 70.

Gabriel und Schulz hingegen sind Abgeordnete des Bundestags, sie sitzen in der SPD-Fraktion. Sie sind nicht in der Provinz verschwunden, sondern in Berlin präsent. Vor allem aber sind sie in einem Alter, in dem manche ihre bundespolitische Karriere überhaupt erst beginnen. Schulz ist 62, Gabriel erst 58 Jahre alt, er war bis zu

HC PLAMBECK / DER SPIEGEL

Protestierern: »Nehmen Sie sich die Zeit, die Komplexität der Welt zu erfassen.«

Am Ende werden die Transparente eingerollt, die Zuhörer klopfen auf die Tische, Gabriel hat gewonnen. Wieder mal.

Sigmar Gabriel ragte Zeit seines politischen Lebens heraus. Er war schneller im Kopf, konnte besser reden und hatte klügere Ideen als die allermeisten. Im direkten Schlagabtausch konnte ihm nie jemand etwas vormachen, schon gar nicht irgendwelche Störenfriede. Gabriel war und ist eine politische Ausnahmebegabung. Das ist eine Seite dieses Mannes.

Die andere Seite war auch immer schon da, sie kam meist dann heraus, wenn Gabriel sich bedrängt fühlte oder verletzt. Dann nutzte er seinen Instinkt, um die wundesten Stellen des Gegners zu treffen. Und auch darin war er ziemlich gut.

Gabriel war mehr als sieben Jahre lang Parteivorsitzender und insgesamt acht Jahre Bundesminister. Jetzt ist er einfacher Abgeordneter. Wenn er darüber spricht, wie seine Parteikollegen ihn abserviert haben, fährt er schon mal mit der Hand an seiner Kehle entlang: »Sie haben mich umgebracht.«

Es muss ihn zutiefst verletzt haben, seither hat er jedenfalls viel von seiner anderen, der dunklen Seite gezeigt. Es wurde recht schnell recht hässlich.

Gerade mal einen Tag dauerte es, bis er mit dem ehernen politischen Gesetz gebrochen hatte, wonach man seinen Nachfolger nicht kritisiert. Stattdessen ließ Gabriel öffentlich wissen, was er von Heiko Maas' Russlandpolitik hält, von dessen neuem, schärferen Ton: wenig. Intern, im kleinen Kreis, wurde er noch weitaus deutlicher.

Immer wieder kommentierte er die Außenpolitik, verfasste Zeitungsartikel über das Verhältnis zur Türkei und den westlichen Militäreinsatz in Syrien. Man konnte zwischendurch nicht immer ganz sicher sein, wer nun eigentlich Minister war.

Doch Gabriel ging nicht nur auf seinen Nachfolger los, sondern auf die gesamte politische Klasse. Viele »Entscheidungssträger«, also Politiker, hätten sich vom Leben der normalen Bürger entfremdet, diagnostizierte er im »Tagesspiegel«, schließlich gingen ihre Kinder nicht in Schulen mit 80 Prozent Migrantanteil. Außerdem bekämen sie jederzeit eine Chefarztbehandlung. Sigmar Gabriel, seit fast drei Jahrzehnten Berufspolitiker, sprach aus, was man sich am Stammtisch oder im AfD-

Kreisverband schon immer ungefähr so gedacht hatte.

Man hatte nicht den Eindruck, dass Gabriel versuchte, Abstand von der Politik zu gewinnen. Es wirkte eher, als versuchte er, den Abstand mit aller Gewalt möglichst klein zu halten. Und dass ihm dafür so ziemlich jedes Mittel recht war.

Dienstagnachmittag, kurz nach drei, Reichstagsgebäude, im Sitzungssaal der SPD-Fraktion warten die Abgeordneten auf ihre Chefin. Als sie kommt, ist das nicht zu übersehen: Mit Andrea Nahles quillt ein Pulk von Mitarbeitern und Journalisten durch die Tür. Währenddessen steht hinten rechts im Saal, in einer der



Ehemaliger Vorsitzender Gabriel

Zeigen, dass er es noch immer besser kann

Tischreihen, der Abgeordnete Martin Schulz und unterhält sich mit zwei Fraktionskollegen. So ist das mit der Macht. Man sieht sofort, wie sie verteilt ist.

Nahles setzt sich nach vorn, Schulz auf seinen Platz in der vierten Reihe, unter die nordrhein-westfälischen Abgeordneten, so wie schon in der Woche zuvor. Sigmar Gabriel ist übrigens nicht da. So wie schon in der Woche zuvor.

Schulz, der innerhalb eines Jahres alles verloren hat, das Glück, die Wahl, die

Macht und seinen Ruf, hat in den vergangenen Wochen nicht viel von sich hören lassen. Er bekam einen der höchsten Orden Portugals verliehen, das Große Kreuz des Freiheitsordens, viel mehr war nicht. Die Genossen waren ziemlich dankbar dafür.

Für Machtmenschen war es schon immer die schwierigste Übung, den Verlust der Macht zu akzeptieren, damit in Würde umzugehen. Viele sind daran gescheitert. Oskar Lafontaine begründete erst eine Kolonne in der »Bild«-Zeitung und dann eine neue Partei. Gerhard Schröder ging Geld verdienen. Und der Grüne Jürgen Trittin machte seinen Nachfolgern in den vergangenen Jahren das Leben schwer, indem er sich einfach weiterhin zu so ziemlich jedem Thema von Belang äußerte.

Aber ist Schulz überhaupt ein Machtmensch? Eigentlich hat das vorige Jahr doch erwiesen, dass ihm für die große Politik etwas Härte und Kälte fehlen. Könnte ihm gerade deshalb nach seinem Absturz gelingen, was den wenigsten gelingt?

Noch mal zurück nach Wiesbaden, in die Parteitagshalle. Dort ist es kurz vor vier, viele Delegierte schauen auf die Uhr, sie müssen ein Flugzeug oder einen Zug erwischen, erste Rollkoffer werden Richtung Ausgang geschoben. Da tritt Andrea Nahles noch mal ans Rednerpult.

Am frühen Nachmittag ist sie zur Vorsitzenden gewählt worden, nun will sie ihrem Vorgänger danken. Sie erinnert an das, was hinter Schulz liegt. »Die Haltung, mit der du das durchgestanden hast, verdient den höchsten Respekt, lieber Martin!«, ruft sie in den Saal. Schulz sitzt vorn, in der Reihe der Ehrengäste, aber die anderen sind mittlerweile weg, Beck, Scharping, Müntefering, Gabriel. Neben Schulz sitzt jetzt nur noch sein Mitarbeiter. Es wirkt, als wolle er verhindern, dass Bilder vom einsamen Schulz entstehen.

»Lieber Martin, das ist dein Applaus!«, ruft Nahles, und da fangen sie im Saal an, rhythmisch zu klatschen, sie stehen auf, für ihn. Schulz lächelt, auch er steht kurz auf, nickt, dann setzt er sich wieder. Es könnte ein schöner Abschluss sein. Aber es war nur die Einleitung.

Jetzt ist Schulz dran, er stellt sich ans Rednerpult und sagt, dass er ohne Zorn scheide, ohne Bitterkeit. Dann schaltet er um, von Besinnlichkeit auf Kampf.

»Ohne ein starkes Europa werden die Populisten dieser Welt gewinnen!«, ruft er



CLEMENS BILAN / EPA-EFE / REX / SHUTTERSTOCK

Parteifreunde Schulz, Gabriel: »Entweder du killst ihn, oder er killt dich«

in den Saal. Die SPD müsse dafür sorgen, dass Deutschland wieder »die führende Friedensmacht in Europa« werde. Und: »Frieden und Demokratie wird es ohne eine starke Europäische Union nicht geben!« Im Saal klatschen sie jetzt, wie sie den ganzen Tag nicht geklatscht haben. Da klingt, natürlich, auch ein bisschen schlechtes Gewissen mit. Und doch trifft Schulz hier, auf diesem seltsam gedämpften Parteitag, als Erster so richtig den Ton.

Aus dem Wahlverlierer Schulz wird wieder der Mann, der so leidenschaftlich wie niemand sonst in der deutschen Politik über Europa reden kann. Weil dieser Mann einen Wahlkampf lang verschwunden war, hinter Steuerkonzepten, Landtagswahlen und sonstigen Unglücken, wirkt dieser Auftritt umso stärker. Es ist der Schulz von früher.

Aber was was das nun? Ein Vermächtnis? Eine Mahnung an die Nachfolger? Oder eine Bewerbungsrede?

In gut einem Jahr ist Europawahl, die SPD wird einen Spitzenkandidaten aufstellen müssen, und es wird auch um die Frage gehen, wer Deutschland als Kommissarin oder Kommissar in Brüssel vertritt. Es gäbe da also ein paar Optionen für jemanden, der in der europäischen Politik vernetzt ist wie kaum ein Zweiter.

In der SPD hat schon das Gerede darüber begonnen. Was also sagt Schulz?

Wenn man ihn dieser Tage trifft, begegnet man einem Mann, der noch schwer an

dem trägt, was im vergangenen Jahr gewesen ist. Man erlebt jemanden, der noch einiges vorhat mit seinem Leben, aber offenkundig noch nicht so recht weiß, was genau. Auf das Thema Europawahl will er sich jedenfalls nicht weiter einlassen, dazu sagt er nur: »Der Erfolg des europäischen Einigungsprojekts war schon immer mein zentrales politisches Anliegen, dem ich mich auch weiterhin widmen werde, und zwar als Mitglied des Deutschen Bundestages.«

Sigmar Gabriel und Martin Schulz sind sich manchmal verblüffend ähnlich, in ihrer Wechselhaftigkeit, dem Hang zum Drama. Aber letztlich sind sie doch sehr verschieden. Im Umgang mit dem Machtverlust zeigt sich das so deutlich wie nie.

Beide haben nicht abgeschlossen mit der Macht, mit ihren politischen Karrieren. Beide würden gern weitermachen, nicht nur als einfache Abgeordnete. Damit aber enden die Gemeinsamkeiten.

Gabriel will mit jedem Artikel, jedem Auftritt zeigen, dass er es noch immer besser kann als diejenigen, die ihn rausgedrängt haben. Ihn treiben Wut und Angst vor der inneren Leere an, auch wenn er das jederzeit bestreiten würde. Vielleicht geht es auch um etwas wie Rache. Es wird ihm jedenfalls auf die Dauer nicht genügen, nur Thesen zu formulieren.

Schulz dagegen hält sich zurück, es ist die Methode, mit der er Kanzlerkandidat wurde: abwarten und hier und da mal zeigen, was man so kann. Ihn treibt etwas an-

deres an. Er will nicht, dass von ihm das Bild des größten Verlierers in der Geschichte der Sozialdemokratie bleibt. Er will einen anderen, einen versöhnlichen Schlusspunkt. Die Frage ist, wo er ihn setzen könnte. In der Bundespolitik ist er gescheitert. Und in der Europapolitik?

Die SPD wird entscheiden müssen, wie sie mit Schulz und Gabriel umgeht. Manche raten jetzt dazu, Gabriel eine Aufgabe zu geben, um ihn wenigstens zu beschäftigen, ihn irgendwie einzubinden, seine Talente zu nutzen. Aber das ist immer schiefgegangen, weil irgendwann die andere Seite herauskam, die dunkle. Andrea Nahles, die neue Vorsitzende, hat Martin Schulz bereits ganz zu Beginn seiner verunglückten Kampagne im vergangenen Jahr vor Gabriel gewarnt: »Entweder du killst ihn, oder er killt dich.«

Und Schulz? Er darf in der Woche nach dem Parteitag im Bundestag reden, am Donnerstagmorgen, es geht um das Thema Israel, er ist der neunte Redner, nach Nahles, Gauland, Kauder und so weiter. Schulz hält eine gute, klare Rede. Sie dauert sechs Minuten. Dann setzt er sich wieder auf seinen Platz.

Video
Das Erbe von Gabriel und Schulz

spiegel.de/sp182018gabriel
oder in der App DER SPIEGEL



Fest an unserer Seite

Europa Durch den Wahlsieg in Ungarn wird Premier Viktor Orbán zum Problem für seine Parteienfamilie.

Es gibt Dankesbekundungen, auf die man gern verzichten würde. Die E-Mail, die József Szájer mit dem Hinweis »Dringlichkeit hoch« an seine Kollegen schickte, ist so eine Botschaft. Darin erläutert der ungarische Europaparlamentarier, warum Viktor Orbán und seine Fidesz-Partei bei den Wahlen Anfang April einen großen Sieg erringen konnten. Vor allem aber lobt der Ungar in überschwänglichen Tönen einen Mann, der im Wahlkampf »fest an unserer Seite gestanden« habe.

Die Rede ist von Manfred Weber, dem Fraktionschef der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europaparlament. Zu dem Parteienbündnis der europäischen Christdemokraten gehören auch CDU und CSU aus Deutschland.

Für Weber ist das Lob durchaus vergiftet, denn die freundlichen Worte, mit denen er Orbán vor und nach der Ungarn-Wahl bedachte, haben dem CSU-Vize in seiner Fraktion nicht nur Freunde verschafft, im Gegenteil. Zwar ist der Sieg einer EVP-Mitgliedsparterie in Brüssel normalerweise ein Grund zur Freude, erst recht, wenn die Parteifreunde fast 50 Prozent einfahren. Dieses Mal aber beschlich viele ein ungutes Gefühl. Denn Orbán hat seinen Erfolg mit Methoden und Themen errungen, die nicht so recht zum christlichen Selbstbild der EVP passen wollen.

Der Ungar hetzte gegen Flüchtlinge und die EU, er gängele die Opposition und eine Universität, die der Milliardär George Soros gegründet hatte. Nun holt die EVP eine Frage ein, vor deren Klärung sie sich immer wieder gedrückt hat: Wie halten es Europas Christdemokraten mit Orbán?

Seine Aktionen machen Orbán zur Gefahr für das konservative Parteienbündnis, sie haben das Potenzial, den Ruf der EVP heftig zu beschädigen, und das gut ein Jahr vor der Europawahl. Frankreichs Präsi-

dent Emmanuel Macron lästert bereits, »die Freunde Berlusconi« und »Mitstreiter Viktor Orbáns« würden das christdemokratische Erbe Europas verraten.

Vereinzelt fordern EVP-Politiker daher sogar, die Zusammenarbeit mit Orbán zu beenden. »Wenn wir unsere Werte respektieren wollen, dann müssen wir Fidesz ausschließen«, sagte Pascal Arimont, ein belgischer Christdemokrat.

Nach seinem Kanterieg kann Orbán nun sogar Ungarns Verfassung ändern und das Land im Sinne seiner »illiberalen Demokratie« umbauen, mit starkem Staat und autoritärer Führung. Die grüne Europaabgeordnete Judith Sargentini hält es in ihrem Bericht für den Innenschuss schon jetzt für angezeigt, gegen Un-

Sabine Verheyen aus Aachen berichtete, sie würde im Wahlkreis immer wieder auf die enge Beziehung ihrer Partei zu Orbán angesprochen. Der Brandenburger Christian Ehler erzählte von den Beschränkungen, denen sich Wissenschaftler in Ungarn ausgesetzt sehen würden. Und Markus Ferber von der CSU forderte, das Verhältnis zu osteuropäischen Ländern, die sich vom Rechtsstaat abwenden, grundsätzlich zu klären.

Die Kritik macht auch vor Weber nicht halt. Orbán habe die Wahl mit »populistischer, antieuropäischer, antisemitischer und fremdenfeindlicher Rhetorik« gewonnen, schreibt der Schwede Gunnar Hökmark an seinen Fraktionschef. Vor diesem Hintergrund finde er die »hingebungsvollen Glückwünsche« Webers befremdlich.

Weber will nun gemeinsam mit EVP-Parteichef Joseph Daul Orbán bei einem Treffen Anfang Mai in Brüssel ins Gebet nehmen. »Auch für ihn gibt es Grenzen«, sagt Weber, »und die werden wir klipp und klar besprechen.«

Das Problem ist nur: Orbán hat sich davon bisher nie beeindrucken lassen. Zumal der Ungar weiß, dass er bedeutende Fürsprecher hat. Viele in der EVP wollen keinen Mitgliederschwund riskieren, nicht jetzt, ein Jahr vor der Wahl, bei der Macron sich anschickt, Europas Parteiengefüge gehörig durcheinanderzuwirbeln. Zudem gibt es durchaus Konservative wie Webers Parteichef Horst Seehofer, die Orbáns harten Kurs schätzen, vor allem in der Flüchtlingsfrage.

Ohne Rausschmiss aber wird Viktor Orbán kaum abziehen. Der Ungar lässt kein EVP-Treffen aus: Kongresse, zu denen CDU-Chefin Merkel zumeist nur aus Pflichtgefühl anreist, besucht Orbán mit großem Gefolge. Die Europäische Volkspartei ist für ihn nicht nur die Eintrittskarte in die politische Champions

League. Liegend gern nutzt er den Platz neben Angela Merkel auch als Feigenblatt für seine autoritäre Politik.

Erste EVP-Politiker fragen sich daher, was am Ende größer ist: der Nutzen, dass die Fidesz-Stimmen auf das Konto der EVP einzahlen, oder der Schaden, weil christdemokratische Wähler sich mit Schrecken abwenden.

Markus Becker, Peter Müller



Deutsche, ungarische Flagge, Regierungschef Orbán
»Hingebungsvolle Glückwünsche«

garn ein sogenanntes Rechtsstaatsverfahren einzuleiten. Und in einem offenen Brief (»Merkels unerträgliches Schweigen«) forderten Dutzende Journalisten und Wissenschaftler jüngst die deutsche Bundeskanzlerin dazu auf, gegen Orbáns Angriffe »auf demokratische Institutionen« einzuschreiten.

Zuletzt hörte man beim traditionellen Frühstück der Europaabgeordneten von CDU und CSU in Straßburg schrille Töne.

Migranten Wer darf bleiben? Wer muss wieder gehen? Während Deutschland über den Umgang mit Flüchtlingen streitet, ringen die Behörden mit Affären. Im Bamf verteilte eine Regierungs-

direktorin anscheinend positive Bescheide, so gut wie ohne Bedenken. Während in Deutschlands größtem Abschiebegefängnis Menschen verzweifelt gegen ihre Ausweisung kämpfen (Seite 42).

Das Schlupfloch

Asyl I In Bremen missbrauchten eine Beamtin, Anwälte und ein Dolmetscher offenbar systematisch das Ausländerrecht. Sie könnten Hunderten Migranten illegal einen Aufenthalt verschafft haben.

Horst Seehofer wirkte vergnügt. Nach Ostern inspizierte der Innenminister eine der wichtigsten Behörden in seinem neuen Geschäftsbereich: das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) in Nürnberg. Er durchschritt Marmorgänge, bestaunte moderne Computertechnologie und bescheinigte den Mitarbeitern: »Hier wird hervorragende Arbeit geleistet. Ich bin sehr erfreut.«

Keinen Monat später ist die Freude des CSU-Politikers verflogen. Vergangene Woche durchsuchten Ermittler die Wohnung der langjährigen Leiterin der Bremer Bamf-Außenstelle, Ulrike B. An Vorschriften und Gesetzen vorbei soll sie im großen Stil Asylmissbrauch eingefädelt haben.

Aus halb Deutschland sollen Antragsteller nach Bremen gereist sein, weil sie dort als Flüchtlinge anerkannt wurden – selbst wenn ihre Identität unklar war, Papiere gefälscht waren oder die Antragsteller gelogen hatten. Ulrike B., so ein Vorwurf, soll dafür gesorgt haben, dass in ihrer Behörde niemand so genau hinsah. Und womöglich auch Kriminelle und andere gefährliche Männer durchs Raster rutschen konnten.

Das Flüchtlingsamt ist zurück im alten Modus: dem der Krise.

Ermittler durchsuchten auch die Büros von zwei Anwälten in Hildesheim und Oldenburg, die Asylbewerber gezielt nach Bremen gelenkt haben sollen. Ein Dolmetscher aus Bad Zwischenahn wird verdächtigt, 500 Euro von Flüchtlingen kassiert zu haben, plus 50 Euro Provision für einen Vermittler. In Anhörungen soll er dafür gesorgt haben, dass die Asylbewerber die passenden Antworten gaben – auch wenn sie nicht stimmten. Für eine Stellungnahme war er nicht zu erreichen. Insgesamt ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen sechs Beschuldigte.

Der Fall dürfte einzigartig sein in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Fahnder glauben, dass die Außenstellenleiterin über Jahre Asylverfahren an sich gezogen hat, für die ihre Bremer

Dienststelle gar nicht zuständig war. Seit 2013 erhielten so womöglich mehr als 1270 Menschen zu Unrecht Schutz in Deutschland, vor allem Kurden, die angaben, jesischen Glaubens zu sein. Es könnten auch mehr gewesen sein, das Bamf überprüft 4568 Entscheidungen bis ins Jahr 2017.

In Bremen herrschte offenbar ein beispielloses System von Behördenwillkür. B. soll die Mandanten mehrerer Rechtsanwälte bevorzugt bearbeitet haben, einer dieser Beschuldigten ist Irfan C. aus Hildesheim. Der Jurist soll sogar Busse gemietet haben, um Asylbewerber nach Bremen zu karren. Das Motto seiner Kanzlei: »Eine Sache ist nicht gerecht, weil sie Gesetz ist, sondern sie muss Gesetz sein, weil sie gerecht ist.«

C. will nichts zu den Vorwürfen sagen. Er lässt aber wissen, dass er selbst Jeside und als Kind aus der Türkei nach Deutschland geflohen sei, als Anwalt setze er sich für die Ärmsten der Armen ein.

Nach wie vor sind viele Fragen offen, vor allem die nach einem Motiv der ehemaligen Außenstellenchefin. Trieb sie ein fehlgeleitetes Helfersyndrom an? Oder eine kriminelle Energie, die man einer Beamtin mit über 25 Jahren Erfahrung im Flüchtlingsamt nicht zugetraut hatte?

Ulrike B. wohnt in einem kleinen Einfamilienhaus am Bremer Stadtrand, von

dem der Putz abblättert. Die Vorhänge sind zugezogen, sie öffnet nicht. Auf der Klingel steht ein weiterer Name, der ihres ehemaligen Lebensgefährten. Er ist einer der drei beschuldigten Anwälte und hat seine Kanzlei um die Ecke.

Bei ihm sei nicht durchsucht worden, betont der Mann, der mit seinem Bart und den zerzausten grauen Haaren an Albert Einstein erinnert. Eigentlich will der Rechtsanwalt nichts zu den Vorwürfen sagen. Doch dann holt er seinen alten Volvo für eine kleine Rundfahrt durch die Bremer Vorstadt. In seiner Kanzlei könnte das Gespräch abgehört werden, fürchtet er. Im Auto erzählt er vom Flüchtlingschaos 2015, in dem Asylbewerber in Deutschland umherirrten. Das Bamf in Bremen sei für seine Sensibilität gegenüber Minderheiten wie Kurden oder Jesiden bekannt. Viel mehr sei da nicht.

Über Ulrike B. und den mutmaßlichen Asylmissbrauch will er nicht reden. Nur so viel: Er selbst engagiere sich seit mehr als 25 Jahren in der Flüchtlingsarbeit, um Geld gehe es dabei nicht. Auch seine ehemalige Lebensgefährtin sei absolut integer.

Die Ermittler sehen die Dinge anders. Sie werfen B. Bestechlichkeit vor. Der Hildesheimer Rechtsanwalt Irfan C. soll ihr eine Hotelübernachtung bezahlt haben.

Als Dankeschön für ihre Kooperation? Zudem soll sie von einem Oldenburger Anwalt, der auf Anfragen nicht reagierte, zum jesidischen Neujahrsfest eingeladen worden sein. Das sind die derzeitigen Korruptionsvorwürfe, nicht sonderlich viel.

Schwerer wiegt der Vorwurf der »bandenmäßigen Verleitung zur missbräuchlichen Asylantragsstellung«, wie die Staatsanwaltschaft den wohl systematischen Schwindel nennt. Sollte sich der Verdacht bestätigen, drohen den Beschuldigten bis zu zehn Jahre Gefängnis.

Das Vorgehen von Regierungsdirektorin B. und das ihrer mutmaßlichen Komplizen ähnelte sich in vielen Fällen. Bremen



Behördenchefin Cordt, Minister Seehofer
»Hier wird hervorragende Arbeit geleistet«

grätschte wohl immer wieder in die Zuständigkeiten anderer Bundesländer; oft ging es um sogenannte Dublin-Verfahren und die Frage, ob die Antragsteller in einen EU-Staat abgeschoben werden müssten, weil die Flüchtlinge dort mit ihren Fingerabdrücken registriert wurden. Bevor es dazu kommen konnte, landeten die Fälle oft auf dubiose Weise in Bremen. Und die Asylbewerber durften doch im Land bleiben.

Allem Anschein nach war B. nicht allzu genau beim Prüfen der Personalien – und nahm schwere Sicherheitsrisiken in Kauf.

Nach Erkenntnissen der Ermittler wollte sie 2016 den Fall eines Asylbewerbers von Hamburg nach Bremen ziehen, der fürchten musste, abgeschoben zu werden. B. soll einen Mitarbeiter angewiesen haben, dessen Papiere nicht zu untersuchen, weil es schnell gehen müsse. Später stellte sich heraus, dass sie gefälscht waren.

In einem weiteren Fall, ein angeblicher Syrer, verzichtete sie offenbar ebenfalls auf eine Dokumentenprüfung. Als die Papiere Monate später doch noch inspiziert wurden, kam heraus: Sie stammen aus dem Gebiet des »Islamischen Staats«. Vor derlei Pässen warnen die Sicherheitsbehörden eindringlich; einer der IS-Attentäter von Paris kam so nach Europa.

Durchgewinkt wurde in Bremen 2016 offenbar auch ein Kurde, für den eigentlich Chemnitz zuständig war. Dann übernahm Anwalt Irfan C. seine Vertretung, und kurz darauf lud ihn Ulrike B. zur Anhörung nach Bremen. Obwohl der Mann erzählt haben soll, in einem PKK-Lager gewesen zu sein, wurde sein Fall nicht den Sicherheitsexperten gemeldet. Stattdessen erhielt er Flüchtlingsschutz.

Die Affäre ist nicht nur ein Problem für das Amt, sondern auch für Innenminister Seehofer. In seinem »Masterplan« zur Migration hat das Bamf eine »Schlüsselfunktion«. In »Anker-Zentren« sollen künftig innerhalb weniger Wochen die Asylverfahren abgeschlossen werden, damit klar ist, wer bleiben darf und wer abgeschoben werden muss. Doch jetzt muss das Bamf erst mühsam aufklären, wie weit der Skandal reicht. »Ich will wissen, ob auch in anderen Außenstellen ähnliche Missstände herrschten«, sagt der SPD-Innenexperte Burkhard Lischka.

In den vergangenen Monaten sah es kurz so aus, als seien die Chaostage von 2015 im Bamf überwunden. Die neue Behördenchefin Jutta Cordt schien etwas Ruhe ins Amt gebracht zu haben, auch die Aktenberge waren weitgehend abgetragen.

Nun erschüttert eine neue Affäre das Amt. Interne Prüfer sind inzwischen zu dem Schluss gekommen, dass Ulrike B. »massiv gegen geltendes Recht und aufenthaltsrechtliche Bestimmungen, sicherheitsrechtliche Vorgaben und innerbetriebliche Anweisungen verstoßen« habe. So sei die



Raum im Abschiebegefängnis Büren: Schwere Sicherheitsrisiken

Identität vermeintlich syrischer oder irakischer Asylbewerber nicht geprüft worden, selbst wenn es Hinweise gab, dass sie aus der Türkei kommen oder es sich um »auffällig gewordene Clan-Mitglieder« handeln könnte. Zudem gebe es den Verdacht, B. habe Akten manipuliert. Sie soll unter Asylbescheide die Unterschriften von Mitarbeitern eingefügt haben, obwohl die Bescheide von ihr stammten. Fragen zu den Vorwürfen ließ B. unbeantwortet.

Warnungen, dass in Bremen etwas nicht stimmt, gab es früh, doch sie wurden erst spät ernst genommen. Beim ersten Versuch, die Vorfälle aufzuklären, erkannte das Amt das Ausmaß nicht. Bereits vor Jahren soll sich ein Mitarbeiter über Unregelmäßigkeiten beklagt haben. Im Januar 2016 landete dann eine Beschwerde bei der Ombudsstelle für Korruptionsprävention. Es dauerte noch ein halbes Jahr, bis das Bamf durchgriff – offenkundig nicht hart genug.

Hauke Jagau, Präsident der Region Hannover, ärgert sich noch heute über den 21. Juli 2016. Für den Tag hatte er die Abschiebung mehrerer Jesiden nach Bulgarien geplant, weil diese dort bereits als Flüchtlinge anerkannt waren. Die Familie war schon auf dem Flughafen, als plötzlich ein Bescheid aus Bremen hereinflatterte und die Abschiebung stoppte – obwohl es für den Fall nicht zuständig war. Jagau schickte einen bösen Brief an die Bamf-Spitze, wenig später schrieb auch Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) und wies auf einen weiteren dubiosen Fall hin, an dem derselbe Rechtsanwalt beteiligt sei:

Irfan C., der Mann mit dem angeblichen Bus-Service zur Außenstelle Bremen.

Am Tag der gescheiterten Abschiebung vom Juli 2016 wurde Ulrike B. als Außenstellenleiterin abgesetzt. In einem Disziplinarverfahren wurden ihr Verfehlungen attestiert. Sie habe allerdings, so glaubte die Behörde damals, nicht aus egoistischen Motiven gehandelt, sondern aus vermeintlich menschlichen. Deshalb hielt man es für angemessen, ihre Bezüge zu kürzen, sie aber nicht rauszuwerfen.

B. wurde in eine andere Abteilung versetzt, wohl aus familiären Gründen durfte sie am Ende aber wieder in den Räumen der Bremer Außenstelle arbeiten. Dann tauchte im Herbst 2017 ein gefälschter Bescheid auf, und die Bremer Staatsanwaltschaft begann verdeckt zu ermitteln.

In der Außenstelle in Bremen übernahm derweil eine neue Leiterin das Ruder, die bayrische Bürgermeisterin Josefa Schmid (FDP), die laut Medienberichten zuvor im Stab des ehemaligen Flüchtlingsbeauftragten Frank-Jürgen Weise gearbeitet hatte – und offenkundig eine Frau deutlicher Worte ist.

Nach SPIEGEL-Informationen liegt im Innenministerium ein Bericht über die Zustände, die sie in Bremen vorgefunden hat. Die Außenstelle habe sich in den letzten Jahren den Ruf eines »Schlupflochs der Republik« erarbeitet, heißt es darin. Das ganze Ausmaß sei noch nicht abzusehen, aber der Fall könne womöglich schon jetzt als »größter Flüchtlingsskandal in der Bundesrepublik« bezeichnet werden.

Hubert Gude, Wolf Wiedmann-Schmidt

»Mit Scherben bewaffnet«

Asyl II Morddrohungen, Randle, Ausbrüche – in Büren, Deutschlands größter Abschiebehaftanstalt, eskaliert die Lage. Die Insassen sind verzweifelt, die Wärter frustriert.

Im Abschiebegefängnis in Büren gibt es Zellen für die schweren Fälle. Sie nennen sich besonders gesicherte Räume, kurz: bgR. Die Zellen befinden sich im Keller, es gibt darin eine Matratze und eine Toilette, die in den Boden eingelassen ist, mehr nicht. An den Wänden hängen Überwachungskameras.

Wer in den bgR gesperrt wird, trägt meist nicht viel mehr am Leib als eine Papierunterhose. Mit normalen Klamotten, so befürchtet man, könnten sich die Gefangenen strangulieren. Was passieren muss, damit jemand in dieser Zelle landet, geht aus einem Bericht hervor, der vom Personal in Büren verfasst wurde. Es geht darin um einen 28-jährigen Ägypter:

»Der Untergebrachte verlangte einen Tee. Nachdem dieser ihm durch eine Sicherheitskraft gereicht wurde, ergriff der Untergebrachte den Becher, um diesen sofort der Sicherheitskraft ins Gesicht zu werfen. Offensichtlich war es das Ziel, den Kollegen zu verbrühen. Dem Werfen des Teebechers folgte der Versuch, den Kollegen anzugreifen. Im weiteren Verlauf zerstörte der Untergebrachte den Fernseher und bewaffnete sich mit Scherben und drohte wiederholt damit, Kollegen umbringen zu wollen. Nachdem Verstärkung angefordert wurde, wurde der Untergebrachte mittels Schutzanzug und Schild im Haftraum zu Boden gebracht und anschließend in den bgR Haus 1 verbracht.«

Der bgR ist das letzte Mittel, um Häftlingen beizukommen. Es sollte die Ausnahme sein, dass Gefangene dort weggeschlossen werden. In Büren ist es offenbar zur Regel geworden.

Die Haftanstalt in der Nähe von Paderborn ist das größte Abschiebegefängnis Deutschlands. Rund 140 Menschen sind dort untergebracht. Es sind ausschließlich Männer, die meisten sind zwischen 18 und 35 Jahre alt, sie kommen aus Algerien, Marokko und Syrien, aus Indien, Tadschikistan und der Mongolei.

Sie sind nicht in Haft, weil sie Straftaten begangen haben. Sie sind in Büren, weil sie

in Deutschland kein Bleiberecht haben und nicht freiwillig ausreisen. Sie haben sich nicht an Aufenthaltsbestimmungen gehalten, und die Behörden befürchten, dass sie vor ihrer Abschiebung untertauchen könnten.

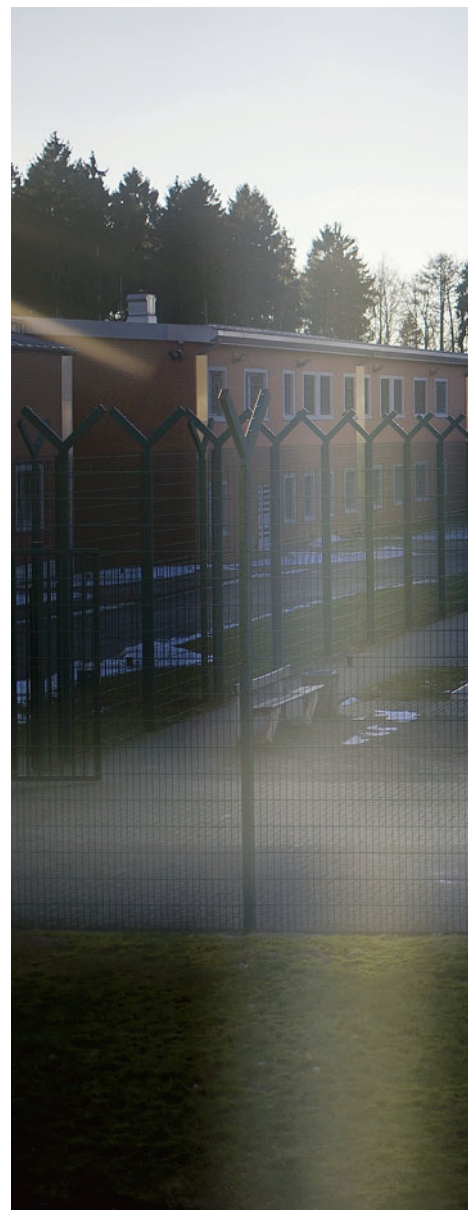
Die Anstalt ist kein Gefängnis im klassischen Sinn, keine JVA, sie trägt den Titel: Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige, kurz UfA. Ein harmloser Name für einen Ort, an dem Welten aufeinanderprallen, an dem Hoffnungslosigkeit auf deutsches Recht trifft.

Für die Häftlinge ist die UfA die Endstation nach jahrelanger Flucht, in den Zellen platzen ihre Träume von einem besseren Leben. Wer in Büren sitzt, hat nichts mehr zu verlieren, und so verhalten sich die meisten auch. Die Verzweiflung, die Wut werden verwaltet von Bediensteten, die mitfühlen, die sich aber an die Paragraphen des Abschiebungshaftvollzugsgesetzes halten müssen. Und die es sich nicht gefallen lassen dürfen, dass man sie mit Glasscherben umbringen will. In Büren hat es keine Seite leicht.

Dem SPIEGEL liegen interne Berichte vor, die ein düsteres Bild zeichnen: Morddrohungen, Randle, Selbstverstümmelungen und Angriffe auf das Personal sind offenbar alltäglich. Die Schilderungen stammen aus den vergangenen Monaten, in denen in Büren besonders oft die Lage eskalierte. Aus einem Bericht über den Inhaftierten O., einen Marokkaner:

»Der Gefangene hatte in seinem Haftraum lautstark randaliert. Nach dem Eintreffen weiterer Bediensteter konnte durch das Beobachtungsfenster des Haftraums festgestellt werden, dass der Untergebrachte seinen gesamten Oberkörper mit Schnittverletzungen unter Zuhilfenahme einer Rasierklinge übersät hatte. Gesprächs- und Deeskalationsversuche sind gescheitert. Aufgrund des extrem aggressiven Verhaltens musste der Untergebrachte zeitweise in den besonders gesicherten Raum verbracht werden.«

In Deutschland gibt es zurzeit acht Abschiebegefängnisse, in denen Platz für ins-



gesamt rund 400 Menschen ist. In Dresden und Darmstadt werden gerade neue Haftanlagen gebaut, in Glückstadt ist ein Abschiebegefängnis in Planung. Auch Büren soll wachsen und bald 175 Plätze bieten. Kein anderes Bundesland schiebt so viele Flüchtlinge ab wie Nordrhein-Westfalen, 2016 waren es 5121 Personen, 2017 schon 6308.

In der Debatte über Zuwanderung sollen Einrichtungen wie die in Büren beweisen, dass der Rechtsstaat bereit ist durchzugreifen. Die Frage ist nur: Welche Mittel sind dafür angemessen?

Die UfA liegt knapp zehn Kilometer außerhalb der Stadt. Man kommt über eine enge Straße zum Abschiebegefängnis, das sich mitten in einem Waldgebiet befindet. Eine sechs Meter hohe Mauer begrenzt das Gelände.

Die Flüchtlinge leben in Einzelzellen, die nachts verschlossen werden. In den



MARCUS SIMAITIS / DER SPIEGEL

Innenhof des Abschiebegefängnisses in Büren: Wer hier sitzt, hat nichts mehr zu verlieren

Räumen gibt es ein Waschbecken, einen Schrank, ein Bett und ein Fernsehgerät. Vor den Fenstern sind Gitter angebracht. In einem kleinen Einkaufsladen können die Insassen Nutella und Cornflakes kaufen. Im Hof der UfA gibt es ein Beachvolleyballfeld und einen Bolzplatz.

Die Ausländerbehörden oder die Polizei stellen einen Antrag, wer vor seiner Abschiebung in Haft soll. Die Gerichte entscheiden darüber. Für den Betrieb der UfA ist die Bezirksregierung Detmold zuständig. Jeden Tag kommen neue Häftlinge an, jeden Tag werden andere abgeholt und zum Flughafen gebracht. Im Schnitt bleiben die Flüchtlinge einen Monat lang in Büren, manche bis zu einem halben Jahr.

2014 entschied der Europäische Gerichtshof, dass sich Abschiebehaft vom Justizvollzug unterscheiden muss. In Büren dürfen die Insassen deswegen Smartphones benutzen, im Internet surfen und

täglich Besuch empfangen. An ihrer Situation ändert das wenig. Wer in Abschiebehaft lebt, soll nicht resozialisiert werden. Die Gefangenen haben keine Arbeit, sie haben nichts zu tun, außer zu warten, bis sie in ein Flugzeug steigen müssen, in das sie nicht wollen.

Ihre Not treibt die Häftlinge weit. In den vergangenen Wochen flüchteten fünf Insassen der UfA, einer brach sich dabei den Fuß und wurde geschnappt, nach den anderen wird gefahndet.

Jemand aus dem UfA-Beirat, einem Aufsichtsgremium der Haftanstalt, berichtet, wie ein Insasse einem Bediensteten mit einem Faustschlag den Kiefer gebrochen habe. Ein anderer Häftling habe die Wände seiner Zelle mit Kot vollgeschmiert, ein dritter habe Besteck geschluckt, um so seine Abschiebung zu verhindern.

Die Schilderungen decken sich mit den Berichten, die dem SPIEGEL vorliegen.

Darin ist auch von »ernst zu nehmenden Suizidabsichten« unter den Inhaftierten die Rede. Manche von ihnen müssen alle 15 Minuten kontrolliert werden, um sicherzugehen, dass sie sich nichts antun. Über den Häftling S. aus Guinea:

»Es zeichnen sich deutliche depressive Verstimmungen ab, sodass eine Selbstverletzung nicht ausgeschlossen werden kann. Zudem äußerte er, einen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland töten zu wollen. Am 11.02.2018 wurde der Untergebrachte völlig apathisch und weinend auf dem Fußboden seines Zimmers vorgefunden. Zudem schlug er mit dem Kopf zweimal auf den Boden.«

Man kann Häftlinge in Büren zum Interview treffen, allerdings nur solche, die von der Anstaltsleitung ausgesucht wurden. Die Braven also, die keine Schwierigkeiten



Lebensmittelladen in der Ufa, Inasse Khan: »Es ist nicht leicht in diesen Tagen, Muslim zu sein«

machen. Es ist ein Nachmittag im Frühjahr, als Nazmul Hasan Khan das Büro der Sicherheitsleute betritt. Khan, 38, dunkle Augen und Kinnbart, kommt aus Bangladesch, er ist seit Kurzem in Haft.

In Dhaka habe er Sozialwissenschaften studiert, erzählt Khan. Er habe sich bei einer islamischen Studentenorganisation engagiert, gegen die die Regierung vorgegangen sei. Man habe ihn verfolgt, einige seiner Freunde getötet.

2012 floh er nach Deutschland. Er kam mit dem Flugzeug nach Düsseldorf, mit falschen Papieren, getarnt als Geschäftsmann. Seinem Schleuser habe er 19 000 Euro bezahlt, sagt Khan. In seinem Flüchtlingsheim im Sauerland habe er sich einsam gefühlt, arbeiten durfte er nicht. Er hatte Stress mit der Ausländerbehörde. Man habe auf seinem Handy ein Foto von einem Mann mit langem Bart gefunden, sagt Khan, deswegen sei er von der Polizei verhört worden. »Es ist nicht leicht in diesen Tagen, Muslim zu sein«, sagt er.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Khan log die deutschen Behörden mehrmals an, als sie nach seinen Fluchtgründen fragten. Zuletzt sagte er, dass in Bangladesch ein Strafverfahren gegen ihn laufe, aus seiner Sicht zu Unrecht. Er machte falsche Angaben zu seiner Identität, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das Bamf, hielt ihn für unglaubwürdig und lehnte seinen Asylantrag ab. 2017 platzte ein Abschiebetermin, Khan war kurz vorher aus seinem Heim geflohen, danach wurde er zur Fahndung ausgeschrieben.

Jetzt ist er in Büren. Die Tage hinter den Mauern seien lang, sagt Khan, er bete viel. Nachts werde er von Panikattacken gequält. »Ich will nicht nach Bangladesch«,

sagt er, »auf mich wartet dort nichts außer den Schlägern der Regierung.« Seine Anwältin hat für ihn einen Folgeantrag beim Bamf gestellt. Khan hofft noch.

Nicolas Rinösl, der Chef der Ufa, sagt: »Manche Menschen hier fallen in ein Loch, sie waren lange in Deutschland, sind hier verwurzelt, für die ist das schlimm.« Rinösl, 41, sitzt in seinem Büro im Verwaltungstrakt, auf seinem Schreibtisch liegen Gesetzbücher und Aktenordner.

Hat er manchmal Mitleid mit den Abschiebehäftlingen? Rinösl schüttelt den Kopf. Es gebe zu jedem Insassen eine richterliche Entscheidung, und er sei dafür zuständig, dass sie umgesetzt werde. Er sei da »ganz Verwaltungsmensch«. Bericht über den Inhaftierten K., einen Ägypter:

»Der Untergebrachte hatte versucht, sich hinter seiner Matratze und seiner Decke zu verstecken. Durch diese fehlende Beobachtungsmöglichkeit konnte nicht mehr überwacht werden, ob gegebenenfalls suizidale Handlungen vorgenommen werden. Bei der Forderung der Herausgabe der Decke ereignete sich der Angriff auf die Bediensteten. Daraufhin musste zwischenzeitlich eine Fesselung im bgR vorgenommen werden. Die Fesselung wurde am frühen Morgen wieder aufgehoben.«

Die Übergriffe auf Frauen in der Silvesternacht 2015 in Köln, der Terroranschlag 2016 auf dem Berliner Breitscheidplatz haben bei den Behörden zu einem Umdenken geführt. Die Abschiebungen in die Maghrebstaaten haben zugenommen, die meisten jungen Männer in Büren kommen aus diesen Ländern. Noch vor wenigen Jahren waren in der Ufa nur rund 40 Per-

sonen untergebracht, es waren Familien dort, es gab ein Spielzimmer für Kinder.

Die Klientel in der Ufa habe sich verändert, sagt Rinösl, das Gewaltpotenzial unter den Häftlingen sei gestiegen. Inzwischen hätten »mehr als die Hälfte der Insassen eine strafrechtliche Vorgeschichte«. Es geht um Drogendelikte, Diebstahl oder Schwarzfahren.

In Büren sitzen islamistische Gefährder, aber auch Chinesen, die ohne Aufenthaltsgenehmigung im Keller eines Restaurants Gemüse geschnippelt haben. Die einen sind gefährlich, die anderen nicht, beide sind aber in derselben Haftanstalt untergebracht. Das ist einer der Gründe, warum es so kompliziert ist, eine Einrichtung wie die in Büren zu betreiben. Ein weiterer, glaubt Rinösl, sei der laxer Umgang mit den Problemfällen. Das Gesetz sei nicht darauf ausgelegt, dass man auch schwere Jungs in der Ufa habe, sagt er. Grenzen aufzuzeigen, Strafen auszusprechen, die nicht gleich wieder aufgehoben werden müssen, das wünscht sich Rinösl. Doch dafür fehle der rechtliche Rahmen.

Es kommt häufig vor, dass Häftlinge ihren Abschiebeflug sabotieren, wenige Stunden später stehen sie wieder in Büren. Ein Beamter sagt: »Ein paar von denen haben es dermaßen drauf, am Flughafen Theater zu machen, wir müssen sie vier- oder fünfmal nacheinander aufnehmen.« Es fällt den Wärtern schwer, in solchen Momenten die Nerven zu behalten.

Manche aus dem Personal haben Angst vor Übergriffen. »Einige Mitarbeiter sperren sich während ihrer Schicht in ihr Büro ein«, sagt jemand, der in Büren beschäftigt ist. Andere haben offenbar zweifelhafte Methoden entwickelt, die Konflikte mit den Insassen zu lösen.

Die Staatsanwaltschaft Paderborn ermittelt derzeit gegen die Vollzugsleiterin der UfA. Gegen sie wurde Anzeige erstattet, es geht um Körperverletzung und Misshandlung von Schutzbefohlenen.

Ein Vollzugsbeamter schildert in einem Bericht den Vorfall mit seiner Chefin: Ein Häftling, der im bgR eingesperrt war, habe sich geweigert, seine Medizin einzunehmen, schreibt der Beamte. Die Vollzugsleiterin habe ihn daraufhin angewiesen, die Medikamente zu »verflüssigen« und dem Insassen »unter das Essen« zu mischen, damit dieser »endlich mal zur Ruhe« komme. Der Beamte habe das für unrechtmäßig gehalten, doch seine Chefin blieb offenbar hart. An mehreren Tagen soll sie angeordnet haben, dem Häftling die Medizin heimlich zu verabreichen.

Frank Gockel ist Sprecher des Vereins »Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren«, die Organisation besucht regelmäßig die Häftlinge und vermittelt ihnen Rechtsanwälte. »Mehrere Gefangene«, erzählt Gockel, »haben uns berichtet, dass sie das Gefühl hätten, dass man ihnen etwas ins Essen mischt.«

Die Bezirksregierung Detmold teilt mit, das Personal habe zu keinem Zeitpunkt das Essen der Untergebrachten mit Medikamenten versetzt. UfA-Leiter Rinösl sagt, man habe die Anschuldigungen gegen die Vollzugsleiterin geprüft, sie hätten sich »nicht bestätigt«.

Ein Vollzugsbeamter, der einst in Büren tätig war, sagt aber: »Egal aus welchem Grund ein Häftling im bgR ist, er hat immer noch Rechte.« Manche aus dem Personal müssten »daran erinnert« werden.

In der UfA arbeiten im Vollzug 50 Beamte und Regierungsbeschäftigte, dazu kommen noch 60 Mitarbeiter eines privaten Sicherheitsdienstes. Viele seien »grob und respektlos«, sagt Nazmul Hasan Khan aus Bangladesch. Ein paar Wochen nach dem Gespräch mit ihm in Büren schickt er eine E-Mail. Er sei krank geworden, erzählt er, habe Fieber und Nasenbluten bekommen. Er habe um einen Termin beim Anstaltsarzt gebeten, die Wärter hätten ihn fast 24 Stunden warten lassen, bevor er zum Doktor durfte.

Die Bezirksregierung Detmold will sich zu diesem Fall nicht äußern, teilt aber mit, dass Untergebrachte »so schnell wie möglich« einen Termin beim Arzt bekämen.

Doch immer öfter haben zuletzt Berichte über fragwürdige Praktiken die Gefängnismauern verlassen. Als Folge davon tauchten im Januar in Büren vier Mitarbeiter der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter auf, einer unabhängigen Einrichtung, die möglichen Misshandlungen in Gefängnissen oder Psychiatrien nachgeht.

Jemand aus der Delegation sagt, einige Häftlinge wüssten nicht, warum sie in Bü-

ren seien, sie würden die rechtlichen Zusammenhänge nicht verstehen. Die Kontrolleure kritisieren, dass Gefangene in den bgR beim Toilettengang unverpixelt gefilmt werden. Eine Überwachung, die laut Anti-Folter-Stelle selbst in Justizvollzugsanstalten nicht gemacht wird.

Die Bezirksregierung teilt mit, man prüfe technische Möglichkeiten, mit denen die »Privatsphäre der Untergebrachten stärker geschützt« werden könne. Bezüglich der Aufklärung der Häftlinge heißt es, dass in Büren »Personal mit umfangreichen Fremdsprachenkenntnissen« beschäftigt sei, das für Erläuterungen bereitstehe.

Die Landesregierung in Düsseldorf hat in diesen Tagen beschlossen, das Gesetz zur Abschiebehaft zu verschärfen. Dem Personal in Büren soll es künftig möglich sein, gefährliche Häftlinge härter zu bestrafen: Wer Ärger macht, soll länger eingeschlossen werden, kein Handy, kein Internet, keine Besuche mehr bekommen.

Aus dem Flüchtlingsministerium heißt es, man könne die Abschiebehaft nicht mit Sozialpädagogen betreiben. Die Häftlinge würden den Beamten auf der Nase herumtanzen, damit müsse Schluss sein.

Vereinssprecher Gockel sieht es anders: »Viele der Flüchtlinge stammen aus Kriegsgebieten, sie kamen übers Mittelmeer, haben dabei Freunde oder Angehörige sterben sehen. Die sind psychisch so krank, dass sie nicht in Büren sein sollten, sondern in einer Psychiatrie.«

Wer hat recht? Was ist der richtige Umgang mit den Menschen, die Deutschland verlassen müssen? Die Bezirksregierung hat für die UfA eine Stelle für einen Psychologen ausgeschrieben. Und trotzdem, so etwas wie eine humane Abschiebehaft gibt es wohl nicht.

Anfang April meldet sich Nazmul Hasan Khan noch mal. Die Haftzeit, die das Gericht für ihn festgelegt hat, laufe in zwei Tagen ab, schreibt er in einer E-Mail. Einen Flug nach Bangladesch hätten die Behörden noch nicht organisiert. Vielleicht komme er bald frei. Er setzt einen Smiley ans Ende seiner Zeilen.

Drei Tage später kommt die nächste E-Mail von ihm: »Ich bin in Dhaka, sie haben mich doch noch abgeschoben.« Nachts um halb drei haben sie ihn in Büren geweckt, morgens um halb elf startete das Flugzeug in Düsseldorf.

In Büren ist wieder eine Zelle frei.

Lukas Eberle

Mail: lukas.eberle@spiegel.de

Video
**Gefesselt im
Haftraum**

spiegel.de/sp182018abschiebung
oder in der App DER SPIEGEL



Sparpläne ohne Gebühren



- ✓ 170 Sparpläne ohne Gebühren kaufen
- ✓ 9.000 Fonds ohne Ausgabeaufschlag
- ✓ nur 5,00 € Orderprovision für alle Wertpapiere*
- ✓ kostenlose Depot-/Kontoführung

Handeln Sie Ihre Wertpapiere zu „unschlagbar günstigen“ Orderkosten (Finanztest 12/2016) beim Testsieger im Onlinebroker-Test der „Euro am Sonntag“ (31/2017).

www.finanzen-broker.net

* Die Orderprovision von 5 Euro gilt für den Kauf und Verkauf an allen deutschen Handelsplätzen. Zusätzlich zur Orderprovision fällt eine pauschalierte Handelsplatzgebühr in Höhe von 1,50 Euro an – im börslichen Handel ggf. zzgl. Börsengebühr / Maklercourtage. Eine Aufstellung der Börsengebühren finden Sie auf finanzen-broker.net bzw. auf den jeweiligen Internetseiten der Börsen.

»Keine Pflegeversicherung der Welt kann eine Familie ersetzen«

Sozialstaat Gesundheitsminister Jens Spahn, 37 (CDU), über seine persönliche Freiheit, vom Koalitionsvertrag abzuweichen, den Pflegenotstand – und darüber, was er tut, wenn seine Eltern alt werden

SPIEGEL: Herr Spahn, wie fühlt man sich als größter Provokateur der neuen Bundesregierung?

Spahn: So sehe ich mich nicht. Ich mache meine Arbeit als Gesundheitsminister. Ich will Probleme lösen, deshalb diskutiere ich. Das ist keine Provokation, sondern eine Selbstverständlichkeit.

SPIEGEL: In Ihren ersten Amtstagen sind Sie mit Einlassungen zu Hartz IV und dem Islam aufgefallen. Jetzt präsentieren Sie gleich in Ihrem ersten Gesetzentwurf Vorschläge, die in der Koalition nicht abgesprochen sind. Und da soll die SPD sich nicht provoziert fühlen?

Spahn: Diskutieren gehört zur Demokratie genau wie das Ringen um die richtige Lösung. Wenn es ein objektives Problem gibt, muss man darüber debattieren. Auch wenn es nicht im Koalitionsvertrag steht.

SPIEGEL: Sie wollen die gesetzlichen Kassen zwingen, ihren Beitragssatz zu senken, wenn sie gewisse Reserven angespart haben. Dagegen sperrt sich die SPD. Wo liegt das Problem, wenn eine Krankenkasse Überschüsse macht?

Spahn: Dass Krankenkassen Finanzreserven haben, ist kein Problem, sondern gewollt. Gesetzlich vorgeschrieben sind dafür allerdings Grenzen. Einige Krankenkassen halten sich aber nicht daran und horten übermäßig Rücklagen. Das kann ich als Gesundheitsminister nicht akzeptieren. Schon aus Prinzip nicht. Denn es ist das Geld der Beitragszahler und nicht das der Krankenkassen. Und wenn Gesetze nicht eingehalten werden, müssen wir darüber nachdenken, wie wir dem Recht wieder Geltung verschaffen.

SPIEGEL: Die SPD und sogar der von Ihnen ins Amt geholte Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung fänden es aber klüger, nicht etwa die Zusatzbeiträge zu senken, sondern das Geld für wichtigere Projekte einzusetzen – vor allem für die Pflege.

Spahn: Ich diskutiere gern, aber so einfach ist es nicht. Aus den hohen Rücklagen einzelner Kassen können wir keine Pflegeprogram-

me finanzieren. Dafür müsste man die allgemeinen Reserven der Krankenversicherung einsetzen, die im Gesundheitsfonds liegen. Daher bin ich sicher: Für Verbesserungen bei der Pflege findet sich das nötige Geld, auch wenn einzelne Kassen ihre Zusatzbeiträge senken.

SPIEGEL: Kaum ein Thema bewegt die Menschen mehr als der Pflegenotstand und die Sorge, in Kliniken oder Altersheimen nicht mehr gut betreut zu werden, weil die Fachkräfte chronisch überlastet sind. Ein Armutszeugnis für die Gesundheitspolitik.

Spahn: Es gibt große Probleme in der Pflege – unbestritten. In Kliniken und Heimen hat es in den vergangenen Jahren eine wahnsinnige Verdichtung der Arbeit gegeben. Viele Pflegekräfte berichten mir, dass sie zu oft ihrem eigenen Anspruch nicht

mehr gerecht werden können, weil sie keine Zeit für die Patienten und Pflegebedürftigen haben. In der letzten Legislaturperiode hat mein Amtsvorgänger Hermann Gröhe viel für die Pflegebedürftigen zu Hause und deren Angehörige getan. Jetzt geht es aber darum, die Pflegekräfte in Kliniken und Heimen zu unterstützen. Hier beobachte ich eine gefährliche Vertrauenskrise. Viele Pflegenden glauben nicht daran, dass wir Politiker wissen, was los ist, und dass wir die Kraft haben, etwas zu ändern.

SPIEGEL: Was wollen Sie gegen diese Vertrauenskrise unternehmen?

Spahn: Ich will die fatale Spirale durchbrechen, die es in der Pflege derzeit gibt: Die Belastung steigt, Kollegen steigen frustriert oder krank aus dem Beruf aus, die Belastung steigt noch weiter. Wir können den Pflegeberuf nur attraktiver machen, indem wir mehr Stellen schaffen und besetzen. Nur so können wir Pflegekräfte bewegen, wieder in den Beruf zurückzukehren oder von Teilzeit auf Vollzeit zu wechseln. Ich arbeite an einem Gesamtpaket, um Pflege wieder attraktiver zu machen.

SPIEGEL: Die Politik hat die Misse in den Kliniken doch mitverschuldet. Weil jeder Krankenhaus heute mit einer Pauschale bezahlt wird, können die Kliniken mehr Gewinn machen, wenn sie möglichst wenig Pflegepersonal einsetzen.

Spahn: Genau das werden wir ändern. Allerdings ist das kompliziert und kann dauern. Ich will daher für die Übergangsphase schon jetzt ein Sofortprogramm starten: Jede neue Pflegestelle, die Krankenhäuser einrichten und besetzen, werden die Krankenkassen künftig komplett bezahlen. Damit nehmen wir den Kliniken die Sorge, dass sie mehr Pflege zu viel kostet.

SPIEGEL: Schon heute zählen die Kliniken mehr als 10 000 unbesetzte Pflegestellen. Woher sollen sie die Bewerber nehmen?

Spahn: Es geht um einen ersten Schritt. Je mehr Stellen besetzt werden, desto mehr sinkt die Be-



Unionspolitiker Spahn: »Gefährliche Vertrauenskrise«

lastung, desto höher wird die Attraktivität des Pflegeberufs. Ich will neues Personal gewinnen und Pflegekräfte, die aus Enttäuschung ausgestiegen sind, zurückgewinnen. Wenn es am Ende mehr als 10 000 neue Pflegekräfte würden, wäre mir das auch recht. Es gibt Kliniken, die sind sehr gut besetzt. Und es gibt andere, die haben handfeste Personalprobleme.

SPIEGEL: Warum gibt es dann noch keine festen Standards für die Personalausstattung in allen Klinikabteilungen?

Spahn: Die führen wir doch gerade ein. Wir haben die Krankenhäuser und Krankenkassen beauftragt, für sensible Bereiche in Kliniken, wie zum Beispiel für kardiologische Abteilungen, Vorschläge für Personaluntergrenzen auszuhandeln. Wenn sie das nicht schaffen, muss der Gesetzgeber selbst Standards vorgeben. Ich wünsche mir ein Regelwerk, das Sanktionen vorsieht, wenn Untergrenzen fortgesetzt nicht eingehalten werden. Vor allem muss es aber einfach handhabbar sein und darf nicht zu Frust durch bürokratische Detailverliebtheit führen.

SPIEGEL: In den Altenheimen ist der Personalmangel noch dramatischer als in den Kliniken. Die Bundesagentur für Arbeit zählt derzeit fast 23 000 unbesetzte Stellen. Der Koalitionsvertrag verspricht in einem Sofortprogramm aber nur 8000 zusätzliche Jobs. Das ist ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Spahn: Das Besondere ist ja, dass wir diese neuen Stellen komplett aus der Sozialversicherung bezahlen, auf die Heimbewohner kommen damit keine höheren Kosten zu. Aber ich muss zugeben, dass ich bis heute nicht nachvollziehen kann, woher die Zahl 8000 aus den Koalitionsverhandlungen kommt. Sie kann nur ein erster Schritt sein. Mein Ziel ist, dass in jeder der 13 000 stationären Altenpflegeeinrichtungen in Deutschland zusätzliches Personal ankommt. Das muss im Pflege-Sofortprogramm geregelt werden. Dazu will ich im Mai einen Entwurf vorlegen, den das Kabinett noch vor der Sommerpause beschließen könnte. Wir haben in der Pflege nicht mehr viel Zeit.

SPIEGEL: Das heißt, Sie fordern erneut mehr, als im Koalitionsvertrag steht.

Spahn: Ich bin jetzt seit fünf Wochen im Amt. Und aus den Gesprächen dieser Zeit weiß ich, dass in der Pflege ein ganzer Berufsstand in der Krise steckt. Wir müssen gegensteuern. Entschieden und schnell. So will es auch der Koalitionsvertrag.

SPIEGEL: Mal ehrlich. Kann man die Probleme lösen, ohne irgendwann über höhere Pflegebeiträge nachzudenken?

Spahn: Derzeit läuft die Konjunktur gut, aber das wird nicht immer so weitergehen. Und die Ausgaben steigen jährlich. Also werden wir in der Pflege schauen müssen, wie lange wir mit dem Geld hinkommen.

SPIEGEL: Kann man den Menschen überhaupt die Angst vor einem Alter im Pflegeheim nehmen?

Spahn: Die größte Arbeit in der Pflege wird noch immer von den Angehörigen zu Hause geleistet. Um diese zu entlasten, haben wir in der letzten Legislaturperiode schon viel unternommen. Politik kann und muss in schwieriger Lage helfen, aber sie kann nicht Unmögliches leisten und Schicksalsschläge ungeschehen machen. Und zur Wahrheit gehört auch, dass es Situationen gibt, in denen die Pflege zu Hause im Sinne aller Beteiligten einfach nicht mehr funktioniert. Die Gesellschaft muss lernen, auch das zu akzeptieren. Es geht nicht darum, jemanden wegzugeben. Gerade für Schwerstdemente kann eine Betreuung im Heim im Einzelfall sogar besser sein. Doch die Entscheidung für ein Pflegeheim wird oft mit einem vorschnellen moralischen Urteil versehen.

SPIEGEL: Sie selbst haben in einer Talkshow gesagt, dass Sie Ihren Beruf nicht aufgeben würden, um Ihre Eltern zu pflegen.

Spahn: Ja. Aber das heißt ja nicht, dass ich dann nicht für meine Eltern da sein würde. Natürlich will ich so oft wie möglich bei ihnen sein und helfen – so wie sie mich immer unterstützt haben. Aber ich kann mir nicht vorstellen, meinen Beruf aufzugeben. Nach der Talkshow habe ich sehr viele Reaktionen bekommen. Zunächst die erwartbare Empörung. Aber dann gab es auch viele nachdenkliche Rückmeldungen von Menschen, die mir geschrieben haben, dass sie am Frühstückstisch jetzt zum ersten Mal mit der Familie über die Pflege und ihre Erwartungen gesprochen haben. Und das ist gut.

SPIEGEL: Und was haben Ihre Eltern gesagt?

Spahn: Die waren nicht überrascht. Ich habe zwei Geschwister, meine Eltern erwarten von keinem von uns, den Rest des Lebens für sie aufzugeben. Wir haben über das Thema schon früher gesprochen.

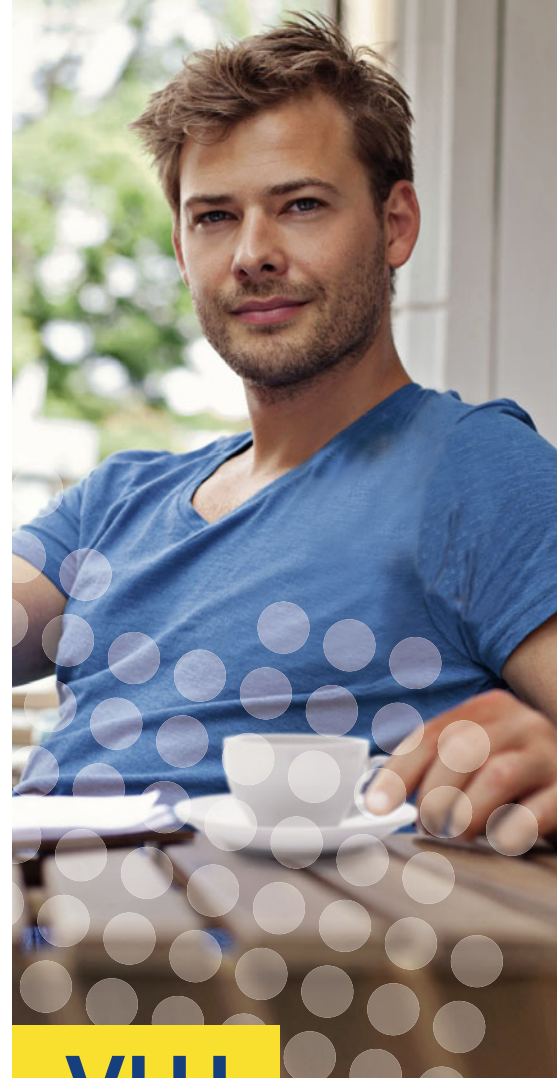
SPIEGEL: Es gibt immer mehr Familien wie Ihre, in denen die Kinder weit entfernt von den alternden Eltern wohnen. Was heißt das für die Pflegepolitik?

Spahn: Das können wir nur teilweise ausgleichen. Die gesetzlichen Pflegekassen bieten professionelle Betreuungsdienste und Entlastungsangebote, es gibt die ambulanten Pflegedienste, die Tagespflege oder die stationären Heime. Aber keine Pflegeversicherung der Welt kann eine Familie ersetzen. Der größte Kampf, den diese Gesellschaft einmal wird führen müssen, ist der gegen die Einsamkeit. Nicht nur, aber vor allem im Alter.

Interview: Michael Sauga,
Cornelia Schmergal

Steuern?

Lass ich machen.



VLH.

Wir machen Ihre
Steuererklärung.

www.vlh.de


Vereinigte
Lohnsteuerhilfe e.V.
LOHNSTEUERHILFEVEREIN

Beste Freundin

NSU André und Susann E. gelten als engste Vertraute der mutmaßlichen Rechtsterroristen. Er ist im Prozess vor dem Münchner OLG angeklagt. Sie nicht. Warum?



Ehepaar André, Susann E.: »Germanische Bräuche«

Am 416. Verhandlungstag nimmt Susann E. im NSU-Prozess endlich dort Platz, wo viele sie seit Langem gern sähen: auf der Anklagebank.

Wenige Wochen zuvor hatte sie einen Zettel von der Zuschauertribüne hinuntersegeln lassen. Sie wolle als Beistand neben ihrem Mann sitzen dürfen, beantragte sie darauf beim Gericht. Neben André E., einem der wichtigsten mutmaßlichen Unterstützer des Terrornetzwerks »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU).

Das Ehepaar sieht sich nur noch selten. Seit André E. im September im Saal A 101 des Münchner Oberlandesgerichts überraschend festgenommen wurde, treffen sich beide nur noch alle 14 Tage im Gefängnis Stadelheim.

Entsprechend groß ist die Wiedersehensfreude im Gericht. Die beiden sind sich der Aufmerksamkeit im Saal bewusst,

sie strahlen demonstrativ. Sie küssen sich kurz, umarmen sich lange, küssen sich erneut. Sie streichelt seinen Nacken, er ihren Oberschenkel.

Susann E., 36, war eine enge Freundin von Beate Zschäpe, der Hauptangeklagten. Deren Anwälte begannen in dieser Woche mit ihren Plädoyers. Es geht darum, welche Verantwortung Zschäpe für die Mordserie ihrer Gefährten Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos trägt.

Susann E. steht bis heute in Zschäpes Schatten. Sie gilt als Nebenfigur, ohne Gewaltpotenzial, ohne Insiderwissen.

Doch der 416. Verhandlungstag ist für E. eine Art Probesitzen. Sie weiß, dass auch sie Angeklagte in diesem Verfahren sein könnte. Die Bundesanwaltschaft ermittelt seit Jahren gegen sie. Der Vorwurf: Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Allerdings: Einen »hinreichenden Tatverdacht« konnten die Bundesanwälte bisher nicht erkennen.

Aber war E. wirklich nur die ahnungslose Gattin, die desinteressierte Hausfrau, eine nette Freundin, die Zschäpe jahrelang besuchte, um ihr ein bisschen Gesellschaft zu leisten?

Oder war sie verlässliche Komplizin, eine Frau, die dem NSU-Trio im Untergrund half und so dessen Verbrechen möglich machte?

Tatsache ist: Gemeinsam mit ihrem Mann André hielt E. in den fast 14 Jahren, in denen Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos in Verstecken lebten, Kontakt zu den dreien. So eng wie niemand sonst.

Susann und André E. sind ein auffälliges Paar, nicht nur wegen der Tattoos, die beide tragen. Susann E. ist schmal und groß, ihr Mann untersetzt und kräftig.

Seit Juni 2005 sind sie verheiratet, und es ist offensichtlich, dass beide von Anfang an eine rechtsextremistische Gesinnung teilten. Das zeigte sich sogar im Schlafzimmer, wie später Durchsuchungen ergaben:

Ermittler fanden dort eine Büchse mit der Aufschrift »Nationale Sozialisten Zwickau« und »spendet für Propaganda und Schulung«.

Im Wohnzimmer hing ein mit Bleistift gezeichnetes, gerahmtes Porträt der beiden verstorbenen Freunde Uwe Bönnhardt und Uwe Mundlos, gleich über dem Fernseher zwischen Fotos der Kinder von Susann und André E. In Sütterlin steht unter dem Bild der beiden Toten: »Unvergessen«.

Auf dem Familiencomputer stießen die Fahnder auf Entwürfe für Weihnachtskarten – verziert mit Hakenkreuzen. Zudem fanden sie Ordner mit den Namen »Hitlersbilder« und »Nazibilder«. Darunter die Einladung zu einer völkischen Vortragsveranstaltung über »Artengemeinschaften und germanische Bräuche« mit anschließendem »völkischen Tanz« und alten »HJ-Liedern, wie es sich für Nationalsozialisten gehört«.

André E. war nach Ansicht der Bundesanwaltschaft ein Mitwisser, der über die Taten des NSU informiert war und Wohnmobile mietete, mit denen Bönnhardt und Mundlos zwei Banküberfälle in Chemnitz und den ersten von zwei Sprengstoffanschlägen in Köln verübten. Ein Komplize, der für die untergetauchten Freunde Bahn cards beschaffte, konspirative Wohnungen organisierte, seine Personalien zur Verfügung stellte.

Und seine Ehefrau? Ihr Name war einer von mindestens elf, die Zschäpe als Alias benutzte. Unter Susann E.s Namen hat das Trio ab Sommer 2008 jedes Jahr den Stellplatz »M86« auf dem Campingplatz »Wulfener Hals« auf Fehmarn gemietet sowie Bahn cards bestellt.

Im Leben von Beate Zschäpe spielte das Ehepaar E. eine besondere Rolle, Susann E. war offenbar ihre engste Freundin. Fast jeden Donnerstag soll E. die untergetauchte NSU-Frau in der Frühlingsstraße in Zwickau besucht haben, oft gemeinsam mit ihren beiden Söhnen. Zu Aufführungen ihrer Kinder nahm »Sus«, wie sie sich im Freundeskreis nennen lässt, Zschäpe mit.

Zahlreiche Details zeigen, wie vertraut die beiden Frauen miteinander umgingen. In der Zusammenschau fällt es schwer, sich vorzustellen, dass E. in all den Jahren nichts bemerkt hat.

Es gibt Zeitungsfotos, die Susann E. mit einer Videokamera in der Hand auf einem Volksfest in Zwickau zeigen, daneben Zschäpe mit Sonnenbrille. Eine andere Aufnahme bildet einen Cocktail-

abend mehrerer Frauen im März 2010 ab. Zschäpe habe sich an diesem Abend als »Liesl« ausgegeben, erinnert sich eine Freundin, die dabei war.

In der Wohnung des untergetauchten Trios hingen Bilder der Familie E. Ein Foto zeigte Zschäpe mit Susann E. im Arm. Auch SMS-Nachrichten des Ehepaars E. belegen, wie eng die Bande waren: wie oft sie das Trio herumchauffierten, sich austauschten, gemeinsam zu Abend aßen.

Die Ermittler sind überzeugt: Susann E. musste wissen, dass das Trio einerseits über keine legalen Einnahmequellen verfügte, andererseits keine Geldprobleme hatte.

Ein Vorfall aus dem Januar 2007 legt nahe, dass die Personalien der E.s den drei Freunden die Existenz im Untergrund retteten. Ohne Susann und André E. hätte die Terrorzelle damals aufliegen können. In einem Mehrfamilienhaus in der Zwickauer Polenzstraße gab es einen Wasserschaden. Die Untergetauchten wohnten im Erdgeschoss. Die Polizei vermutete, dass in diesem Zusammenhang aus einer Wohnung etwas gestohlen worden war. Am 9. Januar klingelte ein Beamter, Beate Zschäpe öffnete – und gab sich als Susann E. aus. Sie solle auf dem örtlichen Polizeirevier erscheinen, sagte der Beamte.

Es muss ein Schock für Zschäpe gewesen sein. Sie lief Gefahr, dass ihre wahre Identität bekannt würde. Zwei Tage später

kam André E. mit seiner Frau Susann ins Revier und machte eine Aussage zum Wasserschaden. Heute sind sich die Ermittler sicher: Es war Zschäpe, die sich als E.s Ehefrau ausgab. Was der Polizist damals über sah: Der vorgelegte Ausweis enthielt zwar den Namen Susann E., doch weder die Ausweisnummer noch das Geburtsdatum stimmten, auch die Unterschrift passte nicht.

Für eine innige Vertrautheit spricht auch Zschäpes Verhalten, nachdem sie vom Tod ihrer Verbündeten Mundlos und Bönnhardt in einem Wohnmobil in Eisenach erfahren und ihr geheimes Versteck in der Frühlingsstraße angezündet hatte.

Zschäpe rief an jenem 4. November 2011 als Erstes André E. an, viermal von 15.19 bis 15.34 Uhr; die längste Verbindung dauerte eine Minute und 27 Sekunden. Um 15.30 Uhr schrieb André E. eine SMS an seine Frau. Deren Inhalt ist unbekannt, entgegen ihrer Gewohnheit löschten beide diese Nachricht von ihren Handys.

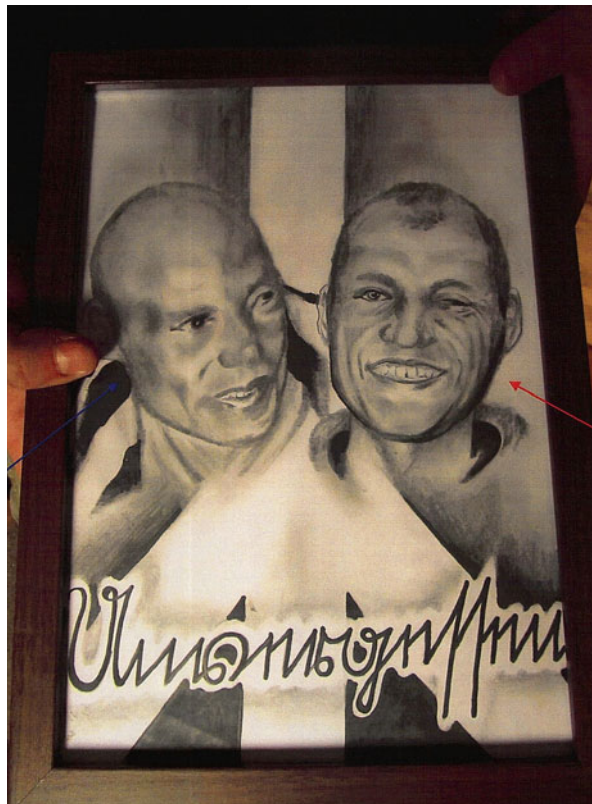
André E. soll Zschäpe dann aufgelesen und herumgefahren, seine Frau soll ihr Kleidung zur Verfügung gestellt haben. Noch in der Nacht wurden aus einer Telefonzelle am Bahnhof in Glauchau von 2.57 bis 3.45 Uhr fünfmal Anschlüsse von André und Susann E. angewählt – vermutlich von Zschäpe, die auf der Flucht war. Die längste Verbindung dauerte 18 Sekunden,

ob ein Gespräch zustande kam, ist ungeklärt. Für die Ermittler ist es jedoch ein Indiz für die intensive Verbindung zwischen den Terroristen im Verborgenen und der Familie im realen Leben.

Das Trio hatte im Untergrund oft öffentliche Fernsprecher genutzt. Auch Mundlos' und Bönnhardts Eltern rief Zschäpe aus Telefonzellen an, um ihnen mitzuteilen, dass die beiden nicht mehr am Leben seien.

Beate Zschäpe stellte sich am 8. November 2011 in Jena der Polizei. Was sie damals trug, liegt heute in der Asservatenkammer. Beweisstück 5.1, eine braune Tchibo-Jacke, Größe 36/38, mit beigefarbenem Futter, stammt von Susann E. Ein weiteres Indiz, dass sie Zschäpe auf der Flucht geholfen hat.

Das spektakuläre Ende des NSU, der Tod der beiden Männer im Wohnmobil, Zschäpes Festnahme, all das machte damals bundesweit Schlagzeilen. Für Politik und Gesellschaft war es ein Schock, dass rechtsextreme Terroristen jahrelang unerkannt im Untergrund leben konnten, dass neun Migranten und eine Polizistin sterben mussten –



Mundlos-Bönnhardt-Porträt aus der Wohnung der E.s
Zwischen den Fotos der Kinder



STEFAN PATZER / DER PLANITZER

Volksfestbesucherinnen Susann E., Zschäpe 2011: »Ich verbrachte gerne Zeit mit ihr«

und die Behörden den mutmaßlichen Tätern nicht auf die Spur gekommen waren.

Susann und André E. konnten damals noch einige Tage unbehelligt weiterleben. Doch dann schlug die Polizei zu.

Die Spezialeinheit GSG9 hatte André E. am 24. November 2011 um 6.29 Uhr im brandenburgischen Mühlenfließ nahe Potsdam auf dem Gehöft seines Zwillingbruders Maik überrascht, festgenommen und nach Karlsruhe zum Generalbundesanwalt geflogen. André E. hatte sich mit seinen beiden Söhnen dorthin zurückgezogen, unter dem Sofa, auf dem er schlief, lagen 3835 Euro in bar, darunter 267 Fünf-Euro-Noten. Typisch für Wechselgeld in Sparkassen, untypisch für einen Privathaushalt.

Am selben Morgen um 6.30 Uhr stürmte ein Großaufgebot von Polizeibeamten das Zuhause der Familie E. in Zwickau und erwischte Susann E. mit ihrem mutmaßlichen Liebhaber, dem Gesinnungsgenossen Patrick G., auf dem Sofa im Wohnzimmer. »Eine Durchsuchung der Personen war aufgrund der Antreffsituation nicht erforderlich. Frau E. und Herrn G. wurde ermöglicht, sich anzuziehen«, heißt es im Ermittlungsbericht. Bei der Vernehmung auf dem Revier zwei Monate später betonte Susann E., dass der Einsatz »übertrieben« gewesen sei. »Sie hätten auch klingeln können, ich hätte Ihnen geöffnet.«

Zehn Stunden lang durchsuchten die Ermittler damals die Wohnung der Familie

E. und ihr gepachtetes Grundstück im Kleingartenverein »Heimattreue«. Anschließend ließ sich Susann E. von Patrick G. nach Brandenburg zu ihrem Schwager fahren, um ihre Kinder abzuholen.

Ermittler, Nebenkläger und Prozessbeobachter glauben zu wissen, warum das Ehepaar die untergetauchten Terroristen schützte und unterstützte. Zahlreiche Details deuten darauf hin, dass es nicht allein Freundschaft gewesen sein kann, sondern auch die gemeinsame rechtsextremistische Überzeugung.

Die menschenverachtende Gesinnung von André E. ist bekannt. Er ließ sich rassistische, verfassungsfeindliche Statements in die Haut stechen, sie reichen vom Schriftzug »Blut und Ehre«, dem Motto der Hitlerjugend, bis zu einem SS-Totenkopf und den Initialen »AH«, mutmaßlich für Adolf Hitler, umrahmt von einem Lorbeerkranz.

Susann E. lernte den Beruf der Hauswirtschafterin, übte ihn aber nie aus. Eine zweite Ausbildung als Fleischfachverkäuferin in einer Supermarktkette brach sie wegen Schwierigkeiten mit ihrem Vor-

Ohne Susann und André E. hätte die Terrorzelle aufliegen können.

gesetzten ab. Sie jobbte in einem Fitnessstudio und bezog danach Arbeitslosengeld II.

Sympathie für die Welt der Rechtsextremen hegt sie offenbar seit vielen Jahren. Schon als Teenager hörte sie die Musik und las Bücher und Zeitschriften, die Neonazis mögen. Sie trug einen »Reenie«-Haarschnitt mit langem Pony und ansonsten rasiertem Kopf, wie es unter braunen Skinhead-Mädchen üblich ist.

Später, in den Jahren 2003 und 2004, nahm sie an Veranstaltungen der »Germanischen Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e. V.« teil. Auch André E. und dessen Zwillingbruder Maik, eine schillernde Figur der ostdeutschen Neonazi-Szene, besuchten die Treffen des völkischen Vereins. Bei einer anderen Gelegenheit war sie in eine Schlägerei von Neonazis verwickelt, die das Lokal »Big Twin« in Zwickau gestürmt hatten.

Und heute? Vor Gericht erscheint Susann E. in gestreifter oder gepunkteter Bluse, mit Brille und rosafarbener Brosche, statt Reenie-Frisur trägt sie die dunklen Haare offen, die Nägel sind lackiert. Von ihren großflächigen Tätowierungen, verteilt über den gesamten Körper, sieht man nur die auf beiden Handrücken.

Komplett verbürgerlicht hat sich das frühere Skin-Girl aber nicht. Ins Oberlandesgericht lässt sich Susann E. meist von Karl-Heinz S. begleiten, einem bekannten Münchner Neonazi, einst Führungsfigur der »Kameradschaft Süd«. Er wurde wegen Mitgliedschaft in einer rechtsterroristischen Vereinigung verurteilt, damals ging es um einen geplanten Sprengstoffanschlag auf die Münchner Synagoge 2003.

Beate Zschäpe hat unterdessen vor Gericht versucht, ihre alte Weggefährtin so gut es geht zu schonen: »Susann E. war ab 2006 für mich eine gute Freundin. Ich verbrachte gerne Zeit mit ihr und ihren Kindern. Persönliche Themen über unser Zusammenleben oder Dinge, die mich belasteten, wurden von mir nie angesprochen.«

Eine eher oberflächliche Frauenfreundschaft, so wollen beide ihre Beziehung verstanden wissen. In einer SMS-Nachricht schrieb Susann E. 2010 – sie hatte damals gerade eine Krise mit ihrem Ehemann André überwunden – über ihren jüngsten Kontakt zu »Liese« alias Beate Zschäpe. »Liese hat eben angerufen und ich hab ihr gesagt, dass das Traumpaar E. wieder vereint ist, ey, die hat mir einen Tinitus verpasst, die hat geschrien vor Freude total...«

Wie beste Freundinnen eben reden. Als hätte es die Verbrechen des NSU nie gegeben. Maik Baumgärtner, Julia Jüttner

Endlich

Debatte Warum Kinder mit Behinderungen auch ans Gymnasium gehören

Es gibt nicht viele Schulstatistiken, in denen Bremen vorn liegt. Bei der Inklusion aber lässt der Stadtstaat den Rest der Republik hinter sich. Über 80 Prozent der Schüler, die besonderer Hilfe bedürfen, lernen hier gemeinsam mit allen anderen Kindern. Geht es nach Bildungssenatorin Claudia Bogedan (SPD), werden es bald noch mehr.

Bremen ist allerdings auch das erste Bundesland, in dem eine Schule das Ministerium wegen solcher Ansagen verklagt. Ein Gymnasium soll fünf Kinder mit Behinderungen aufnehmen, dagegen zieht die Schulleiterin vor das Verwaltungsgericht. Sie beruft sich auf das Bremische Schulgesetz: »Der Unterricht im Gymnasium berücksichtigt die Lernfähigkeit der Schülerinnen und Schüler mit einem erhöhten Lerntempo auf einem Anforderungsniveau.«

Das Gymnasium ist längst keine Eliteanstalt mehr, sondern eine Schule für (fast) alle.

Die Schulleiterin bringt damit neuen Schwung in eine eingeschlafene Debatte. Endlich.

Angestoßen wurde die Debatte vor vier Jahren von einer Familie aus Baden-Württemberg. Der Sohn, ein Viertklässler namens Henri, hat das Downsyndrom und wollte aufs Gymnasium wechseln. Die Eltern kämpften hartnäckig und medienwirksam für ihr Kind. Sie erfuhren Zuspruch, aber auch Hass und Hämie.

Am Ende stand ein Kompromiss, heute besucht Henri keine Förderschule, sondern die örtliche Realschule. Dort gehe es ihm gut, wie seine Mutter versichert. Dennoch, sagt sie, könne sie nicht akzeptieren, wie sich die Schule und große Teile der Öffentlichkeit gegen geltendes Recht gestellt hätten.

2009 ratifizierte Deutschland die Uno-Behindertenrechtskonvention: Menschen mit körperlichen und geistigen Einschränkungen sollen in der Mitte der Gesellschaft lernen und leben, nicht am Rand. Warum also nicht am Gymnasium?

43 Prozent aller Kinder wechseln inzwischen von der Grundschule aufs Gymnasium. Das ist der Durchschnitt, in manchen Städten sind es deutlich mehr. Das Gymnasium ist keine Eliteanstalt mehr, sondern eine Schule für (fast) alle. Die Inklusion findet bislang vor allem an Gemeinschafts-, Real- und Hauptschulen statt – also jenen Schulen, deren Schülerschaft oftmals ohnehin bunter, problematischer, aufmerksamkeitsbedürftiger ist.

Die Sorgen der Bremer Schulleiterin sind gut zu verstehen. Inklusion wird zu oft zu schlecht gemacht. Die Klassenräume sind ungeeignet, Lehrkräfte ungenügend geschult, Inklusionsschüler unzureichend unterstützt – die Mängelliste ist lang. Das Gymnasium in Bremen sei auf die neuen Schüler nicht vorbereitet, sagt auch der Elternsprecher. Und er hat recht, wenn er sagt: »Unter schlechter Inklusion leiden alle.«

Von guter Inklusion aber profitieren bestenfalls alle. Doch dazu kommt es nicht. Baden-Württemberg unterrichtet nur 0,3 Prozent aller Inklusionsschüler an einem Gymnasium. Bayern hat bestimmte Schulen ausgewählt, die Inklusion vorantreiben sollen, von den 430 Gymnasien im Land sind es genau 10. Fast genauso viele bieten in Bayern übrigens Förderklassen für Hochbegabte an.

Der Unterschied: Die Starken, die Begabten zu fördern gilt als lobenswert. Gerade Gymnasien werben gern damit, sich für diese Schüler einzusetzen. Dabei erfordern die besonders Guten oft ebenfalls eine besondere Behandlung: zusätzliche Arbeitsblätter, damit sie sich nicht langweilen, Extraaufgaben und professionelle Anleitung, um ihr Potenzial auszuschöpfen.

Die heutige Schülerschaft ist heterogener denn je, da sind sich die Bildungsexperten einig. In deutschen Klassenräumen treffen Kinder mit Migrations- und Fluchthintergrund, aus Patchworkfamilien, aus oberen und unteren sozialen Schichten aufeinander. Es ist die Aufgabe aller Lehrer, Sozialpädagogen, Bildungspolitiker und Eltern, sie fit zu machen für eine Zukunft in einer offenen, toleranten Gesellschaft. Wäre nicht ein Gymnasium in einem gut situierten Stadtteil mit wenigen sozialen Spannungen dafür besonders geeignet? Miriam Olbrisch

Mail: miriam.olbrisch@spiegel.de, Twitter: @olbi

DER THRILLER DES JAHRES

»Phillips dosiert die Spannung bis aufs Milligramm genau – auch nur das kleinste bisschen mehr wäre unerträglich.«

THE NEW YORK TIMES

304 Seiten • EUR 15,90
Auch als eBook

dtv



Ungekürzte Lesung
mit Andrea Sawatzki u. v. a.

6 CDs • 7 h 1 min
EUR 19,99 (UVP)

DAV

www.der-audio-verlag.de

Schnell zur Welt

Babyboom Immer mehr Geburtskrankenhäuser müssen schließen oder Schwangere abweisen, weil ihnen das Personal fehlt. Hebammen gibt es genug, nur leider nicht in Kliniken.



ULRIKE SCHÄCHT / DER SPIEGEL

Familie Vedder: Kein Platz im Kreißsaal

Als Sarah Vedder im Krankenwagen Richtung Kreißsaal raste, war sie glücklich wie nie zuvor. Die Zwillinge im Bauch der 38-Jährigen hatten ihr in den vergangenen Monaten das Leben zur Qual gemacht: Vedder musste sich täglich übergeben, sie fand keinen Schlaf, die Handinnenflächen juckten wie verrückt. »Endlich raus mit denen«, dachte sie, als die Fruchtblase fünf Wochen vor dem errechneten Geburtstermin mitten in der Nacht platzte.

Vedders Freude hielt exakt 30 Minuten an. So lang dauerte die Fahrt mit Blaulicht zum Hamburger Universitätsklinikum (UKE). Dort war es mit der guten Hoffnung vorbei. »Es hieß, ich solle in eine andere Klinik fahren«, erinnert sich Vedder. Dabei hatte ihre Frauenärztin sie keine 24 Stunden zuvor im UKE zur Geburt am nächsten Tag angemeldet. »Ich konnte nicht mehr, war nur noch am Heulen«, sagt Vedder. Erst im Klinikum Altona fand Vedder endlich eine Geburtsstation, mit deren Hilfe sie ihre kaum zwei

Kilogramm schweren Frühchen sicher zur Welt bringen konnte.

Dass Frauen unter Wehen an der Tür des nächstgelegenen Kreißsaals abgewiesen werden, ist mittlerweile Alltag in Deutschland. Die Empörung war groß, als vor einem Jahr eine Berlinerin ihr Kind im Auto auf einem Krankenhausparkplatz im Stadtteil Schöneberg zur Welt bringen musste, weil ihr eine Geburtsklinik in Neukölln die Aufnahme verweigert hatte. Seitdem hat die Platznot in deutschen Kreißsälen noch zugenommen. Wie schlimm die Lage inzwischen ist, zeigt ein Brandbrief von über 600 Hebammen aus Baden-Württemberg an die Politik. Die Suche nach einem Platz im Kreißsaal gleiche mittlerweile »der Herbergssuche zu Christi Geburt«, heißt es dort.

Die Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe DGGG spricht von einer »alarmierenden Situation«. Eine Umfrage des Verbands in Krankenhäusern hatte Ende 2017 ergeben, dass ein Drittel der Geburtskliniken in den sechs Monaten zu-

vor Schwangere fortschicken musste. Der Kreißsaal war jeweils überbelegt, in manchen Kliniken bis zu 90-mal pro Jahr. Als Ursache nannten die Kliniken an erster Stelle: fehlende Hebammen. Fast jede zweite Klinik mit Geburtshilfeabteilung in Deutschland kann ihre Hebammenstellen derzeit nicht mehr vollständig besetzen. Im Durchschnitt fehlen in jedem Kreißsaal 1,6 Vollzeitkräfte.

Es ist nicht so, dass die Zahl der Hebammen in Deutschland stark abgenommen hätte in den vergangenen Jahren, sie liegt konstant bei rund 23 000. Die Situation ist paradox: Hebammen sind da, nur leider nicht dort, wo Kinder zur Welt kommen.

Weniger als ein Drittel aller freiberuflichen Hebammen bietet Begleitung während der Geburt an. Und in den Kreißsälen reduzieren die Geburtshelferinnen ihre Arbeitszeit, Berufsanfängerinnen kündigen nach durchschnittlich nur vier Jahren Schichtdienst im Krankenhaus ihren Job oder gehen häufig selbst in Elternzeit und kommen nicht wieder. Vielen wird offen-

bar der Stress im Kreißsaal zu viel. Immer mehr Kinder kommen auf immer weniger Geburtshilfestationen zur Welt. Die Zahl der Krankenhäuser, in denen Frauen entbinden können, ist seit der Wiedervereinigung um 40 Prozent gesunken, zugleich kommen mehr Kinder auf die Welt – vor allem in den Großstädten.

»In Berlin gibt es heute 10 000 Geburten mehr als vor zehn Jahren«, sagt der Chefarzt der größten Entbindungshilfeklinik Deutschlands, Michael Abou-Dakn vom St. Joseph Krankenhaus Berlin. Die kleineren Geburtshilfestationen hätten kaum nennenswerten Zuwachs, die großen arbeiteten am Limit. »Die Paare wollen bei der Geburt maximale Sicherheit und im Notfall die beste Unterstützung«, so Abou-Dakn. »Aber gleichzeitig wollen sie so betreut werden wie bei einer Hausgeburt.« Leider fehle dafür die Finanzierung, folglich sei das Personal häufig überlastet.

Als der Deutsche Hebammenverband in Kliniken angestellte Kolleginnen befragte, klagte die Mehrheit über die hohe Arbeitsbelastung, an der vor allem der schlechte Betreuungsschlüssel schuld sei. Fast die Hälfte gab an, häufig drei Frauen parallel zu betreuen; manche mussten sich schon gleichzeitig um vier oder noch mehr Gebärende kümmern. Der Stress, die Angst, eine Geburtskomplikation vielleicht nicht rechtzeitig mitzubekommen, fehlende Mittagspausen, andauernde Rufbereitschaft machten den Job im Kreißsaal unattraktiv, sagt Ulrike Geppert-Orthofer, die Vorsitzende des Deutschen Hebammenverbands. »Das sind nicht die Bedingungen, unter denen Hebammen praktizieren möchten.«

Den Kliniken bleibt als Reaktion auf Personalengpässe häufig nur, den Kreißsaal zu schließen. In Dillingen an der Donau ist die Geburtshilfeabteilung der Kreisklinik noch bis Anfang Juli geschlossen, weil Hebammen gekündigt haben wegen der »hohen Dienstbelastung, aber auch wegen neuer Abrechnungsvorschriften der Krankenkassen, die den Hebammen neben einem hohen Bürokratieaufwand auch noch Einkommensverluste bescherten«, wie es in der Pressemitteilung heißt. In Bitterfeld konnten im Kreisklinikum vergangenen August zwei Wochen lang nur geplante Kaiserschnitte durchgeführt werden, weil zu viele Hebammen krank waren. Und in Erding musste über den Sommer ein Kreißsaal temporär schließen, weil Hebammen in Elternzeit waren.

»Schlechte Arbeitsbedingungen sind nie gut für Gebärende«, sagt Geppert-Orthofer. Das hat die Hamburger Lehrerin Lena Scheele erlebt. Die Worte, mit denen die Ärztin im Hamburger Agaplesion Krankenhaus sie begrüßte, haben sich ihr eingebrannt: »Oh nein, nicht noch eine.« In den folgenden Stunden kamen in den vier

Kreißsälen sechs Kinder zur Welt. Scheele erzählt, sie habe über Stunden keine einzige Hebamme gesehen. »Ich hatte erwartet, dass jemand mit mir verschiedene Geburtspositionen durchgeht, mich mit Ball und Gebärhocker im Raum bekannt macht. Stattdessen hatte ich fünf Kabel an mir dran, fühlte mich an die Liege gefesselt und konnte mich stundenlang vor Schmerzen nicht bewegen.« Nur einmal, zu Beginn der Presswehenphase, sei die Hebamme für sie da gewesen.

Als die Ärztin einen Moment Zeit hatte, so interpretiert es Lena Scheele, sollte ihr Baby am besten ganz schnell zur Welt kommen. Mit Saugglocke und am Wehentropf wurde ihre Tochter schließlich »aus dem Bauch gezerrt«, die Mutter litt unter Schmerzen und war am Rande der Ohnmacht. Zu Beginn der Presswehenphase und in den letzten 30 Minuten ihrer insgesamt acht Stunden im Kreißsaal sei auch endlich eine Hebamme anwesend gewesen. Scheele spricht von einem »traumatischen Erlebnis«. Sie sagt, sie sei noch nicht sicher, ob sie ein zweites Kind bekommen wolle. Wenn, »dann nur mit Kaiserschnitt«.

Fast jedes dritte Kind in Deutschland kommt inzwischen auf diese Weise zur Welt. Die Rate ist doppelt so hoch wie der Prozentsatz, den die Weltgesundheitsorganisation für medizinisch vertretbar hält.

Dorothee Beltmann war Lena Scheeles Nachsorgehebamme. Sie bietet in ihrer Praxis Geburtsvorbereitungskurse, Schreikinderberatung, Stillberatung, Beikostberatung an – alles, nur keine Geburtshilfe mehr. »Das Herzstück ist rausgenommen, weil ich mir sonst mein Leben nicht leisten kann«, sagt Beltmann, die fünf Jahre lang im Kreißsaal gearbeitet hat und die Arbeit



Hebamme Beltmann

»Das System kann nicht funktionieren«

heute als »Massenabfertigung« wahrnimmt. »Man ist eher Feuerwehrfrau als Geburtshelferin«, sagt sie.

Zwar bekommt Beltmann für die Wochenbettbetreuung auch nur 38 Euro brutto pro Besuch, aber da sie sich vielseitig fortgebildet hat und in ihrer Praxis ein breites Kursangebot hat, kann sie sich über Wasser halten. Fest angestellte Hebammen in Krankenhäusern verdienen rund 2800 Euro brutto. Zum Job gehören Schichtarbeit, Wochenend- und Feiertagsdienste. »Wenn man Hebammen in Deutschland wie Putzkräfte bezahlt und sie gleichzeitig Tausende Euro Haftpflichtprämie zahlen lässt, kann das System nicht funktionieren«, sagt Beltmann.

Die Präsidentin der Deutschen Gynäkologen-Gesellschaft, Professorin Birgit Seelbach-Göbel, kennt diese Kritik und verteidigt die niedrigen Gehälter mit den geringen Fallkostenpauschalen von rund 2000 Euro, die die Krankenkassen für eine natürliche Geburt zahlen. Jede Blinddarmsoperation bringt mit 2500 Euro mehr, obwohl sie normalerweise weniger als eine Stunde dauert. Deswegen sind Geburtshilfeabteilungen oft unterfinanziert.

Das Universitätsklinikum Regensburg, an dem Seelbach-Göbel arbeitet, beschäftigt nur freiberufliche Hebammen, die pro Geburt in Abhängigkeit von der Betreuungsdauer bis zu 700 Euro direkt bei den Krankenkassen abrechnen können. »Bei hohen Geburtenzahlen verdienen sie mehr als unsere Assistenzärzte«, ist sich die Gynäkologin sicher. Allerdings gilt seit Anfang des Jahres die Regelung, dass freiberuflich in Kreißsälen tätige Hebammen lediglich die Geburten von zwei Frauen gleichzeitig abrechnen dürfen. Das ist gut für zwei Gebärende. Wenn eine dritte am Kreißsaal klingelt, muss entweder eine weitere Hebamme aus der Bereitschaft hinzugezogen werden, oder die Hebamme betreut sie mehr oder weniger kostenlos, aus reinem Idealismus oder Nächstenliebe. Sonst bleibt nur, die werdende Mutter abzuweisen.

Aus der Politik kommen nun Vorschläge, wie die Lage verbessert werden könnte. In Bayern hat Ministerpräsident Markus Söder angekündigt, freiberuflichen Hebammen künftig eine Prämie von 1000 Euro pro Jahr zahlen zu wollen. Seine Regierung wird im Laufe des Jahres außerdem Städten und Landkreisen 40 Euro pro Geburt zahlen, die diese dann unter anderem in bessere Hebammenbetreuung investieren sollen. Der Stadtrat in München will den Bau eines zweiten Geburtshauses finanziell unterstützen, in der Hoffnung, dass sich dadurch der Druck auf die Krankenhäuser reduzieren lässt.

Alles »Kosmetik«, findet die Münchner Hebamme Claudia Lowitz. Sie ärgert, dass die Hebammenkrise im Berliner Koali-

Die Geheimräte

Behörden Das Informationsfreiheitsgesetz soll den Staat transparenter machen und Korruption vorbeugen. Doch viele Beamte mauern weiter.

tionsvertrag zwischen SPD und Union nicht ernsthaft angegangen wird, dabei herrsche »Betroffenheit allerorten. Niemand will Alte oder Schwangere allein lassen«, sagt sie, »aber keiner kann diese Situation abwenden«. Sie verlangt eine Reform der Fallpauschalen, damit Geburtshilfestationen endlich wirtschaftlich arbeiten können, und eine »Obergrenze der Unterversorgung«, also Vorgaben aus der Politik, wie viele Hebammen oder Pfleger mindestens in einer Krankenhausstation angestellt sein müssen.

Bis es so weit ist, könnten vor allem die Ehemänner und Lebensgefährten von Geburtshelferinnen dieses Landes aktiv werden, findet sie. »Häufig bleibt die Hausarbeit an Frauen hängen«, sagt Lowitz. »Wenn mehr Männer Dinge wie die Gartenarbeit in der Elterninitiative oder den Besuch beim Kinderarzt übernehmen würden, dann könnten die Hebammen ihre Teilzeitjobs aufstocken.« Ihre Kollegin Dorothee Beltmann aus Hamburg fügt an: »Die Eltern müssen Druck machen, auch die Väter.« Ansonsten müssten sie sich darauf gefasst machen, als Hebamme wider Willen die Geburt der eigenen Kinder voranzutreiben. Beltmann hat einen Leitfaden für Männer im Kreißsaal entwickelt: »Sorge dafür, dass deine Frau regelmäßige Kleinigkeiten isst, sonst bekommt sie eine Unterzuckerung und Wehenschwäche, unterstütze die Frau in den Geburtspositionen, massiere sie, atme mit.« Früher sei das nicht nötig gewesen. Die Hebamme war einfach immer da.

Ankathrin Förster hat im August 2017 in Hamburg ihr zweites Kind im Rekordtempo zur Welt gebracht. »Wir mussten zunächst länger auf dem Flur warten, bis ich überhaupt aufgenommen wurde«, sagt sie. Förster sollte draußen im Garten spazieren gehen. Als dann endlich ein Kreißsaal frei wurde, sei die Hebamme nur sporadisch da gewesen.

»Als plötzlich die Presswehen einsetzen, drückte mein Mann wie wild auf den roten Knopf«, erzählt Förster. Als ihr Mädchen schon zwischen den Beinen herauschaute und laut schrie, war immer noch keine Hebamme in Sicht. Ihr Mann rannte auf den Flur, kam mit einer Assistenzärztin wieder herein, die aufgeregt sagte: »Ich bin doch keine Hebamme!« Die Ärztin rief per Telefon nach Hilfe, und eine Minute später kam die Geburtshelferin dann ins Wehenzimmer gerannt: »Unsere flotte Lotte fiel ihr gerade noch so in die Hand.«

Anna Clauß, Vivien Krüger

Video
**Ortstermin bei der
Babymassage**

spiegel.de/sp182018hebammen
oder in der App DER SPIEGEL



Im Frühjahr 2017 erfuhr Arne Semsrott aus den Medien von einem brisanten Memo des Auswärtigen Amts. In Libyen gebe es »KZ-ähnliche Verhältnisse«, Schleuser hielten Flüchtlinge in Privatgefängnissen gefangen.

Semsrott erkannte sofort die politische Sprengkraft des Vermerks. Deutschland will die Zahl der Flüchtlinge verringern, die übers Mittelmeer nach Europa kommen. Berichte über Folterknäste in Libyen durchkreuzen diese Strategie. Der Aktivist wollte das in der »Welt am Sonntag« zitierte Dokument einsehen – und stellte einen Antrag nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG). Es soll jedem Bürger den Zugang zu amtlichen Informationen gewähren. Doch das Außenamt in Berlin reagierte wenig auskunftsfreudig.

Erst behaupteten die Beamten, ein solches Ministeriumspapier existiere gar nicht. Als sich das als falsch erwies, verweigerten sie dem Aktivisten das Dokument. Semsrott legte Widerspruch ein. Schließlich bekam er die Unterlage zugeschiedt – einen Drahtbericht der deutschen Botschaft in Libyens Nachbarland Niger. Das Außenministerium hatte allerdings weite Teile mit der Begründung geschwärzt, sie seien Verschlusssache.

Semsrott leitet FragdenStaat.de, ein Projekt, bei dem jedermann einen IFG-Antrag stellen kann. Er selbst hat es in mehr als 600 Fällen versucht. Mal ging es um die Rüstungslobby, mal um die Abgasaffäre. Semsrott stieß fast immer auf Beton: »Transparenz finden alle super, aber wenn es um den eigenen Vorgarten geht, wird blockiert, was das Zeug hält.«

Als das IFG 2006 in Kraft trat, sollte es die Bundesbehörden öffnen und das Vertrauen in den Staat stärken. Das Gesetz ist populär: Im vorigen Jahr gab es 12 950 Anfragen, so viele wie noch nie.

Dennoch ist der Widerstand groß. Die Regierung rückte die Informationen nicht mal in jedem zweiten Fall raus. In vielen Amtsstuben herrscht ein Geist wie im 18. Jahrhundert in Preußen, als hohe Beamte noch Geheimräte hießen.

Obwohl Ministerien einen Antrag innerhalb eines Monats beantworten müssen,

dauern die Verfahren manchmal Jahre. Und bei den Gebühren langen Behörden ordentlich hin: Nicht selten stellen sie den Höchstsatz von 500 Euro in Rechnung. Viele Staatsdiener betrachten das IFG als lästige Pflicht, die sie wohl am liebsten wieder abschaffen würden.

Arne Semsrott und Malte Spitz wollen das verhindern. Die beiden kämpfen seit Jahren dafür, Informationen zu »befreien«, wie sie sagen; Semsrott als Aktivist, Spitz ist auch bei den Grünen aktiv.

Auf Semsrotts Portal FragdenStaat.de können Bürger leicht einen IFG-Antrag stellen. Verweigern die Behörden eine Aktenfreigabe, ist Spitz zur Stelle. Er ist Generalsekretär bei der Gesellschaft für Freiheitsrechte. Sein Verein unterstützt Kläger vor den Verwaltungsgerichten, wo abgelehnte Anträge oftmals landen.

Zurzeit laufen mehrere Verfahren. In einem Fall geht es um die Protokolle der Kabinettsitzungen, andere Klagen beschäftigen sich mit der Flüchtlingskrise oder dem Bauprojekt Stuttgart 21. Erst am Donnerstag befasste sich das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit einer Klage der Initiative Abgeordnetenwatch. Die Gruppe wollte Unterlagen zu Parteispenden einsehen, was die Bundestagsverwaltung ablehnte. Das Gericht entschied zugunsten der Initiative.

Die Aktivisten verstehen ihre Arbeit als Dienst an der Demokratie. »Wir wollen den Bürgern zeigen, dass sie auch mitspielen können«, sagt Malte Spitz. Er und seine Mitstreiter lassen sich ständig neue Tricks einfallen, um die Behörden zu mehr Transparenz zu zwingen. Voriges Jahr wollten FragdenStaat und Abgeordnetenwatch wissen, wie Lobbyisten die Gesetzgebung beeinflussen. Gemeinsam stellten sie ein neues Portal (Gläserne Gesetze) ins Netz, auf dem sie Bürger dazu aufforderten, die Ministerien nach Stellungnahmen von Lobbyisten zu fragen.

Innerhalb einer Woche gingen mehr als 1600 IFG-Anfragen bei den Ministerien ein. Das Dauerfeuer wirkte. Unter dem Eindruck der vielen Anträge beschlossen die Ressorts, die Lobbypapiere ins Netz

Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz

an die Bundesbehörden



zu stellen. Die Aktivisten hatten gewonnen. Im Jahr zuvor hatten dieselben Gruppen mit einer ähnlichen Aktion erreicht, dass der Bundestag Tausende Gutachten seines Wissenschaftlichen Dienstes veröffentlichte. »Es geht darum, den Handlungsdruck auf die Politik zu erhöhen«, sagt Martin Reyher von Abgeordnetenwatch.

Ein Beamter, der IFG-Fälle bearbeitet, seufzt, wenn man ihn auf die Aktivisten anspricht: »Es ist erschreckend, wie leicht eine Handvoll Leute ganze Behördenzweige lahmlegen kann.« Der Beamte arbeitet in einem Bundesministerium und will nur anonym sprechen, um Ärger mit seinen Chefs zu vermeiden.

»Die Arbeitsbelastung ist sehr hoch«, sagt er. »Der Dienstherr stellt nicht genügend Personal ein. Wir müssen die Anträge neben dem normalen Tagesgeschäft bearbeiten. Wir haben eine Situation, in der man nicht mehr weiß, was man als Erstes machen muss.«

Die Regierung behandelt das Informationsfreiheitsgesetz stiefmütterlich. Während laufend neue PR-Leute und Berater in die Ministerien geholt werden, bleiben die IFG-Referate unterbesetzt. Die zuständigen Beamten sind überlastet – und müssen sich mit ihren Kollegen rumärgern. »Man macht sich nicht sehr beliebt, wenn man mit dem IFG-Antrag ankommt«, sagt der Beamte.

Noch schlimmer sei es, wenn die Anträge politische Brisanz besäßen. Kein Minister will Ärger bekommen, weil sein Ressort heikle Unterlagen herausgibt. Siebt die Hausleitung also Dokumente aus, bevor sie an die Antragsteller gehen? Der Beamte nickt: »Selbstverständlich. Das wurde so gemacht. Es gab immer einen Giftschränk im Ministerium, aber der ist mit dem IFG größer geworden.« Manche Kollegen gingen noch weiter: Sie würden brisante Vorgänge gar nicht mehr verakten – aus Furcht vor dem IFG.

In einem sind sich der Beamte und die Aktivisten sogar einig: Das Gesetz hat viele handwerkliche Fehler. Eingeführt wurde es noch unter Gerhard Schröder. Kurz vor den Neuwahlen brachte die rot-grüne Koalition das IFG durchs Parlament. Der Bundestag baute jedoch zahlreiche Hindernisse ein. Die Geheimdienste, das Militär und das Auswärtige Amt wurden weitgehend ausgenommen.

Als transparenzfeindlich erwies sich auch ein Satz in Paragraf sechs: »Zugang zu Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen darf nur gewährt werden, soweit der Betroffene eingewilligt hat.« Unternehmen können deshalb die Akten schwärzen, was sie auch gern tun.

Wenn die Politik das Thema ernst nähme, müsste sie Ausnahmen erschweren und die Rolle der Antragsteller stärken. Das Gegenteil ist der Fall. Zum Beispiel beim Bundesrechnungshof: Vor wenigen Jahren stellte das Bundesverwaltungsge-

rend einer nächtlichen Sitzung binnen 56 Sekunden mit den Stimmen aller Fraktionen; er sorgte dafür, dass die Rechnungshofberichte weiterhin gesperrt bleiben können.

Unter den Aktivisten geht die Sorge um, dass die Große Koalition die Informationsfreiheit weiter einschränken könnte. In den Ministerien wird darüber diskutiert, Massenansprüche wie bei den »Gläsernen Gesetzen« einzuschränken und pseudonyme Anträge abzulehnen. Darunter würde FragenStaat.de leiden, wo viele Nutzer aus Datenschutzgründen ihren richtigen Namen verschweigen.

In der Regierung ist die Datenschutzbeauftragte Andrea Voßhoff für die Informationsfreiheit zuständig. Die CDU-Politikerin ist seit 2014 im Amt, aber ein öffentliches Werben für das Thema sucht man bei ihr vergebens. Auch bei einem Gespräch in ihrem Berliner Büro wirkt Voßhoff, 59, nicht wie eine Kämpferin für Informationsfreiheit. Ja, das Gesetz beuge der Korruption vor und trage dazu bei, staatliches Handeln transparent zu machen. Aber: »Man darf den Bogen nicht überspannen. Bei einigen Massenansprüchen habe ich Zweifel, ob sie noch der Intention des IFG entsprechen«, sagt Voßhoff. »Ich bin keine Anhängerin der 100-prozentigen Transparenz.«

Die wollen auch die meisten Aktivisten gar nicht erreichen. Malte Spitz von der Gesellschaft für Freiheitsrechte sagt: »Wir sind nicht WikiLeaks. Es soll nicht alles zugänglich sein ohne Rücksicht auf die Betroffenen.« Als erster Schritt würde es schon helfen, wenn die Ministerien ihre Abläufe besser organisierten und mehr Personal für IFG-Verfahren einstellten: »Das wäre eine sinnvolle Investition in die Demokratie«, sagt Spitz.

Doch danach sieht es zurzeit nicht aus. In den Koalitionsverhandlungen beschäftigten sich Union und SPD mit der Zukunft der Informationsfreiheit. In einer der letzten Fassungen des neuen Koalitionsvertrags fand sich der Plan, das IFG in ein neues Transparenzgesetz zu überführen. Der Open-Data-Gedanke sollte gestärkt werden. Kurz vor Schluss beugten sich die Koalitionäre nochmals über den Koalitionsvertrag – und strichen das Transparenzgesetz wieder raus. Sven Becker

Mail: sven.becker@spiegel.de



Aktivisten Semsrott, Spitz

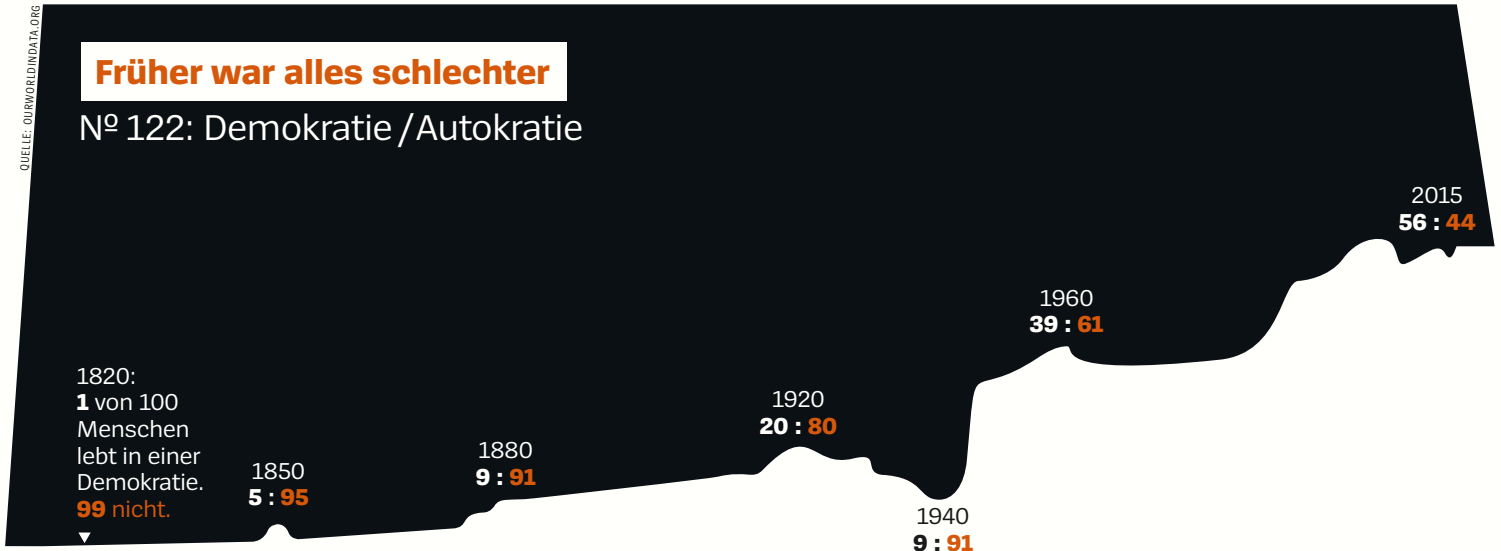
»Der Bürger soll mitspielen«

richt fest, dass die Bonner Prüfer interne Dokumente freigeben müssen, wenn IFG-Anträge gestellt werden. Die Resultate wären interessant gewesen: Der Rechnungshof stellt immer wieder fest, dass Steuergelder verschwendet werden, auch von den Bundestagsfraktionen.

Doch die Parlamentarier wollten Enthüllungen offenbar vermeiden. Im Juni 2013 schränkte der Bundestag zwar nicht das IFG ein, dafür änderten die Abgeordneten aber die Bundeshaushaltsordnung. Ein Kniff, der unter Verfassungsrechtlern umstritten ist. Der Beschluss fiel wäh-

Gesellschaft

»Ich glaube nicht, dass man Flächen fressen kann.« ► S. 58



Vorhang auf für die Freiheit. »3,3 Milliarden Menschen leben in Autokratien.« Dieser Satz, die Quintessenz einer Bertelsmann-Studie, war kürzlich in zahlreichen Medien zu lesen, verbunden mit düsteren Einschätzungen zur Lage der Demokratie. Wie akkurat die Zahl ist, lässt sich schwer beurteilen und hängt auch davon ab, wie man Autokratie definiert. Klar ist aber, dass es der Zahl an Perspektive mangelt, am langen Blick zurück. Demokratie ist eine relativ junge Erfindung. Erst seit kurz vor der Jahrtausendwende kommt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in ihren Genuss. Der Oxford-Ökonom Max Roser hat auf seinem Portal »Our World in Data« die Geschichte der Demokratie auf eine ebenso einfache wie eindrucksvolle Weise dargestellt: Stellt man sich die Menschheit als Hundertschaft vor, dann leben heute 56 von 100 Menschen in Demokratien, die anderen 44 in nicht demokrati-

schen Systemen, darunter Autokratien. 1980 lebte erst ein Drittel der Menschheit demokratisch, 1940 ein Zehntel. Auf der Grafik erscheinen die vergangenen 200 Jahre als schwarze Fläche, die sich mehr und mehr aufgehellert hat, es ist die dunkle Weltbühne, vor der langsam der Vorhang der Freiheit aufgeht. Natürlich: Nirgendwo steht verbriefte, dass er sich nicht wieder senken kann, und die letzten Jahre brachten in der Tat eine Rückkehr autoritärer Nationalisten vom Schlags Putins, Erdogans, Trumps. Drei Demokratisierungswellen kannte das 20. Jahrhundert (nach dem Ersten, nach dem Zweiten Weltkrieg, nach dem Kalten Krieg), und auf jede Aufwärtsbewegung folgte irgendwann ein Abschwung, bevor der Fortschritt weiterging. »Stirbt die Demokratie?«, fragt die Zeitschrift »Foreign Affairs« in der aktuellen Ausgabe. Tut sie nicht. Aber vielleicht sollte sie mal zum Arzt. guido.mingels@spiegel.de

Kulturgut

Gehört die Tofu-Bratwurst zu Deutschland, Herr Elm?

Volker Elm, 53, Präsident der German Barbecue Association, über vegetarische Würste auf dem Grill

SPIEGEL: Der Fleischkonzern Tönnies hat angekündigt, fast alle vegetarischen Würste und Schnitzel aus dem Programm zu nehmen. Der Hype, sagt Konzernchef Clemens Tönnies, sei vorbei. Außerdem hätten ihm diese Würste sowieso nie geschmeckt. Begrüßen Sie diese Entscheidung?

Elm: Absolut. Wer vegetarisch leben will, soll vegetarisch essen, und zwar richtig. Ich bin da kein Dogmatiker, es gibt ja tolle Sachen. Gegrillte Paprika kann richtig lecker sein, oder auch ein Sellerieschnitzel.

SPIEGEL: Haben Sie schon mal eine Tofu-Wurst auf dem Grill gehabt?

Elm: Ja, ich habe eine Firma, die bietet Koch- und Grillkurse an, da muss ich das testen.

SPIEGEL: Und?

Elm: Es war nicht schön. Da können Sie auch einen Küchenschwamm panieren und auf den Grill legen oder einen Bierdeckel. Das Beste, was man erwarten kann, ist, dass diese sogenannte Wurst nach Gewürzen schmeckt. Aber deswegen grillt man ja nicht.

SPIEGEL: Grillt man eine Tofu-Wurst eigentlich anders als eine Wurst aus Fleisch?

Elm: Da gibt es keine Unterschiede. Ich hole mein ganzes Fleisch ein, zwei Stunden vor dem Grillen aus dem Kühlschrank, damit es nicht zu kalt auf dem heißen Grill landet.

Außerdem sollte man die Wurst erst in einer kühleren Zone garen und dann in die Flamme legen. Viele machen das umgekehrt, aber wenn die Wurst zu dunkel ist, ist sie zu dunkel. Heller kriegt man sie nicht mehr.

SPIEGEL: Das ist sehr wahr.

Elm: Ja.

SPIEGEL: Wird die Tofu-Wurst wieder aus Deutschland verschwinden?

Elm: Ich glaube nicht. Wenn man seine Kumpel zum Grillen einlädt und einer ist Vegetarier, dann legt man für den eben eine Tofu-Wurst mit auf den Rost. Diese Würste sind ja so schön praktisch, viel einfacher zu handhaben als etwas richtig Vegetarisches. Ich würde allerdings immer einer Folienkartoffel mit Kräuterschmand den Vorzug geben. UBU



Endreinigung

Ein kanadischer Geschäftsmann entschuldigt sich nach 17 Jahren für ein Fiasko auf seinem Hotelzimmer.

Nick Burchill war auf Geschäftsreise in Victoria, einer Stadt an der kanadischen Westküste, er kam gerade von einem Termin und hielt Ausschau nach einem schönen Hotel, als ihn, tief in seinem Inneren, das schlechte Gewissen einholte. Am Inneren Hafen sah er das Fairmont Empress, ein historisches Sternhotel, prächtig wie ein Schloss. Dann, plötzlich, zog sich sein Magen zusammen, wurde ihm heiß und übel. Er sah auf einmal wieder alles vor sich: »Den Dreck, das Chaos, die unglaublichste Sauerei«, sagt Burchill, »die ein Mensch in einem Hotel anrichten kann.«

Eigentlich hatte sich Nick Burchill, 49, ein Familienvater aus Nova Scotia, kanadische Ostküste, fest vorgenommen, nie wieder an das zu denken, was er eines Tages, als er noch ein junger Mann war, mit einem Zimmer jenes Hotels gemacht hatte. Er habe nie einem Menschen davon erzählt, sagt Burchill am Telefon, weder seiner Frau noch seinen besten Freunden. Er habe es einfach verdrängt, als wäre es nicht geschehen, totgeschwiegen wie einen Unfall, den er unmöglich irgendjemandem erklären könnte. »17 Jahre lang«, sagt Burchill, und er klingt, als würde er sich noch immer schämen, »habe ich ganz allein mit meiner Schuld gelebt.«

Es war im Jahr 2001, als Burchill das Fairmont Empress in Victoria, südlich von Vancouver, zum ersten Mal besuchte. Burchill, damals noch Jungeselle, war gerade neu bei seiner Firma, einem Hersteller für Schiffstechnik, er sollte an einer Konferenz in dem Hotel teilnehmen. Er wollte, schon mal in der Gegend, die Gelegenheit auch dazu nutzen, seine ehemaligen Kameraden von der Royal Canadian Navy zu treffen. Als Gastgeschenk wählte er eine Spezialität aus seiner Heimat, die TNT Peperoni, eine feurig scharfe Wurst. Er kaufte nicht nur ein paar davon, sondern »eine ganze Schiffsladung voll«, sagt er, genauer gesagt: einen großen, prall gefüllten Koffer. Burchill bezog ein Zimmer im vierten Stock, mit edlen Teppichen, Samtvorhängen und Blick über den Hafen. Das alte Schlosshotel, vor über hundert Jahren im edwardianischen Stil erbaut, gilt als eines der prunkvollsten Hotels der amerikanischen Pazifikküste.

Als Burchill den Koffer mit den Würsten, während der langen Anreise warm geworden, auf seinem Zimmer öffnete, so erzählt er, stieg ihm ein unappetitlicher Geruch entgegen. Burchill suchte nach einem Kühlschrank, einer Minibar zur Frischhaltung, aber er konnte nichts dergleichen finden. Irgendwann, er weiß heute selbst nicht mehr, was ihn geritten hat, kam ihm eine Idee: Er öffnete das Fenster, draußen wehte kalter Wind, er schob einen Tisch ans Fensterbrett und breitete alle Würste zur Abkühlung an der frischen Seeluft darauf aus. Dann ging er draußen spazieren, ganz in Ruhe.

Als Nick Burchill vier Stunden später wieder das Zimmer betreten wollte, um sich für die Konferenz umzukleiden, vernahm er schon auf dem Flur Geräusche »wie im Zoo«. Er öffnete die Tür, und noch bevor er im Zimmer stand, so erzählt er, flog ihm ein »Tornado aus Vogelkot« entgegen.

Mindestens 40 Seemöwen, Burchill fand keine Zeit zum genauen Zählen, waren durch das offene Fenster gekommen, sie waren überall im Raum und hatten sich, stundenlang, an Burchills scharfen Würsten bedient. Wer schon mal wirklich scharf gegessen habe, sagt er, »kann sich in etwa vorstellen, was das mit der Verdauung von Seemöwen macht«.

Burchill, panisch, schloss die Tür und stürzte ihnen entgegen, aber das machte die Sache nicht besser. Die aufgeschreckten Möwen flogen nun quer durch sein Zimmer, gegen Wände und Vorhänge, auch gegen teure Lampen, Spiegel und geschlossene Fenster. Bald segelten Federn auf den Teppich, bald war alles mit Wurststücken und mit Kot bedeckt.

Burchill sagt, er sei sich vorgekommen wie in dem Hitchcock-Film »Die Vögel«. Die Tiere waren in der Überzahl, aber irgendwie musste er sie loswerden. Er nahm einen Schuh und warf ihn nach einer Möwe; sowohl der Schuh als auch die Möwe flogen durchs Fenster; auf die Terrasse, wo andere Gäste gerade zum Nachmittagstee eintrafen. Dann nahm er ein Handtuch, wickelte es um die nächste Möwe und warf sie hinterher, ohne zu bedenken, dass Möwen in Handtüchern schlecht fliegen können. Irgendwann – als alle Vögel verschwunden, das Zimmer im Dreck versunken war – lief er nach unten und holte

seinen verschmutzten Schuh. Er reinigte ihn im Waschbecken, er musste zu seinem Geschäftsessen, also versuchte er, den Schuh schnellstmöglich zu trocknen und steckte einen Föhn hinein. »Mein nächster Geniestreich«, sagt Burchill. Ein paar Augenblicke später klingelte das Telefon, er verließ das Bad, der Föhn drehte sich aus seinem Schuh, ins volle Waschbecken. Die Sicherung sprang raus, im Hotel wurde es dunkel. Burchill rief ein Zimmermädchen herbei, das beim Anblick des Zimmers, so erzählt er, weinte und ansatzweise aufhörte zu atmen. Er sagte, es tue ihm leid. Dann verschwand er zu dem Geschäftsessen.

In Wahrheit, sagt er heute, habe er nie richtig um Verzeihung gebeten. Seine Firma habe bald nach seinem Besuch einen Brief erhalten, darin hieß es, er sei der »schlimmste Hotel-

gast aller Zeiten« und bekomme lebenslanges Hausverbot. 17 Jahre lang sagte sich Burchill, damit sei es erledigt, eine Entschuldigung nicht nötig. Bis vor Kurzem, als er wieder vor dem Hotel stand und sein Gewissen ihn plagte wie eine alte, nie ganz verheilte Wunde.

Burchill schrieb dem Fairmont Empress noch am selben Abend einen langen Brief, in dem er alles noch mal erzählte, seine ganze peinliche Geschichte. Er postete den Brief auch auf seiner Facebook-Seite, wo ihn mehr als 7000 Leute aus der ganzen Welt teilten. Er bat öffentlich um Vergebung, er gelobte: »Ich bin gereift.« Es vergingen 24 Stunden, dann nahm das Hotel seine Entschuldigung an und lud ihn ein, wieder im Fairmont Empress zu übernachten.

Nick Burchill sagt, er sei so erleichtert gewesen, endlich, er habe dem Manager sofort vorgeschlagen, allen Zimmermädchen TNT-Würste mitzubringen, als Friedensangebot.

Claas Relotius



Burchill

VERWÜSTETES ZIMMER NACH PECHSTRÄHNE
Schlimmster Hotelgast aller Zeiten entschuldigt sich nach 17 Jahren

Von der Website Travelbook.de

Flächenfraß

Heimat Blühende Landschaften verschwinden unter Beton. Überall entstehen Gewerbegebiete, Neubausiedlungen, Straßen. Wie soll das Land aussehen, in dem wir leben? Und wer darf das bestimmen? *Von Barbara Supp*



Dach einer Gewerbehalle im bayerischen Dingolfing: Als ob Land ein nachwachsender Rohstoff wäre

Es beginnt schleichend, und schleichend dringt es ins Bewusstsein. Da war doch letztes Mal noch kein Logistikzentrum, zwischen diesen Kuhweiden ein Stück hinter Hannover an der A7? Dieser Möbelmarkt am Autobahndreieck, war der letzten Sommer schon da? Die Tankstellenlandschaft mit Lastwagenrastplatz, das Neubaugebiet mit drei Dutzend gleich weißen Häusern, hat man das alles bisher übersehen?

Es geschieht in der norddeutschen Tiefebene, im Westen an der A52, in Oberbayern mit Blick auf die Berge. Wer anfängt, darauf zu achten, sieht plötzlich überall solche Schilder, die auf Ackerböden »30 Hektar Zukunft« versprechen oder finden: »Hier könnten 55 Hektar Logistik entstehen«. Und eigentlich, denkt man im Vorbeifahren, fehlt nur noch ein Schild, auf dem steht: »Hier betoniert die Firma Sowieso im Auftrag der Bundesrepublik den Rest derselben zu.«

Es gibt ein Wort dafür: »Flächenfraß«, und es steht in interessantem Spannungsverhältnis zu einem anderen Wort, das zur Zeit die Diskussionen prägt: Heimat.

Die Frage ist, ob dieses Verschwinden unverbauter Flächen als schicksalhafter Prozess begriffen wird oder als politische Frage. Ob jemand schuld ist, und wenn ja, wer. Ob »Heimatpolitik« daran etwas ändern kann und ob sie es will. Es sind drängende Fragen, und im Südosten der Republik ertönen sie gerade besonders laut. Dort, wo der Bundesheimatminister zu Hause ist. Und wo ein Ministerpräsident im Amt ist, der vorher bayerischer Heimatminister war. Und wo die Grünen versuchen, per Volksbegehren gegen das Zubetonieren der Heimat vorzugehen.

Eine Reise nach Bayern bietet sich an, genauer: nach Bayerisch Schwaben, ins Unterallgäu an die A96. Dort wird gerade besonders viel geplant und besonders viel diskutiert über solche Dinge: darüber, wie das Land aussehen soll, in dem wir leben, und wer darüber bestimmt. Und wie es kommt, dass man dabei unversehens an die Systemfrage stößt.

»Perlenkette«, dieses schöne Wort hat der örtliche Landrat neulich gefunden für das, was östlich von Memmingen entsteht: Gewerbegebiet für Gewerbegebiet an der A96. Den beiden Männern im weißen Kleinwagen, die zur Rundreise laden, fallen dafür andere Wörter ein.

Helmut Scharpf und Joachim Stiba vom Bund Naturschutz müssen nicht weit fahren, um die Perlen vorzuführen. Ungerhausen, Erkheim, Kamlach, Bad Wörishofen. Mauern, Hallen, Parkplätze. Biotope für Lastwagen, wo zuvor Landschaft war. Eine Autobahnabfahrt wirkt fast schon nackt, wenn sie nur Straße ist, kein Gewerbegebiet.

Industrieverpackungen, Fertighäuser, Werkzeugmaschinen. Viel Mittelstand, die Wirtschaft blüht. Man hat schon viel, und man will noch mehr.

Scharpf und Stiba sind die Art Menschen, denen beim Thema Heimat beispielsweise die Frage einfällt, ob die Feldlerche dort noch ein Brutgebiet findet. Ihr Heimatbegriff unterscheidet sich deutlich von dem ihres Ministerpräsidenten. Als Markus Söder noch bayerischer Finanz- und Heimatminister war, fand er es wichtig, die Vorschriften für Gewerbegebiete zu lockern und Gewerbeparks möglich zu machen, wo sie vorher verboten waren.

Bis vor ein paar Monaten mussten die Flächen – mit wenigen Ausnahmen – direkt ans Dorf grenzen, es gab ein »Anbindegebot«. Jetzt darf das Baugelände auch abseits vom Dorf irgendwo auf der grünen Wiese an der Autobahn oder Bundesstraße sein. Viele Bürgermeister sind begeistert, Scharpf und Stiba sind es nicht.

Stiba fährt, Scharpf, auf dem Rücksitz, wirft Zahlen nach vorn, der Wettkampf der Gemeinden um die Gewerbesteuer lässt sich in Hektarzahlen bemessen. So steht es in einer »Allgäu-Studie« eines Wirtschaftsverbands: 160 Hektar Gewerbefläche im Unterallgäu, die kurzfristig zur Verfügung stehen, und 40 Hektar tatsächlicher Bedarf. Die Gemeinden weisen aus, die Landratsämter nicken ab.

Es ist flächiges Land, fruchtbar, sodass jeder Quadratmeter, der dem Anbau verloren geht, die Bauern schmerzt. Getreide, Gras, alles wächst hier gut. Aber auch Eigenheime wachsen, Parkplätze, Straßen. Als ob Land ein nachwachsender Rohstoff wäre: Zehn Hektar, so viel wie 14 Fußballfelder, werden in Bayern jeden Tag zubgebaut.

»Was ist schon Zersiedelung? Wenn ein Bauernhof mitten in der Landschaft steht?«

Scharpf, auf der Rückbank, verliert Zitate, die er in der »Augsburger Allgemeinen« oder der »Bayerischen Staatszeitung« gefunden hat. Erwin Huber von der CSU zum Beispiel, der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, wirft den Grünen vor, dass die Gemeinden »stranguliert« werden sollen und dass die Kommunalpolitiker die Sachen allemal besser wüssten als die Besserwisser in der Stadt.

Stiba parkt in einer Kurve gleich bei der Autobahn, man blickt über ein weites Feld, im Hintergrund Wald, ein Modellflugplatz, ein bisschen Fotovoltaik, sonst: Bauernland. Im Flächennutzungsplan steht, dass dies einmal ein »Interkommunales Gewerbegebiet« der Gemeinden Westerheim, Sontheim, Ottobeuren und Holzgünz werden soll, rund 70 Hektar Land.

Man steht in dieser Kurve und kann sich schon mal die Möbelcenter, Autowaschanlagen, Burgerketten vorstellen, die hier Platz finden können, die Vorstellung fällt nicht schwer, solche Orte sind ja überall gleich. Nebenan rauscht die Autobahn. Still liegt die Fläche im Vorfrühling da, knapp hundert Fußballfelder groß.

»Fußballfelder. Immer heißt es, Fußballfelder. So wird das Thema emotionalisiert.« Das sagt ein geschäftsmäßig gekleideter Herr, der mit einem Stapel Broschüren im Arm in eine Memminger Gaststube gekommen ist, es ist Peter Lintner von der Industrie- und Handelskammer Schwaben. Zum Thema Flächenfraß steuert er als Erstes den Satz bei: »Ich glaube nicht, dass man Flächen fressen kann.«

Ihm ist anzumerken, dass ihm das Thema wichtig ist. Und dass er empfindlich auf bestimmte Wörter reagiert, die Fußballfelder zum Beispiel, oder auch: »Zersiedelung. Was ist schon Zersiedelung? Wenn ein Bauernhof mitten in der Landschaft steht?«

Lintners Heimatbegriff ist mit dem Zustand der heimischen Wirtschaft verbunden, er vertritt ihre Interessen, und ist erwartungsgemäß stolz auf sie. Er rühmt die frühe Marktorientierung in der Region, den Weg weg von der Subsistenzwirtschaft, den Mittelstand und seine Krisentauglichkeit. Sie produzieren hier viel für den Weltmarkt, und er sagt im Tonfall einer überraschenden Erkenntnis: »Zum Produzieren brauchen Sie Fläche.« Aus seiner Sicht ist es kein Nachteil, wenn Gemeinden um die Ansiedlung von Unternehmen buhlen: Nimm mich, komm zu mir, ich biete günstige Bodenpreise, baufertiges Land, biete angenehm niedrige Gewerbesteuerhebesätze, biete unterneh-

merfreundliche Ver- und Entsorgungsgebühren. Entgegenkommen sei wichtig, meint Lintner, »ja, das ist schon ein Argument«.

Und so steht eben oft einem Unternehmen mit Anwälten, Wirtschaftsleuten und professionellen Verhandlungsführern ein Bürgermeister samt Gemeinderat gegenüber, die engagiert, aber ehrenamtlich tätig sind. Mit sichtbarem Ergebnis dort, wo früher Kulturlandschaft war.

Schauen Sie sich das Land an, Herr Lintner. Bayern ist noch nicht so verbaut wie Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen, aber es holt auf. Gefällt Ihnen, was Sie da entstehen sehen?

Der Mann von der IHK gibt zu, dass ihn »optisch manches stört«. Es lasse ihn auch nicht unberührt, dass auf dem Acker,

auf dem er früher bei der Kartoffelernte geholfen hat, ein Factory Outlet steht.

Das Anliegen, das Flächensparen, muss man »ernst nehmen«. Aber?

Er zieht einen Aufsatz seines Chefs heran, des Präsidenten der IHK Schwaben, dessen Einschätzung er vollinhaltlich teilt. »Ein Gespenst geht um in Schwaben und Bayern – das Gespenst Flächenfraß.« So beginnt der Text. »Geradezu kriminalisiert« werde ein Prozess »der bei nüchterner Betrachtung nichts anderes ist als das Resultat unserer gesellschaftlichen Interessen«.

Etwa zwölf Prozent der Fläche von Bayern sind Siedlungs- und Verkehrsfläche, sagt eine Grafik in einer seiner Broschüren, Lintner findet das nicht viel. Wer nun mit »Zwangsmaßnahmen« eingreifen wolle, sagt der Text – gemeint ist das Volksbegehren –, der betreibe »ein bedrohliches Rütteln am Fundament unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung«.

Ein Gespenst also, das auf den Äckern spukt? Und das rüttelnd versucht, das System zu korrigieren?

Zeit, sich mit dem Gespenst zu treffen, Ludwig Hartmann heißt es, es sitzt im Landtag für die Grünen.

Hartmann ist die Stimme des Volksbegehrens gegen Flächenfraß, eine sehr schnelle Stimme, Hartmann redet, als sei absolut keine Zeit mehr zu verlieren, und so sieht er das ja auch. Er hat in der Kommunalpolitik begonnen, wie viele Grüne. Er kommt aus Landsberg, das liegt auch an der A 96, und erzählt von einem Schlüsselerlebnis. Da war eine örtliche Firma für Industriekleber, Weltmarktführer, tolle Firma eigentlich. Die tolle Firma wollte expandieren. Die Kommune eine Autobahnabfahrt weiter bot ihr den Boden ein paar

Öffentlichen Rechts, Boden, Wasser und Luft als natürliche Lebensgrundlagen zu schützen«. Im Bayernplan von 2017 steht, dass die »Schönheit von Natur und Landschaft, sauberes Wasser, reine Luft und gesunde Böden« die »Schätze unseres Landes« seien und regierungsseitig eine »Verantwortung für die Schöpfung« bestehe. Was das bedeutet?

Auch Hartmann hat ein paar Grafiken. 2003 gab es eine bayerische Übereinkunft zum Flächensparen, auf freiwilliger Basis. Der Flächenfraß stieg kontinuierlich an. 2008 war Finanzkrise. Die Motorsägen heulten weiter. Die Grafik kombiniert Bevölkerungswachstum und Flächenverbrauch zwischen 2000 und 2014. Schwach steigt die Zahl der Menschen in Bayern, stark der Versiegelungsgrad. Im Jahr 2015, zeigt ein Ländervergleich, führt Bayern mit großem Abstand und ist verantwortlich für fast 30 Prozent der in Deutschland verbrauchten Fläche.

Hartmann, mittlerweile im Landtag, kam im vergangenen Jahr im kleinen Kreis mit Mitarbeitern auf die Idee mit dem Volksbegehren. Eine schöne Sache in Bayern, dieses Volksbegehren. Es hatte schon beim Nichttraucherschutz funktioniert und bei der Abschaffung der Studiengebühren. Warum nicht beim Flächenfraß? Auf fünf Hektar Bayern pro Tag soll er begrenzt werden. Die 25 000 Unterschriften, die für den ersten Schritt nötig waren, hatten sie schnell, sie legten fast doppelt so viele vor, wie nötig waren.

Ja, sagt Hartmann, es wäre eine Einschränkung, es müsste ein Plan entwickelt werden für vernünftigen Umgang mit der Landschaft, in der man lebt. Kontingente wären nötig. Man könnte den Flächenverbrauch an die Bevölkerungszahl koppeln.

nig Bevölkerung gibt, also auf dem Land, wo Platz ist. Die Frage ist, ob die junge Familie unbedingt draußen im Neubaugebiet etwas neues Eigenes braucht – und durch Baukindergeld dazu ermutigt wird –, und innerorts veröden die Dörfer. Da ließe sich was machen.

Es geht darum, warum eigentlich für jede Wohnung wie gottgegeben ein Stellplatz existieren muss, warum Autos nebeneinander in der Fläche stehen und warum nicht vorgeschrieben ist, dass man ab 80 Stellplätzen ein Parkdeck baut. Auch da könnte man was tun.

Man könnte das alles als Heimatpolitik verstehen, was allerdings weder in Berlin noch in München geschieht.

Die Landesregierung hat das Volksbegehren dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof vorgelegt, in der Hoffnung, dass es verfassungswidrig sei. Oder dass wenigstens Zeit gewonnen werde und die Sache aus dem Landtagswahlkampf im Herbst herausgehalten werden könne.

»Betonflut eindämmen – damit Bayern Heimat bleibt« – das ist der Titel des Begehrens. Es ist nicht dumm, den Begriff Heimat da mit hineinzuziehen.

Um den Schutz der Natur-, der Kulturlandschaft, die für viele gleichbedeutend mit Heimat ist, darum geht es. Es geht darum, das Schöne zu schützen. Aber was ist das eigentlich, »schön«? Der Architekturpsychologe Peter Richter sagt, dass das ästhetische Empfinden in der Kindheit angelegt sei. Ein interessanter Satz in diesem Kontext. Da trifft er sich mit einem Satz von Ernst Bloch, dem Philosophen: Es gibt etwas, sagte der, »das allen in die Kindheit scheint und worin noch niemand war: Heimat«. Heimat – ist das die Landschaft der Kindheit? Etwas Unerreichbares also?

Peter Richter sagt, dass die Sehnsucht des Menschen im Grunde immer einer Landschaft gelte, die nicht auf den Verkehr ausgerichtet sei, sondern auf den Menschen selbst. Es ist ja tatsächlich schwer vorstellbar, dass jemand wegen einer Logistikhalle Heimweh verspürt. Richter sagt aber auch, was immer dem Menschen an Gebäuden, an gelungenen, vielleicht schönen Gebäuden geboten werde – »die Natur zieht er vor«. Oder, in den Worten des bayrischen Denkers Gerhard Polt: »Was man liebt, das betoniert man nicht.«

Manche ziehen als Erklärung die vorzivilisierte Zeit heran, als der Mensch die Bäume der Savanne schätzte, die Schutz versprochen. Oder war es, bei den Deutschen jedenfalls, die Romantik, die Beschwörung von Grün, Wald und Wiese, die Verückung angesichts des Pastoralen? Die Nachkriegsheimatfilme? Die Tourismusindustrie?

Heimat, das sind auch Gerüche, Geräusche, Farben, und das Verhältnis der Deutschen zur Farbe Grün ist ein besonders in-

Schwer vorstellbar, dass jemand wegen einer Logistikhalle Heimweh verspürt.

Euro billiger an. Wir lassen uns nicht erpressen, beschloss Hartmanns Gemeinderat. Die Firma ging.

Hartmann, 1978 geboren, stammt aus grüner Familie und durfte als Kind nicht in den Urlaub fliegen, stattdessen fuhr man Fahrrad in Bayern. So wie er sich erinnert, sah damals jede Ortseinfahrt anders aus. Und die in Unterfranken anders als die in Oberbayern. Und jetzt? »Gleicher Discounter, gleicher Getränkemarkt, gleicher Drogeriemarkt, gleiche Tankstelle, Fast Food, alles gleich.« Er sieht graue Landschaft, wo früher grüne war. Er sieht »die Narben im Gesicht von Bayern«. Und er glaubt, dass auch andere Leute die sehen.

Laut Bayerischer Verfassung gehört es zu den »vorrangigen Aufgaben von Staat, Gemeinden und Körperschaften des

In seiner Landtagsnische sitzt Ludwig Hartmann und denkt sich schon mal eine andere Republik zurecht.

Eine, in der Gemeinderäte überlegen müssen: Wofür gebe ich meine Flächen aus, will ich den zweiten Discounter, oder ist ein Kindergarten wichtiger? Muss ich als Bürgermeister unbedingt ein Gewerbegebiet hinterlassen, damit man später weiß, wer ich war?

Und es geht ja nicht nur ums Gewerbe. Es geht um Straßenbau, für den die Zuschüsse in Bayern bisher so organisiert sind, dass es sich eher rentiert, eine neue breite Straße zu bauen, als die alte schmale zu sanieren. Das könnte man ändern.

Es geht ums Wohnen, dafür wird noch mehr bayerische Fläche verbraucht als fürs Gewerbe, aber oft gerade dort, wo es we-



KLAUS LEIDORF

Fahrzeuglager in Affecking an der Donau: Landschaft war überall

tensives. Zurzeit äußert es sich darin, dass man Bücher kauft, in denen Bäume ein geheimes Leben führen. Und diese Bücher womöglich bei Amazon bestellt, woraufhin Bäume ihr geheimes Leben früher beenden müssen, weil Amazon Logistikhallen unfassbaren Ausmaßes braucht, so wie im Versandzentrum bei Augsburg in Bayerisch Schwaben. Es ist elf Hektar groß.

Zweckarchitektur. Billigfassaden. Immer sind sie hässlich, diese Gewerbegebiete, oder nicht? Sören Schöbel, Professor für Landschaftsarchitektur, guckt provozierend und sagt den Satz: »Ich baue Ihnen ein Gewerbegebiet, das schöner als jedes Maisfeld ist.«

Hier die gute Landschaft, da die schlechte, das sei deutsches Denken, meint er und mag das nicht. Schöbel blickt ein wenig anders auf die Landschaft als Naturschützer, aber auch als die Männer von der IHK. Wer mit ihm spricht, hört Wörter wie »Alltagslandschaft« oder »Zwischenstadt«. Hört Sätze wie »Landschaft ist überall«. Hört den Hinweis, dass die Deutschen unter den wenigen waren, die eine Europäische Landschaftskonvention aus dem Jahr 2000 nicht unterschrieben haben. Warum nicht? Eben weil die Unterschrift mit der Anerkennung der Tatsache verbunden gewesen wäre, dass Landschaft überall ist.

Das deutsche Denken – auch das mancher Naturschützer, kritisiert Schöbel – be-

sagt: Hier ist es schön, hier sind Natur, Molch und Kröte, dort ist Restland, das eh verloren ist, wie es aussieht: letztlich egal.

Sören Schöbel findet, dass Gewerparks nicht so sein müssten, wie sie sind.

Sie könnten kleiner sein. Oder schöner. Oder ökologischer. Oder alles zusammen.

Für das Volksbegehren hat er unterschrieben. Und er meint, auch innerhalb der CSU ein Rumoren zu hören, Vorbehalte gegen Söders Betonpolitik, siehe Anbindegebot. Dessen Lockerung ist ja nun selbst wiederum ein bisschen gelockert worden. Zum Beispiel wird jetzt verlangt, dass die Landschaft keine »wesentliche Beeinträchtigung« erfährt. »Wesentlich« ist kein definierter Rechtsbegriff. Kann man was mit machen. Er sieht freudig diesbezügliche Prozesse voraus.

Wesentlich. Wie soll man 70 Hektar Gewerbegebiet verstehen, wenn nicht als wesentlichen Eingriff in das Landschaftsbild?

Alfred Gänsdorfer ist Bürgermeister der 2600-Einwohner-Gemeinde Sontheim, die etwas abseits der A96 liegt und sich mit drei anderen zusammengetan hat zu jenem 70-Hektar-Projekt, das die Naturschützer Scharpf und Stiba mit so viel Argwohn betrachten.

Gänsdorfer ist anzutreffen in einem schlichten Rathaus gleich beim Bahnhof von Sontheim, wo tatsächlich noch Züge halten. Gänsdorfer redet mit dem Enthu-

siasmus eines Menschen, der am richtigen Schreibtisch sitzt und vor Problemen steht, für deren Lösung er taugt. Als Bürgermeister ist er erwartungsgemäß wenig begeistert vom grünen Volksbegehren, aber auf unerwartete Weise.

Gänsdorfer hat sein Geld einst als Transportunternehmer verdient, hält aber viel vom öffentlichen Nahverkehr. Er hat einen Salamander zu Hause im Teich und eine Frau, die Kröten über die Straße trägt. Er sagt: »Ich bin kein Flächenfresser.«

Er sieht durchaus einen unguten Wettbewerb der Kommunen, der ins Desaströse driften kann, wenn Gemeinden um Investoren buhlen und mit Vorleistungen für die Unternehmen »auf Angriff« gehen.

Aber tut er das nicht auch? Mit den 70 Hektar? Hundert Fußballfelder?

Tut er nicht, sagt er. Die 70 Hektar stehen zwar im Flächennutzungsplan, »aber wir sind uns einig, dass wir nachfrageorientiert handeln wollen«.

Andererseits – es wäre für ihn nicht schlecht, wenn etwas geschehen würde. Solange niemand auf die Idee kommt, die Abhängigkeit der Gemeinden von der Gewerbesteuer zu beenden, braucht er das Gewerbe. Und zwar am besten »draußen an der Autobahn«. Er will, dass die Lkw lieber dort unterwegs sind als im Dorf.

Und dann fährt der Durchreisende auf der Autobahn und sieht dauernd diese



KLAUS LEIDORF

Eigenheime in der Nähe von Landshut: Und drinnen stirbt das Dorf

Grauzonen, die das Auge beleidigen, und denkt: Das ist also Bayern. Stört ihn das nicht? Er findet: Die Durchreisenden reisen durch. »Die Bürger aber leben hier.«

Gänsdorfer, ein nachdenklicher Mensch, will die Bürger allerdings nicht nur als schützenswert betrachten, sondern auch als verantwortlich. »Ich sage den Leuten: Wir wählen, wir kaufen, wir erziehen.«

Er fragt sich, warum so viele Auto fahren müssen, auch dort, wo es noch einen Nahverkehr gibt. Warum nicht mehr Leute in dem kleinen Supermarkt im Dorf einkaufen, den er verzweifelt versucht hat hierherzukriegen. Warum fast jeder sein Zeug dauernd im Internet bestellen muss. Warum es immer heißt, die junge Familie brauche ihr Eigenheim am Ortsrand, und drinnen stirbt das Dorf.

Gänsdorfer sieht das alles, sieht die Pflicht eines Bürgermeisters, fantasievoll zu sein und kreativ.

Er hat sich überlegt, dass man Bauernhäuser, in denen keine Bauern mehr sind, zu Wohnungen umbauen könnte, mit Fahrstuhl. Zum Beispiel für die Leute, die draußen im Neubaugebiet gealtert sind. Und in deren Eigenheim dann wiederum die junge Familie zieht. Er wünscht sich, dass die Grundsteuer teuer wird für Leute, die ihre Grundstücke unbebaut herumliegen lassen, er wünscht sich Hilfe gegen solche Spekulation. Er mag das Anliegen des

Volksbegehrens, aber das Volksbegehren mag er nicht.

Er will selbst entscheiden, mit seinem Gemeinderat, und er ist diese Art Bürgermeister, bei dem man denkt: Er versucht es. Er kann ja nicht von seinem Dorf aus die Unternehmen zwingen, die Landschaft zu schützen, dafür braucht es Vorschriften von außen. Aber er strengt sich an, in schwierigen Verhältnissen das Richtige zu tun. Wenn alle so wären wie der, denkt man. Aber sie sind ja nicht alle so. Sonst gäbe es nicht das Problem.

»Ich weiß, worauf Sie hinauswollen.«

Der das sagt, war früher Bürgermeister von Bad Wörishofen, und Bad Wörishofen fällt denen oft ein, die ein Beispiel für ungunstigen Wettbewerb nennen wollen. Für das Buhlen. Klaus Holetschek aber sagt, er sei mit sich im Reinen.

Er übernahm das Amt in einer Zeit, in der der Kurbetrieb an Bedeutung verloren hat, und zog Konsequenzen. Wirtschaftsfreundlich? Mehr als das. Er ließ zweimal die Gewerbesteuer senken, weil er die Verpackungsfirma Tricor unbedingt wollte, er bekam sie. Er kann keinen Fehler darin sehen, die anderen unterboten zu haben.

Aber wäre es nicht besser für alle, ohne den ruinösen Wettbewerb zu existieren? Überregional zu planen? Erst mal einen Bedarf zu ermitteln, anstatt dass jeder alles an Fläche auf den Markt wirft, was er hat?

»Ich verstehe. Sie wollen Planwirtschaft.« Das ist ein schmutziges Wort hier im Bayerischen Landtag, wo Holetschek es mit angemessener Abscheu ausspricht.

Holetschek, inzwischen Landtagsabgeordneter, zieht einen CSU-Antrag hervor, den er mit unterschrieben hat. Der Antrag setzt auf freiwilliges Flächensparen.

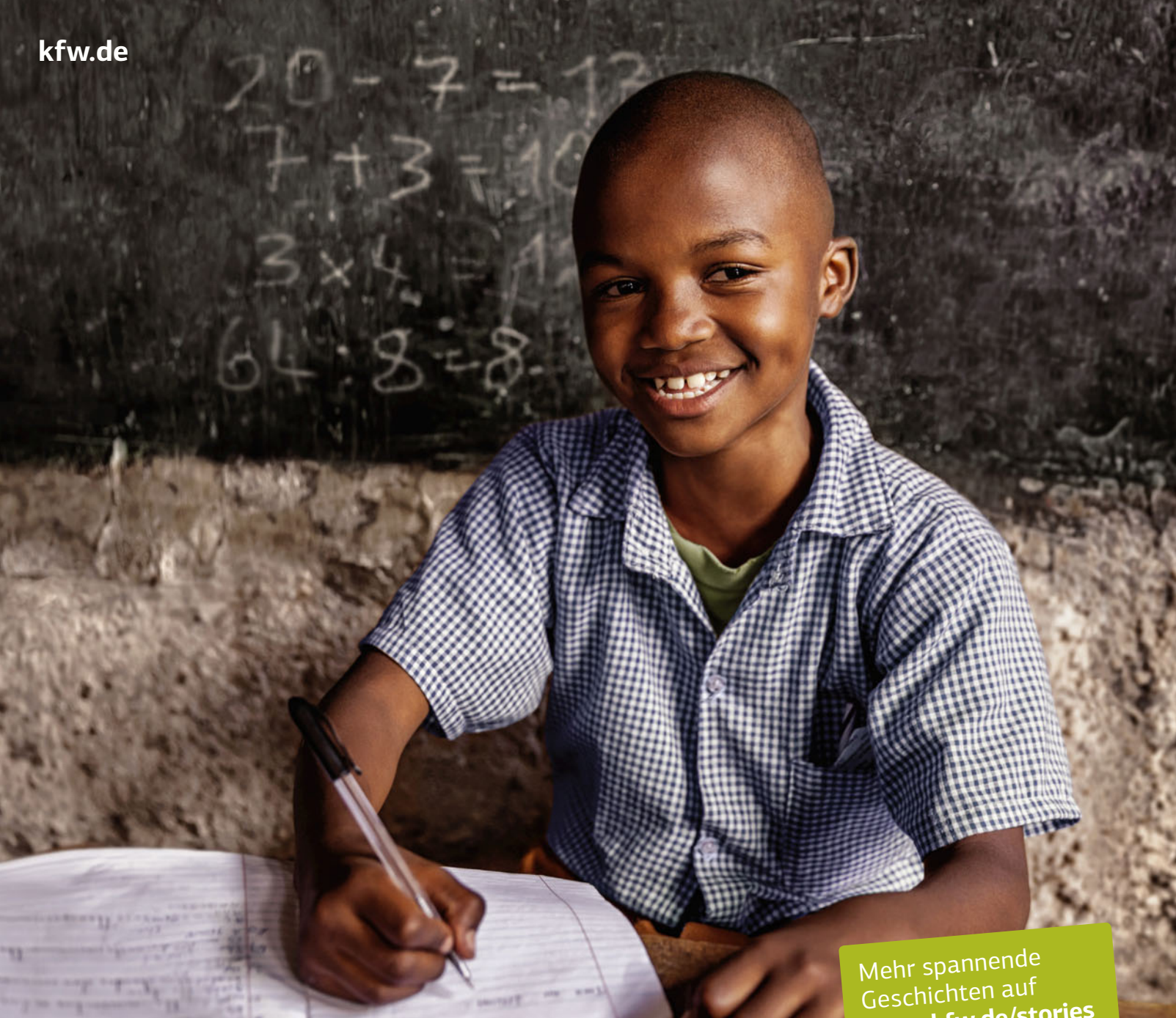
Das Gespräch mit Holetschek hebt die Wirkung des Gänsdorfer-Gesprächs wieder auf. Dringend braucht es Regeln, Grenzen, denkt man; warum, denkt man, wollen Hartmann und seine Freunde den Flächenfraß eigentlich nur bremsen, warum nicht dafür sorgen, dass er stoppt?

Man sitzt da mit Holetschek in einer Nische der Landtagsgaststätte, ungefähr dort, wo Ludwig Hartmann zwei Tage vorher saß, zwei Politiker an einem Ort, an dem Heimat verwaltet wird. Eine grüne Heimat, eine graue Heimat. Beide versuchen, ihr ein bisschen Färbung zu geben in einer Zeit, da Naturschutz zur Systemfrage geworden ist, wenn das stimmt. Man fragt sich, ob das eigentlich mehr gegen den Naturschutz spricht oder gegen das System.

Video
**Kampf gegen den
Flächenfraß**

spiegel.de/sp182018flaeche
oder in der App DER SPIEGEL





Mehr spannende
Geschichten auf
www.kfw.de/stories

»»» Weiterdenker bauen Schulen, in denen jeder gerne sitzen bleibt.

Die KfW fördert nachhaltige Bildungsprojekte in der ganzen Welt. Durch den Bau von Schulen in Entwicklungsländern können auch die ärmsten Kinder lesen, schreiben und rechnen lernen. So erhalten sie die Chance, später einen qualifizierten Beruf auszuüben und sich eine Existenz aufzubauen. Als nachhaltige und moderne Förderbank unterstützt die KfW bildungspolitische Programme in rund 50 Ländern auf fast allen Kontinenten. Schließlich sind die Schüler von heute die Weiterdenker von morgen. Weitere Informationen unter kfw.de/stories/bildungwirktnachhaltig

In Lederhosen

Leitkultur Alexander Osang über Deutsche, die immer die richtige Seite der Welt finden

Am israelischen Holocaust-Gedenktage geriet ich am Hafen von Jaffa in eine Aktion, die mich zu Tränen rührte. Ich war in Badelatschen unterwegs, um mir im Lebensmittelladen eine Cola light zu holen. Plötzlich donnerte es am Himmel, knapp über den Häuserdächern jagten sich zwei israelische Kampfflugzeuge wie junge Hunde. Ich ging ans Ufer und sah ihnen dabei zu. In den deutschen Zeitungen wurde ein Aufleben des Antisemitismus vermeldet. Ich hatte eben die wunderbare Ben-Gurion-Biografie von Tom Segev gelesen. Die Sonne schien aufs Meer. Ich verstand, warum Israel seine Flieger in den Himmel schickte. Sie zeigten der Welt Muskeln, die weit fetter waren als die der Hausmeister-rapper aus Düsseldorf. Ein Diss für all die Arschgesichter, die dem Land an den Kragen wollen. Nie wieder. Ich stand wie ein Fliegergeneral am Ufer des Mittelmeers und sah in den Himmel. Ich spürte die Tränen kommen.

Zwei Tage später erzählte mir mein Nachbar, ein israelischer Dirigent, dass es nur ein Versehen gewesen sei. Die Flugzeuge hätten Tel Aviv in Angst und Schrecken versetzt. Auch wegen Gaza. Es sei ein unangekündigter Test für die Flugshow am Unabhängigkeitstag gewesen. Die Armee habe sich entschuldigt. Ich saß in seinem Wohnzimmer, ein Glas Weißwein in der Hand, und fühlte mich um meine großen Gefühle betrogen.

Wie all die deutschen Musiker, die nun ihre Echos zurückgeben.

In den vergangenen Monaten habe ich meinen Bekannten erzählt, dass ich nach Israel ziehen werde. Einige beneideten mich, vor allem um das Wetter. Es gab Freunde, die mich aufforderten, Israel die Maske vom Gesicht zu reißen, andere sagten, sie hofften, ich würde mit dem deutschen Israel-Bashing brechen. Ich denke so nicht, muss aber sagen, dass ich mich dem zweiten Vorschlag instinktiv näher fühlte. Ich mag Israel sehr gern. Mich haben die aufgeschlossenen Palästinenserfreunde aus Prenzlauer Berg immer genervt, vielleicht, weil ich als Junge mit meiner Schulklasse an der Schönhauser Allee gestanden und Jassir Arafat zugewinkt hatte, ohne zu wissen, wer der Mann mit dem lustigen Kopftuch, der neben Erich Honecker im Tschai-ka stand, eigentlich war. Vielleicht liegen die Gründe auch tiefer.

Insgesamt empfand ich die Reaktion meiner Bekannten erstaunlich verhalten.

Einer sagte beim Abschiedsbesuch: Ihr werdet mit eurer Hardcore-Israel-Haltung ziemlich allein dastehen. Ihr werdet sehen, wie ihr euch verändert. Einer sagte: Was willst du denn da? Israel ist für mich das unsympathischste Land, das

ich kenne. Einer sagte: Ich hoffe, wir können trotzdem Freunde bleiben.

Alles Leute, die für Mainstream-Medien schreiben, wie die, die ihre Leser auffordern, mit einer Kippa durch Berlin zu marschieren. Vielleicht haben sie sogar gerade eine auf.

Ein paar Tage nach dem Holocaust-Gedenktage ging ich mit einem deutschen Kollegen, der Israel bereiste, durch einen Park in Tel Aviv, in dem gleich eine Gedenkfeier zum Tag der Opfer der israelischen Kriege stattfinden sollte. Es war eine Feier, an der auch Palästinenser teilnahmen, was von einigen israelischen Politikern gezeißelt wurde. Der deutsche Kollege sagte, er habe starke Bedenken, hier politisch instrumentalisiert zu werden. Bei einem SPD-Parteitag setzte er sich ja auch nicht zwischen die Abgeordneten. Es war dunkel, aber immer noch schön warm, und ich dachte, dass ein SPD-Parteitag das Allerletzte sei, was mir jetzt eingefallen wäre. Ich sagte, dass ich vor zwei Jahren an sieben Pegida-Märschen durch Dresden teilgenommen hätte, um rauszufinden, was die Leute denken. Das sind meine Assoziationen.

Die Veranstaltung war dann sehr ergreifend. Auch weil sie zeigte, wie unmöglich der deutsche Wunsch zu erfüllen ist,

immer auf der richtigen Seite zu stehen. Zum Schluss sprach der Schriftsteller David Grossman, der im Libanonkrieg seinen Sohn verloren hat. Er redete über Schmerz und eine Wut, die er bekämpfe, weil er durch sie den Kontakt zu seinem Sohn verliere. Grossman war klar, klug und kühl. Hätten sie David-Grossman-T-Shirts verkauft, ich hätte mir eins geholt. Stattdessen nahm ich das Israel-Fähnchen, das sie mir am nächsten Abend auf dem Mount Herzl in die Hand drückten, wo Benjamin Netanyahu, eine israelische Eurovision-Contest-Schlager-sängerin sowie etwa tausend Statisten eine Show zum



Flugshow des israelischen Militärs am Unabhängigkeitstag

70. Jahrestag der israelischen Unabhängigkeit abliefern, die mich an den Scientology-Spielfilm mit John Travolta erinnerte. Wir gingen früher, nahmen aber das Fähnchen mit. Am Morgen des Unabhängigkeitstages stand ich dann wieder auf der Straße in Jaffa und sah der richtigen Flugshow zu. Am Anfang war ich noch ein bisschen gerührt, aber irgendwann langweilte es mich.

Es gibt so viele Emotionen, so viele Feiertage. Es ist schwer für einen deutschen Rechthaber hier.

Zwei Araber geraten am Helmholtzplatz aneinander, weil einer eine Kippa trägt, um dem anderen zu beweisen, dass er antisemitisch sei. Klingt wie ein Witz. Ein jüdischer. Aber er funktioniert nur vor dem Schmerz.

Ich habe gelesen, dass Berliner Zeitungen mit Kippa zum Ausschneiden erscheinen, mit denen die aufgeschlossenen Bürger der Stadt ihre Aufgeschlossenheit demonstrieren können. Es erinnerte mich an den FC Bayern, der Giovane Elber in seine Lederhosen zwängte. Wir müssen uns ständig öffentlich versichern, dass wir auf der richtigen Seite stehen. Mein ganzes Leben lang geht das so. Jetzt also Kippa tragen. Wir waren Papst. Der Islam gehört zu uns. Jetzt sind wir auch noch Jude.

Ich finde das absurd und nachvollziehbar zugleich. Das ist natürlich keine Haltung, aber ich kann damit leben.

Für SPIEGEL-Abonnenten: Digital-Upgrade nur € 0,50.



**Jetzt
4 Wochen
gratis
testen**

- ✓ Ohne Verpflichtung lesen
- ✓ Bereits ab freitags 18 Uhr
- ✓ Auch offline lesbar
- ✓ Auf bis zu 5 Geräten
- ✓ **Inklusive SPIEGEL DAILY**
Die neue digitale Tageszeitung

Ja, ich möchte den SPIEGEL digital testen!

Ich lese 4 Wochen den SPIEGEL digital kostenlos, danach als SPIEGEL-Abonnent für nur € 0,50 statt ~~€ 4,10~~ pro Ausgabe. Ich gehe keine Verpflichtung ein, denn ich kann jederzeit zur nächsterreichbaren Ausgabe kündigen.

Einfach jetzt anfordern:  abo.spiegel.de/upgrade



Wirtschaft

»Wir müssen im Internet wieder einen wirklich freien Markt etablieren.« ► S. 74



Handel

Die Amazonisierung schreitet voran

53,6 Milliarden Euro dürften die Deutschen 2018 im Netz ausgeben – fast die Hälfte beim Marktführer.

● Der deutsche Onlinehandel wird fast zur Hälfte von Amazon beherrscht. Laut einer Studie des Handelsverbands Deutschland (HDE) entfielen 2017 auf die deutsche Tochter des US-Internetkonzerns 46 Prozent des Umsatzes, der bundesweit im E-Commerce erzielt wird. In diesem Jahr dürfte der Nettoumsatz im deutschen Onlinehandel 53,6 Milliarden Euro betragen, das wäre ein Plus von knapp zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Markt im Netz entwickle sich dynamisch, so der HDE im »Online-Monitor 2018«, eine Sättigungsgrenze sei nicht in Sicht. Die Zahl der

deutschen Onlineshopper wuchs 2017 um sieben Prozent, am stärksten in der Generation der über Sechzigjährigen. Die Umsatzzuwächse resultierten vor allem aus dem Bereich »Amazon Marketplace«, dem virtuellen Marktplatz des Unternehmens, der auch anderen Anbietern offensteht. Dort stieg der Umsatz um 2,1 Milliarden Euro gegenüber 2016; zwölf Prozent der gesamten Onlineumsätze stammen von ursprünglich rein stationären Händlern. Aller Netzeuphorie zum Trotz: Das Onlinegeschäft macht noch immer nur knapp ein Zehntel des gesamten Handels in Deutschland aus. MUM

Lufthansa

Aufsichtsrat entlastet sich – und schottet sich ab

● Der Aufsichtsrat der Deutschen Lufthansa soll sich künftig stärker mit der Unternehmensstrategie beschäftigen und weniger mit Detailfragen. Der neue Aufsichtsratschef Karl-Ludwig Kley will das Gremium entlasten, dies soll mit der Hauptversammlung am 8. Mai wirksam

werden. Kley plant dazu die Satzung und Geschäftsordnung des Aufsichtsrats zu ändern. Teilnehmer sollen mit elektronischen Hilfsmitteln leichter aus der Ferne zugeschaltet werden können. Zugleich soll die Grenze, von der an Investitionen oder Beteiligungen der Zustimmung des Kontrollgremiums bedürfen, angehoben werden. Diskutiert wird, sie von 100 auf 200 oder gar 250 Millionen Euro zu erhöhen, was im Vergleich recht hoch wäre. »Dann muss nicht mehr über jede größere Gar-

küche der Cateringtochter LSG entschieden werden«, rechtfertigt ein Gremienmitglied den Plan. Weil in der Vergangenheit immer wieder Details aus Sitzungen durchgesickert sind, will Kley zudem die Verschwiegenheitspflicht für die Aufsichtsräte in der Firmensatzung verankern. Demnach sollen die Kontrolleure auch nach dem Ausscheiden Geschäftsinterna vertraulich behandeln. Zugezogene Berater oder Hilfskräfte sollen ebenfalls zum Stillschweigen verdonnert werden. DID

Diesellaffäre

Volkswagen reagiert auf Kritik des US-Prüfers

● Der VW-Konzern muss seinen angekündigten Kulturwandel beschleunigen und global umsetzen. Das fordert Larry Thompson, der vom US-Justizministerium eingesetzte Monitor, in seinem Prüfbericht. In Befragungen von VW-Mitarbeitern aller Abteilungen war ihm aufgefallen, dass sich die Belegschaft immer noch stärker an Zielen wie Produktivität und Effizienz orientiert als an Gesetzes- und Regeltreue. Auf Thompsons Kritik will der Autohersteller jetzt reagieren. »Wir müssen unsere Regeln und Prozesse besser in die Köpfe reinbringen«, sagt Hiltrud Werner, Vorstand für Integrität und Recht, »und zwar bei Mitarbeitern aller Tochtergesellschaften weltweit.« Dazu gehöre, die interne Kommunikation zu verbessern und mehr Schulungen anzubieten. Der neue Personalvorstand Gunnar Kilian und Werner haben vereinbart, »die VW-Mitarbeiter in Zukunft direkter anzusprechen«. Für jede der insgesamt 32 Forderungen Thompsons soll es Verantwortliche geben, die den Maßnahmenkatalog weltweit umsetzen. Vorbild sind Daimler und Siemens, die sich nach Korruptionsaffären ebenfalls verändern mussten. SH

Deutsche Bahn

Ein Viertel verspätet

● Im Fernverkehr der Bahn sind ein Viertel der Züge unpünktlich. Nur 75,3 Prozent der Fernzüge kamen im März mit weniger als sechs Minuten Verspätung an. Nach Definition der Bahn gelten alle Verbindungen als pünktlich, die mit maximal 5,99 Minuten Verspätung das Ziel erreichen. Die Bahn hat sich für 2018 eine Pünktlichkeit von 82 Prozent zum Ziel gesetzt, der Durchschnittswert 2017 lag bei 78,5 Prozent. Die Bahn gibt zur Begründung »Großstörungen auf den Hauptstrecken« sowie einen »Wintereinbruch im Norden und Osten« an. Auch im Regional- und Nahverkehr hat die Bahn Probleme mit der Pünktlichkeit, beispielsweise auf der Strecke zur Insel Sylt. Schleswig-Holsteins Verkehrsminister Bernd Buchholz (FDP) kündigte an, dass das Land für den März 350 000 Euro einbehalten werde, die es normalerweise für den Betrieb an die Bahn zahlen müsste. Auch bei der Berliner S-Bahn schaffte es die Bahn nicht, das vertraglich zugesicherte Pünktlichkeitsziel für 2017 einzuhalten. MUM



Uniper-Kraftwerk in Russland

Energie

Sorge um Uniper-Verkauf

● Bei E.ON wächst die Spannung, ob der milliarden schwere Verkauf der Kraftwerkstochter Uniper an den finnischen Staatskonzern Fortum rechtzeitig abgeschlossen werden kann. Grund ist eine seit Monaten ausstehende Genehmigung aus Russland. Dort betreibt Uniper mehrere Kraftwerke, die von den Russen als »strategisch« bedeutsam eingestuft werden. Den Verkauf an ein staatliches Unternehmen kann Russland deshalb untersagen. Bereits im Oktober hatte die zuständige Aufsichtsbehörde signalisiert, dass man Probleme mit der Versorgung sehe. Nun sind eine Reihe Zeitungsartikel aufgetaucht, in denen die Finnen als unzuverlässige Geschäftspartner dargestellt werden. Außerdem kursieren Gerüchte,

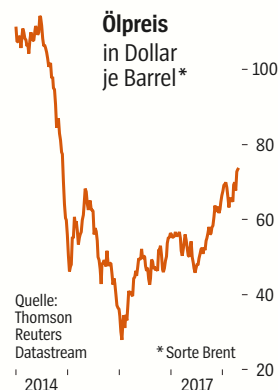
wonach den russischen Behörden vertrauliche Dokumente aus Deutschland zugespielt worden sein sollen. Bei E.ON und Fortum vermuten Manager, es könnte sich um eine Art Racheakt aus Uniper-Kreisen handeln. Dort hatte sich das Management lange gegen den Verkauf der Firma gewehrt. Im Fall von Russland, heißt es bei Uniper, beantworte man nur die von dort kommenden Anfragen. Offiziell demonstriert der von Energie-Veteran Johannes Teyssen geleitete E.ON-Konzern Gelassenheit. Man rechne damit, dass schon bald eine Entscheidung gefällt werde. Sollte das nicht geschehen oder negativ ausfallen, könnte es für Teyssen und die Umbaupläne des Konzerns noch einmal eng werden. Liegen bis Oktober nicht alle Genehmigungen vor, kann Fortum von dem 3,8-Milliarden-Euro-Geschäft zurücktreten. FDO

Ölpreis

Countdown läuft

● Seit Monaten bewegen die Spannungen in der Weltpolitik den Ölpreis, mit rund 75 Dollar pro Barrel steuert er auf ein Vier-Jahres-Hoch zu. In den kommenden zwei Wochen wird die Nervosität unter den Händlern wahrscheinlich noch steigen, sie fiebern dem 12. Mai entgegen. An diesem Tag will US-Präsident Donald Trump entscheiden, ob er das Atomabkommen mit Iran kündigt und weitere Sanktionen verhängt. In diesem Fall würden dem Weltmarkt rund 800 000 Bar-

rel am Tag entzogen, schätzen Fachleute; insgesamt werden rund 98 Millionen Barrel verbraucht. »Iran ist ein wichtiger Spieler im Markt«, sagt Rainer Wiek, Chef des Energie Informationsdienstes. Eine Verknappung hätte spürbare Folgen, da der Spielraum auf dem Weltmarkt ohnehin eng sei. Seit Ende 2016 hat das Förderkartell der Opec die Produktion gedrosselt. Auf der anderen Seite verbrauchen die Abnehmerländer dank der guten Konjunktur mehr Öl denn je. Falls sich die geopolitischen Risiken vergrößern, hält Wiek Angebotsengpässe für möglich. Ein Preis von 80 Dollar sei »durchaus denkbar«. AJU



Schäuble light

Finanzen Mit ihrer Steuerreform setzen die USA andere Industrieländer gehörig unter Druck, ebenfalls die Abgabenlast zu senken.

Doch Finanzminister Olaf Scholz hat andere Prioritäten. Deutschland gerät ins Hintertreffen.



RETO KLAR / BERLINER MORGENPOST / FUNKE FOTO SERVICE

Minister Scholz: Kosmetische Korrekturen

Der nationale Chefwirtschaftsberater von US-Präsident Donald Trump gilt als Freund deutlicher Ansage, eingängiger Zuspitzung, aber auch als Quell horrender Fehlprognosen. Noch 2008, als sich die Finanzkrise längst abzeichnete, sagte Lawrence Kudlow einen jahrelang anhaltenden Boom voraus.

Den chronischen Optimismus des Chefwirtschaftsberaters und ehemaligen Fernsehmoderators, der nie sein Wirtschaftsstudium abschloss, bekam am vorvergangenen Donnerstag auch Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) bei seinem Antrittsbesuch im Weißen Haus zu spüren.

Wann Deutsche und Europäer endlich wieder an Wachstumsraten von vier Prozent anknüpfen wollten, so wie früher, wollte Kudlow wissen. Die Regierung Donald Trumps jedenfalls habe sich fest vorgenommen, diese Größenordnung vergangener Tage wieder anzupfeilen. Das könnten die Deutschen auch, sie sollten sich nur ein Beispiel nehmen an den Amerikanern und tüchtig die Steuern senken, empfahl der Trump-Mann. Scholz soll den Vortrag mit einem Lachen quittiert haben.

Tatsächlich dürfen sich deutsche Steuerzahler nicht auf ähnliche Entlastungen einstellen, wie sie die Regierung Trump beschlossen hat. Obwohl sich die Kassenlage in Deutschland viel besser präsentiert als in den USA – Bund, Länder und Gemeinden erwirtschaften Überschüsse, die USA hingegen fahren Defizite ein –, will Scholz allenfalls kosmetische Korrekturen am deutschen Steuersystem vornehmen.

Mit seiner Zurückhaltung bleibt er ganz auf der Linie seines Vorgängers Wolfgang Schäuble (CDU). Er hält nicht nur an dessen schwarzer Null fest, auch in der Steuerpolitik verordnet sich der Neuling weitgehenden Stillstand. Scholz entwickelt sich immer mehr zu einer Version Schäuble light. »Können Sie uns sagen, worin der Unterschied zwischen Ihnen und Ihrem Vorgänger besteht?«, wurde der Hamburger kürzlich bei einem Auftritt in Washington gefragt. »Nein«, antwortete er mit einem Grinsen.

Doch die Frage ist, wie lange sich Deutschland Nichtstun erlauben kann, denn das wirtschaftspolitische Umfeld hat sich in den vergangenen Monaten rapide

gewandelt. Die USA haben ihre Steuersätze massiv gesenkt. Die Tarife für Unternehmen fielen von 35 Prozent auf 21 Prozent plus lokale Steuern. Mancherorts liegen die nur bei fünf Prozent, manche Bundesstaaten erheben auch gar keinen Zuschlag, sodass sich ein deutlicher Unterschied zum deutschen Niveau zeigt. Im US-Durchschnitt beträgt der lokale Aufschlag rund sechs Prozent.

Frankreich hat angekündigt, seine Steuersätze unter das deutsche Niveau zu drücken, Großbritannien liegt längst darunter und will weiter senken.

Der Steuerstandort Deutschland, der jahrelang mit attraktiven Tarifen Investitionen im Land hielt oder sogar aus dem Ausland anzog, droht ins Hintertreffen zu geraten. Schon berichten Wirtschaftsverbände wie der BDI und der DIHK davon, dass einzelne Mitglieder ihre Investitionsentscheidungen überdenken. Statt zu Hause wollen sie künftig vermehrt in den USA investieren. »Stillstand in der Steuerpolitik bedeutet Rückschritt«, sagt Matthias Lefarth, Steuerexperte bei der Stiftung Familienunternehmen.

Dringenden Handlungsbedarf sieht Scholz jedoch nicht. »Wir hatten schon eine Menge Steuerreformen in der Vergangenheit, die Deutschland wettbewerbsfähig gemacht haben«, sagte er vor Kurzem. Das stimmt, aber dies ist schon lange her. 2005 trat die letzte Stufe der rot-grünen Reform in Kraft, die Körperschaftsteuer wurde zuletzt 2008 modernisiert.

Derzeit beträgt die Steuerbelastung bei Personen- wie bei Kapitalgesellschaften rund 30 Prozent, aber nur für Gewinne, die im Unternehmen bleiben. Diese Größenordnung wird von einigen großen Industrieländern schon unterboten (siehe Grafik Seite 70).

Als wichtigste steuerpolitische Maßnahme in der Legislaturperiode propagiert Scholz stets, den Solidaritätszuschlag abzubauen. Um rund zehn Milliarden Euro sollen die Bürger entlastet werden. »Das ist viel Geld, und davon profitieren auch Unternehmen«, rechtfertigt er seine Zurückhaltung.

Das stimmt nur zum Teil. Der Koalitionsvertrag beschränkt den Abbau des Solis auf die Einkommensteuer. Unternehmer kommen also nur dann in den Genuss des Steuernachlasses, wenn sie Eigentümer einer Personengesellschaft sind und weniger als 70 000 Euro Gewinn ausschütten.

Fällt der Überschuss höher aus, gehören sie zu den oberen zehn Prozent der Einkommensbezieher, für die der Solidaritätszuschlag laut Koalitionsvereinbarung bestehen bleiben soll. Optiert ein Eigentümer dafür, seine Gewinne im Unternehmen zu lassen, oder handelt es sich um die körperschaftsteuerpflichtige Kapitalgesell-



Anlagenbau bei Schuler in Göppingen: Zusätzlicher Turbo für Investitionen

schaft, ist unklar, ob sie überhaupt entlastet werden.

Auch wenn sich Scholz und seine Leute nicht auf einen Tarifwettkampf nach unten einlassen wollen, so denken sie doch darüber nach, wie sie die eine oder andere Stellschraube im Steuerrecht lockern können, um Unternehmen zu entlasten. Ganz oben auf der Agenda steht dabei die steuerliche Forschungsförderung. Sie soll vor allem kleinen und mittleren Unternehmen mit höchstens tausend Beschäftigten zugutekommen.

Scholz greift damit eine Idee auf, die schon Vorgänger Schäuble entwickeln ließ. Die begünstigten Unternehmen dürfen dabei nicht nur 100 Prozent der Personalkosten ihrer Forscher und Entwickler steuerlich geltend machen, sie bekommen zusätzliche 15 Prozent gewährt. Dieser sogenannte Überabzug führt dazu, dass sie mehr Kosten absetzen können, als wirklich anfallen. Das spart Steuern und, so das Kalkül, stärkt die Innovationskraft des Mittelstands. Eine Milliarde Euro will Scholz sich die Maßnahme kosten lassen.

Das Problem dabei ist nur, dass viele Unternehmen, die er begünstigen will, das neue Instrument überhaupt nicht wollen. Viele kleine und mittlere Unternehmen würden lieber anstatt dessen die gewohnte

direkte staatliche Projektförderung beibehalten.

Wirklich helfen würde der Überabzug hingegen großen Unternehmen mit umfangreichen Forschungsabteilungen, die im internationalen Wettbewerb stehen, sie sollen jedoch nicht zum Zuge kommen. Kämen sie in den Genuss der Vergünstigung, würden die Kosten für den Fiskus explodieren. Das will Scholz vermeiden.

Seine Steuerexperten überlegen auch, ein bewährtes, äußerst wirksames steuerliches Förderinstrument wiederzubeleben: die degressive Abschreibung. Sie gilt als Treibsatz für Investitionen, weil sie es den Unternehmen erlaubt, in den ersten Jahren einen Großteil der Kosten von der Steuer abzusetzen. Das macht Neuanfassungen attraktiv. Derzeit dürfen Unternehmen jedes Jahr nur einen gleichbleibenden Anteil der Anschaffungskosten abschreiben.

Das Problem: Die Maßnahme kommt den Fiskus in den ersten Jahren teuer zu stehen. Außerdem würde sie den gegenwärtigen Boom weiter befeuern, was vorausschauende Wirtschaftspolitiker stets vermeiden.

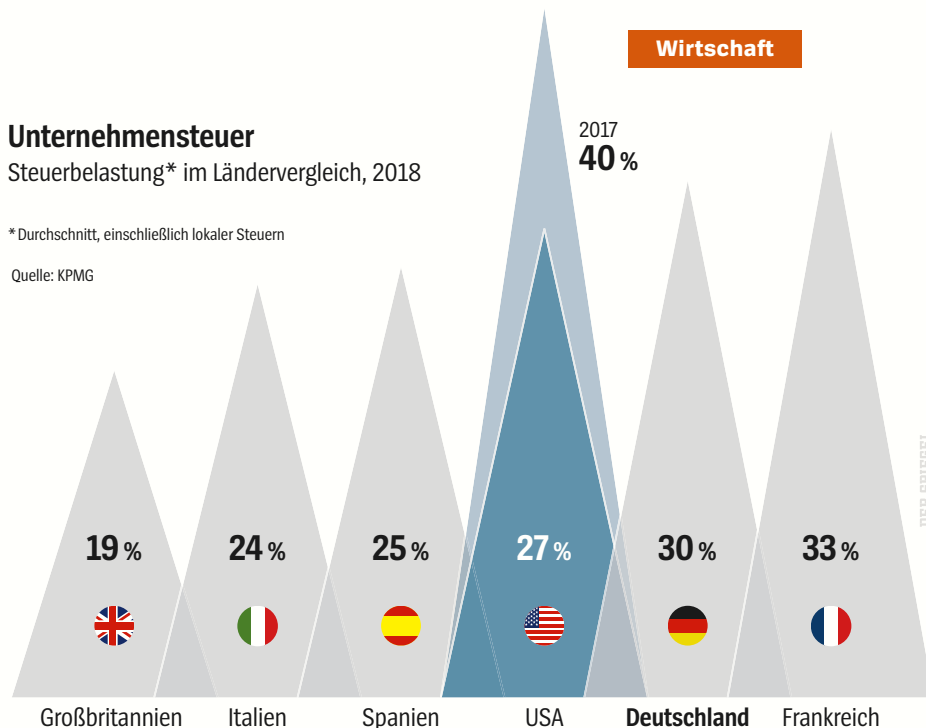
Der deutsche Fiskus könnte sich mehr Großzügigkeit durchaus leisten, schließlich quellen die öffentlichen Kassen über. Es

Unternehmensteuer

Steuerbelastung* im Ländervergleich, 2018

* Durchschnitt, einschließlich lokaler Steuern

Quelle: KPMG



bedarf keiner prophetischen Gabe, um vorauszusagen, dass die Steuerschätzung in der übernächsten Woche wieder einmal zusätzliche Einnahmen versprechen wird. Im Vergleich zum Herbst, als die Prognostiker zuletzt zusammenkamen, hat die Bundesregierung ihre Wachstumserwartungen noch einmal deutlich nach oben geschraubt. 2,3 Prozent erwartet sie für dieses Jahr, 2,1 Prozent im nächsten.

Aus konjunktureller Sicht erscheint die Zurückhaltung von Scholz vernünftig. Deutschland befindet sich den Prognosen zufolge auf absehbare Zeit in der Hochphase der Konjunktur, da wäre es geradezu töricht, mit einem großen Steuerrabatt, gleichgültig ob für Konsumenten oder Unternehmen, einen zusätzlichen Turbo einzuschalten.

Eine solche Maßnahme wirkt prozyklisch, wie Fachleute sagen. Das bedeutet, dass sie eine ohnehin vorhandene Entwicklung verstärkt. Sie ist also überflüssig, wenn nicht sogar schädlich. Im Boom zusätzliche Steuerentlastungen zu gewähren ähnelt dem Versuch, in ein sowieso schon lodern des Lagerfeuer Brandbeschleuniger zu kippen.

Die Folgen wären absehbar: Das Feuer spendet nicht mehr gleichmäßig Wärme, stattdessen schlagen die Flammen über, es überhitzt. Vielleicht werden sogar Maßnahmen notwendig, um den Brand einzudämmen.

Ähnlich verhält es sich mit der Konjunktur. Gut möglich, dass sich die Entwicklung bald schon in der Praxis beobachten lässt. Die Vereinigten Staaten haben sich einem ökonomischen Großexperiment unterworfen, das manche Lehrbuchweisheit herausfordert.

Mitten im Aufschwung hat die Trump-Regierung eine der größten Steuerreformen

in der Geschichte der USA auf den Weg gebracht. Seit Ende vergangenen Jahres ist sie in Kraft. Die Wirkungen sind unverkennbar. Der Internationale Währungsfonds (IWF) schätzt, dass die amerikanische Wirtschaftsleistung wegen des Steuerrabatts bis 2020 um 1,2 Prozent höher ausfällt als ohne Steuernachlass. Für 2018 erwartet der IWF nun ein Plus von 2,9 Prozent, für 2019 von 2,7 Prozent. Das ist üppig, aber noch weit entfernt von den von Kudlow anvisierten vier Prozent.

Dennoch liegt das Plus weit über der Wachstumsrate, mit der die USA störungsfrei zulegen können. Dieses sogenannte Wachstumspotenzial schätzen Experten auf knapp zwei Prozent. Wird der Wert über Jahre überschritten, nehmen die Spannungen in einer Volkswirtschaft zu. Die Produktionskapazitäten stoßen an ihre Grenzen, das Personal wird knapp, Löhne und Gehälter steigen und am Ende auch die Preise. Diese Entwicklung könnte die Notenbank Federal Reserve auf den Plan rufen, die mit Zinserhöhungen versucht, der Überhitzung entgegenzuwirken.

Die Folgen wären bizarr: Finanz- und Geldpolitik steuern in unterschiedliche Richtungen. Während die Regierung Gas gibt, tritt die Notenbank auf die Bremse.

Trumps schlechtes Timing offenbart sich vor allem daran, dass der Wachstumsschub durch seinen Steuerrabatt nach IWF-Berechnungen schon 2022 wieder ausklingt. Das könnte genau der Zeitpunkt sein, an dem die Wirtschaft zusätzlichen Schub gut gebrauchen könnte, weil die Konjunktur lahm.

Fraglich aber ist, ob die amerikanische Regierung dann im notwendigen Ausmaß gegensteuern kann, weil sie ihren finanziellen Spielraum durch die aktuelle Reform schon weitgehend verbraucht hat. In

den kommenden Jahren treibt der Abgabenrabbat die amerikanische Staatsverschuldung auf eine Quote von fast 120 Prozent, gemessen an der Wirtschaftsleistung.

Im Bundesfinanzministerium mahnen Steuerexperten deshalb zur Vorsicht. Sie plädieren dafür, Abschreibungsvergünstigungen erst im nächsten Abschwung zu aktivieren.

Auch politische Zwänge begrenzen den Spielraum für Scholz. Steuerensenkungen für Unternehmen sind in seiner Partei traditionell unpopulär. Außerdem ahnt er, dass er auf den Kosten einer Entlastung allein sitzen bliebe. Die Länder haben schon häufiger zu verstehen gegeben, dass für Ausfälle einer künftigen Steuerreform allein der Bund geradestehen soll.

Deshalb verfolgt Scholz derzeit erst einmal andere steuerpolitische Prioritäten. Es gilt, die Wohltaten auf den Weg zu bringen. Und die haben weniger mit der Verbesserung von Standortqualitäten zu tun als mit Sozialpolitik.

Als erste steuerliche Maßnahme will Scholz eine Kleinkorrektur am Einkommensteuertarif in Angriff nehmen. Weil die Preise steigen, sieht sich jeder Finanzminister regelmäßig gezwungen, das steuerfreie Existenzminimum anzuheben. Nächstes Jahr soll es wieder so weit sein. Für Erwachsene will Scholz den Grundfreibetrag um rund 270 Euro steigern, für Kinder um rund 130 Euro. Rund zwei Milliarden Euro beträgt die Entlastung.

Damit die Maßnahme rechtzeitig in Kraft tritt, will sich Scholz beeilen. Den für Oktober anstehenden Existenzminimumbericht, der Grundlage für die Anpassung ist, mag er nicht abwarten. Stattdessen wird er schon Mitte Mai einen ersten Gesetzentwurf an die Ressorts verschicken. Der wird dann abgestimmt, an den Bundestag weitergeleitet und dort beschlossen, sodass die Steuerzahler pünktlich ab 1. Januar 2019 entlastet werden.

Dennoch müssen all jene, die eine weitreichende Steuerreform für erforderlich halten, nicht endgültig verzagen. Frühere Entlastungen kamen ebenfalls selten mit Vorankündigung. Sie folgten dem Zwang der Umstände. Die rot-grüne Steuerreform war eine Antwort auf die chronische Standortschwäche zu Beginn der Nullerjahre, die vorerst letzte Entlastung von 2010 war eine Reaktion auf die große Rezession in der Folge der Finanzkrise. Die Regierung wollte die Kaufkraft der Bürger stärken.

Möglich bleibt deshalb, dass Scholz auch erst handelt, wenn sich die Wirtschaftslage eintrübt. Die Wahrscheinlichkeit, dass das in den nächsten drei Jahren passiert, ist vergleichsweise hoch. Bislang währte noch kein Aufschwung ewig.

Christian Reiermann

Bonus für den Abbau

Autoindustrie Das Vertrauen der Opel-Belegschaft in den französischen Eigentümer PSA schwindet. Sie befürchtet, dass er die Traditionsmarke kaputtspart.

Uwe Raubert sieht aus wie ein Mann, der einiges aushält. Zwei Meter groß, breites Kreuz, hellwacher Blick. Mehr als 40 Jahre lang hat er für Opel gearbeitet. Am Hauptsitz Rüsselsheim baute er Anlagen, die für die Produktion von Modellen wie Insignia oder Zafira benötigt wurden. Bei Opel fühlte sich Raubert derart wohl, dass er sogar nach Feierabend noch weitermachte: als ehrenamtlicher Kassenwart des Sportclubs Opel 06 Rüsselsheim.

Doch Rauberts Loyalität wurde nicht belohnt. Seit Sommer 2017 hat Opel keine Arbeit mehr für ihn. In seiner Abteilung, dem Anlagen- und Vorrichtungsbau, gebe es praktisch nichts mehr zu tun, sagt Raubert. Vom neuen Eigentümer, der PSA-Gruppe aus Frankreich, kämen einfach nicht genügend Aufträge.

Mittlerweile baut Raubert keine Anlagen mehr, sondern informiert sich über Abfindungsangebote bei der Personalabteilung. Dort sei der Andrang so groß wie nie, erzählt er: »Es ist erschreckend, wie viele Leute weg wollen.«

Am vergangenen Dienstag reiste er mit Kollegen nach Eisenach, um gemeinsam mit 1400 Opelanern gegen drohende Sparmaßnahmen zu protestieren. »Wenn es so weitergeht«, sagt er, »wird Opel sich nicht mehr über Wasser halten können.«

Damit drückt Raubert aus, was mittlerweile viele Opel-Mitarbeiter befürchten: dass der PSA-Konzern den Rüsselsheimer Autobauer kaputtspart. Dass er massenhaft Personal abbaut – und von der Traditionsmarke am Ende nur die Hülle übrig lässt. Die IG Metall warnt bereits vor einem »Tod auf Raten«.

Die Politik ist alarmiert, doch ihre Reaktion wirkt hilflos. Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) fordert, der Standort Eisenach dürfe nicht »auf eine kalte Art Stück für Stück ins Abseits manövriert« werden. Schließlich sei das ostdeutsche Werk ein »industriepolitisches Zeichen der deutschen Einheit«.

Während die Opelaner in Eisenach für den Erhalt ihrer Jobs demonstrierten, ließ PSA-Chef Carlos Tavares sich von seinen Aktionären bejubeln. Sie segneten sogar

einen Bonus für den Manager ab. Er soll eine Million Euro erhalten – für die Übernahme und Sanierung von Opel.

Vielen Mitarbeitern erscheint das wie Hohn. Den Sparplan hat Tavares nicht allein erarbeitet, sondern mithilfe der Opelaner. 150 Führungskräfte waren am Sanierungskonzept »Pace« – zu Deutsch: Geschwindigkeit – beteiligt.

Doch die Opel-Mitarbeiter erhalten keine Prämie, im Gegenteil. Geht es nach der Firmenleitung, sollen sie auf Teile ihrer vertraglich zugesicherten Lohnerhöhungen verzichten. Den Beschäftigten in Großbritannien und Spanien hat PSA bereits Einschnitte verordnet. Jetzt sind die deutschen Standorte dran, das Opel-Management in Rüsselsheim zieht mit: »So weiterzumachen wie in der Vergangenheit ist keine Option«, sagt Opel-Chef Michael Lohscheller.

Bis heute vermeidet es das Management jedoch, konkrete Zahlen zu nennen. Wenn überhaupt, geschieht das in diskre-

für unrealistisch. Die neuen Geschäftsfelder seien zu klein, zu unbedeutend.

In der Bundesregierung sieht man sorgenvoll, wie radikal der mächtige Mann aus Paris saniert und Zusagen bricht, die er der Vorgängerregierung gegeben hatte. Ein zweites Auto habe er in Eisenach produzieren, das Entwicklungszentrum in Rüsselsheim ausbauen wollen. Jetzt mache er genau das Gegenteil, heißt es aus dem Wirtschaftsministerium.

Minister Peter Altmaier (CDU) hat bereits mit Tavares telefoniert, eine Einladung zu einem Treffen in der vorvergangenen Woche sagte der Franzose ab. In der Bundesregierung geht man davon aus, dass er sich von seinem Kurs nicht abbringen lässt. In Berlin sieht man die eigene Machtlosigkeit: Es gebe keine rechtliche Handhabe, die vor einem Jahr gegebenen Versprechungen einzufordern.

Vor allem in Eisenach geht die Angst vor Jobabbau um. Seit Monaten warten



Opel-Mitarbeiter bei Kundgebung in Eisenach: »Ins Abseits manövriert«

ten Sitzungen, zum Beispiel am 22. November. Da schockten Opel-Manager den Betriebsrat mit weiteren Sparideen. Das Budget für Forschung und Entwicklung solle bis 2020 von 1,4 Milliarden Euro auf 742 Millionen nahezu halbiert werden. Für einige Anwesende war das ein Alarmsignal: PSA wolle an Opels Zukunft sparen.

Der intern vorgelegte Plan widersprach den Versprechen, die PSA-Chef Tavares zuvor den Ingenieuren in Rüsselsheim gemacht hatte. Opel-Fahrzeuge sollten deutsche Technik enthalten, die Marke werde auf diese Weise »noch deutscher«.

Den Rüsselsheimer Entwicklern sagte Tavares wohlklingende Kompetenzen zu, etwa für neuartige Brennstoffzellen oder Fahrerassistenzsysteme. 5800 der heute gut 7000 Ingenieurstellen im Entwicklungszentrum sollen so gerettet werden. Die IG Metall hält die Kalkulation jedoch

die Beschäftigten auf versprochene Investitionen. Ab 2019 soll hier ein neuer Geländewagen gebaut werden. Doch PSA hat den Plan erst einmal gestoppt, um Zugeständnisse zu erzwingen.

Die Not der Opelaner lockt bereits Besucher an, die keiner eingeladen hat. Eine Gruppe von AfD-Funktionären versuchte am Dienstag, das Werksgelände zu betreten. Auf ihren blauen Fahnen stand in weißen Versalien »ALARM«. Eine Menschenkette stellte sich dem AfD-Trupp in den Weg. Mittendrin: Uwe Raubert, der Anlagenbauer aus Rüsselsheim.

Solange er noch Opelaner ist, will Raubert keine Rechtspopulisten in der Firma dulden. Opel sei eine weltoffene, internationale Firma, findet er.

Simon Hage, Gerald Traufetter

Schwarzes Gold

Umwelt Über Jahre deklarierte der Ölkonzern BP giftige Raffinerierückstände als harmloses Industriegut. Die zuständige Aufsichtsbehörde ließ das durchgehen.

Am Landgericht Bochum ist ein Umweltverfahren anhängig, bei dem manchen Beobachter das Gefühl beschleicht, in einem Entwicklungsland zu leben.

Es geht um illegale Müllentsorgung mitten in Deutschland. Um giftige Raffinerierückstände, die umdeklariert und durch die Republik kutschiert wurden – und am Ende als vermeintlich harmlose Rußpellets auf einer Deponie landeten. Es geht um Zehntausende Tonnen »Sauzeug«, wie der Richter es nennt. Als Hauptverdächtige hat die Bochumer Staatsanwaltschaft zwei Männer angeklagt: einen Müllmakler aus Gahlen und einen Abfalljongleur aus Bottrop, der erst seinen Suizid vortäuschte, dann aber in Namibia aufgegriffen wurde und nun in Untersuchungshaft sitzt.

Warum die Ermittler nur die beiden und ein paar kleine Kumpane ins Visier nahmen, bleibt das Geheimnis der Staatsanwaltschaft. Der Vorsitzende Richter Markus van den Hövel zumindest verstand es nicht.

Er bohrte tiefer, stieß auf Ungereimtheiten und sagte im März mit Blick auf den Mann aus Gahlen, wie schwer es ihm falle, nur über ihn zu verhandeln »und alle anderen unberührt zu lassen«.

Mit »alle anderen« meinte Hövel wohl auch den britischen Ölkonzern BP und dessen Ruhr Oel GmbH in Gelsenkirchen. In der dortigen Raffinerie, in der aus Rohöl Benzin gewonnen wird, fällt das schwarze Gemisch bis heute an – giftiger Ruß, der mithilfe von Öl zu Pellets oder Klumpen gebunden wird, 30 000 Tonnen im Jahr. Neben BP hatte Hövel offenbar auch zwei andere Verfahrensbeteiligte im Blick: die für das Werk zuständige Bezirksregierung Münster und die Bochumer Staatsanwaltschaft, die seit Jahren von der Sache weiß.

Hövels Akribie hat dazu geführt, dass hinter dem Ölpellet-Fall die Abgründe eines riesigen Umweltskandals sichtbar werden. Riesig auch deshalb, weil ziemlich genau zu erkennen ist, wie lax Konzernmanager mit Umweltvorschriften umgingen, wie naiv eine Aufsichtsbehörde dies abnickte und wie tatenlos die Ermittler zuschauten.

Gelsenkirchen, Ortsteil Scholven: Gekocht und hydriert wird hier schon seit Mitte der Dreißigerjahre. Getrieben vom Autarkie-Wahn der Nazis gelang es sogar, aus Steinkohle synthetisches Benzin zu gewinnen. Nach dem Krieg wurde mit der Verarbeitung von Rohöl begonnen. Scholven umgab nun die typische Chemiekulisse mit einem Gewirr aus silbernen Rohrleitungen und Schloten, aus denen Flammen züngelten. Der Energiekonzern Veba, der den Komplex in den Siebzigerjahren übernahm, herrschte nicht nur über die Raffinerie, sondern auch über das benachbarte Steinkoh-

lektische Betriebsamkeit eingesetzt. Eine Taskforce sollte Wege finden, die Pellets günstig loszuwerden. Doch das war nicht einfach: Auf dem Sicherheitsdatenblatt dazu prangte ein Totenkopf. Das Material sei umweltgefährdend und könne »Krebs erzeugen«, so der Gefahrenhinweis.

Probleme bereiteten speziell die verklumpten Pellets, denn für diese Sorte gefährlichen Abfalls gab es keine Verwendung, nicht mal im Kraftwerk. Die Entsorgungskosten dafür, so der Taskforce-Leiter, würden »explodieren«, die nötige Verbrennung in Sondermüllanlagen taxierte er auf 600 Euro pro Tonne und rund 20 Millionen Euro im Jahr. Sein Bericht aus dem Juni 2009 trägt den Titel »Reduzierung Pelletskosten«.

Bei BP schien nun eine Phase großer Kreativität einzusetzen. Das Management habe sich entschlossen, so der Ex-Mitarbeiter vor Gericht, den Abfall zum Produkt aufzuwerten. Zu ungefährlichem Industrieruß, zu »schwarzem Gold«, wie ein anonymen Hinweisgeber die Aufsichtsbehörde in Münster bereits im Juni 2010 warnte.

Dazu mussten allerdings die Abfallbezeichnungen geändert werden, und auch ein entschärftes Datenblatt musste her. Die Sache schien zu klappen: Der Konzern schloss Verträge mit dem nun angeklagten Gahlener Müllmakler, und über einige Umwege landete der giftige Abfall dann dort, wo er nie hingedurft hätte: auf einer Deponie in Hünxe. Etwa tausend Lkw-Ladungen, manche Beteiligte sprechen von über 10 000 Ladungen, wurden dort vergraben, mindestens 30 000 Tonnen. Die ölige Essenz sickert langsam Richtung Grundwasser. Man könne auf die Idee kommen, so Richter Hövel, dass sich da jemand »aus der Verantwortung stehlen wollte«.

Auf Fragen dazu reagiert BP entrüstet. Die Taskforce habe zu keinem Zeitpunkt das Ziel verfolgt, Rußpellets umzudeklarierten, lässt eine Sprecherin wissen. Man habe vielmehr versucht, den Herstellungsprozess so zu verändern, dass sich die Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit reduzierten.

Gelungen ist das offenbar nicht: In einem internen Vermerk vom Juli 2010 heißt es, die Pellets enthielten so viel Vanadium und Nickel, dass selbst die E.ON-Kriterien nicht erfüllt seien. Das Kraftwerk, sowieso eines der dreckigsten in Europa, dürfe die »krebserregenden« Pellets »generell« nicht mehr einsetzen.

Für BP wurde es jetzt eng, das musste auch die lokale Geschäftsführung wissen. Sie war in die Taskforce-Arbeit eingeweiht,



lektkraftwerk. Das war praktisch, denn die rußigen Rückstände, deren typischer Geruch sich über Scholven legte, häuften sich, wurden zum Problem. Anfang der Siebzigerjahre gelang es, die Pampe mit viel Öl zu binden. Wenn der giftige Brei nicht verklumpte, konnte er zu pastillengroßen Pellets geformt werden, die im benachbarten Kraftwerk verfeuert wurden – alles abgeknickt vom damaligen Gewerbeaufsichtsamt.

So wäre es, in gegenseitigem Einvernehmen, wohl noch lange weitergegangen. Doch 2009 brach die Konjunktur ein, der aus der Veba hervorgegangene E.ON-Konzern musste den Betrieb des Kraftwerks drosseln und hatte kaum mehr Verwendung für die Pellets aus der Raffinerie, die inzwischen BP betrieb.

Bei dem Ölmulti, berichtete ein zuvor wegen Korruption verurteilter früherer Mitarbeiter jetzt vor Gericht, habe damals



ALAMY / MAURITIUS IMAGES

BP-Raffinerie in Gelsenkirchen: »Keine besonderen Wirkungen oder Gefahren bekannt«

ihr Vorsitzender saß damals ebenfalls im Vorstand der Deutschen BP AG. »Das Zeug türmte sich auf den Werkshalden«, sagt ein Ex-Mitarbeiter, der damals mit der Sache befasst war. »In den Lieferpapieren sollte nur noch von Rußpellets die Rede sein, das klang ungefährlicher. Man musste dem Kind ja einen neuen Namen geben.«

BP sagt, man habe in keiner Weise aus Abfall ein Produkt gemacht, vielmehr sei man selbst Opfer des Gahlener Müllmaklers gewesen. Der Mann ist in einem vorherigen Korruptionsprozess bereits verurteilt worden, er hatte BP-Leute bestochen, um sich Aufträge zu sichern. Nur: Ist er auch Urheber der Klassifizierung der Pellets als harmloses Industriegut, aus der sich für den Ölkonzern eine viel bequemere und viel günstigere Entsorgung ergab? Zweifel sind erlaubt.

Bei BP wusste man längst, was für ein gefährliches Gemisch man da vor sich hatte. Die Pellets, heißt es in einer Mail des Taskforce-Chefs, müssten eigentlich erneut einen Totenkopf bekommen. Stattdessen war die dreckige Ware spätestens von 2011 an mit einem neuen, sauberen Datenblatt von BP unterwegs. Die Pellets hießen jetzt Petrolkoks. Unter der Rubrik Gefahrenhinweise stand: »Keine besonderen Wirkungen oder Gefahren bekannt«.

Aus dem Gift war ein Gut geworden, und BP war ein großes Problem los. Erst Jahre später, im Zuge erster Ermittlungen,

wurden Gutachter eingeschaltet, auch vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (Lanuv). Mit einfachem Industrieruß, stellten sie übereinstimmend fest, habe das Zeug nichts zu tun. Es sei gefährlicher Abfall und müsse entsprechend entsorgt werden.

BP hatte allerdings lange einen wichtigen Partner an seiner Seite, der das Vorgehen des Konzerns absegnete: die Bezirksregierung Münster, eigentlich Kontrolleur des Unternehmens. Ein Besprechungsprotokoll aus dem Juli 2009 zeigt, wie viel Nachsicht man walten ließ. Über Nickel- und Vanadiumgehalte, sagte die zuständige Mitarbeiterin aus dem Dezernat Immissionsschutz später aus, sei nie gesprochen worden. Vollständige Sicherheitsdatenblätter hätten ihr nicht vorgelegen. Hätte sie allerdings gewusst, dass die Pellets einen negativen Marktwert hatten und Ruhr Oel für die Abnahme der Pellets außerhalb von E.ON 93 Euro pro Tonne zahlte, dann wären bei ihr »die Alarmglocken angegangen«. Dann hätte sie mit dem Produktstatus ein Problem gehabt. Ja dann, aber so eben nicht.

Bei BP war man zufrieden, die teure Entsorgungspflicht der Pellets vom Tisch. Die Taskforce warnte allerdings, man habe nicht anwendungsgerechte Pellets geliefert, für die man als Erzeuger laut Abfallrecht bis zur Beseitigung verantwortlich bleibt.

Hat sich BP den neuen Status ihrer Ölpellets also erschlichen?

Nein, sagt BP, man sei vielmehr der Einschätzung eines Gruppenleiters gefolgt, wonach Rußpellets, auch gemäß der europäischen Chemikalienverordnung, nicht als gefährlicher Stoff eingestuft werden.

Die Pellets waren brandgefährlich: In zwei Lagern lösten sie Feuer aus, einmal musste deswegen eine nahe Autobahn bei Duisburg gesperrt werden. Das Thema, warnte der Taskforce-Chef, werde auf BP zukommen.

Doch auf BP kam bisher gar nichts zu, nicht eine einzige Anklage, obwohl die Ermittler seit 2013 von den Verrenkungen der Taskforce wissen. Zwar wurde die Einstufung der prekären Ware Ende 2014 »angepasst«, wie das Regierungspräsidium Münster einräumt. Doch noch immer verwendet BP nicht den damals von der Bezirksregierung vorgesehenen Abfallschlüssel 130899, sondern einen, mit dem sich besser wirtschaften lässt.

Nach wie vor fällt so viel schwarzer Dreck an, dass BP mitunter einen Landwirt aus der Nachbarschaft anheuert, um das Zeug zum nahen Kraftwerk zu fahren. Auf dessen Website steht, was er alles transportiert: Getreide, Kartoffeln, Mais – und nun eben auch Rußpellets.

Nils Klawitter

»Das schmerzt selbst Facebook«

SPIEGEL-Gespräch Der österreichische Aktivist Max Schrems über seinen Kampf gegen den Missbrauch persönlicher Daten, die Ende Mai in Kraft tretenden EU-Regeln und seine neue Organisation, mit der er zusätzliche Nutzerrechte durchsetzen will



GABRIELLA DEMZUK / THE NEW YORK TIMES/ REDUX / LAIF

Proteste bei Zuckerberg-Anhörung im US-Senat am 10. April: »Wir wurden verspottet.«

SPIEGEL: Herr Schrems, Sie haben vor gut sechs Jahren Beschwerde gegen Facebook eingelegt, unter anderem weil das Netzwerk Nutzerdaten an App-Betreiber weitergegeben hatte. Hätte es den aktuellen Datenskandal überhaupt gegeben, wenn die zuständigen irischen Datenschützer damals eingeschritten wären?

Schrems: Ganz klar: nein. Ich habe in meiner Beschwerde genau das angeprangert, was jetzt mit Cambridge Analytica erneut geschehen ist. Die irische Behörde hätte diese Praxis damals eindeutig verbieten müssen.

SPIEGEL: Facebook-Gründer Mark Zuckerberg hat sich öffentlich entschuldigt und musste sich von Kongress und Senat befragen lassen. War das für Sie ein Triumph?

Schrems: So persönlich sehe ich das nicht. Aber, zugegeben: Ich fand es schon faszinierend und habe es mir natürlich live angeschaut, mit Popcorn.

SPIEGEL: In seiner Befragung hat Zuckerberg Besserung gelobt. Kaufen Sie ihm das ab?

Schrems: Das kann ich nicht ernst nehmen. Wir hören seit der Gründung von

Facebook immer neue Entschuldigungen, ich habe aufgehört, sie zu zählen. Der Auftritt war natürlich ein großes Schauspiel, von allen Beteiligten. Einige Aussagen waren aber wirklich interessant. Zuckerberg behauptete beispielsweise, er wisse nicht genau, wie das Tracking funktioniert, mit dem Facebook das Verhalten seiner Nutzer zu Werbezwecken auch außerhalb des Netzwerks weiterverfolgt. Das kann für spätere Auseinandersetzungen juristisch hilfreich sein. Denn wie soll ich als Nutzer in etwas einwilligen, was angeblich nicht einmal der Chef selbst versteht und erklären kann?

SPIEGEL: Sie haben einmal nach den Daten gefragt, die Facebook über Sie speichert, und mehr als 1200 DIN-A4-Seiten erhalten, inklusive von Ihnen gelöschter Chat-Nachrichten. Ist das Unternehmen seither transparenter geworden?

Schrems: Nicht wirklich. Facebook hat wegen dieser Beschwerde eine Funktion eingerichtet, über die Nutzer sich Daten herunterladen können, die Facebook über sie speichert. Das sind aber natürlich nicht alle, sondern eher nur diejenigen, die der

Nutzer ohnehin am Bildschirm sieht. Über das, was im Hintergrund in Datenzentren an Sekundärdatenverarbeitung und Profilbildung passiert, erfahren wir bei allen populären Diensten bislang allenfalls etwas durch Leaks – wie etwa bei Tinder, wo herauskam, dass die App in einem geheimen Scorewert die Attraktivität der Nutzer bewertet.

SPIEGEL: Mark Zuckerberg betont jetzt, gesetzliche Einschränkungen für die eigenen Geschäfte nicht grundsätzlich abzulehnen, solange es die »richtige Regulierung« sei. Sogar die Ende Mai in Kraft tretenden, strengeren europäischen Datenschutzregeln nannte er »grundsätzlich positiv« und versprach, wesentliche Bestandteile künftig für Nutzer weltweit zu übernehmen.

Schrems: Das ist ihm wahrscheinlich herausgerutscht. Facebook gehörte mit Google und Microsoft zu den Unternehmen, deren Lobbyisten alles versucht haben, diese neue Verordnung zu verwässern. Und vorige Woche hat Facebook mal eben mehr als zwei Drittel seiner Nutzerverträge handstreichartig von Irland in die USA verlegt, nur um sie möglichst aus der Reichweite der neuen Regeln zu bringen. Das zeigt doch, was von seinen Versprechungen zu halten ist.

SPIEGEL: Auch in der US-Politik gelten die europäischen Vorstellungen von Privatsphäre und Datenschutz aber plötzlich als mögliches Vorbild.

Schrems: Es ist tatsächlich das erste Mal, dass es dort so etwas wie eine breitere Debatte über den Missbrauch von Daten und die Missachtung der Privatsphäre durch Konzerne gibt. Noch vor Kurzem haben in den USA viele über das angeblich längst angebrochene Post-Privacy-Zeitalter gesprochen und sich über die europäischen Vorstellungen und Gesetze lustig gemacht. Wir wurden als Hinterwäldler verspottet, die den digitalen Wandel nicht verstehen, jetzt sind wir die Progressiven.

SPIEGEL: Genau diese herablassende Haltung hat Sie einst vom Studenten zum Aktivist gemacht, oder?

Schrems: Ich hatte an der Uni in Santa Clara im Silicon Valley einen Kurs in Datenschutzrecht belegt. Da schauten Vertreter der großen Unternehmen vorbei, auch



REINER RIEDLER / DER SPIEGEL

Max Schrems, 30, legte mit der Kampagne »Europe versus Facebook« noch als Jurastudent 2011 mehr als 20 verschiedene Beschwerden gegen das soziale Netzwerk bei der zuständigen irischen Datenschutzbehörde ein. Damit begann der Österreicher seine Karriere als Datenschutzaktivist, die ihn international bekannt machte. Seinen bislang größten Erfolg feierte er im Kampf gegen das sogenannte Safe-Harbor-Abkommen mit den USA, mit dem der transatlan-

tische Datenverkehr geregelt war. Nach den Enthüllungen von Edward Snowden hatte eine Klage von Schrems dafür gesorgt, dass sich der Europäische Gerichtshof mit dem Abkommen befasst und es 2015 für rechtswidrig erklärt hat. Auch gegen das Nachfolgeabkommen geht Schrems juristisch vor. Mit seiner Ende vorigen Jahres gegründeten Organisation »Noyb – None of your business« will er die Ende Mai in Kraft tretenden strengen EU-Datenschutzregeln durchsetzen.

von Facebook. Ich würde deren Haltung aber gar nicht abfällig nennen, eher realistisch. Es gab für sie einfach wirtschaftlich keinen Anlass, europäisches Datenrecht ernst zu nehmen. Die Kosten für die Einhaltung der Gesetze wären vielfach höher gewesen als die drohenden Strafen. Es war eine simple Kosten-Nutzen-Rechnung, und das hat mich geärgert, auch als Jurist. Wenn ich falsch parke, bekomme ich ein Strafmandat. Aber die Privatsphäre, die in der europäischen Grundrechtecharta steht, wird nicht wirksam durchgesetzt. Auch bei größten Verstößen durch Facebook & Co. war das doch bisher wie im Streichelzoo, da hat sich Europa lächerlich gemacht.

SPIEGEL: Wie erklären Sie sich den plötzlichen Sinneswandel in den USA? Hat wirklich die Datenweitergabe an Cambridge Analytica dazu geführt?

Schrems: So etwas war auch nach unserer Beschwerde 2011 an der Tagesordnung, es krächte kein Hahn danach. Für mich ist es ein Teil der Trump-Aufregung. Das liberale Amerika ist verunsichert und sucht noch immer nach einer Erklärung dafür, wie er ins Weiße Haus kommen konnte. Da kommt die undurchsichtige Rolle der sozialen Netzwerke gerade recht: die russische Einflussnahme, Fake News und jetzt noch die angebliche Rolle von Cambridge Analytica, die ja gar nicht bewiesen ist – ich zweifle jedenfalls an deren angeblich wahlentscheidenden Fähigkeiten. Wie nachhaltig das Interesse an mehr Privatsphäre dort in der Politik wirklich ist, wird sich erst zeigen.

SPIEGEL: Kann es denn so etwas wie ein datenschutzkonformes Facebook überhaupt geben?

Schrems: Absolut. Die Daten, die notwendig wären, um die Grundfunktionen der Plattform zu nutzen, sind nicht das Problem – es geht um deren dauernde Sammlung, Anreicherung und Weiterverwendung. WhatsApp kann doch beispielsweise problemlos alle Daten erheben und verwenden, die notwendig sind, um meine Nachricht an den Empfänger zu schicken. Aber es muss die Metadaten eben nicht unbedingt an Facebook weitergeben oder verkaufen.

SPIEGEL: Die neuen EU-Datenschutzregeln sollen den Missbrauch persönlicher Daten wirksam bändigen. Sie waren als Sachverständiger an vielen Beratungen dazu beteiligt. Was sind die entscheidenden Änderungen?

Schrems: Die Verordnung macht das europäische Datenschutzrecht für die Nutzer und Behörden endlich durchsetzbar. Ich kann als Betroffener beispielsweise nun allein wegen der Verletzung meiner Rechte auf Schadensersatz klagen. Und das neue Regelwerk sieht erstmals abschreckende Strafen vor: Firmen zahlen bis zu

20 Millionen Euro für Verstöße, das kann auch eine Einpersonenfirma treffen, die Schindluder mit persönlichen Daten ihrer Kunden treibt. Alternativ sind es bis zu vier Prozent vom globalen jährlichen Umsatz, je nachdem was höher ist. Das schmerzt selbst Giganten wie Facebook & Co.

SPIEGEL: Es gibt allerdings auch eine Menge Kritik an dem Werk. Viele kleinere Unternehmen klagen, seine Umsetzung überfordere sie, Blogger und Fotografen wännen sich in ihrer Existenz bedroht.

Schrems: Da wird teilweise absichtlich unnötige Aufregung geschürt. Viele Unternehmen machen außerdem zum ersten Mal eine Art digitalen Hausputz und stellen teils erschrocken fest, was bei ihnen im Argen liegt. Für mich ist das ein positiver und erwünschter Vorabeffekt. Allerdings sehe ich auch, dass die Verordnung technisch und juristisch einige Schwächen hat. Sie gehen meiner Meinung nach auf die Versuche von Konzernen und teils auch Mitgliedsländern zurück, sie zu verwässern. Das schafft teils extreme Rechtsunsicherheiten. Für mich ist das ein Paradebeispiel schiefgelaufenen Lobbyings.

SPIEGEL: Haben Sie ein konkretes Beispiel?

Schrems: Unternehmen können Auskunftrechte ablehnen, wenn sie »exzessiv« ausfallen. Was soll das bedeuten? Ich will natürlich möglichst alle Daten, die das Unternehmen von mir hat. Es ist ja genau die Idee des Auskunftsrechts, Daten zu erhalten, von denen ich nichts weiß – kann also eine offene Anfrage nach sämtlichen Daten schon »exzessiv« sein? Es gibt leider eine Fülle solcher schwammigen Bestimmungen. Ich bin deshalb sicher, dass es spätestens in einigen Jahren eine Überarbeitung braucht.

SPIEGEL: Es gibt auch eine grundsätzlichere Kritik, die den Datenschutz als innovationsfeindlich kritisiert. Die neue deutsche Digital-Staatsministerin Dorothee Bär beklagte kurz vor ihrem Amtsantritt einen Datenschutz »wie im 18. Jahrhundert« und forderte stattdessen eine »smarte Datenkultur für Unternehmen«.

Schrems: Das Recht auf Privatsphäre ist Teil der europäischen Grundrechtecharta. Das werden einzelne deutsche Politiker nicht ändern, insofern sehe ich derlei Wortmeldungen entspannt. Wir können es aber sicher immer intelligenter umsetzen.

SPIEGEL: Im Bereich der künstlichen Intelligenz wird der Zugang zu großen Datenmengen entscheidend sein. China und USA sind schon führend, bremst Europa sich durch zu restriktive Vorgaben nicht tatsächlich selbst aus?

Schrems: Für viele dieser Anwendungen braucht es gar keine personenbezogenen Daten. Und für die Ausnahmen lassen sich Lösungen finden, die Grundverordnung sieht das etwa für die Forschung bereits



Schrems (r.) beim SPIEGEL-Gespräch*

»Geht dich nichts an«

vor. Ich sehe vielmehr die Chance, dass wir jetzt international den Goldstandard setzen – weil es für die Konzerne, die in Europa weiterhin aktiv sein wollen, einfach günstiger ist, unsere strikteren Vorgaben weltweit einzuhalten.

SPIEGEL: Könnte es eine Chance bieten für neue, vielleicht auch europäische Wettbewerber?

Schrems: Ich würde es mir wünschen. Neulich habe ich eine Dokumentation über die Rockefellers und Standard Oil gesehen. Heute erleben wir nichts anderes: Durch den Netzwerkeffekt sind Facebook & Co. zu monopolartigen Giganten herangewachsen, die ihre Marktmacht missbrauchen. Selbst gute Start-ups haben dagegen längst keine Chance mehr, im Zweifel werden sie aufgekauft. Über zum Beispiel drängt mit unfassbarem Kapital international in interessante Märkte, unterbietet in einem gna-

»Ich glaube, wir können mit kleinen Nadelstichen auch große Ballone zum Platzen bringen.«

denlosen Preiskampf lokale Taxianbieter, um dann, wenn die schlappmachen, selbst die Preise zu erhöhen. Wir müssen im Internet wieder einen wirklich freien Markt etablieren, und das können wir nur mit offenen Standards erreichen.

SPIEGEL: Sie haben gerade eine Organisation namens »None of your business«, Noyb, gegründet, auf Deutsch: »Geht dich nichts an«. Was haben Sie damit vor?

Schrems: Wir hatten bisher primär das Problem, geltendes Recht auch durchzusetzen. Noyb wird die neuen Klagemöglichkeiten der Grundverordnung nutzen und strategische Verfahren gegen Unternehmen anstrengen.

SPIEGEL: Ist das nicht die Aufgabe der jeweiligen Datenschutzbehörden?

Schrems: Natürlich, und auch sie bekommen mehr Rechte, sie können etwa künf-

tig Zugang verlangen, um in den Unternehmen eine Nachschau zu halten, und selbst Strafen verhängen. Wir können aber Lücken füllen und schnell in verschiedenen Ländern aktiv werden. Was die US-Konzerne machen, um möglichst wenig Steuern zu zahlen, werden wir nun anwenden, um Datenschutz durchzusetzen.

SPIEGEL: Wer sollte sich auf Klagen gefasst machen?

Schrems: Wir suchen strukturelle und juristisch wichtige Themen bei großen Unternehmen. Das kann von US-Konzernen bis zu einer Kreditauskunftei wie der Schufa jeden betreffen. Man kann sich etwa fragen, worin deren Recht besteht, von rund 70 Millionen Deutschen Kreditinformationen aufzubewahren, ohne dass die Betroffenen jemals etwas nicht bezahlt haben. Für mich ist das eine Vorratsdatenspeicherung meiner Finanzinformationen. Da sehe ich die von der Verordnung vorgeschriebenen »legitimen Zwecke« beispielsweise überhaupt nicht. Kreditauskünfte sind sicher ein legitimes Geschäftsmodell, aber die Frage ist, ob man es nicht anders organisieren müsste – etwa durch eine schwarze Liste notorisch säumiger oder insolventer Kunden.

SPIEGEL: Gibt es weitere konkrete Beispiele?

Schrems: Wir sind ja ein kleiner, spendenfinanzierter Verein und werden den Aufwand im Blick behalten müssen. Deshalb werden wir uns zunächst Fragen wie die leider üblichen Zwangszustimmungen vornehmen: Welche Daten verlangt Apple von mir, nur um ein teures Smartphone wie das iPhone X überhaupt in Betrieb nehmen zu können? Darf Google mich faktisch zwingen, eine Google-Mail-Adresse zu eröffnen, um Apps auf Android laden zu können? Das sind relativ einfache Rechtsfragen. Ich glaube, wir können da mit kleinen Nadelstichen auch große Ballone zum Platzen bringen. Um tiefer in die verwendeten Technologien einzusteigen, werden wir mehr Whistleblower wie den früheren Cambridge-Analytica-Mitarbeiter brauchen. Auch für solche Hinweisgeber wollen wir eine Anlaufstelle sein.

SPIEGEL: Sie sind mit Ihrem Kampf gegen Facebook international bekannt geworden. Ihr eigenes Nutzerkonto haben Sie allerdings nie gelöscht, auch nicht in der aktuellen #deletefacebook-Kampagne. Warum?

Schrems: Neue Technologien wie soziale Netzwerke sind ja an sich genial, wir müssen nur den Missbrauch eindämmen. Wenn es einen Vorfall mit der Lebensmittelhygiene gibt, stellen Sie ja auch nicht das Essen ein.

SPIEGEL: Herr Schrems, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Mit Redakteur Marcel Rosenbach und SPIEGEL-Mitarbeiter Richard Gutjahr in einem Wiener Kaffeehaus.



**Kinostart
am 3. Mai**

DER SPIEGEL live

lädt ins Kino ein!

Verlosung von 100 x 2 Freikarten.

www.spiegel-live.de



7 TAGE IN ENTEBBE

27. Juni 1976 – eine Gruppe palästinensischer und deutscher Terroristen kapert die Air France-Maschine 139 auf ihrem Flug von Tel Aviv nach Paris und erzwingt eine Landung in Entebbe, Uganda. Die israelischen Geiseln an Bord sollen gegen palästinensische Gefangene ausgetauscht werden. Mit einem Ultimatum von nur einer Woche muss die Regierung in Israel eine schwerwiegende Entscheidung treffen – durchbricht sie ihre bisherige Maxime, mit Terroristen nicht zu verhandeln? Es folgen 7 Tage in Entebbe, die sowohl die Politiker als auch die Kidnapper ans Äußerste bringen ...

7 TAGE IN ENTEBBE beruht auf den wahren Ereignissen der „Operation Entebbe“, die die Befreiung der Geiseln von Mitgliedern der linksextremen Roten Zelle und der Volksfront zur Befreiung Palästinas zum Ziel hatte. Inszeniert wurde der Thriller von dem Regisseur José Padilha („Narcos“, „Robocop“), in dem die Golden Globe®-nominierten Schauspieler Daniel Brühl und Rosamund Pike die Hauptrollen übernahmen. 7 TAGE IN ENTEBBE feierte seine umjubelte Weltpremiere auf der 68. Berlinale und wurde mit dem Prädikat „Besonders wertvoll“ ausgezeichnet.



QR-Code scannen
und online registrieren.

Registrieren Sie sich mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mailadresse unter:

www.spiegel.de/kartenverlosung

Einsendeschluss ist der 2.5.2018, 24 Uhr. Die Gewinner werden im Anschluss benachrichtigt und erhalten die Kinokarten per E-Mail, hierfür sind ihr Name und ihre E-Mailadresse notwendig. Die Freikarten sind in allen Kinos einlösbar, in denen der Film in Deutschland gezeigt wird. Es gelten die aktuellen Datenschutzbestimmungen, insbesondere werden die Adressen der Gewinnspielteilnehmer nicht an Dritte weitergegeben. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Missbrauch wird zur Anzeige gebracht.

www.7tageinentebbe-derfilm.de

[f/eOne.de](https://www.facebook.com/eOne.de)

Grüner Anstrich

Immobilien Beim Berechnen des Energiebedarfs von Häusern wird munter getrickst. Der wahre Verbrauch ist viel höher. Mieter und Hauskäufer zahlen drauf.

Auf den ersten Blick wirkt Klaus Knoll wie ein sanfter, freundlicher Mann. Das mag an seinen weißblonden Haaren liegen, dem eleganten Tweed-Sakko oder dem Lächeln, mit dem er seine Besucher empfängt.

Doch in der deutschen Baubranche ist der Ingenieur gefürchtet. Knoll kommt immer dann ins Spiel, wenn etwas schiefgegangen ist. In Berlin tauchte der 67-Jährige schon am unvollendeten Hauptstadtflughafen und an mehreren Regierungsgebäuden auf, in Frankfurt am Main im Bankenviertel. »In vielen Fällen bestellen mich Richter als Sachverständigen für einen Prozess«, erzählt der promovierte Ingenieur.

Seine Spezialität sind die technischen Ausrüstungen von Gebäuden: Klimaanlage, Heizungen, Warmwasser. Alles, was mit Energie zu tun hat. Knoll kennt sich aus mit den Tricks der Baufirmen, der Handwerker, Architekten und Bauingenieure; mit ihren Schlampereien, den Manipulationen und dem dreisten Betrug.

In seinem Leipziger Büro tippt Knoll Zahlenkolonnen in seinen Laptop. Er will zeigen, was im deutschen Bauwesen seit geraumer Zeit schief läuft. Die Gebäude des Landes, ob Einfamilien- oder Hochhaus, Schule oder Fabrikgebäude, werden nach seinen Erkenntnissen »am Computer grün gerechnet«, ganz systematisch.

Alle Fachleute wüssten das, die Politik, die Behörden, die Investoren, die Baufirmen und Ingenieure, sagt Knoll. »Aber niemand macht etwas dagegen. Alle profitieren schließlich davon.«

Alle – bis auf Mieter und ahnungslose Wohnungskäufer, die für den ganzen Schmu in Form hoher Energiekosten die Rechnung zahlen. Investoren hingegen wollen Gebäude mit Gold-Standards für ökologische Bauweise, weil diese sich besser verkaufen lassen. Konzerne würden mit ihren Niederlassungen nur dort einziehen, wo ein grünes Label draufprange. »Das ist unerlässlich fürs Image«, so Knoll.

Ohne den Nachweis, dass die Energieeinsparverordnung eingehalten wird, gibt es keine Baugenehmigung und auch kein entsprechendes Darlehen der staatlichen KfW. Die Politik schließlich will international als Vorreiter des Klimaschutzes glänzen und nicht eingestehen, dass das von ihr kreierte System gravierende Mängel hat.

Auf seinem Rechner hat Knoll eine Software gestartet, die den Energiebedarf von

Gebäuden bestimmt. Der Computer muss dafür mit Hunderten Kennziffern gefüttert werden, undurchsichtige Algorithmen errechnen die Grundlagen für den Energieausweis, den jeder Vermieter oder Verkäufer seinem Kunden vorlegen muss.

Darauf steht ein Wert, der den Energiebedarf des Gebäudes angibt, beziffert in Kilowattstunde pro Quadratmeter im Jahr. Weil das niemandem etwas sagt, findet sich eine Skala, die von Dunkelgrün bis Dunkelrot reicht – von klimafreundlich bis klimaschädlich.

Diesen Balken, das zeigt Knoll in seiner auf eine Leinwand projizierten Präsentation, kann er hin- und herwandern lassen, an ein und demselben Gebäude, mit ein und derselben technischen Ausrüstung. Denn der Energiebedarf von Gebäuden

»Das System ist derart beliebig gestaltet, dass der Manipulation Tür und Tor geöffnet ist.«

kann sowohl direkt anhand der echten Verbrauchswerte ermittelt als auch indirekt anhand der verwendeten Baumaterialien, Dämmung und Gebäudetechnik berechnet werden.

Das zweite Verfahren wird vor allem für die Genehmigung von Neubauten verwendet, weil es naturgemäß noch keine Strom- oder Wärmeabrechnungen gibt. Beide Arten von Energieausweisen haben ihre Tücken. »Das System ist derart beliebig gestaltet, dass der Manipulation Tür und Tor geöffnet ist«, sagt Knoll.

Um das verständlich zu machen, hat er eines seiner Projekte hochgeladen, das er als Sachverständiger gerade durchleuchtet: ein Einkaufszentrum in Sachsen-Anhalt, gebaut direkt nach der Wende, im Jahr 1992. »Das Ganze entspricht schon längst nicht mehr den Ansprüchen der Zeit, technisch genauso wenig wie optisch«, erzählt Knoll. Doch nach der Renovierung, so versprochen der Investor und dessen Ingenieure, sollte das Gebäude ökologisch sauber sein.

Ein Versprechen, das nicht eingehalten wurde – und Knoll kann auch zeigen, warum. Unter einem der Menüs lässt sich die Temperatur einstellen, mit der das Wasser

in die geplanten Fußbodenheizungen läuft. 35 Grad Celsius hatten die Ingenieure des Bauherrn dem Computerprogramm zur Berechnung gegeben. »Das reicht nie im Leben«, sagt Knoll und gibt 40 Grad ein.

Dann springt er zurück zum Hauptmenü, der Energieverbrauch des ganzen Hauses steht plötzlich nicht mehr im grünen Bereich. »Damit sind wir der Realität aber schon weitaus näher«, erklärt Knoll. Statt einer detaillierten Berechnung der Heizungsanlagen können die Energiegutachter auch einen Standardwert eintragen. Das lässt die Energiebilanz auf dem Papier ebenfalls besser aussehen. »Ein Laie muss da schon sehr tief in die Berechnungsgrundlage schauen, um den Trick zu erkennen«, erklärt er.

Stehlampen zum Beispiel sind derzeit in Gewerbegebäuden besonders beliebt. Sie sollen aber keineswegs für bessere Lichtverhältnisse sorgen, sondern dabei helfen, den Energiebedarf des Gebäudes herunterzurechnen. »Im Gegensatz zu fest eingebauten Deckenlichtern fließt ihr Strombedarf nicht in die Erstellung des Energieausweises«, sagt Knoll.

Seine Expertise hat auch etwas mit seiner ostdeutschen Herkunft zu tun. Studiert hat Knoll an der Technischen Universität Dresden. Die DDR-Platte mag hässlich gewesen sein, energetisch aber war sie zumindest besser als unsanierte Altbauten. Und sie war so normiert, dass die Häuser weitgehend vergleichbar waren, von Stralsund bis Suhl.

Im wiedervereinigten Deutschland konnte Knoll dann beobachten, wie die Werte wie von Geisterhand auseinandergingen. Heute weiß er, dass nicht die Gebäude plötzlich schlechter geworden waren. Verantwortlich waren die Berechnungstricks der westdeutschen Energiestatistik. Deren Werte änderten sich, wie es für das Geschäft gut war – in manchem Fall wurden sie sogar schlechter gemacht.

Aktuell beschäftigt er sich mit einer Plattenbausiedlung im Südosten Berlins. Es geht um die Kosten, die ein deutschlandweit tätiges Energieunternehmen von den Mietern verlangt. Um die in die Höhe zu treiben, wurde die benötigte Anschlussleistung möglichst hoch angesetzt. Das Unternehmen musste dem Gebäude nur besonders schlechte Energiewerte unterstellen – rein rechnerisch natürlich. Das Perfide daran: »Der Mieter kann so sparsam heizen, wie er will, die Kosten bleiben gleich«, sagt Knoll.

Der Sachverständige hat zwei Mitstreiter. Der eine ist Werner Dorf, Anwalt aus Frankfurt am Main, der auf Energie- und Baurecht spezialisiert ist. Gemeinsam mit dem Bauingenieur Till Pasquay haben die beiden auch den Neubau der Europäischen Zentralbank energietechnisch betreut. Der damalige Zentralbankpräsident Jean-

Claude Trichet hatte den Auftrag gegeben, ein wirklich grünes, energieeffizientes Gebäude zu bauen. »Eines ohne Getrickse«, wie sich Dorß erinnert. Das Gebäude wird geothermisch gekühlt und geheizt, die Wärme der Rechenanlagen für das Heizen genutzt. Dass es auch anders geht, hat die Deutsche Bank mit ihren Zwillingstürmen bewiesen, die in Sichtweite stehen. »Green-towers« taufte die Verantwortlichen die Häuser, die nach ihrer Renovierung mit minimalem CO₂-Fußabdruck in der Frankfurter Innenstadt dastehen sollten. Tatsächlich fällt der Energieverbrauch einige Jahre nach Eröffnung ganz anders aus. Der aber taucht in den Bilanzen gar nicht auf, die Türme sind inzwischen an einen von der

Deutsche-Bank-Tochter DWS aufgelegten Immobilienfonds überschrieben.

Doch Dorß kennt die Zahlen und Hintergründe. »Mittlerweile gibt keiner der Vorstände mehr mit den vermeintlichen Green-towers an«, sagt er. Aber die Akrobatik mit den Energiealgorithmen hat sich für die Banker bereits ausgezahlt, einerseits durch den Imagegewinn, andererseits erleichterten sie die Erteilung der nötigen Genehmigungen für das Gebäude.

»Die getürkten Berechnungen lassen den Energieverbrauch des deutschen Gebäudesektors besser dastehen, als er tatsächlich ist«, sagt Dorß. Dabei verrät schon ein Blick in die deutsche Energiestatistik, dass die Einsparungen bei Wei-

tem nicht so groß sind, wie man nach alledem Gerede von Energieeffizienz meinen könnte. Während auf dem Papier die Gebäude besser werden, bleibt der Verbrauch an Gas, Erdöl und Fernwärme in Deutschland beinahe unverändert.

Das Ausmaß der Trickserien könnte sogar noch zunehmen. Das liegt an einer Stellgröße, mit der sich die Energiebilanz von Gebäuden wohl am stärksten kreativ gestalten lässt. Es ist der »Primärenergiefaktor«, der bei allen Häusern eine große Rolle spielt, die mit Fernwärme geheizt werden. Dieser Indikator gibt an, wie viel Energie eingesetzt werden muss, um eine Energieeinheit beim Endkunden abzuliefern.

Die Fernwärme stammt in der Regel aus Kohle- oder Müllheizkraftwerken, die diese in das Heizungsnetz einer Stadt einspeisen, andernfalls würde sie ungenutzt an die Umwelt abgegeben. Das wirkt sich positiv auf den Primärenergiefaktor aus. Er liegt im Falle von Kraft-Wärme-Koppelung in den Kraftwerken unter dem Wert 1, bei den Stadtwerken Offenbach zum Beispiel beim Faktor 0,47.

Wie genau dieser Wert zustande kommt, ist selbst für Experten schwer nachvollziehbar. Allerdings ist er bei vielen Anbietern seltsamerweise in der vergangenen Zeit immer weiter gesunken.

Wenn Knoll diesen Faktor in seine Energie-Software eingibt, passiert Erstaunliches: Der Energieverbrauch des Gebäudes sinkt deutlich ab. »Wenn ich das hier bei meinem Einkaufszentrum mache«, sagt er und tippt auf der Tastatur herum, »dann schießt das Gebäude plötzlich in den grünen Bereich des Energieausweises.« Mit Hilfe dieses Tricks können Architekten und Bauingenieure bei der Isolierung des Hauses sparen – und das Gebäude hält die Standards noch immer ein. In Offenbach wirbt das Fernwärmeunternehmen sogar mit dieser nicht wirklich ökologischen Wirkweise des Primärenergiefaktors bei Bauherren.

Politik, Bauwirtschaft und selbst Umweltverbände halten an den Energieausweisen und der Art ihrer Berechnung fest. Dabei gibt es unter anderem in Luxemburg ein zuverlässiges Verfahren, das deutlich weniger komplex ist als das deutsche, dafür aber weniger manipulationsanfällig.

In Deutschland müssen Mieter und Käufer von Häusern oder Wohnungen sich schon Fachleute an die Seite nehmen, die einen Energieausweis auf Unregelmäßigkeiten untersuchen. Viele erleben dann ihr blaues Wunder, wenn sie ihre erste Energieabrechnung bekommen.

Gerichtlich lässt sich dagegen nichts machen. Das weiß Anwalt Dorß aus seiner täglichen Arbeit: »Klagen wegen vermeintlich falscher Angaben in einem Energieausweis haben vor Gericht praktisch keine Aussicht auf Erfolg.« Gerald Traufetter



FELIX ADLER / DER SPIEGEL

Baugutachter Knoll in Leipzig: »Niemand macht etwas dagegen«

6 Prämien zur Wahl!

JETZT LESER WERBEN – SIE MÜSSEN SELBST NICHT ABONNENT SEIN.



Gartenliege Ipanema – rot/beige

Nutzen Sie die bequeme Wendeauflage in dezentem Beige oder warmem Weinrot. Aufstellmaße: ca. 178 x 54 x 70 cm. Ohne Zuzahlung.



Wagenfeld-Tischleuchte WG 24

Der Bauhaus-Klassiker! Aus vernickeltem Metall, Klarglas und Opalglass. Nummeriert. Höhe: ca. 36 cm. Zuzahlung: € 149,-.



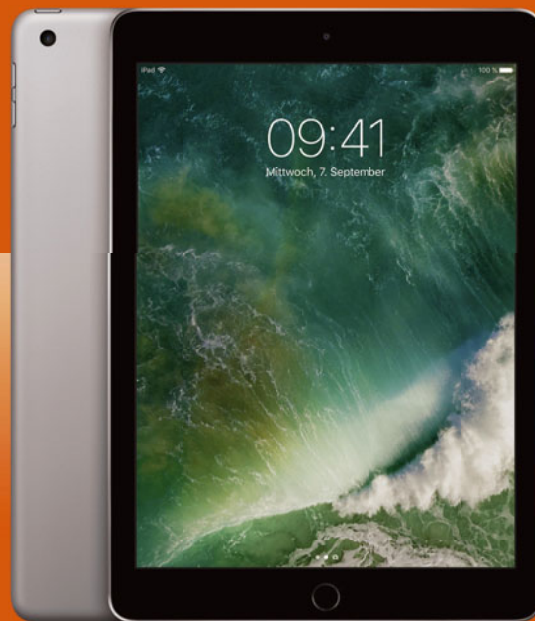
Samsonite Illustro Spinner 55

Besonders leicht und praktisch, ideal für Kurzreisen. Mit 4-Rollen-Spinner-System und großem Frontfach. Maße: ca. 40 x 55 x 20 cm. Ohne Zuzahlung.



€ 100,- Prämie

Erfüllen Sie sich oder Ihren Lieben einen besonderen Wunsch, oder legen Sie die € 100,- für eine größere Anschaffung zurück!



Neues Modell: iPad 32 GB Wi-Fi in Spacegrau

Jetzt mit extra schnellem A10-Fusion Chip und iOS 11,
9,7"-Retina-Display, Fingerabdruck-Sensor und 8-MP-Kamera.
Unterstützt Apple Pencil. Gewicht: 469 g. Zuzahlung: € 229,-.

Rosenzweig & Schwarz, Hamburg

Ich bin der neue SPIEGEL-Leser.

- Wertvolle **Wunschprämie** für den Werber.
- Der Werber muss selbst kein SPIEGEL-Leser sein.
- Zum Vorzugspreis: statt ~~€ 5,10~~ nur € 4,80 je Ausgabe inkl. Lieferung.
- Auf Wunsch den SPIEGEL digital für nur € 0,50 je Ausgabe inkl. SPIEGEL-E-Books.

- Gartenliege Ipanema – rot/beige (5698)
- Wagenfeld-Tischleuchte (3739) Zzgl. € 149,–
- Teasi One^s eXtend Navi (5369)
- iPad 32 GB Space Grau (5694) Zzgl. € 229,–
- Samsonite Illustro Spinner (5669)

€ 100,– Prämie (2160). Mein Konto für die Überweisung:

Anschrift des Werbers:

☐ Frau
☐ Herr

Straße, Hausnr.

Pl7 Ort

Anschrift des neuen Lesers:

☐ Frau
☐ Herr

Straße, Hausnr.

Geburtsdatum

PLZ

Oort

Telefon (für eventuelle Rückfragen)

E-Mail (für eventuelle Rückfragen)

Gleich mitbestellen!

☐ Ja, ich möchte zusätzlich den SPIEGEL digital für nur € 0,50 pro Ausgabe beziehen statt für € 4,99 im Einzelkauf. **SP**

SD18-015

☐ Ja, ich wünsche unverbindliche Angebote des SPIEGEL-Verlags und der manager magazin Verlagsgesellschaft (zu Zeitschriften, Büchern, Abonnements, Online-Produkten und Veranstaltungen) per Telefon und/oder E-Mail. Mein Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen.

Der neue Abonnent liest den SPIEGEL für zunächst 52 Ausgaben für zurzeit € 4,80 pro Ausgabe statt € 5,10 im Einzelkauf, den SPIEGEL digital zusätzlich für € 0,50 pro Ausgabe. Das Abonnement verlängert sich jeweils um weitere 52 Ausgaben, wenn nicht sechs Wochen vor Ende des Bezugszeitraums gekündigt wird.

Ich zahle bequem per SEPA-Lastschrift* vierteljährlich € 62,40, digitale Ausgabe halbjährlich € 13,-

DE
IRAN

Datum

X

Unterschrift des neuen Lesers

SP18-106

Coupon ausfüllen und senden an:
DER SPIEGEL, Kunden-Service, 20637 Hamburg

040 3007-2700

www.spiegel.de/p18

Der Werber erhält die Prämie ca. vier Wochen nach Zahlungseingang des Abonnementbetrags. Der Vorzugspreis von € 0,50 für den SPIEGEL digital gilt nur in Verbindung mit einem laufenden Bezug der Printausgabe, enthalten sind € 0,49 für das E-Paper. Bei Sachprämien mit Zuzahlung zzgl. € 2,- Nachnahmegebühr. Alle Preise inklusive MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland. Hinweise zu den AGB und dem Widerrufsrecht finden Sie unter www.spiegel.de/agb. SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon: 040 3007-2700, E-Mail: aboservice@spiegel.de

* **SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige den Verlag, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Verlag auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Gläubiger-Identifikationsnummer DE50ZZ00000030206

Ausland

»Politik ist ein Stil, ein Zauber. Man muss im Kern definieren, was für eine Botschaft man aussenden will.« ► S. 84



Das Paradies von Boracay wurde diese Woche auf Anweisung des philippinischen Präsidenten Rodrigo Duterte für sechs Monate für Besucher geschlossen. Hunderttausende Touristen mussten ihren Urlaub absagen. Die Insel mit dem berühmten Strand soll von Müll und Abwässern gereinigt werden. Sechs bewaffnete Hundertschaften der Polizei besetzten die Strände und hinderten Urlauber am Betreten von Fähren. Viele Inselbewohner sind einverstanden mit dem Putz, aber nicht alle schätzen das rabiate Vorgehen.

Analyse

Putins Warnung

Was für Moskau nach den Massenprotesten in Eriwan auf dem Spiel steht

Zehntausende Demonstranten haben in Armenien Sersch Sargsjan von der Macht vertrieben. Der Politiker hatte nach zwei Amtszeiten als Präsident das Amt des Premiers übernommen – nicht ohne vorher die Verfassung so umzubauen, dass alle Macht weiter bei ihm bleiben würde.

Der Kreml – der hinter derlei Straßenprotesten meist westlichen Einfluss wittert – hat verblüffend zurückhaltend reagiert. »Wir sind nicht gegen Russland«, hat ihm Nikol Paschinjan, der Anführer der Proteste, öffentlich versichert. Dies sei eine rein innenpolitische Angelegenheit.

Nun ist die kleine und bitterarme Kaukasusrepublik Armenien ohnehin auf Russland angewiesen. Sie braucht sein Gas und seinen Schutz im Konflikt mit dem Nachbarn Aserbaidschan. Russland hat Truppen in Armenien stationiert. Eriwan ist

nicht nur Mitglied in Moskaus Militärbündnis OVKS, es ist unter Sargsjan auch Putins Eurasischer Wirtschaftsunion beigetreten. Aber Protestführer Paschinjan hat erkennen lassen, dass er ein Referendum über einen Austritt aus der Union befürwortet.

Sowohl Armeniens Regierung wie Armeniens Opposition ist nun in Gesprächen mit Moskau. Präsident Wladimir Putin hat nach einem Telefonat mit seinem armenischen Kollegen gewarnt, es müsse alles »im Rahmen der Verfassung« erfolgen. Er meint offenbar: Die Massenproteste dürfen sich nicht zu einer friedlichen Revolution auswachsen. Noch ist nicht viel passiert – ein Premier ist zurückgetreten, mehr nicht. Der Nachfolger soll am 1. Mai vom Parlament gewählt werden. Protestführer Paschinjan hat die Menge auf der Straße hinter sich. Ob er auch die Abgeordneten für sich gewinnen kann, ist zweifelhaft. Christian Esch

Nicaragua

Aufstand gegen den Autokraten

● Was als Protest gegen höhere Sozialabgaben begann, hat sich zur Massenbewegung, zum Sturz des autokratisch regierenden Präsidenten Daniel Ortega ausgewachsen. Seit vergangener Woche weiteten sich die Proteste auf das ganze Land aus – mindestens 34 Menschen starben in nur wenigen Tagen, darunter viele Studenten. Einige Demonstranten wurden regelrecht hingerichtet. Doch je härter Polizei und regimetreue Schlägertrupps durchgriffen, desto zahlreicher wurden die Proteste.

Ortega, der schon von 1979 bis 1990 als sandinistischer Revolutionsführer über das Land herrschte, wurde 2006 zum Präsidenten gewählt – und wandelte sich zum Autokraten. Er setzte 2014 eine Verfassungsänderung durch, die eine unbegrenzte Wiederwahl ermöglicht. Ortegas Partei kontrolliert Parlament, Gerichte, Polizei und Armee; sein Familienclan besitzt Radio- und Fernsehsender.

Als Nachfolgerin hat er seine Frau Rosario Murillo auserkoren, die er zur Vizepräsidentin ernannt hat. Gemeinsam herrscht das Paar über das Land. Bis vor Kurzem unterstützte auch der mächtige Unternehmerverband den Autokraten, Freunden und Verwandten schenkt er Posten und Pfründen zu. Auch sich selbst soll er nach Kräften bereichern.



Anti-Ortega-Demonstranten in Managua

Die Wut gegen Ortega hatte sich seit Jahren angestaut. Ein Auslöser der Krise war, dass die Regierung Venezuelas, die in finanziellen Schwierigkeiten steckt, die Subventionen an Nicaragua kürzte. Daher ordnete Ortega Mitte April eine Rentenkürzung und höhere Sozialabgaben an. Aber er unterschätzte die Reaktion seiner Bürger – als die Sicherheitskräfte Rentner verprügelten, gingen auch Studenten auf die Straße.

Am vergangenen Sonntag nahm Ortega die umstrittene Sozialreform schließlich zurück, aber da war es zu spät, um die Gemüter zu beruhigen. Am Montag hat sich die Regierung zum Dialog bereit erklärt, die Kirche will bei den Gesprächen vermitteln. Doch viele Studenten, die sich etwa auf einem Universitätsgelände in der Hauptstadt Managua verschanzt haben, wollen zuerst ihre Forderungen erfüllt und die Morde an ihren Kommilitonen aufgeklärt sehen – viele von ihnen stellen sich auf einen langen Kampf ein. JGL

Spanien

Können die Katalanen von den Basken lernen?

● Die Baskische Nationalpartei (PNV) hat der Regierung in Madrid diese Woche in Verhandlungen massive Zugeständnisse abgerungen: Unter anderem sollen die staatlichen Investitionen im Baskenland um 32 Prozent steigen. Weil der konservative Premier Mariano Rajoy für seinen Haushaltsplan die fünf Stimmen der Baskischen Nationalpartei braucht, lässt sich die PNV ihre Zustimmung vergolden. Der politische Erfolg kommt, kurz bevor die baskische Separatistenbande Eta am ersten Maiwochenende ihre Auflösung bekannt geben will: Die Eta hatte über 50 Jahre lang versucht, mit Gewalt die Loslösung des Baskenlands von Spanien zu erzwingen, und dabei rund 850 Menschen getötet. Die regierende PNV hatte mehrfach versucht, mit einer Verfassungsänderung



Demo zur Eta-Auflösung in Bilbao

die Unabhängigkeit zu erlangen. Doch die Bestrebungen scheiterten letztlich daran, dass eine Mehrheit der Bevölkerung zwar verbesserte Autonomierechte wollte, aber keine Trennung von Spanien.

Das baskische Modell könnte heute ein Vorbild für die Nationalisten in Katalonien sein. Denn die PNV hat Rajoy auch die Aufnahme von Gesprächen mit der Regierung in Barcelona abgerungen. Dort aber haben die Anhänger der Unabhängigkeit seit ihrem Wahlsieg im Dezember noch kein Kabinett gebildet. Dessen ehemaliger Chef Carles Puigdemont hatte seit der Amtsübernahme Anfang 2016 Verhandlungen über den Finanzausgleich der Regionen ausgeschlagen und allein auf die einseitige Abspaltung hingesteuert. Während er und seine Minister sich jetzt dafür vor der Justiz verantworten müssen, radikalisieren sich in Katalonien die Unabhängigkeitsfanatiker zunehmend. Und das, obwohl laut Umfragen nicht mehr als 40 Prozent der Bürger die Trennung von Spanien wünschen. HZU

Chappatte





CARLOS BARRIA / REUTERS

Präsidenten Trump, Macron: »Wir sind beide Außenseiter unserer jeweiligen politischen Systeme«

Eine Reise für die Bilder

Frankreich Der Staatsbesuch bei US-Präsident Donald Trump war für Emmanuel Macron ein persönlicher Erfolg am Ende seines ersten Amtsjahres. Aber nützt die irritierende Nähe der beiden Staatseführer auch dem Rest der Welt? *Von Julia Amalia Heyer*

Ganz am Ende dieser Reise, nachdem er Donald Trump geherzt und vor dem Kongress eine kämpferische Rede gehalten hat, keine zwei Stunden bevor sein Airbus mit der Trikolore wieder in Richtung Paris abhebt, lässt sich Emmanuel Macron in einem schlauchartigen Raum mit schummrigem Licht auf einen Sessel fallen: »I'm yours«, eröffnet er das Gespräch in kleinem Kreis. Ich gehöre ganz euch.

Sollte er erschöpft sein, was er eigentlich sein müsste nach diesen Tagen, lässt er es sich nicht anmerken. Er ist schmaler geworden nach knapp einem Jahr im Amt, eine dicke Schicht Make-up bedeckt sein Gesicht. Er sieht dadurch unnatürlich gebräunt aus, fast ein wenig, als hätte Donald Trump auf ihn abgefärbt.

Erwartungsvoll blickt Macron in die Runde. Er hat eine Handvoll Journalisten eingeladen, jetzt sitzen in diesem Raum der George-Washington-Universität die prominentesten Kommentatoren der USA. Für Macron ist es eine Art Nachbereitung seines Staatsbesuchs, den die Welt als Fest der Bilder erlebt hat und zu dem er gern ein paar Sätze sagen möchte. Ein letztes Wort, gewissermaßen.

Natürlich hat er auf sich warten lassen, der französische Präsident, wie immer, er ist fast eine Stunde zu spät. Einen Zeitplan, den Emmanuel Macron einhält, gibt es nicht. Egal wie einflussreich diejenigen sind, die auf ihn warten. Als er vergangene Woche Angela Merkel in Berlin besuchte, kam er mit 35 Minuten Verspätung an.

Macron hat die Amerikaner mit seinem Besuch fasziniert, seine Auftritte in den USA, aber nicht nur hier, ähneln immer mehr denen eines Popstars. In Washington stehen die Menschen Spalier, sie fotografieren ihn mit ihren Handys. »Mister President«, rufen sie, »Emmanooooel!«

Kurz vor dem Treffen mit den Journalisten hat Macron in der Universität mit Studenten gesprochen. Stand in der Mitte einer riesigen Aula, ohne Jackett und mit aufgekrempten Hemdsärmeln wie einst Barack Obama, und tat, was er oft und gern tut: Er redete und beantwortete Fragen, über eine Stunde lang.

»Wie schützen Sie meine jüdischen Großeltern vor dem in Frankreich grassierenden Antisemitismus?«

»Was Sie mit En Marche geschaffen haben, ist so inspirierend. Können wir hier in den USA das wiederholen, was Ihnen in Frankreich gelang?«

Er stand auf der Bühne und sprach frei auf Englisch, das hat noch kein französischer Präsident je getan, wenngleich natürlich mit Akzent. Wie ein Prediger ermahnte er die Studenten, sie sollten jene ignorieren, die ihnen sagten, man könne es nur schaffen, wenn man sich an die Regeln halte. »That's bullshit«, rief er, und die Studenten lachten.

Als er schließlich das Hinterzimmer betritt, dauert es nicht lange, bis er die US-Journalisten, die die liberale Elite des Landes repräsentieren, ähnlich begeistert hat wie kurz zuvor die Studenten in der Aula und davor die Kongressabgeordneten. Und all das trotz seiner »very special relationship« mit Donald Trump, dem verhasst-

Trotz der teilweise peinlichen Szenen schafft Macron es, am Ende größer dazustehen als zuvor.

ten Präsidenten, von dem er am Vortag scheinbar kaum die Hände lassen konnte. Das muss man erst einmal hinbekommen.

Der Staatsbesuch ist für Macron ein Erfolg, trotz der teilweise peinlichen Szenen. Er schafft es, am Ende größer dazustehen als bei seiner Ankunft.

Wie ein Geschenk zum einjährigen Amtsjubiläum mutet dieser offizielle Staatsbesuch an; es war die erste Einladung dieser Art, die Donald Trump überhaupt aussprach. Und immer wieder betonten es alle, die Amerikaner und die Franzosen: was für eine Auszeichnung! Als sei diese Reise allein schon Beweis dafür, dass die europäische Politik, zumindest für diesen Moment, ihren Meister gefunden hat: in Emmanuel Macron, dem französischen Präsidenten, 40 Jahre alt. Kaum einer wird müde, darauf hinzuweisen, dass Angela Merkel am Ende der Woche mit deutlich geringeren Ehren empfangen werde.

Der Besuch kommt ein Jahr nachdem Macron die Rechtspopulistin Marine Le Pen deutlich besiegt hat. Das war für die

Liberalen auf der Welt so sehr ein Hoffnungsschimmer wie der Sieg Trumps ein halbes Jahr zuvor ein Albtraum gewesen war. Es gehört zu den Sonderbarkeiten der internationalen Politik, dass ausgerechnet diese beiden Männer, die für so viel Gegensätzliches stehen, nun anscheinend persönlich Gefallen aneinander gefunden haben.

Was die Franzosen wohl darüber denken? Macron sagt der Journalistenrunde am Abend vor seinem Abflug, er glaube, dass sie stolz auf ihn seien. Die Umfragen geben ihm recht. 40 Prozent der Franzosen sind zufrieden mit ihm; das sind keine umwerfenden Werte, aber sie sind deutlich besser als bei seinem Vorgänger François Hollande zum gleichen Zeitpunkt. Dabei schlägt ihm zu Hause in diesen Tagen immer mehr Wut entgegen, von streikenden Bahnmitarbeitern und anderen, die er mit seinen Reformplänen verstört hat, auch in den Medien gibt es immer deutlichere Kritik. Doch sie alle hat er in diesen Tagen in Amerika weit hinter sich gelassen.

Am Montag gegen 13 Uhr landet Macron auf der Andrews Air Force Base außerhalb der Hauptstadt, die Gangway dockt unter Geruckel an seinen Airbus A 330 an. Dann tritt der Präsident heraus, und er steht kaum drei Minuten auf amerikanischem Boden, da gibt er prompt eine kleine Pressekonferenz. Eine große Ehre sei dieser Besuch, sagt er auf Englisch, und dann, zur Sicherheit, auch auf Französisch. Im Hintergrund brummt noch der Airbus.

Er stellt kurz sein Programm vor, das Treffen mit den Trumps in Mount Vernon, dem einstigen Landsitz George Washingtons, und im Weißen Haus, seine Rede im Kongress. Sein Besuch, sagt er, berühre alle Belange. Es werde um die großen Themen gehen, um Sicherheit und Klimawandel, aber auch um den Handelsstreit mit Europa. Es würden »viele Entscheidungen« zu fällen sein, sagt Macron, denn es gebe »viele Unsicherheiten«.

Die Unsicherheiten, sie werden auch nach seiner Abreise nicht geringer sein. Vor allem aber werden die Bilder des Besuchs im Gedächtnis bleiben. Von diesen beiden ungleichen Männern, die sich ein ums andere Mal ihrer gegenseitigen Wertschätzung versichern. Mit Worten, Küssen, Umarmungen. Wer das drei Tage lang aus der Nähe verfolgt, dem wird es schnell ein biss-

chen zu viel. Die ostentativ ausgestellte Freundschaft zwischen Trump und Macron, sie ist eine Show, von der bislang vor allem die beiden profitieren.

Trump, weil er sich mit dem französischen Präsidenten-Jungstar zeigen kann, der, anders als Angela Merkel oder Theresa May, über seine Scherze lacht und der ihm bei der gemeinsamen Pressekonferenz spontan einen Kuss auf die Wange drückt.

»Wie Präsident Trump gerade eben so richtig sagte«, »cher Donald, du und ich, wir ähneln uns«, Macron verfügt über ein ganzes Arsenal an rhetorischen Nettigkeiten, um sein Gegenüber bei Laune zu halten; Versatzstücke, die er alle zwei, drei Sätze einstreut. Beschworen wird ein ums andere Mal die 240 Jahre alte Verbundenheit, La Fayette und Washington, die gemeinsame Geschichte.

Macron profitiert von diesem Besuch ebenfalls, nicht nur, weil er der strahlende Beweis dafür ist, dass Frankreich zurück ist auf der Weltbühne. Er gilt jetzt auch so manchem Amerikaner als Retter des Westens und seiner Werte. Vor über einem Jahr erhielt diese Auszeichnung noch Angela Merkel, doch die ging seither mit Trump wesentlich frostiger um – und scheint dementsprechend wenig Einfluss auf ihn zu haben. Macron nennen sie nun den »Trump-Flüsterer«. Er hat früh erkannt, wie man mit diesem Mann umgehen muss, der vom Showbusiness mehr versteht als von der Politik. Und auch,

welches Potenzial dessen Präsidentschaft birgt, nicht zuletzt für ihn, Macron, selbst.

Die Frage ist nun, in welcher Hinsicht der Rest der Welt von dieser Beziehung profitiert. Diese Antwort ist allerdings auch nach dieser Reise noch offen.

Vorerst wirkt es nicht so, als hätte Macron Trump dazu gebracht, seine Einstellung in irgendeiner Frage grundsätzlich zu ändern. Im Gegenteil. Die Zölle auf europäische Aluminium- und Stahlimporte treten wohl Anfang Mai in Kraft. Ob Trump das Iran-Abkommen aufkündigt oder nicht, steht in den Sternen. »Niemand weiß, was ich tun werde«, frohlockte er bei der gemeinsamen Pressekonferenz, gerade so, als wäre die Weltpolitik ein Ratespielchen.

Macron warb in Washington für einen neuen, »umfassenderen Deal«, das war der Auftrag, den er auch von seinen europäischen Kollegen erhalten hatte: den US-Präsidenten dazu zu bringen, das bestehende Abkommen nicht aufzukündigen, sondern es um Aspekte zu erweitern, die ihm wichtig sind. Etwa die iranischen Raketen-tests oder das destabilisierende Verhalten Teherans im Nahen Osten. Spätestens am 12. Mai muss der US-Präsident die Entscheidung fällen, dann muss er, wie alle 120 Tage, die Aussetzung der US-Sanktionen gegen Iran erneuern. Tut er das nicht, dann ist das Nuklearabkommen zwar nicht automatisch tot, aber doch auf dem Weg der Auflösung. Denn Iran hat bereits an-

gekündigt, in diesem Fall wieder mit der Urananreicherung zu beginnen.

Er wisse nicht, was Trump am 12. Mai tun werde, sagt Macron an jenem Abend kurz vor seinem Abflug in der exklusiven Journalistenrunde: »Ich bin nicht sehr optimistisch.« Er verstehe nicht, warum viele den US-Präsidenten für unberechenbar hielten. »Ich halte ihn für äußerst berechenbar.« Trump mache gemeinhin das, was er sage. Für die Stabilität im Nahen Osten verheißt das nichts Gutes.

Neben Macron an der Wand prangt in weißen Lettern der Satz »We will change the world«, aber dafür kann er nichts, es war der Secret Service, der den Raum für das Treffen ausgesucht hat. Hinter ihm sitzt sein diplomatischer Berater Philippe Étienne und tippt in sein Smartphone, der französische Botschafter hält ein Nickerchen auf dem Sofa. Staatsbesuche, und dieser vielleicht besonders, sind eine anstrengende Sache.

Einer nach dem anderen stellt jetzt Fragen zu Iran, man hat ja auch nicht jeden Tag einen französischen Präsidenten vor der Nase, der geduldig und ausführlich antwortet. Der Starkolumnist Roger Cohen von der »New York Times« will wissen, ob Macron mit seinem Besuch gescheitert sei, falls Trump das Nuklearabkommen platzen lasse. »Warum denn?«, fragt Macron mit großen Augen zurück. Er sei doch nicht mit dem Versprechen in die USA geflogen, Trump umzustimmen.

Oh Dear

Was wollen die beiden Machtmänner Trump und Macron mit ihrem Geturtel und Gekuschel ausdrücken? Eine kleine Übersetzungshilfe.

Die politische Standardgeste richtet sich an Unschuldige: Von jeher gehen Politiker auf Kinder zu und halten sie hoch oder tätscheln ihnen den Kopf. Es ist ein schlichtes Ritual, das den Politiker als Freund und Beschützer zeigt, und hat doch tiefere Wurzeln, denn es spielt auf eine klassische Idee an: der Regent als Vater seines Volkes. Dem französischen König wurde die Gabe zugeschrieben, Hautkrankheiten heilen zu können, durch die heilige Salbung, die er erfahren hatte. Bewegte sich der König durch die Straßen, wurde er von Kranken erwartet, solch eine huldvolle Berührung eines Untertanen bekräftigt die Autorität des Monarchen. Wenn mächtige Männer sich Kranken und Besorgten zuwenden, dann ist das ein Echo aus Zeiten monarchischer Rituale: Sie spenden Kraft.

Ansonsten aber sind Könige und Präsidenten unberührbar. Man klopft ihnen nicht auf den Rücken und rempelt sie nicht an. Es gibt daher auf dieser Ebene von Politik keine folgenlosen



Gesten. Die Vorstellung, dass das Oberhaupt seinen Staat, seine Symbole, Institutionen und Bürger verkörpert, ist viel älter als das Konzept einer diskursiven Öffentlichkeit. Es ist eine vor-demokratische, aber höchst wirksame Art der Kommunikation über Körpersprache, Kostüme und Gesten, die jeder versteht. Was ist mit den Mächtigen los? Wirken sie krank, schwach oder süchtig nach Luxus? Wer die greisen Regenten des Warschauer Pakts sah, ahnte doch, dass die Sache nicht mehr lange dauern würde, egal, was in den Zeitungen stand.

Ob der US-Präsident denn überhaupt wisse, was in diesem Abkommen stehe? Macron antwortet prompt: »Ich habe keinen Grund, das Gegenteil anzunehmen.«

Auch hier, bei Trumps Kritikern, will Macron einen guten Eindruck machen. Sein Zauber soll wirken. Er will sich erklären, nach drei Tagen Trump-Dauerspektakel. Aber natürlich darf er den wohl mächtigsten und meistgehassten Mann der Welt dabei nicht schlecht dastehen lassen.

Macron mag solche Herausforderungen. Im Nahkampf ist er unschlagbar.

Zu Hause in Frankreich kann er grollenden Rentnern auf eine Weise erklären, warum er ihre Bezüge kürzt, dass sie ihm hinterher trotzdem ein Lächeln schenken. Er kann vor erzkatholischen Bischöfen die Möglichkeit der künstlichen Befruchtung preisen und erhält anschließend Applaus.

Aber wie weit kommt er mit seiner verbindlichen Art bei jemandem wie Trump? Kann man Trump vertrauen?

»Ja«, sagt Emmanuel Macron, ohne zu zögern. Und zitiert dann den Philosophen Emmanuel Levinas. Vertrauen sei etwas, das man jemandem schenke, nicht etwas, das sich ein anderer erarbeiten müsse.

»Ich habe ihm mein Vertrauen geschenkt«, sagt Macron. Es habe gar keine andere Wahl gegeben. Für Europa gebe es nur die USA als Verbündeten. Dasselbe gelte allerdings umgekehrt auch für die USA. »Ich vertraue Ihrem Präsidenten, weil ich möchte, dass er Teil unseres Klubs

ist«, sagt Macron und schaut dabei eindringlich in die Runde.

Er glaubt, dass er Trump durch eine persönliche Beziehung, durch diese merkwürdige Männerfreundschaft, an Europa und dessen Werte binden kann. Und damit vielleicht, mit etwas Glück, auch an das Klima- und an das Nuklearabkommen.

Es gab für Macron bisher keinen Grund, an seinen Verführungskünsten zu zweifeln. Das meiste, was er anpackte, gelang. Allerdings gab es auch Rückschläge. Trotz seiner großen Europa-Rede an der Sorbonne im vergangenen Jahr ist die Reform der EU bisher keinen Schritt vorangekommen. Die große Geste macht zwar Eindruck, aber erzielt sie auch Wirkung?

Macron ist bewusst, dass sein Erfolgsprinzip mit Donald Trump an seine Grenzen gelangen könnte.

Bevor er Präsident wurde, hat er Fragen nach seiner Zukunft gern mit einem Bonmot auf Englisch beantwortet: »The sky is the limit.« Bislang scheint er sich an diese Devise zu halten. Erst als junger Minister, dann als Präsident, hat er sein Land aufgemischt. Er reformiert und erneuert Frankreich schneller als jeder seiner Vorgänger. Jetzt soll der Rest der Welt an der Reihe sein.

Sein Besuch in den USA erinnert an den Beginn seiner Amtszeit, als er ebenfalls bewusst denkwürdige Momente mit großer Symbolkraft schuf und damit das Amt des Präsidenten wieder erhabener machte. Was dringend notwendig erschien nach

François Hollande, der zu oft mit beschlagener Brille im Regen herumstand; eine traurige, kraftlose Gestalt, für die sich die Franzosen fast schon schämten.

Und dann kam Macron, der den Innenhof des Louvre durchschritt, begleitet allein von den Klängen Beethovens. Macron, der sich von einem Helikopter auf ein U-Boot abseilen ließ, in Uniform. Der an seinem Schreibtisch, gerahmt von Ministern, Gesetze unterschrieb. Als im vergangenen Juni sein offizielles Porträt vorgestellt wurde, das nun in Schulen und Ministerien hängt, ließ er dazu ein Video verbreiten, ein Making-of, das ihn während des Shootings zeigt, wie er versonnen seine zwei Smartphones weglegt und ein Buch aufschlägt.

»Politik ist ein Stil, ein Zauber. Man muss im Kern definieren, was für eine Botschaft man aussenden will«, das hat Macron einmal gesagt. Das ist seine Maxime, danach handelt er, von Anfang an. Er suggeriert vermeintliche Nähe, eine Illusion des Informellen. Doch seine Kontrolle darüber, wie er dargestellt wird, könnte größer kaum sein.

Viele französische Journalisten glauben, Macron sei derart besessen, alles zu kontrollieren, dass dieser Wunsch gar mit den demokratischen Prinzipien kollidiere. So lässt sich die Reporterin einer großen Tageszeitung, die den politischen Betrieb Frankreichs lange Zeit begleitet hat, jetzt versetzen. Man bekomme im Élysée keine verlässlichen Informationen mehr, sagt



Meisterliche Gesten, die der Macht ihren Sinn verleihen, werden oft versucht, sind aber selten: Der Kniefall Willy Brandts vor dem Mahnmahl des Warschauer Gettos gehört dazu, die Berührung von Helmut Kohl und François Mitterrand 1984 über den Gräbern von Verdun und vielleicht der Moment, als Angela Merkel ihren Kopf auf die Schulter von François Hollande legte, kurz nach den Attentaten von Paris. Diese Gesten definierten in wenigen Augenblicken ganze Epochen.

Was ist also von zwei Präsidenten zu halten, die sich aneinanderklammern, sich stupsen und küssen, umarmen und an den Händen ziehen wie Donald Trump und Emmanuel Macron?

Die Gestik tritt in den Vordergrund, weil das herkömmliche Medium der Sprache nicht mehr gut zu gebrauchen ist. Trump hat kein Verhältnis zur Wahrheit oder Widerspruchsfreiheit seiner Aussagen, und es ist ihm auch gleich, was Macron so von sich gibt. Daher scheint die Körpersprache für beide von Vorteil: Trump darf darauf hoffen, dass seine Übergriffigkeit andere, inhaltliche

sie. Macron sei so erpicht darauf zu bestimmen, wer wann wo etwas sagen dürfe, dass seine Berater und Getreuen lieber gleich schwiegen.

Die vermeintlich unmittelbarsten Bilder und Videos von Emmanuel Macron bekommt man ohnehin auf seiner Facebook-Seite. Das ist auch bei diesem Staatsbesuch nicht anders. Auf Facebook kann man Macron live begleiten, ohne stundenlanges Warten vor roten Absperrbändern.

Man sieht ihn da kurz nach seiner Ankunft beim spontan arrangierten Bummel zum Lincoln Memorial und beim Händeschütteln mit Passanten. Man kann auch die acht Sekunden der Entscheidungsfindung des Ehepaars Macron beobachten, ob sie nun spazieren gehen oder nicht. »Let's have a walk«, sagt Emmanuel da zu Brigitte, auf Englisch natürlich. »If you want«, antwortet sie und lächelt kurz in die Kamera.

Doch in diesen drei Tagen bei Donald Trump kann selbst der Perfektionist Macron nicht alle Bilder kontrollieren. Da sind diese bizarren Momente, etwa als die beiden Männer gemeinsam eine französische Eiche neben dem Weißen Haus pflanzen, mit Schaufeln ein bisschen Erde auf das dürre Bäumchen rieseln lassen, während hinter ihnen die Frauen mit ihren Absätzen im Rasen versinken. Oder als Trump dem Franzosen die Schuppen von der Schulter wischt, ihn an der Hand nimmt und hinter sich herzieht wie ein kleines Kind.

Manche bewundern Macron für seine Contenance an der Seite des US-Präsidenten, den anderen ist es schlicht zu viel. »Un voyage pour l'image«, sagt ein Delegationsmitglied, eine Reise für die Bilder.

Der Höhepunkt seines Besuchs jedoch ist die Rede vor den Abgeordneten und Senatoren im Kongress. Er macht das Halbrund zu seiner Arena, umjubelt wird schon sein Einzug. Nach dem Spott über den Schulterchluss mit Trump begeistert er nun dessen politischen Gegner mit einer kämpferischen Rede.

Macrons Weltsicht, so wie er sie im Kongress darlegt, widerspricht in fast allem den Vorstellungen Donald Trumps. Er verurteilt den Isolationismus. Wer sich aus der Welt zurückziehe, schaffe ein Vakuum, das »Mächte mit stärkerer Strategie und Ambition füllen werden«, sagt er. »Man kann mit Ängsten und Wut spielen, aber sie bauen nichts auf.« Nationalismus sei eine Illusion.

Amerikas Iran-Politik könne zu einem neuen Krieg im Nahen Osten führen. Man müsse die Souveränität aller Staaten achten, auch die Irans. Da klatschen dann nur noch die Demokraten.

Macron, der Seiltänzer. Am Ende mögen ihn trotzdem doch alle, irgendwie. Nur ein republikanischer Abgeordneter aus Kentucky twittert, der französische Präsident sei ein »sozialistischer, militaristischer, globalistischer Wissenschaftsalarmer«. Was immer das sein soll.

Letzte Frage in der kleinen Runde mit dem Präsidenten, die Zeit drängt, Macron muss zum Flugzeug. Hat er Trump wirklich so lieb, wie es drei Tage lang den Anschein hatte? Ist diese Beziehung zwischen zwei so offenkundig unterschiedlichen Menschen tatsächlich echt?

Macron rutscht auf die Sesselkante, aber nicht etwa, weil ihm diese Frage unangenehm wäre. »Hören Sie«, sagt er. »Ich habe meine Art, Zuneigung auszudrücken.« Die Gäste schmunzeln. »Und Donald Trump hat seine, die beiden Stile haben sich jetzt vermischt«, fährt Macron fort. Lautes Lachen.

»Wir sind beide Außenseiter unserer jeweiligen politischen Systeme.« Beide regieren, haben Wahlen gewonnen, entgegen aller Wahrscheinlichkeit. Das ist es, was sie verbindet. Zwei Außenseiter, die es geschafft haben, die mächtigsten Männer ihrer Länder zu werden. Die Kameras lieben und eine gute Show. Sie sind sich so fremd, wie man es nur sein kann. Und gleichzeitig doch irgendwie ähnlich.

Macron muss los. Er steht auf, er lächelt, schüttelt jedem und jeder die Hand, und er verlässt auch diesen Raum im Wissen, dass er wieder einmal gewonnen hat.

Video
**Wie Trump Macrons
Charme erlag**

spiegel.de/sp182018macron
oder in der App DER SPIEGEL



MARK WILSON / GETTY IMAGES

Botschaften überstrahlt – und so ist es ja auch gekommen. Und Macron wird auch von der anderen Seite des politischen Spektrums wahrgenommen, wo man mit rationaler Kommunikation und liberaler Politik wenig anfangen kann. Auch Fox News und Breitbart berichten über einen Europäer, der Trump küsst.

Das Kalkül auf beiden Seiten entspringt der zutreffenden Analyse, dass Gesten dort wirken, wo keine gemeinsame Sprache mehr vorhanden ist. Doch das ist nur der Ausgangspunkt. Das Publikum liest diese Rangeleien und Zutraulicheiten als

Versicherung, dass der andere Mann schon ein guter Sportsfreund sei, der, jenseits aller Differenzen, das Herz auf dem rechten Fleck habe. Das muss sich freilich erst noch erweisen.

Beide Männer gehen ein Risiko ein, aber nicht, weil sie einen Plan verfolgen, eher aus Mangel an Alternativen. Ihre Situation ist vergleichbar: Sie sind Neulinge in der professionellen Politik und haben ihren Bürgern versprochen, den Laden gründlich umzugestalten. Beide haben dafür eine parlamentarische Mehrheit, dennoch läuft ihnen die Zeit davon. Und beide haben Grund, sich isoliert zu fühlen: Trump vom politischen Establishment seines Landes und Macron von den Europäern, die seine Reformpläne nicht mittragen wollen. Die maximierte Aufmerksamkeit eines Auftritts auf der Weltbühne als transatlantisches »odd couple« in der optischen Tradition von Charles de Gaulle und John F. Kennedy kommt ihnen recht, um zu zeigen, dass sich gerade Regeln ändern, dass auch das Amt eines Präsidenten plötzlich eine weitere, kumpelhafte Dimension hat.

Die Bekräftigung des Bundes unter Männern isoliert die beiden aber auch, denn ihre Frauen, ja Frauen in der Politik überhaupt, verhalten sich ganz anders, siehe Angela Merkel. Zudem betonen die Gesten des Zusammenhalts unfreiwillig das politische Abseits, in das sich die beiden aus völlig unterschiedlichen Gründen manövriert haben.

Es war ein Tasten und ein Ziehen, aber die Botschaft war von großer Ratlosigkeit. Denn auch wenn man sich alter Kommunikationsformen wie der politischen Geste bedient, gelten dieselben Regeln wie sonst: Man sollte wissen, was man sagen möchte. Nils Minkmar

Feuer und Frieden

Analyse Gelingt Donald Trump, woran seine Vorgänger gescheitert sind – kann womöglich ausgerechnet der impulsive Präsident den Atomstreit mit Nordkorea lösen?

Es ist nicht lange her, da hat Donald Trump Nordkoreas Diktator als »krankes Hündchen« beschimpft. Jetzt ist er voll des Lobes für Kim Jong Un, dieser habe sich »sehr offen« und »sehr ehrenhaft« gezeigt; er klingt dabei wie ein Lehrer, der über die gelungene Umerziehung eines missratenen Schülers spricht. Vor allem aber ist Trump stolz auf sich selbst. Und damit hat er ausnahmsweise recht. Denn im Atomstreit hat der US-Präsident einiges in Bewegung gebracht, ob einem nun sein Stil gefällt oder nicht. Er hat gegenüber dem Kim-Regime eine ernsthafte militärische Drohkulisse aufgebaut und dafür gesorgt, dass die Uno-Sanktionen drastisch verschärft wurden. Und als Kim Anfang des Jahres plötzlich eine Charmeoffensive startete, nutzte Trump die Gelegenheit und nahm Kims Einladung zum persönlichen Treffen an. Vergangene Woche überraschte der Diktator dann mit der Ankündigung, seine Atom- und Raketentests einstellen zu wollen – auch wenn er sein Land bei dieser Gelegenheit erneut zur Nuklearmacht erklärte.

Was Kim letztlich bewogen hat, auf Entspannung umzuschalten, darüber kann man nur spekulieren. War es tatsächlich der geniale Strategie Trump? Oder eher der Druck der Sanktionen? Oder hat Kim, wie Experten in Südkorea vermuten, die propagandistische Wende ohnehin seit Längerem geplant, weil er sein Atomprogramm weitgehend abgeschlossen hat? Fest steht: Ende Mai oder Anfang Juni wollen Trump und Kim sich treffen. Und das ist an sich schon ein Fortschritt.

Es gab schon mal einen Moment, in dem Kim vielleicht zu einem solchen Treffen bereit gewesen wäre, das war 2012, kurz nachdem er zum neuen Herrscher geworden war und deutlich machte, dass er die wirtschaftliche Lage seines Landes verbessern wolle. Damals war Barack Obama Präsident der USA, doch der reagierte auf Kims Entspannungssignale nicht. Danach begann Kim mit seinen Atombomben- und Raketentests, und die Gelegenheit für Diplomatie war verstrichen. Das zumindest hat Trump nun besser gemacht.

Die Erwartungen an den Gipfel aber sind hoch; selbst dass Nordkorea seinen Verzicht auf Atomwaffen erklärt, bis vor Kurzem noch undenkbar, scheint plötzlich nicht mehr gänzlich ausgeschlossen. Eine solche Zusage Kims könnte Trump der Welt als historischen Durchbruch präsentieren. Im Gegenzug könnte er ein Ende der Sanktionen und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Pjöngjang versprechen. Mit dem Gipfel wäre jedoch der leichte Teil der Annäherung vorbei. Der schwierige Teil käme danach: wenn sich herausstellt, dass beide jeweils etwas anderes unter »Denuklearisierung«

verstehen. Denn die USA pochen darauf, dass Nordkorea ganz auf Atomwaffen verzichtet, überprüfbar und unumkehrbar. Das Kim-Regime peilt dagegen letztlich eine Art Abrüstungsdialog an, unter Atomwaffen, auf Augenhöhe.

Das wiederum wäre nicht neu. Im Jahr 1994 vereinbarten die USA und Nordkorea das Genfer Rahmenabkommen. Darin entsagte der Vater des jetzigen Diktators seinem Atomprogramm, im Gegenzug sagten Washington und seine Verbündeten Öllieferungen und den Bau von Leichtwasser-Reaktoren zu. Doch dann fand Pjöngjang immer wieder Vorwände, um sein Wort zu brechen. Denn das Atomprogramm ist Staatsräson; und das gilt bis heute. Ohne die enormen Fortschritte

beim Atom- und Raketenprogramm würde Trump den Mann in Pjöngjang wohl kaum ernst nehmen. Dass Kim seine Atomwaffen für immer aufgibt, erwartet daher keiner der Experten. Gleichwohl ist es besser zu reden, als Krieg zu führen.

Nach dem Gipfel müsste Trump indes Kontrollmechanismen in Gang setzen, um Kims etwaige Zusagen zu überprüfen. Ob Trump die Geduld dafür aufbringt und ob er es schafft, ausgerechnet mit Nordkorea ein solch kompliziertes Vertragswerk auszuhandeln, ist fraglich. Ein ähnliches diplomatisches Meisterstück mit einer anderen aggressiven angehenden Nuklearmacht gelang bisher erst einmal, die Verhandlungen zogen sich über Jahre und drohten zu scheitern – das Atomabkommen mit Iran. Ausgerechnet diesen Deal, obwohl Vorbild für Nordkorea, könnte Trump in den kommenden Wochen aufkündigen.

Zudem wurde gerade bekannt, dass der Präsident Admiral Harry Harris für den wichtigen Posten des Botschafters in Seoul nominieren will. Der Admiral ist ein Hardliner; er hält Nordkorea für die »unbere-

chenbarste und gefährlichste Bedrohung« der USA. Weitere Nordkorea-Hardliner sind Trumps neuer Sicherheitsberater John Bolton, der das Land schon mal bombardieren lassen wollte, sowie der neue Außenminister Mike Pompeo, der sich mit Kim über Ostern in Pjöngjang traf, um den Gipfel mit Trump vorzubereiten. Ausgerechnet diesem Trio obliegt die diplomatische Annäherung.

Aber selbst wenn das Gipfeltreffen zum Erfolg wird – ob es wirklich gelingt, Nordkorea seine Atomwaffen dauerhaft abzuhandeln, dürfte sich erst in einigen Jahren zeigen. Trump könnte dann längst Geschichte sein, Kim dagegen dürfte wohl noch immer regieren. Er hat Zeit. Und er hat eine klare Strategie. Was man von Trump bislang nicht sagen kann.

Wieland Wagner

Mail: wieland.wagner@spiegel.de



Gesandter Pompeo, Diktator Kim
bei ihrem Treffen in Pjöngjang



Bürgermeister Coffrini, Dorfpriester Don Evandro 2014: »Die alte Ordnung hat sich aufgelöst«

Die Erben des Don Camillo

Italien Während man in Rom noch um eine Regierung ringt, zeichnen sich in der Provinz bereits neue Allianzen ab. Ein Besuch in Brescello, wo die alten Parteien nichts mehr zu sagen haben.

Da hängt er noch immer, nur sagt er nichts mehr: der berühmte »sprechende Christus«, der holzgeschnitzte Heiland, der dem Dorfpfarrer Don Camillo Tipps gab für den Umgang mit dem kommunistischen Bürgermeister Peppone.

Hier, in der Kirche von Brescello, wurden die Don-Camillo-Filme über das ländliche Nachkriegsitalien gedreht; über das zähe Mit- und Gegeneinander von Kommunisten und Kirchentreuen. Die Filme wurden weltweit zum Erfolg, und Brescello wurde zur Touristenattraktion. Aber das Dorf mit seinen 5600 Einwohnern ist auch und vor allem: Italien im Kleinformat, was das organisierte Verbrechen angeht und die große Politik.

Seit zwei Jahren gibt es wegen Unterwanderung durch die Mafia keinen Bür-

germeister mehr. Und bei den Wahlen am 4. März lagen auch hier, wie landesweit, die vom Komiker Beppe Grillo gegründete Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) sowie die rechtsnationale Lega vorn. Und das, obwohl in Brescello nach dem Krieg noch 53 Prozent den Kommunisten und Sozialisten ihre Stimme gaben.

Während acht Wochen nach der Parlamentswahl noch immer unklar ist, wer künftig in Rom regieren wird, kann man in und um Brescello etwas erfahren über die Lage des Landes. Denn das verschlafene Nest im Schwemmland des Po-Flusses, wo Straßen noch nach Salvador Allende und nach dem 1. Mai benannt sind, zeigt den dramatischen Wandel, der Italien seit Jahren erfasst; zeigt den Nährboden, auf dem die

simplen, nicht selten fremdenfeindlichen Rezepte der Wahlsieger gedeihen. Und weist vielleicht auch ein wenig die Zukunft.

In Brescello sind die Jungen nach Parma, Florenz oder ins Ausland abgewandert. Gekommen sind dafür Asylbewerber; zur Mittagszeit sieht man im Zentrum bisweilen weniger Einheimische als Einwanderer. Fast alle Bars im Ortskern werden mittlerweile von chinesischen Zuwanderern geführt. Und in der Nachbarschaft hat der zweitgrößte Sikh-Tempel Europas eröffnet. Dort beten nun die indischen Arbeiter, ohne deren Hilfe die umliegenden Käseproduzenten vor dem Ruin stünden.

KP und Kirche – das waren einmal die stabilen Säulen in dieser Region, in der »bassa«, dem flachen Land am Po-Ufer



mit seinen Reisefeldern, in den Filmen der Nachkriegszeit mythisch überhöht zum Herzland der Arbeiterklasse. Der Autor Giovanni Guareschi hat dieser »kleinen Welt«, in der er groß wurde, mit seinen Romanfiguren Don Camillo und Peppone literarisch ein Denkmal gesetzt.

Doch diese Welt gibt es nicht mehr.

Das sagt der Dorfpfarrer Don Evandro, als Sohn eines hartleibigen Kommunisten geboren in einem Dorf, in dessen Mitte eine Lenin-Statue stand. »Brescello ist ein Spiegel unserer Gesellschaft. Die alte Ordnung hat sich aufgelöst: Zuerst verschwanden in den Neunzigerjahren die kommunistische und die christdemokratische Partei, nun ist die Linke als Ganzes am Ende.«

Wer in Brescello nach Gründen für den politischen Erdrutsch sucht, muss nur raus aus Don Evandros Kirche, vorbei an den Bronzestatuen von Don Camillo und Peppone auf der Piazza und hinein ins prachtvolle Altstadtthaus von Marcello Coffrini. Dem Anwalt mit der nackenlangen Mähne ist nicht anzusehen, dass er mit 18 Jahren in die Kommunistische Partei eintrat und auf die Diktatur des Proletariats setzte.

Schon sein Vater war KP-Mitglied und von 1985 an fast zwei Jahrzehnte lang der Peppone von Brescello – zugleich Bürgermeister und Mann des Volkes. Der Sohn übernahm das Amt dann 2014, blieb allerdings keine zwei Jahre am Ruder. Auf Anweisung des Innenministers wurde die von ihm geleitete Verwaltung abgesetzt und der gesamte Ort wegen Mafia-Begünstigung unter Zwangsaufsicht gestellt: Coffrini und seine Leute, so der Vorwurf, hätten dem in Brescello siedelnden 'Ndrangheta-Clan Grande Aracri öffentlichen Boden sowie Bauaufträge zugeschanzt.

Ein Grund dafür, dass die Linke in Brescello einbrach? Der Ex-Bürgermeister sagt, der Niedergang der Linken habe mit seinem persönlichen Verschulden nichts zu tun: »Die Gründe dafür sind offensichtlich, die Wirtschaftskrise sowie der Flüchtlingsansturm beuteln unser Land – und die Fünf Sterne wie auch die Lega reiten die Welle der Empörung, leider mit Erfolg.«

Allein am Populismus allerdings kann es nicht gelegen haben. Denn in der Kunst, dem Volk nach dem Mund zu reden, waren auch die Konkurrenten Silvio Berlusconi mit seiner Partei Forza Italia und der Sozialdemokrat Matteo Renzi begabt. Sie landeten abgeschlagen im Feld.

Die Frage, warum Italiens Linke keine passenden Rezepte für die drängenden Probleme findet, führt in die Via Verdi. Dort haben die Sozialdemokraten ihren Sitz, die Tür zur Geschäftsstelle allerdings

ist verschlossen. Den Schlüssel bringt schließlich ein freundlicher Student. Er sagt: »Ich war der letzte Parteisekretär hier am Ort, nach mir kam keiner mehr.«

Drinnen sieht es aus wie in einer fluchtartig geräumten Kommandozentrale nach dem Einmarsch feindlicher Truppen. An der Wand hängen noch Porträts von Che Guevara und Antonio Gramsci, dem Mitbegründer der italienischen KP. In Eisenschranken lagern die gesammelten Werke von Marx und Engels sowie, gebündelt, alte Parteiausweise, Zeugnisse einer besseren Zeit. 70 Prozent der Mitglieder sind in den vergangenen zwei Jahren ausgetreten.

Also lieber auf zu den Wahlsiegern. Bei den Sondierungsgesprächen in Rom belauern sich M5S und Lega seit Wochen, überziehen einander mit unerfüllbaren Forderungen und strapazieren die Geduld ihrer Anhänger. Wie aber ist die Stimmung in Brescello, deutet sich hier eine Koalition an – oder eher eine Konfrontation?



Filmplakat mit Don Camillo und sprechendem Christus
Italien im Kleinformat

Das herauszufinden erweist sich als schwierig. Denn die beiden siegreichen Parteien haben im Dorf kein Büro, ja: Es findet sich noch nicht mal ein ortsbekanntes Mitglied, das zu einer Stellungnahme fähig wäre. Geradezu so, als wäre man bereits in jener Zukunft angelangt, von der die Fünf Sterne träumen; einer Epoche, in der das Volk via Internet unmittelbar entscheidet und die repräsentative Demokratie samt Volksvertretern überwunden ist.

Was die Lega betrifft, ist zumindest eine ehemalige Aktivistin zu sprechen: Catia Silva. Sie war jahrelang das Gesicht der Partei in Brescello. Eine Aktivistin der ersten Stunde, aus der Zeit, da die Partei sich noch Lega Nord nannte und offen für die Abspaltung des reicheren Norditalien vom Rest des Landes eintrat.

Im Januar 2018 aber, kurz vor dem Wahltriumph ihrer Partei, kündigte Silva der Lega brieflich die Treue. Ausgerechnet sie, die Ikone der Anti-Mafia-Bewegung in Brescello; sie, die mit ihren Anzeigen fünf Mafiosi ins Gefängnis gebracht hat und mit Morddrohungen leben muss, mal mündlich, mal in Form einer Patronenhülse im Briefkasten. Warum hat also ausgerechnet sie der Lega den Rücken gekehrt?

»Weil Matteo Salvini Deals mit Berlusconi macht und nun landesweit Leute auf seine Wahllisten nimmt, die wegen ihrer Vorstrafen gar nicht kandidieren dürfen«, sagt Silva und steuert ihren Lancia, Zigaretten und Rosenkranz griffbereit, einmal quer durch Brescello, um zu erklären, was ihrer Meinung nach schief läuft. Im Ort wie im ganzen Land.

Sie zeigt die nach dem kalabrischen Mafiadort Cutro benannte Siedlung, wo sich die zugewanderten Clanmitglieder aus Italiens Süden niedergelassen haben; sie deutet auf illegale Bauten und die Unterkünfte der Asylbewerber, sie spricht vom Unterfutter der organisierten Kriminalität. Die Linke im Ort habe »keine Antikörper gegen diese Epidemie«, sagt Silva, auch an der Staatsspitze sehe es nicht besser aus. »Dass unser Präsident zu Koalitionsverhandlungen einen Mann wie Berlusconi empfängt, der jahrelang die Mafia finanziert hat, ist ein Schlag ins Gesicht für uns alle.«

Bei Catia Silva zu Hause hängt die Auszeichnung der Polizei, in der ihr Kampf »an vorderster Front« gegen das Verbrechen gewürdigt wird. Und während im Fernsehen Berichte über die jüngsten Manöver ihres Ex-Parteichefs Matteo Salvini laufen, sagt die Aktivistin, sie gebe nicht auf – bei den anstehenden Lokalwahlen am 10. Juni werde sie wohl wieder antreten.

Silva telefoniert neuerdings regelmäßig mit der neuen Vize-Parlamentspräsidentin in Rom, Maria Edera Spadoni von den Fünf Sternen. Die stammt gleichfalls aus dieser Gegend und ist seit Längerem Silvas Mitstreiterin im Kampf gegen die Mafia im Don-Camillo-Dorf.

Eine langjährige Lega-Aktivistin und eine M5S-Abgeordnete Seite an Seite – ist das das neue Italien? Könnte Brescello einmal mehr zum Abbild werden für das, was im Land passiert?

So weit wolle sie noch nicht gehen, sagt Catia Silva. Aber eine gemeinsame Liste von lokalen Sympathisanten der Lega und der Fünf Sterne sei bereits geplant. Der Name: »Onestà«. Ehrlichkeit.

Walter Mayr

Mail: walter.mayr@spiegel.de

»Alles ist wunderbar«

Myanmar Zwei Reisen durch den muslimischen Westen: eine offizielle mit der Regierung und eine verbotene, die beweist, dass eine Rückkehr der Rohingya sobald nicht möglich ist. *Von Fiona Ehlers*

Sie haben an alles gedacht, die Staatsbeamten aus Myanmars Hauptstadt. Haben Geländewagen organisiert, um Vertreter der Welpresse bis zur Grenze nach Bangladesch zu karren. Haben einen Übersetzer mit einer Stimme wie eine Kreissäge aufgetrieben und ein Dutzend in ihren Sari schluchzende Mädchen, die berichten, dass sie von bösen Muslimen verschleppt und gequält worden seien.

Sie haben dafür gesorgt, dass klein gewachsene Stammesangehörige den Kameraras ihre Wunden entgegenstrecken, die ihnen angeblich Muslime beigebracht haben. Und haben, zu guter Letzt, ein paar der in Myanmar verbliebenen Muslime einbestellt, die mit gesenktem Blick Sätze wiederholen wie: »Unser Dorf wurde niemals angegriffen. Es geht uns gut. Alles ist wunderbar.«

Dabei ist in Myanmar wenig wunderbar, vor allem für die Muslime, die zum Volk der Rohingya gehören, einer Minderheit in dem überwiegend buddhistischen Land. Als im August vergangenen Jahres Rebellen der Rohingya Polizeiposten angriffen, schlug das Militär mit aller Härte zurück. In Panik flohen rund 700 000 Rohingya nach Bangladesch; die Uno sprach von »ethnischen Säuberungen«.

Aber was ganz genau geschah, ist immer noch wenig erzählt. Denn niemand kam hinein in weite Teile des Bundesstaats Rakhine im Westen des Landes; die Heimat der Rohingya ist seit Langem abgeriegelt für Ausländer.

Jetzt aber, zum ersten Mal seit Beginn der Krise, dürfen zwölf Journalisten aus Japan, Indien, Russland und Deutschland für

drei Tage das Grenzgebiet bereisen. Allerdings streng kontrolliert von der Regierung – denn die Weltöffentlichkeit soll davon überzeugt werden, dass hier eine junge, starke Demokratie gedeiht; dass die buddhistischen Machthaber bereit sind und willig, die geflohenen Muslime zurückzunehmen, »so viele wie möglich, und zwar sofort«, wie die mitreisenden Presseoffiziere nicht müde wurden zu betonen. Als wäre der Exodus, die gewaltsame Vertreibung, schlicht westliche Propaganda.

Gleich am zweiten Tag jedoch scheitern alle Bemühungen. Es ist der Moment, als zwei japanische TV-Reporter an der Grenze zu Bangladesch stehen und höflich bitten, die ersten Rückkehrer filmen zu dürfen. Aber es gibt keine Rückkehrer.

Die Japaner stehen an einer Brücke, auf der anderen Seite beginnt Bangladesch, davor befindet sich ein rostiges Tor. Durch dieses Tor sei bisher kein einziger Flüchtling getreten, sagt hinter vorgehaltener Hand ein Presseoffizier.

An dieser Tatsache lässt sich nicht drehen, auch nicht für das japanische Fernsehen, und so filmen die Reporter die leeren Lager, in denen eigentlich die Rohingya wohnen sollten. Da gibt es eine Ziege, die über den Helikopterlandeplatz spaziert, und Soldaten, die in blauer Uniform am Wegesrand stehen, um den Konvoi vor Rohingya zu schützen, die, warnt ständig ein Presseoffizier, »jederzeit aus der Landschaft springen und angreifen könnten«.

Der Pressetrip gerät zur Propagandashow, bei der die Journalisten nur eine Seite der Wahrheit



präsentiert bekommen – die der Buddhisten, nicht die der Muslime.

Immer wieder führen die Presseoffiziere in Siedlungen aus neu gebauten Pfahlhäusern, in denen bald Buddhisten angesiedelt werden sollen. Warum diese neuen Häuser? Weil es die alten Dörfer der Rohingya nicht mehr gibt, die an diesen Orten einst standen. Immer wieder sind rechts und links der Schotterpisten ihre Reste zu erkennen, niedergebrannt bis auf die Fundamente, umstanden von rußgeschwärzten Palmenstümpfen. Dazwischen liegen Kleidungsstücke, Fotos, lose Koranblätter, vom Wind verweht. Einmal lassen sich die Trümmer einer Moschee erahnen.

Diese Spuren der Rohingya erscheinen wie letzte Beweise ihrer Existenz, in rasen-



FRED DUFOUR / AFP

Geflüchtete Rohingya in Bangladesch im Oktober 2017: Das Land entledigt sich der Muslime und tilgt alle Spuren ihrer einstigen Existenz

dem Tempo werden sie vernichtet. Überall dort, wohin die Journalisten kommen, wühlen sich Bulldozer durchs Erdreich, schwitzen Arbeiter unter Bauhelmen.

Die ganze Region sei »under construction«, sagt stolz der Presseoffizier. In diesem neuen Myanmar, so viel wird deutlich, ist kein Platz für die Rohingya. Das Land entledigt sich des Alten, Unliebsamen und vernichtet Beweise einer generalstabsmäßigen Vertreibung. Myanmar soll offenbar, so gut es geht, muslimfreie Zone werden.

Auf Schildern überall auf den Baustellen steht in roter Schrift: »Vorsichtig fahren!«. Das könnte das Motto des Medientrips sein: Vorsicht bei der Suche nach der Wahrheit, wo auch immer sie liegen mag, in den niedergebrannten Flecken oder den

neuen Musterdörfern. Myanmar, das ist das Land der zwei Wahrheiten. »Wir zeigen beide Seiten«, sagt achselzuckend der Presseoffizier, »suchen Sie sich eine aus.«

Weil man auf dieser Reise so gut wie nichts erfährt über das Schicksal der Rohingya, muss man sich allein auf die muslimische Seite begeben. Das geht nur ein paar Tage später, ohne Presseoffiziere, Kollegen und Kameras. Einige Kilometer weiter südlich, in der Nähe von Sittwe, der alten kolonialen Hafenstadt der Briten, heute Hauptstadt von Rakhine. Wo genau, darf man nicht schreiben, weil die Muslime für das Gespräch ihr Leben riskieren.

Nicht weit von einem Golfplatz, auf dem die Generäle mit ihren Caddies scher-

zen, wartet ein Rohingya. Er nennt sich Faizal, Vater zweier Kinder, gläubiger Muslim, 32 Jahre alt. Sein Englisch, sagt er, habe er sich mit seinem Smartphone beigebracht. Er führt feldeinwärts, blickt sich um, ob jemand folgt. An einem schlammigen Fluss steht ein Fährmann auf einem Holzboot und setzt über, an Bord vier Koranschüler mit Gebetskappen.

Faizal trägt Basecap, das ist weniger verdächtig. Er will zeigen, woher er kommt. Er, Faizal, und der Hass auf alles Islamische, auf Rohingya wie ihn.

Auf der anderen Uferseite steht Osman unter einem Regenschirm gegen die sengende Sonne. Er ist der Dorfvorsteher, ein blauer Wickelrock schlottert um seine hageren Hüften. Faizal und er führen durch

ein Dorf, in dem das Leben wirkt, als hätte jemand die Stopptaste gedrückt. 3000 Muslime leben hier, ohne Arbeit, ohne Zukunft. »Wenn es so weitergeht, leben auch sie hier nicht mehr lange«, sagt Faizal.

Die beiden Männer führen zur Krankenstation – leer. In den Vorgarten einer Schule – verwaist. Sie zeigen das Stelzenhaus, in dem Faizal geboren wurde; seine Familie hatte Glück, es wurde nicht niedergebrannt vor sechs Jahren, als hier der Terror begann.

Am Ende des Ortes bleiben die Männer stehen. Sie zeigen hinüber, wo keinen Kilometer entfernt ein buddhistisches Dorf liegt. »Von dort kamen sie«, sagt Osman, »in einer Juninacht.«

Zu Hunderten seien die Buddhisten eingefallen, sagt Osman, dazu Polizisten in Uniform und Freunde von früher, die einst noch ihre muslimischen Nachbarn zu ihren Hochzeiten eingeladen hatten. »Sie richteten ihre Waffen auf uns«, sagt Osman, »griffen an mit Bambusstöcken und Messern.« Der Mob habe Rache genommen für die Vergewaltigung einer Buddhistin durch Muslime.

In jener Nacht, sagt Osman, der Vorsteher im Dorf ohne Namen, schnappten die Rohingya-Frauen ihre Kinder und schlepten die Alten huckepack in die Reisfelder, um sich dort zu verstecken. Die Männer verteidigten das Dorf. »Drei von uns starben«, sagt Osman, »wir durften sie nicht nach unseren Riten bestatten.«

In diesen Monaten des Jahres 2012 kam es an vielen Orten in Rakhine zu Zusammenstößen zwischen Buddhisten und Muslimen; Tausende Rohingya flohen, und viele, die blieben, wurden in ihren Dörfern eingesperrt wie in Gettos. Seitdem ist die Region nicht wieder zur Ruhe gekommen. Seitdem sei alles anders, sagen auch die Männer; ihr Dorf gleiche einer Gefängnisinsel, einem Alcatraz mitten in Rakhine.

Die Stromleitungen wurden gekappt, es gibt keine Wasserversorgung, nur ein modriges Brunnenloch. Und jeglicher Kontakt zwischen den Dörfern ist verboten. Wer sich hinüberwagt zu den Nachbarn, wie neulich ein Fischer, der ein Boot auf dem Markt von Sittwe kaufen wollte, wird von buddhistischen Banden blutig geschlagen. Seitdem leben sie hier wie lebendig begraben.

»Es ist Apartheid«, sagt Faizal, der kurz nach jener tödlichen Nacht vor sechs Jahren vom Militär abgeholt und mit Frau, Kindern und Schwiegereltern in ein Internierungslager umgesiedelt wurde. Dort lebt er mit mehreren Hundert Muslimen hinter Stacheldraht. Haust zu zehnt in einem 20-Quadratmeter-Zimmer, darf nicht arbeiten, kein Arzt behandelt ihn, kein Lehrer unterrichtet seinen achtjährigen Sohn.

Um der deutschen Journalistin sein Dorf zu zeigen, ist er frühmorgens aus dem Lager entkommen, mit jeder Stunde wächst die Gefahr, ertappt und mit dem

Tod bedroht zu werden. Doch Faizal spricht ohne Furcht. »Für die Buddhisten in Rakhine sind wir Menschen zweiter Klasse, sie blicken schon seit Generationen auf uns herab, verweigern uns die Staatsbürgerschaft, nehmen uns ein Recht nach dem anderen, und wir bleiben unsichtbar.«

Im August vergangenen Jahres, nachdem Rebellen der Rohingya-Miliz »Arsa« Polizisten angegriffen hatten und das Militär mit der Vertreibung begann, blieb es zwar ruhig im Dorf. »Aber die Ruhe täuscht«, sagt Faizal, »sie töteten auch hier.« Die Rohingya in Myanmar, sie sterben stille Tode, ohne dass die Welt etwas davon mitbekommt. Wie etwa die 18-jährige Calmas: Sie war schwanger, das Kind lag falsch, kein Arzt kam, und so starben Mutter und Kind; vor drei Monaten erst sei das passiert, sagen die Männer.

weiß blühenden Frangipani, um hier das Fundament für ein modernes Myanmar zu ebnen, mit Schnellstraßen, Wirtschafts-sonderzonen und boomender Tourismusindustrie.

Im Ort Maungdaw wartet der Direktor der Distriktverwaltung, ein schmaler Mann mit eingefrorenem Lächeln. Akribisch notieren seine Leute jede Frage und jede Antwort und filmen das, was sie eine Pressekonferenz nennen. »Wie kann es sein, dass wir seit zwei Tagen Hubschrauberlandeplätze sehen, aber kaum Häuser für Rohingya?«, will der Kollege einer US-Nachrichtenagentur wissen. »Weil sich unsere Politiker, so oft es geht, über den Fortschritt informieren«, so der Direktor, »deshalb werden die Landeplätze errichtet.«

»Warum werden ganze Landstriche ausradiert, was planen Sie?«, fragt eine Rus-



Soldaten im leeren Rückkehrerlager: »Wir machen eine Flurbereinigung«

»Wir leben hier seit vier Generationen«, sagt Faizal. »Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi ist auch die Führerin meines Landes«, sie müsse doch wissen, was es heiße, unter Hausarrest zu leben. »Sie saß ja selbst, 15 Jahre lang. Wie kann sie es zulassen, dass man uns tötet wie in Zeitlupe?«

Diese Wahrheit bleibt den zwölf Journalisten verborgen, die knapp hundert Kilometer weiter nördlich in Geländewagen über eine Schotterpiste holpern. Es ist heiß und stickig, bald beginnt die Regenzeit, Zyklone werden dann wohl für Chaos und Zerstörung sorgen, wie so oft. Aber noch machen Planiermaschinen riesige Areale platt, fressen sich gelbe Caterpillar-Bagger in den Dschungel aus Bananenstauden und

sin. »Wir machen eine Flurbereinigung, danach wird gebaut: Industriezonen, Infrastruktur, Hotels«, sagt der Direktor.

»Oder sollen die Bulldozer Beweise vernichten?«, hakt eine japanische Kollegin nach, »Beweise, die nahelegen, dass hier Massenmorde stattgefunden haben?« – »No, no, no«, sagt der Direktor.

»Die Muslime in den Lagern sterben, weil Hilfsorganisationen nicht ungehindert eingreifen können«, wirft eine Reporterin aus Singapur ein. »Davon kann keine Rede sein, prüfen Sie Ihre Quellen«, kontert der Direktor und erhebt sich: »Noch Fragen?«

Eine halbe Stunde später hält der Konvoi im Dorf Inn Din. Ein einziges Mal haben sich die Reporter gegen die Offiziere durchgesetzt und diesen Halt ausbedungen. Inn Din ist berühmt, seit Journalisten

der Nachrichtenagentur Reuters hier eine Massenerschießung aufgedeckt haben.

Drei Buddhisten warten vor einer Polizeistation, auch hier wurden wieder Menschen, wurden Wahrheiten bestellt, und das myanmarische Fernsehen filmt alles mit. Es habe einen Toten gegeben, sagen die Männer, ja, aber aufseiten der Buddhisten. Dem widerspricht die Recherche von Reuters. Der Artikel erschien im Februar und sorgte weltweit für Entrüstung, gezeigt wurden Fotos von zehn Rohingya-Männern, die auf Knien im Gras hocken, offenbar kurz bevor sie exekutiert werden.

Zugesteckt wurden Reuters die Fotos von einem Dorfältesten; in Lagern in Bangladesch konnten die Journalisten geflohene Angehörige ausfindig machen und die Vorkommnisse jenes Tages im September 2017 rekonstruieren. Vor allem konnten sie nach-

pletter Ortsteil, in dem die Rohingya leben, 6000 Menschen vermutlich.

»Tot? Davon weiß ich nichts«, sagt ein Buddhist, Wickelrock, wütendes Gesicht. »Alle geflohen«, sagt er, »jetzt gibt es nur noch uns, rund tausend Buddhisten, ist auch besser so.« Die Journalisten verlangen, das Grab der zehn getöteten Muslime zu sehen. Die Bewohner sagen, es gebe kein Grab. Die Journalisten eilen zum muslimischen Friedhof, finden kein frisches Grab, nur verbrannte Hütten und einen Berg leerer Whiskeyflaschen.

Der Wahrheit ist hier, wo das Verbrechen wohl geschah, nicht näherzukommen.

Mit einer Motor-Rikscha gelangt man zu den Buddhisten, die neben dem Dorf von Faizal leben, dem jungen Rohingya, der für das Treffen so viel riskiert. Auf den ers-

Myanmar, des antimuslimischen Hetzers Ashin Wirathu aus Mandalay. Man glaubt ihm sofort.

Tayzaniya spricht leise und langsam, dabei putzt er sich in aller Seelenruhe das rechte Ohr mit einem Wattestäbchen. Gelegentlich rotzt er in einen silbernen Spucknapf, der zu seinen Füßen steht.

»Die Muslime haben ihre Dörfer selbst abgefackelt«, sagt der Abt, »damit die Welt mit ihnen Mitleid hat.« Langes Schweigen, lautes Rotzen. Ist eine Art Versöhnung möglich zwischen Muslimen und Buddhisten, die früher doch jahrzehntelange Seite an Seite zusammenlebten? Der Abt muss nicht lange überlegen, er sagt: »Udenkbar! Dazu sind wir zu verschiedenen. Muslime töten Tiere mit ihren Händen. Wir Buddhisten tun nicht einmal einer Ameise etwas zuleide. Ein Muslim darf viele Frauen haben, sie vermehren sich wie Tiere, denn sie brauchen eine Menge Kinder, um uns zu unterwerfen. Das dürfen wir nicht zulassen!«

Ähnliche Bekundungen hört man überall in Rakhine, die Vorurteile sind massiv. In Sittwe etwa sagt ein Mathematiklehrer: »Vergewaltigungen, wir? Schauen Sie sich die muslimischen Frauen doch an, wie die aussehen, wie die riechen. Da wird doch keiner von uns Männern schwach!«

Es ist vor allem eines, was die Buddhisten nicht verstehen wollen: warum der Westen, der schließlich selbst von Islamisten bedroht werde, für die Muslime von Myanmar Partei ergreift. Die Furcht vor radikalen Muslimen, die aus Rakhine ein Kalifat machen wollen, treibt die Menschen hier um; sie glauben das ernsthaft.

Eine sichere Heimat für die Rohingya wird es in Myanmar so bald nicht geben, dazu sitzt der Hass zu tief. Dass viele Muslime zurückkehren werden, ist unwahrscheinlich. Bisher sind die meisten in Bangladesch untergekommen; doch auch Staaten wie Saudi-Arabien oder Pakistan werden künftig weitere Rohingya aufnehmen müssen – und zwar langfristig.

Faizal aus dem Dorf ohne Namen sagt, er warte nur noch auf den richtigen Augenblick, dann wolle auch er fliehen, mit Frau und Kindern, das Geld für die Schiffs-passage nach Malaysia habe er fast zusammen. Dann hätten also Regierung und Militär, dann hätten die Buddhisten gewonnen? »Ja«, sagt Faizal, »haben sie.«

Er steht am Bootssteg, sagt, da sei nichts mehr zu machen, hebt die Hand zum Abschied und verschwindet in der Dämmerung.



Stammesangehöriger, Journalisten: Bestellte Wahrheiten der Regierung

weisen, dass nicht nur Soldaten, sondern auch Zivilisten beim Morden mitwirkten. Das Militär geriet so sehr unter Druck, dass es eine Beteiligung zugab und Aufklärung versprach. Anfang April wurden sieben Soldaten zu je zehn Jahren Haft verurteilt.

Aber auch zwei der vier Reuters-Journalisten, die beiden Myanmarern Wa Lone und Kyaw Soe Oo, wurden im berüchtigten Insein-Gefängnis bei Rangun eingesperrt. Ihnen drohen 14 Jahre Haft wegen »illegaler Informationsbeschaffung«.

Mitten in Inn Din stehen jetzt die zwölf Vertreter der Weltpresse und suchen nach Spuren des Verbrechens. Vergleichen auf ihren Smartphones Satellitenbilder der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch mit dem, was sie hier sehen: Es fehlen Bambushütten, es fehlt ein kom-

ten Blick ähnelt es dem Dorf der Muslime: Bambushütten, Stelzenhäuser, Palmen. Nur ist dieses Dorf keine Insel, es gibt Strom und Wasser, Mofas flitzen umher, Frauen sitzen an Nähmaschinen, aus den DVD-Shops plärren chinesische Schnulzen.

Am Ende der Dorfstraße liegt ein buddhistisches Kloster. Dort wartet der Abt Tayzaniya im Schneidersitz, ein dicklicher Mann von 29 Jahren, kahl geschorener Kopf, die Zähne braun verfärbt vom vielen Kauen der Betelnüsse. Vor sechs Jahren lebte er noch nicht in diesem Kloster, war also nicht beteiligt am Überfall auf die Rohingya. Doch wer ihm zuhört, kann den Glauben an all die sanften Dalai-Lama-Weisheiten für immer verlieren.

Der Abt sagt, er sei ein glühender Verehrer des berühmtesten Mönchs von

Videoreportage
»Der Hass sitzt zu tief«

spiegel.de/sp182018rohingya
oder in der App DER SPIEGEL



Flexibel bleiben: Lesen Sie den SPIEGEL, solange Sie möchten!



Keine
Mindest-
laufzeit

Der SPIEGEL jede Woche frei Haus:

- ohne Risiko jederzeit kündbar
- 6 % günstiger als im Einzelhandel
- kostenloser Urlaubsservice
- mit dem LITERATUR SPIEGEL
- vergünstigte Tickets für ausgewählte SPIEGEL-Veranstaltungen
www.spiegel-live.de

Ja, ich möchte den SPIEGEL lesen!

Ich lese den SPIEGEL für nur € 4,80 pro Ausgabe statt € 5,10 im Einzelkauf und entscheide selbst, wie lange ich den SPIEGEL lesen möchte.

Einfach jetzt anfordern:

 abo.spiegel.de/flexibel

 **040 3007-2700** (Bitte Aktionsnummer angeben: SP18-215)

Sport

»Armstrong ist kein Anführer, er ist ein Tyrann.« ► S. 98

Die längsten Niederlagenserien* des FC Bayern München

* ohne Elfmeterschießen, wettbewerbsübergreifend seit 1963

Real Madrid
6 Spiele



April 2012 bis April 2018
1:2 n.V., 0:1, 0:4, 1:2, 2:4 n.V., 1:2

Borussia Dortmund
5 Spiele



Oktober 2010 bis Mai 2012
0:2, 1:3, 0:1, 0:1, 2:5

Eintracht Frankfurt
5 Spiele



Dez. 1976 bis Dez. 1977
0:3, 1:2, 0:4, 0:4, 1:2

Werder Bremen
4 Spiele



Nov. 1991 bis Sept. 1993
3:4, 1:3, 1:4, 0:1

Werder Bremen
3 Spiele



April bis Okt. 2006
0:3, 0:2, 1:3 und Nov. 1967 bis Okt. 1968
1:4, 2:3, 0:1

Hansa Rostock
3 Spiele



Sept. 2000 bis Dez. 2001
0:1, 2:3, 0:1

VfB Stuttgart
3 Spiele



Sept. 1999 bis Sept. 2000
0:1, 0:2, 1:2

1. FC Köln
3 Spiele



November 1982 bis Oktober 1983
0:1, 0:2, 0:2 und März 1977 bis Januar 1978
0:3, 0:3, 0:2

1. FC Kaiserslautern
3 Spiele



März 1982 bis Mai 1983
1:2, 2:3, 0:1

Hertha BSC
3 Spiele



Februar 1977 bis März 1978
2:4 n.V., 0:2, 1:3

Die Spiele des FC Bayern gegen Real Madrid sind keine Erfolgsgeschichte. Im Halbfinale der Champions League verloren die Münchner am Mittwoch das sechste Mal in Folge – eine Serie des Grauens. Nur Borussia Dortmund (2010 bis 2012) und Eintracht Frankfurt (1976 bis 1977) haben Ähnliches wie Real erreicht: Sie

siegten wettbewerbsübergreifend fünfmal hintereinander gegen Bayern. Im Europapokal ist die Münchner Bilanz auch gegen den AC Mailand schlecht: Die Bayern gewannen nur eins von zehn Spielen. Vergleichbar mies sind die Ergebnisse gegen La Coruña: Es gab zwei Spiele gegen die Nordspanier, beide gingen verloren.

Magische Momente

»Nirgendwo gibt es treuere Fans«

DDR-Fußballidol Wolfgang Seguin, 72, über den Aufstieg des 1. FC Magdeburg



SPIEGEL: Sie sind eine Legende im DDR-Fußball. Im Mai 1974 lupften Sie im Finale um den Europapokal der Pokalsieger gegen AC Mailand das 2:0 aus spitzen Winkel ins Tor.

Damit machten Sie den 1. FC Magdeburg zum einzigen internationalen Titelträger der DDR. Voriges Wochenende stieg Magdeburg in die Zweite Bundesliga auf. Verfolgen Sie die Spiele?

Seguin: Ich bin Rentner, laufe gerade durch meinen Garten in Stendal und bin immer noch ganz beseelt vom vergangenen Samstag. Gegen Fortuna Köln waren wir Alten aus der 74er-Mannschaft im Stadion, eine traumhafte Kulisse, über 22 000 FCM-Fans: super Stimmung. Als das 1:0 fiel, lagen wir uns in den Armen. Es geht wieder voran in Magdeburg. Endlich. Nach dem Aufstieg war die Freude grenzenlos. Gestört haben nur die Chaoten, die auf dem Hasselbachplatz

total besoffen die Polizei angegriffen haben.

SPIEGEL: Magdeburg war mit Ihnen dreimal DDR-Meister, 1991 verpasste man die Bundesliga, war fast 30 Jahre lang unterklassig und 2002 insolvent. Warum hat der Verein immer noch so viele Fans?

Seguin: Das kommt von früher und wirkt bis heute nach. Wir hatten hier immer eine riesengroße Basis. Die Spiele gegen



Aufgestiegene Magdeburg-Spieler

Dynamo Dresden sind legendär. Die bekommen wir jetzt hoffentlich wieder.

SPIEGEL: Sie waren über 15 Jahre als Funktionär im Verein tätig, haben die Zeiten in der Oberliga mitgemacht, standen gegen Teams wie Meuselwitz an der Seitenlinie. Ist der Verein jetzt aus dem Gröbsten raus?

Seguin: Das waren schlimme Zeiten damals. Aber warum sollen wir uns jetzt nach dem Aufstieg Grenzen setzen? Im Fußball ist alles möglich, das hat auch unser Triumph gegen Mailand gezeigt. Unser Traum ist es, ein zweites Holstein Kiel zu werden, das als Aufsteiger aus der dritten Liga in die Bundesliga aufsteigen kann. Wenn das ein Klub aus dem Osten, wo es strukturell immer noch schwierig ist, schaffen würde, wäre es eine Sensation.

SPIEGEL: Sie wirken immer noch sehr euphorisch.

Seguin: Die zweite Liga wird schwer, klar, aber bei uns wird nächste Saison jedes Spiel ausverkauft sein. Nirgendwo gibt es treuere Fans als hier. Nirgendwo ist die Atmosphäre im Stadion besser, vielleicht abgesehen von Borussia Dortmund und Schalke 04. Das kann Berge versetzen. Ich will nicht eher den Löffel abgeben, bevor wir nicht in der Bundesliga gegen Bayern spielen. Magdeburg gehört in die erste Liga. JDO



Der Königsmörder

Doping Floyd Landis half Lance Armstrong bei der Tour de France die Alpenpässe hoch, dann zerrte er ihn vor Gericht. Woher rührt der Hass dieser Männer, die einst Teamkollegen waren?

Floyd Landis fand seine neue Lebensfreude in Leadville, Colorado, zwischen einem Discounter und einem Spirituosenhandel, auf 3094 Metern über Null. In einem weißen, alternden Eckhaus mit tiefen Decken und abblättrenden Tapeten hat er Frieden geschlossen mit der Welt. »Es gab dunkle Jahre, aber nun kann ich wieder ruhig schlafen«, sagt Landis, 42, »ich mache etwas, von dem ich überzeugt bin.«

Landis handelt mit Hanfprodukten. Öle, Cremes, Tinkturen, sie sollen bei der Regeneration helfen, Schmerzen lindern; Colorado legalisierte Cannabis 2014. Zwei Jahre später erwarb Landis eine Händlerlizenz in dem 2700-Seelen-Ort, anderthalb Autostunden südwestlich von Denver. Die Geschäfte liefen gut, mehrere Tausend Packungen verkaufte er jeden Monat, vor allem online.

Rund 15 Jahre lang bestand das Leben von Floyd Landis aus Radfahren, schnellem Radfahren, er gehörte zu den Besten der Welt. Er fuhr für das US Postal Team, die Mannschaft von Lance Armstrong, dem vermeintlichen Übermenschen. Landis zog Armstrong bei drei seiner sieben Tour-de-France-Erfolge die Alpenpässe hoch. Es waren schmutzige Siege: Armstrong, der Krebsüberlebende und Wohltäter, Familienvater und Werbestar, er war ein Dopingbetrüger, einer der Köpfe hinter dem System von Blutpanscherei und Spritzenkultur. Auch Landis doppte.

Die Geschichte von Floyd Landis ist typisch für diese Sportart. Um nach ganz oben zu kommen, geben die Athleten alles: Sie trainieren bis zur Erschöpfung, sie dopen und riskieren damit ihre Gesundheit und ihr Leben, sie belügen und betrügen Bekannte und Verwandte, die ganze Welt. Die Geschichte von Floyd Landis ist gleichzeitig untypisch für den Radsport. Denn nach seiner Enttarnung als Dopingsünder verlor er alles, wurde krank, raffte sich dann aber wieder auf, um einer der schärfsten Kritiker des Sports zu werden.

Nach Jahren des Zauderns packte Landis aus, reichte im Juni 2010 Klage ein gegen Armstrong und die ehemaligen Betreiber des Postal-Teams. Im Falle eines Schuld-

spruchs hätte er Armstrong wohl in den Ruin getrieben.

An einem kalten Aprilmittag in Leadville sind es keine drei Wochen mehr bis zum terminierten Prozessbeginn. Landis' Büro, 1101 Poplar Street, ist ein Provisorium, eigentlich wollte er es längst umgebaut haben zu einem Ladengeschäft, vor der Haustür steht bereits ein Schild mit Firmenlogo von der Größe einer Schreibtischplatte. Noch aber herrscht Chaos in der Zentrale von »Floyd's of Leadville«: Nackte Matratzen liegen im Flur, der Feuermelder hängt offen von der Decke, der Sofabezug ist aufgeplatzt.

Landis sitzt an einem Tisch mit durstigen Grünpflanzen, er telefoniert und ver-

Landis und schaut durch den Raum. James sitzt nahe der Haustür, ein kleiner Mann, der aus einer Märchenverfilmung stammen könnte: In seinem langen weißen, lockigen Bart hängen Essensreste, auf dem Kopf ruht ein Zylinder mit Federschmuck und alter Motorradbrille. »I'm in«, sagt er trocken, ich bin dabei.

James, Mitte sechzig, ist der Greeter von Leadville, eine Art ehrenamtlicher Fremdenführer. Jeder kennt ihn hier, seine Anekdoten könnten Bücher füllen. Kurz zuvor, beim Mittagessen in einem Lokal an der Hauptstraße, hatte er berichtet, wie die Hells Angels mal in Leadville eingefallen seien, ein Biker habe ihn gezwungen, vor seinen Augen mit dessen Freundin zu schlafen; Landis prustete bei Rosenkohl und Leitungswasser vor Lachen. Nun verbringt James den Nachmittag im Büro des Hanfunternehmers, auf einem Campingstuhl.

Landis kommt wieder, unter dem Arm einen Karton mit zwölf Dosen Bier. »Cheers, James«, sagt er, nimmt einen Schluck und setzt sich auf die nachgebende Ledercouch.

Die Geschichte des Cannabisverkäufers Floyd Landis beginnt in Farmersville, einer Mennoniten-Gemeinde in Pennsylvania, keine tausend Einwohner. Im Hause der gläubigen Eltern gab es kein Fernsehgerät, Gott bestimmte den Alltag. »Meine Eltern sind gute Leute, doch ihr Glauben ist verrückt«, sagt Landis. Der junge Floyd strebte nach Freiheit und fand sie auf dem Sattel seines Mountainbikes. »Radfahren wurde zu meiner Droge. Auf dem Rad konnte ich den Kopf freikriegen.«

Mit 16 Jahren fuhr er sein erstes Rennen, in langen Hosen, so, wie es das Elternhaus vorschrieb; er gewann. Seiner Erinnerung nach verlor er im Jugendalter keinen einzigen Wettkampf, vorausgesetzt, er war am Start: Sonntags hatte er Fahrverbot, musste stattdessen auf die Kirchenbank. Die Eltern versuchten, den Sohn vom Training abzuhalten, doch der schlich sich nachts aus dem Haus, fuhr allein über verlassen Landstraßen, den Konventionen davon. Er würde sich nicht unterordnen.

1999, mittlerweile Straßenfahrer, unterschrieb er seinen ersten Profivertrag, bei Mercury, einem Rennstall mit schmalem Budget. In seiner ersten Saison belegte



Tour-Sieger Landis (r.) 2006 auf den Champs-Élysées

»Bis heute hat sich doch nichts geändert«

schickt Mails mit seinem Handy, es gibt kein Festnetz, keinen Computer; vor ihm, mitten im Raum, steht ein Rennrad auf einer Rolle, ein provisorischer Heimtrainer. »Seit ein paar Jahren fahre ich wieder«, sagt Landis und schaut kurz auf, »aber die Geschwindigkeit brauche ich nicht mehr.« Unter dem Pullover des einst drahtigen Rennfahrers deutet sich ein Bauch an, an den Schläfen zeigen sich einzelne graue Haare, er trägt Jeans und Dreitagebart.

»Lance ist ein rücksichtsloses Arschloch«, sagt Landis über seinen ehemaligen Teamkollegen. Der Prozess als Rachefeldzug? Landis schüttelt den Kopf und erhebt sich vom Tisch. »So simpel ist das nicht.«

Er will erzählen, wie er die Dinge sieht, aber bevor er beginnt, bekommt er Durst. Es ist ein Dienstag, kurz vor halb zwei. »Zeit für den ersten Drink, James?«, fragt

er Rang drei bei der Tour de l'Avenir, einer Art Mini-Tour-de-France. Armstrongs Team klopfte bei ihm an. Doch Landis hatte einen gültigen Vertrag, konnte nicht wechseln. Zwei Jahre später zerfiel Mercury. Landis griff zum Telefon, rief bei US Postal an: »Ich bin verfügbar.«

Landis war nun Mitglied des erfolgreichsten Radteams seiner Zeit, an der Seite von Armstrong, einem Weltstar, zu dem Zeitpunkt bereits dreimaliger Tour-de-France-Sieger. Dass dessen Erfolge nicht allein das Ergebnis harten Trainings waren, ahnte Landis bereits. »Man erzählte sich Geschichten unter den Fahrern«, sagt er, »mir war klar, dass bei Postal gedopt wird.«

Im Juni 2002, rund einen Monat vor seiner ersten Tour de France, sollte er aus Frankreich per Helikopter nach Sankt Moritz fliegen. Dort, erzählt Landis, überreichte ihm Armstrong eine Packung Testosteron-Pflaster, 2,5 Milligramm, brustwarzengroß. Fortan klebte sich Landis an zwei von drei Tagen ein Pflaster auf den Bauch. Für die weitere Behandlung war ein Experte zuständig: Michele Ferrari, Sportarzt aus Norditalien, in der Szene später nur als »Dottore Epo« bekannt. »Ferrari war in jedem Trainingslager dabei, bei jedem Rennen«, sagt Landis. »Es war verrückt, ja bizarr.«

Ferrari habe ihm ein individuelles Dopingprogramm geschrieben: Bluttransfusionen, Wachstumshormon, das Blutmittel Epo und das Testosteron Andriol, das zusammen mit Olivenöl verabreicht wurde. Landis ließ sich darauf ein, so wie wohl alle Postal-Fahrer, die für die Tour de France nominiert wurden. »Wer im Tour-Team dabei sein wollte, musste mitmachen«, sagt Landis und öffnet die nächste Bierdose. »Das heißt aber nicht, dass man gezwungen wurde. Ich habe mich frei dafür entschieden.«

In einer eidesstattlichen Erklärung für ein Gericht listete Landis später ein Best-of des Postal-Dopings auf. Etwa die Anekdote von der Tour de France 2004, als der Fahrer des Mannschaftsbusses nach einer Etappe eine Panne vortäuschte. Auf einer abgelegenen Bergstraße hätten sich daraufhin sämtliche Fahrer im Bus hingelegt und Bluttransfusionen erhalten. Nach rund einer Stunde waren alle versorgt, der vermeintliche Defekt behoben.

Drei Jahre, bis Ende 2004, war Landis Teil der Verschwörung. Ein Täter. Wie so viele andere. Im Fahrerfeld wusste man voneinander, auch von der deutschen Konkurrenz. »Uns war klar, dass das Team Telekom auch dopte, wir wussten um das Programm in Freiburg«, erzählt Landis.

Landis verließ US Postal nicht wegen des Dopings – wegen Armstrong. Was war so schlimm an ihm? Sorry, sagt Landis, er müsse kurz unterbrechen. Sein Handy blinkt auf, Landis liest eine Mail, ruhig, fast regungslos. Dann greift er erneut in den Karton mit den Bierdosen. Draußen hat ein Schneesturm eingesetzt.

Noch mal: Was störte also an Armstrong? Landis zieht die Augenbrauen hoch. »Ich habe den Kerl nicht mehr ertragen«, sagt er und streicht sich durch die Haare. »Lance Armstrong denkt nur an sich selbst. Er ist kein Anführer, sondern ein Tyrann.« Landis redet schnell, sein hohes Kinn wippt beim Sprechen. »Immer waren die anderen schuld«, sagt Landis. Die Teamkollegen seien Armstrong gegenüber unterwürfig gewesen, doch er, der dem starren Mennonitenleben entflohen war, ließ sich das nicht gefallen. Er erinnert sich an einen Vorfall aus seiner Anfangszeit bei Postal: In Spanien regnete es, Landis ließ einen Trainingstag aus,

setzte sich in ein Café. Als er bezahlte, standen 13 Cappuccini auf der Rechnung. Am nächsten Tag klingelte sein Handy, Armstrong war dran und tobte. Ob er sich eine Koffeinvergiftung habe holen wollen? »Lance war nicht sauer, weil er sich um mich sorgte, sondern weil ich nicht tat, was er wollte«, sagt Landis. »Meine Einstellung war: Ich zerreiße mich im Rennen – aber lass mich abseits davon bloß in Ruhe. Damit kam er nicht klar.«

Die Trennung erfolgte im Streit, Landis schloss sich dem Team Phonak an. Für Armstrong ein Loyalitätsbruch. Landis: »Er sagte kein Wort mehr zu mir. Der Typ ist verrückt!« Auch bei Phonak dopte Landis weiter, nun in Eigenregie, aber, so behauptet er, in Kenntnis der Teamleitung.

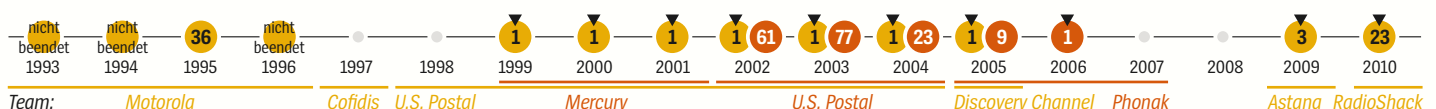
Ob er damals ein schlechtes Gewissen hatte, den Fans gegenüber, der Familie? »Nein«, sagt Landis, »und ich verstehe nicht, wenn sich Leute darüber aufregen. Es war eine Welt mit eigenen Regeln. Bei der Mafia empfindet man es doch auch als ehrenhaft, wenn jemand dem Clan gegenüber loyal ist. Das ist nichts anderes. Ich habe nicht betrogen, sondern mitgespielt. So läuft es im Radsport.«

In diesem Spiel wollte Landis noch eines: einen Sieg in Paris. Doch die Zeit lief ihm davon: 2003 hatte er sich im Training das rechte Hüftgelenk gebrochen, wovon er sich nie erholte, das Gelenk verschliss zunehmend. 2006 schaffte er es dennoch: Am 23. Juli fuhr er im Gelben Trikot des Gesamtsiegers über die Champs-Élysées. Jetzt war er der gefeierte Star, der Held, verehrt von Fans aus aller Welt.

Vier Tage später kam die Ernüchterung: ein positiver Dopingtest von der 17. Etappe auf Testosteron. Landis versteht es bis heute nicht: »Ich hatte vor der Probe nichts



Tour-de-France-Platzierungen von ● Floyd Landis und ● Lance Armstrong ▼ davon nachträglich aberkannt



anders gemacht als vor den anderen Tests bei der Tour.« Jeden Abend hatte er Epo genommen, an zwei von drei Tagen Wachstumshormon, etwa eine Woche vor Tour-Ende injizierte er Eigenblut.

Landis wurde für zwei Jahre gesperrt, doch er kämpfte dagegen an. Als ihm schließlich zu Hause in Kalifornien per Anruf mitgeteilt wurde, dass auch der Sportgerichtshof Cas die Sperre bestätigt hatte, nahm Landis die Siegetrophäe von Paris vom Regal, lief auf den Balkon und warf den Porzellanpokal auf die Einfahrt. Das Zeugnis seines größten Triumphs zerschellte in tausend Teile, Landis stand vor den Scherben seiner Laufbahn.

Er verfiel dem Alkohol, schluckte täglich 15 Schmerztabletten, wurde depressiv, seine Ehe scheiterte. »Für Selbstmord war ich nicht mutig genug«, sagt er heute. Landis haderte damit, ob er nicht vielleicht doch das Schweigen brechen, das Doping eingestehen, das System offenlegen sollte, aber: »Ich war noch nicht bereit, mir ging es noch nicht dreckig genug.« Die Komplizen von einst brauchten ihn derweil nicht mehr: Als er 2009 ein Comeback versuchte, schaffte er es nur in eine zweitklassige Mannschaft, alte Weggefährten wandten ihm den Rücken zu. Sollte er jetzt endlich reden? Wieder zögerte er.

Der Anstoß zum Wandel kam 2010, als er keine Einladung zur Tour of California bekam. Den Grund meinte ein Insider zu kennen, der sich bei Landis meldete. Armstrong persönlich, selbst im Teilnehmerfeld, habe sich dafür eingesetzt; er wolle schlechte Presse vermeiden, indem Doper Landis fernbleibe. Aus der Abneigung der beiden Männer war purer Hass geworden.

Für den Ausgebooteten ein Tiefschlag zu viel: Er verschickte Mails an Sportfunktionäre, in denen er Namen von Dopingbetrügern auflistete. Vertraute sich der US-Antidopingagentur Usada an. Und strengte einen Prozess an gegen Armstrong und die anderen ehemaligen Anteilseigner des Postal-Teams. Einer der Anklagepunkte: Missbrauch von Steuergeldern.

Der halbstaatliche Postkonzern hatte Armstrongs Entourage zwischen 2000 und 2004 mit mehr als 32 Millionen Dollar gesponsert, in der Annahme, Ehrenmänner zu unterstützen, keine Betrüger. Bei einem Schuldspruch hätte Armstrong im ungünstigsten Fall fast hundert Millionen Dollar zahlen müssen, der Ruin. Und Landis? Ihm hätten als Whistleblower bis zu 25 Prozent der Summe zugestanden. Denn die Klage basiert auf dem False Claims Act, einem Rechtskonstrukt aus Zeiten des amerikanischen Bürgerkriegs. Es erlaubt Privatleuten, als Informanten gegen Betrug oder andere kriminelle Machenschaften zulasten des Staates Klage einzureichen. Behalten sie recht, wird ihre Mithilfe prämiert.



Ex-Profi Landis 2016 in einer Hanfplantage: »Für Selbstmord war ich nicht mutig genug«

Ein Rechtsstreit entbrannte, Armstrong leugnete zunächst alles, wie schon während seiner gesamten Karriere. Nun wurde es jedoch eng für den Sporthelden a. D. 2012 legte die Usada einen 202 Seiten dicken Bericht vor, darin standen die belastenden Aussagen von 26 Zeugen, davon 11 ehemalige Teamkollegen. Die Konsequenz: Armstrong wurde lebenslang gesperrt, seine sieben Tour-Titel wurden annulliert.

Der Radsportkönig war gebrochen. 2013 saß er bei Talkmasterin Oprah Winfrey und gestand den Betrug. Landis verfolgte die Sendung in New York: »Ich war besorgt, weil Lance die Ressourcen hat, um so einen Auftritt zu üben. Doch dann war er völlig unvorbereitet, es war katastrophal. Es wäre Armstrongs Chance gewesen, sich reumütig zu geben. Stattdessen wirkte er wie ein Arschloch.« Nach der Hälfte der Show schaltete Landis den Fernseher ab.

In Leadville ist mittlerweile die Straße zugeschnitten, Autos passieren im Schrittempo das Haus. Landis schaut noch einmal auf sein Handy. Da der Prozess ja nun anstehe: Gibt es keine Chance mehr auf eine außergerichtliche Einigung? Landis schmunzelt. Nun, sagt er, sein Anwalt habe ihm gerade geschrieben, die Sache sei durch. Nicht 100 Millionen, sondern 5 Millionen Dollar müsse Armstrong zahlen, knapp 1,1 Millionen erhalte er, Landis. Die müsse er versteuern, ein Teil gehe an seinen Anwalt, zudem habe er noch mehr als 400 000 Dollar offen aus einem anderen Strafverfahren. Vermutlich komme er bei null raus, sagt Landis und lacht. »Aber auf das Geld kam es mir eh nie an.«

Es wird still im Zimmer, Zuhörer James ändert im Campingstuhl noch einmal die Sitzposition, das hört er nun auch zum ersten Mal. Was wollten Sie dann, Herr Landis? »Das System zu Fall bringen. Lance ist nicht das einzige Arschloch auf dieser

Welt. Ich habe die Regierung eingeschaltet, damit alle anderen Fahrer und Mitwisser gezwungen waren, bei einer Vorladung die Wahrheit zu sagen.« Doch damit, sagt er, sei er gescheitert.

»Bis heute hat sich nichts geändert, im Hintergrund sind weiter dieselben Leute aktiv wie früher.« Landis leert sein letztes Bier des Nachmittags. Besonders augenscheinlich sei dies bei Team Sky, dem derzeit weltbesten Team um den unter Dopingverdacht stehenden Tour-Sieger Chris Froome. »Die fahren genauso schnell wie wir damals bei Postal. Wie kann das sein? Evolution braucht Milliarden Jahre, nicht zehn. Dass der Sponsor diese Mannschaft weiter unterstützt, ist mehr als lächerlich.«

Gleichzeitig fände es Landis zu einfach, nur auf den Radsport zu zeigen. Der ganze Weltsport sei durchsetzt, und die Welt-Antidopingagentur Wada, die dies eigentlich bekämpfen sollte, erfülle nicht ihre Aufgabe der Fürsorge. »Wer Profisport betreiben will, sollte eigentlich vorab darüber informiert werden, was da passiert. Das Testsystem hinkt Jahrzehnte hinterher.« Seine Augen suchen die Wand ab, als stünden dort Worte für das Elend, das er beschreiben möchte. »Das ganze System ist ein einziger Betrug und war nie dazu da, Doping zu stoppen. Die Wada ist nicht mehr als ein PR-Instrument für die Funktionäre, um sagen zu können: Schaut her, wir tun etwas. Aber sie tun nichts. Und es ist ihnen auch egal.«

Landis schlägt sich auf den Oberschenkel. »Mensch, ich könnte mich den ganzen Tag darüber aufregen.« Dann lacht er laut und hievt sich aus dem Sofa. »Gute Story, oder, James?«, fragt er in Richtung des Campingstuhls. Yes, murmelt James durch seinen Bart, that's a fucking great story.

Thilo Neumann

Wissenschaft+Technik

Wurden die sieben jungen Männer getötet, um ihrem Herrn im Jenseits zu Diensten zu sein? ► S. 104



TERRY STEVENSON / COVER IMAGES

Das Ende eines Stars scheint gekommen, ein Sperber hat den Unglücksvogel überwältigt, in der nächsten Sekunde, so scheint es, werden seine Krallen ihm den Garaus machen. Sperber erbeuten nur selten Mäuse, sie bevorzugen Vögel, die sie in rasantem und ungeheuer wendigem Flug bis in Hecken und Baumkronen jagen. Dieser Star auf einem Gehweg in einem Ort nahe dem englischen Gloucester bekam noch eine zweite Chance, als ein Passant seinen Peiniger aufstörte. Doch der Kampf ging im Gestrüch weiter, unsichtbar. Irgendwann war Ruhe.

Kommentar

Ich in der Ratte

Unerschrocken züchten Wissenschaftler menschliches Hirngewebe. Wie weit dürfen sie gehen?

Die Grundidee ist einfach: Wer Schizophrenie verstehen will, sollte schizophrene Gehirne herstellen. Das klingt utopisch? Von wegen. Es wird schon gemacht. Forscher haben kleine Stückchen neuronalen Gewebes, sogenannte Organoiden, aus den Stammzellen von Schizophreniepatienten gezüchtet. Und mehr noch: Sie halten auch Hirnschnitte von Epileptikern am Leben. Und sie haben menschliches Hirngewebe in Ratten implantiert, wo es sich offenbar gut integrierte.

In der Zeitschrift »Nature« wirft jetzt ein gutes Dutzend hochkarätiger Wissenschaftler die Frage auf, wie weit sie noch gehen dürfen. Wird nicht irgendwann eines der Hirn-Organoiden anfangen zu fühlen, zu denken, sich gar seiner selbst bewusst zu werden? Und falls ja, was tun mit einem solchen menschigen Etwas? Die Autoren formulieren höchst konkrete Probleme: Haben künstlich erzeugte Minigehirne Rechte? Wird es irgend-

wann nötig sein, Vormunde für sie zu bestellen? Und wem eigentlich gehören sie?

Das sind unheimliche Fragen, und wir werden uns um Antworten nicht drücken können. Mit atemberaubendem Tempo erschaffen die Biowissenschaftler nie zuvor Dagewesenes. Wir werden entscheiden müssen, wie damit umzugehen ist.

Gleich am Anfang wird es um eine der schwierigsten Fragen gehen: wie herausfinden, ob sich in der Petrischale Bewusstsein regt? Ein schlichtes Ja oder Nein gibt es da nicht. Juristen ziehen Linien, die zu übertreten verboten sind – die Biologie jedoch kennt keine Grenzen. Ebendeshalb werden wir uns davor hüten müssen, dass es uns am Ende ergeht wie dem Frosch, der im Topf auf der Herdplatte sitzt und nicht merkt, dass das Wasser ganz langsam immer heißer wird. Johann Grolle

Die erste Leiche ist da

● Das Klinikum der Universität Amsterdam hat auf seinem neuen Forschungsfriedhof den ersten Toten unter die Erde gebracht. Ohne Sarg und ohne Kleidung ruht der Leichnam in einer Tiefe von 60 Zentimetern, umgeben von Erde und umfangreicher wissenschaftlicher Messapparatur. Mit den Geräten wollen Forscher detailliert beobachten, wie sich in mitteleuropäischen Breiten der Verwesungsprozess vollzieht. Dieses Wissen soll helfen, die Todeszeitpunkte von in der Natur verscharrten Mordopfern in Zukunft exakter zu bestimmen. Ähnliche »Body Farms« gibt es in den USA und in

Australien; die dort gewonnenen Erkenntnisse sind aber wegen der unterschiedlichen klimatischen Bedingungen nur begrenzt auf Europa übertragbar. Auf dem rund 400 Quadratmeter großen Gelände der Uniklinik im Südosten Amsterdams sollen an die 50 Leichen begraben werden. Die Anlage ist von einem drei Meter hohen, blickdichten Zaun umgeben. Zugang zu ihr werden neben Forschern auch Polizisten haben, die dort Leichenspürhunde ausbilden sollen. Die Körperspender haben ihre sterblichen Überreste allesamt zu Lebzeiten der Wissenschaft vermacht. Das Projekt des Anatomen Roelof-Jan Oostra ist zunächst auf eine Dauer von fünf Jahren angelegt. ME

»Schauen Sie sich diesen Unsinn an!«

Der Mannheimer Kieferorthopäde Henning Madsen, 56, über überflüssige Zahnschienen und geräuschvolle Kollegen



SPIEGEL: Der Bundesrechnungshof kritisiert die Übereifrigkeit Ihrer Kollegen. Steht ihm ein Urteil über die Sinnhaftigkeit medizinischer Therapien zu?

Madsen: Ein abschließendes Urteil sicher nicht, aber in der Sache hat er vollkommen recht: Zwei Drittel der Mädchen und Jungen hierzulande bekommen eine Zahnschiene. Damit haben wir in der Welt einen einsamen Spitzenplatz inne, nur die Niederlande und die USA kommen uns nahe. In Skandinavien – alles Länder mit einer hoch entwickelten Zahnmedizin – liegt die Zahl der Schienenträger höchstens bei der Hälfte. Bei uns läuft da etwas aus dem Ruder.

SPIEGEL: Was genau?

Madsen: Deutsche Kieferorthopäden machen zu viel – und das kostet die gesetzliche Krankenversicherung über eine Milliarde Euro im Jahr. Außerdem machen sie zu viel falsch. Schauen Sie sich diesen Unsinn mit den herausnehmbaren Zahnschienen an! Es ist längst erwiesen, dass diese weniger wirksam sind als fest sitzende Apparate. Dennoch werden sie in Deutschland massenhaft verschrieben – und nur hier. Warum? Diese Apparaturen sind Goldesel. Mit den fest sitzenden Varianten verdient der Kieferorthopäde nur die Hälfte.

SPIEGEL: Schwatzen Kieferorthopäden den Eltern sinnlose Therapien auf?

Madsen: Das ist mir zu drastisch formuliert. Aber die Nachfrage wird von Kie-

ferorthopäden oft mit nicht angemessenen Argumenten befeuert. Viele werben damit, dass begradigte Zähne Karies, Parodontose, selbst Kopf- und Rückenschmerzen vorbeugen. Doch dafür gibt es nicht den Hauch eines Beweises.

SPIEGEL: Machen Ihre Kollegen noch mehr falsch?

Madsen: International üblich ist, dass Kinder bei Beginn der Behandlung elf oder zwölf Jahre alt sind, sobald also das bleibende Gebiss ausgeprägt ist. In Deutschland fangen die Zahnärzte aber oft schon mit acht oder neun an. Deswegen sind unsere Behandlungszeiten so ungewöhnlich lang: bis zu vier Jahre. Meine Kollegen in Skandinavien sind hierüber ganz fassungslos. Die fragen: Was macht ihr eigentlich so lange?

SPIEGEL: Sind Sie ein radikal denkender Außenseiter in Ihrer Branche?

Madsen: Den Vorwurf, dass ich unkollegial sei, höre ich natürlich öfter. Aber alles, was ich moniere, ist mindestens seit 2001 bekannt und wiederholt in mehreren Sachverständigenberichten scharf kritisiert worden. Es gibt dringenden Handlungsbedarf – und dennoch geschieht nichts. Ich finde diese Trägheit der Gesundheitspolitik ungeheuerlich. ME



Mörderischer Leichtsin

● Der Absturz einer Antonow An-148 nahe Moskau am 11. Februar ist aufgeklärt. Sechs Minuten nach dem Start hatte sich die Maschine der Fluggesellschaft Saratow in ein Feld gebohrt, alle 71 Menschen an Bord kamen ums Leben. Der Grund für den Crash ist erschreckend banal: Nach Angaben der Luftfahrtbehörde Rosawiazija hatten die beiden Piloten es unterlassen, die notwendige »Before Take-off Checklist« abzuarbeiten. Sie hatten von der Flugsicherung unerwartet früh die Startfreigabe bekommen – und waren leichtfertig losgefliegen, noch ehe sie die Startvorbereitungen erledigt hatten.



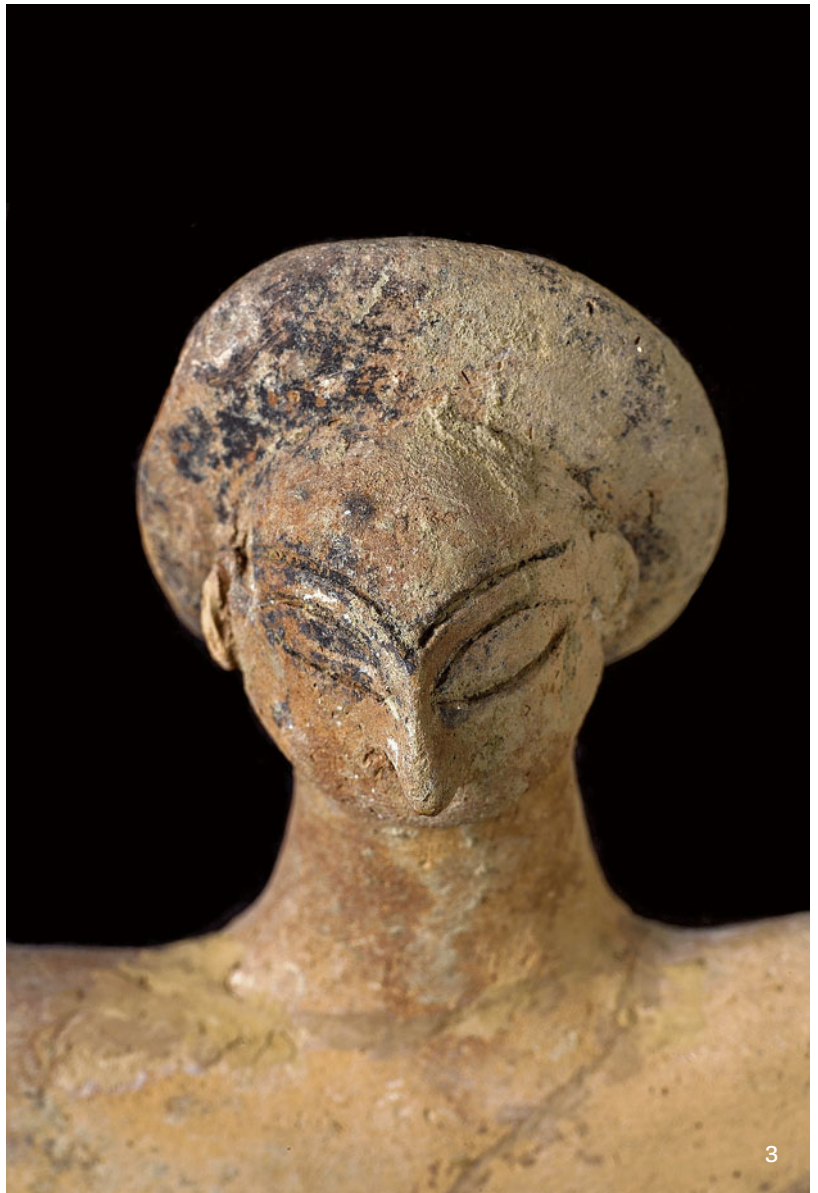
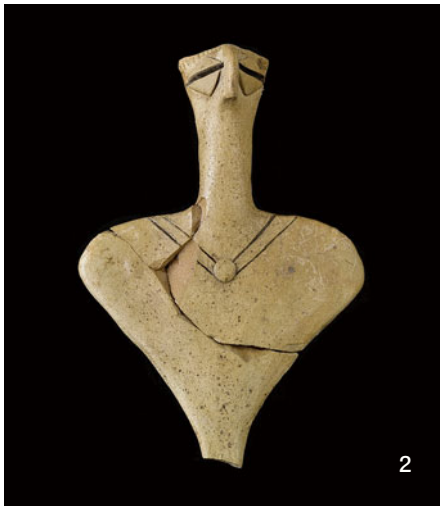
Wrackteil der AN-148

Unter anderem hatten sie versäumt, die Heizung für die Sensoren auf der Außenhaut einzuschalten, die der Geschwindigkeitsmessung dienen. Kurz nach dem Abheben waren diese »Pitot-Röhrchen« daher vereist. Der Autopilot, der die Maschine nun steuerte, bekam keine sinnvollen Informationen mehr. Er schaltete sich ab, die über-raschten Flugzeugführer übernahmen die Kontrolle – und verloren sie. ME

Fußnote

95

Prozent der US-Teenager sind bereit, am Steuer auf das Schreiben von Textnachrichten zu verzichten – wenn sie dafür bezahlt werden. Das ist das Ergebnis einer Studie der University of Pennsylvania. In den USA bieten erste Kfz-Versicherungen Apps für junge Leute an, die kontrollieren, ob jemand gleichzeitig fährt und auf dem Handy tippt. Tut er's nicht, bekommt er einen günstigeren Tarif. Von ihren Navi- und Musik-Apps aber wollen die Jugendlichen während der Fahrt nicht lassen.



(1) Raubvogel aus Fayence und Gold als Grabbeigabe (2) Statuette mit Halsschmuck (3) Sitzfigurine aus dem Grab einer Frau mit Kleinkind (4) Schmuck aus Lapislazuli, Gold und Türkis (5) Prunkast in Form eines Hahnenkopfs

Verweht in der Wüste

Archäologie Die Margianer trieben Handel und pflegten eine Willkommenskultur, Frauen genossen hohe Achtung – eine Schau in Berlin präsentiert die Schätze einer 4000 Jahre alten Großmacht aus dem heutigen Turkmenistan. Von den Tücken des Kulturaustauschs mit einer Diktatur.

Es ist dem turkmenischen Präsidenten einiges vorzuwerfen, aber seinen Hauptstadtflughafen hat er immerhin planmäßig in Betrieb nehmen können. Das Terminal steht seit 2016 am Rande der Metropole Aschgabat und sieht aus wie ein Falke, der seine goldgesäumten Schwingen ausbreitet.

Gurbanguly Berdymuchammedow, von Haus aus Zahnarzt, schätzt die unmissverständliche Formensprache, das lässt sich nicht nur am zwei Milliarden Euro teuren Airport erkennen. Die hauptstädtische Dentalklinik sieht aus wie ein Backenzahn, die Geburtsklinik ahmt die Form einer Vagina nach, und der Hochzeitspalast, in dem die Turkmenen den Bund der Ehe eingehen können, erinnert an einen Käfig, in dem eine Diskokugel gefangen ist.

Zur Demonstration seiner Herrlichkeit hat der Staatschef zusätzlich zum Präsidentenpalast ein 21 Meter hohes Reiterstandbild inklusive Sockel aus Marmor errichten lassen; es zeigt ihn auf dem Rücken seines Lieblingssperdes Janardag. Und an einem 133 Meter hohen Mast, der einmal der längste der Welt war, flappt müde eine fast 2000 Quadratmeter große Flagge; mittlerweile haben die Herrscher von Saudi-Arabien, Tadschikistan und Aserbaidschan diesen Rekord mit ihren Fahnenstangen überboten.

Turkmenistan ist ein ehemaliger Sowjetstaat mit 5,7 Millionen Einwohnern und den viertgrößten Erdgasreserven der Welt. Es belegt in der Pressefreiheitsstatistik von Reporter ohne Grenzen den drittletzten Platz und wird von einem Potentaten regiert, dessen Konterfei auf Hunderttausenden Bildern überall im Lande prangt.

Es gibt Einfacheres, als Verhandlungen mit Turkmenistan zu führen.

Mehrere deutsche Wissenschaftler haben es trotzdem getan und dadurch eine Archäologieschau ermöglicht, die seit Mittwoch im Neuen Museum in Berlin zu sehen ist. Die Ausstellung, einer der musealen Höhepunkte dieses Jahres, zeigt einen Schatz, den Turkmenistan der Weltöffentlichkeit bisher weitgehend vorenthalten hat: Ruinen und Fundstücke aus einer bronzezeitlichen Stadt, die Gonur Depe genannt wird. Sie existierte vor etwa 4000 Jahren im Osten des heutigen Turkmenistans in der historischen Landschaft

Margiana und wurde von einer Gesellschaft bewohnt, die als Teil der sogenannten Oxus-Zivilisation gilt und sich auf einem ähnlich hohen Entwicklungsniveau befand wie die damalige Bevölkerung Ägyptens und Chinas.

Die Idee zur Margiana-Schau, in der 219 Artefakte zu sehen sind, wurde 2004 geboren, als der mittlerweile emeritierte Hamburger Physiker Hanno Schaumburg im Rahmen eines EU-Forschungsprojekts in Turkmenistan weilte. Einer der Forscher, die er traf, berichtete ihm von Ausgrabungen, die seit einigen Jahren in der Wüste Karakum liefen.

Hobbyarchäologe Schaumburg mietete einen Geländewagen und fuhr »stundenlang« durch die Ödnis, die 80 Prozent des Staatsgebiets einnimmt. Dann erreichte er ein Areal, auf dem ein Mann mit mächtigem Schnauzbart das Sagen hatte: Wiktor Iwanowitsch Sarianidi, ein russisch-turkmenischer Archäologe mit doppelter Staatsbürgerschaft, griechischen Wurzeln und unbändiger Energie.

Sarianidi hatte die ersten Gonur-Depe-Ruinen bereits 1972 entdeckt und eine Siedlung freigelegt, die sich als Sensation entpuppte: Sie hatte ihre Blütezeit ab 2300 vor Christus erlebt und ist deutlich älter als das etwa 60 Kilometer entfernte Merw, das bei Archäologen in aller Welt bekannt ist.

Gonur Depe war eine Meisterleistung früher Stadtplanung. Es erstreckte sich

mutmaßlich über etwa 28 Hektar, war von einem gewaltigen Mauerring umschlossen und verfügte über ein leistungsfähiges unterirdisches System zur Wasserversorgung. Es gab Wohnviertel, Handwerkerareale und eine Palastanlage, groß wie zwei Fußballfelder.

Klar scheint, dass die Menschen von Gonur Depe an ein Leben nach dem Tod geglaubt hatten. Die Archäologen legten Nekropolen mit mehr als 5000 Gräbern frei, darunter prächtige, mit Mosaiken geschmückte Ruhestätten, die offenbar höhergestellten Persönlichkeiten vorbehalten waren.

Die Forscher fanden Grabbeigaben, die an das antike Ägypten denken lassen und nun zum Teil in der Ausstellung zu sehen sind: Gold- und Silberschmuck, dazu Waffen und Prunkwagen samt Zugtieren. In einer Kammer ruhten die Skelette von sieben jungen Männern. Wurden sie nach dem Ableben ihres Herrn getötet, um ihm im Jenseits zu Diensten sein zu können?

Die Gräber von Gonur Depe lassen auf eine straff hierarchisch organisierte Gesellschaft schließen – aber auch darauf, dass man in der Oxus-Zivilisation geschlechterpolitisch weiter war als viele heutige Länder, einschließlich Turkmenistan: Frauen erhielten reichere Grabbeigaben als Männer. Genossen sie gar ein höheres Ansehen?

Sarianidi, der 2013 verstorben ist, liebte es zu spekulieren, und so behauptete er



**Ruinen von
Gonur Depe**
Den Göttern näher



nach dem Fund etlicher Tempel und Spuren alter Rituale, dass die Margianer einen Feuerkult betrieben und in ihren Weihstätten regelmäßig dem Rauschtrank Soma zugesprochen hätten. Das habe vermutlich dem Zweck gedient, den Göttern näher zu sein. Warum sie irgendwann im zweiten Jahrtausend vor Christus die Metropole verließen und woanders ihr Glück versuchten, ist unklar. Gonur Depe, die einst stolze Stadt, wurde vom Wüstensand verweht.

Schaumburg, der sich mit Sarianidi anfreundete, war elektrisiert von den Berichten und Fundstücken, die ihm gezeigt wurden. Er staunte besonders über die feinen Keramiken, mit denen die Bewohner von Gonur Depe mutmaßlich Handel getrieben hatten. Die Welt musste wissen, welche archäologische Sensation da in den Weiten der Karakum zum Vorschein gekommen war – so kam der Physiker darauf, eine Ausstellung von Margiana-Exponaten in Deutschland zu organisieren, am besten in seiner Heimatstadt Hamburg.

Er konnte nicht ahnen, dass es weit länger als ein Jahrzehnt dauern würde, diese

Schau Wirklichkeit werden zu lassen, allerdings zunächst in Berlin. Im Herbst wandert die Ausstellung nach Hamburg, Anfang kommenden Jahres wird sie in Mannheim zu sehen sein.

Nachdem Schaumburg seine Idee vorgebracht hatte, sah es zunächst so aus, als ginge alles glatt, zumindest für turkmenische Verhältnisse. Damals regierte Saparmurat Nijasow, ebenfalls ein lupenreiner Autokrat, der jedwede oppositionelle Bestrebung erstickte und nebenbei Theater und Opern schloss. Seine Verachtung für die Kultur indes erstreckte sich wohl nicht auf Archäologie und Kunstgeschichte.

Schaumburg hat Hinweise darauf, dass Nijasow den Plan einer Margiana-Ausstellung im Westen bereits abgenickt und so-

In Turkmenistan ist nichts größer als die Angst, den Herrscher zu erzürnen.

gar ein entsprechendes Dekret unterschrieben hatte; womöglich auch deswegen, weil Sarianidi, immerhin ein Ordensträger, ein gutes Wort eingelegt hatte. Im Dezember 2006 starb der Präsident allerdings, und das Schriftstück schaffte es offenbar nicht auf den Schreibtisch seines ehemaligen Leibarztes und Nachfolgers: Gurbanguly Berdimuchammedow.

Weil der zunächst damit beschäftigt war, seine Macht zu festigen, ging es mit der Ausstellung erst gar nicht mehr und dann trotz unzähliger Anfragen und Bemühungen nur schleppend voran. Man entscheidet in Turkmenistan nicht am Präsidenten vorbei, und der hat viel zu tun. Berdimuchammedow regiert nicht nur, sondern schreibt angeblich drei Bücher pro Monat. Außerdem nimmt er an Pferderennen teil, die er klar gewinnt. Drängeln gilt als kontraproduktiv, und das tut auch niemand – in Turkmenistan ist nichts größer als die Angst, den Herrscher zu erzürnen. Wer Glück hat, verliert in einem solchen Fall nur seinen Job.

Die Verhandlungen verliefen wohl auch deswegen träge, weil Turkmenistan keinerlei Erfahrungen mit dem internationalen Leihverkehr hatte und es zudem die Befürchtung gab, dass die Exponate in Deutschland Schaden nehmen oder gar abhandenkommen könnten. Wäre es gar möglich, dass die Westler die Unverfrorenheit besitzen, Artefakte zu behalten und täuschend echt aussehende Kopien zurückzuschicken?

Es gelang, Vertrauen aufzubauen, auch durch Schaumburgs guten Ruf im Land und das Deutsch-Turkmenische Forum, das die Beziehungen zwischen beiden Ländern stärken will und ab 2009 an der Organisation der Ausstellung beteiligt war. So riss der Gesprächsfaden nie ganz ab, und Berdimuchammedow signalisierte einige Male, dass er eine Präsentation heimischer Kulturschätze im Ausland für eine gute Idee halte. Als er im August 2016 in Deutschland zu Gast war, sprach er sogar mit Angela Merkel über die Möglichkeit einer Margiana-Ausstellung und den Beginn eines kulturellen Austauschs.

»Es war sehr mühsam, weil es in Turkmenistan komplett andere Spielregeln gibt, aber es hat sich gelohnt«, sagt Matthias Wemhoff, Direktor des Museums für Vor- und Frühgeschichte in Berlin, das seine Schätze im Neuen Museum zeigt. Während der Ausstellungseröffnung am Dienstag habe er gemerkt, wie groß nun auch die Freude auf turkmenischer Seite ist. Die Schau könne sich auch als eine Art »Eisbrecher« entpuppen und dabei helfen, dass sich zwei unterschiedliche Kulturen annähern, sagt Wemhoff.

Der Archäologe war zur Vorbereitung viermal in Turkmenistan, und er wunderte sich jedes Mal, wie unbelebt das Land ist.

Im Hotel hatte er oft das Gefühl, der einzige Gast zu sein, und selbst in Merw, einem Unesco-Weltkulturerbe mit prächtigen Mausoleen, traf er keine anderen Touristen oder Besucher.

Wemhoff wurde bei einer seiner Reisen von der bekannten Fotografin Herlinde Koelbl begleitet, die Fotos für den Ausstellungskatalog schoss, darunter auch Ansichten von Land und Leuten, die nun ebenfalls in der Schau gezeigt werden. Auch diese Bilder mussten vor Drucklegung von autorisierten Mitarbeitern des Präsidenten abgesegnet werden, genauso wie die Texte, die turkmenische Autoren zum Katalog beigesteuert haben. Ein Beitrag über die Museen des Landes strotzt nur so vor Lobhudelei für den Herrscher. Einmal gelang es dem Autor, auf einer Strecke von 15 Zeilen viermal das Wortpaar »geschätzter Präsident« unterzubringen.

Für Wemhoff sind die Erkenntnisse aus Margiana eine Art Revolution: »Das bricht unser westliches Weltbild über die Bronzezeit und ihre Hochkulturen komplett auf«, sagt er. Den Raum nördlich des Mittelmeers habe man vor den Entdeckungen Sarianidis »gar nicht auf dem Schirm gehabt«. Nun sei klar, dass es eine hoch entwickelte Gesellschaft gegeben hat, die Handel trieb und mit Gonur Depe eine wahre Multikulti-Hauptstadt hatte.

Anhand der vielen Skelettfunde konnten Paläoanthropologen nachweisen, dass in der Stadt Menschen mit Migrationshintergrund lebten: Einige stammten aus dem heutigen Indien, andere aus dem Nahen Osten. Das Material aus Margiana bezeugt, dass die Oasenkultur rund um Gonur Depe »in einem Prozess gegenseitiger Bereicherung und Beeinflussung gebildet wurde«, heißt es im Katalog.

Es scheint, als sei Gonur Depe offener für Besucher gewesen, als es das heutige Turkmenistan ist.

Der neue Flughafen ist für 14 Millionen Fluggäste pro Jahr ausgelegt, doch an manchen Tagen ist er so schlecht frequentiert wie ein deutscher Provinzflughafen. Die meisten Turkmenen haben kein Geld, um Flugreisen zu unternehmen, und Besuche aus dem Ausland werden durch eine kaum verständliche Visapolitik erschwert.

Das Land tut viel, um Besucher abzuschrecken, und wenig, um seine spektakulären Sehenswürdigkeiten bekannt zu machen. Wer in der benachbarten Stadt Mary weilt, wird Schwierigkeiten haben, auf eigene Faust und ohne autorisierte Reisegruppe zur Ausgrabungsstelle nach Gonur Depe zu kommen: Selbst viele Taxifahrer kennen den Weg nicht. Es hat sich noch nicht überall im Land herumgesprochen, dass es in Turkmenistan etwas gibt, mit dem sich wirklich zu protzen lohnt.

Guido Kleinhubbart

JETZT IM HANDEL: SCHWERPUNKT #METOO



harvardbusinessmanager.de



Weitere Themen:

PROJEKTMANAGEMENT So geben Sie der richtigen Person den Job

KARRIERE Herminia Ibarra über effektives Networking

FALLSTUDIE Was darf eine Luxusuhr im Handel kosten?



**Harvard
Business
manager**

DAS WISSEN DER BESTEN

Perfekte Rille

Audio Ein Österreicher will die Schallplatte neu erfinden. Mit HD-Vinyl sollen noch mehr Retrofans und Musikliebhaber zurück zur alten Scheibe gelockt werden.

Man muss sich die Rille einer Schallplatte vorstellen wie einen Wildwasserfluss. Einem kleinen Boot gleich mäandert die Nadel des Tonabnehmers durch den Musik-Canyon, schrammt an seinen Ufern entlang, wird hin- und hergeworfen von den Windungen des Klanggewässers.

Die Flanken der Rille sind ein erstarrtes Abbild des Audiosignals. Per Schneidstichel wird die Klanginformation in Lackfolie geschnitten, schließlich auf Vinyl übertragen. Im Prinzip funktioniert das seit Erfindung der Schallplatte so. Doch manchmal hakelt es. Die Nadel kratzt und springt. Auch die Auslenkungen der Rille könnten größer sein: Dann hätte der Sound mehr Dynamik.

Geht es besser? Günter Loibl glaubt daran. Sein Ziel: »Die perfekte Rille.«

Loibl will die Schallplatte neu erfinden. Einen »besseren Frequenzgang, mehr Dynamik« und eine um 30 Prozent längere Laufzeit verspricht der Geschäftsführer der Firma Rebeat aus dem österreichischen Tulln nordwestlich von Wien, zudem eine einfachere und umweltfreundlichere Herstellung.

»HD-Vinyl« nennt Loibl seine Superplatte. Gerade hat er bei Investoren vier Millionen Euro als Anschubfinanzierung eingesammelt. Ein 750 000 Euro teurer Laser für die Hightech-Produktion ist bestellt. Bis Sommer 2019 will der Österreicher seine Erfindung zur Marktreife bringen.

»Warum produziert man Schallplatten immer noch so wie vor 80 Jahren?«, fragt Loibl. HD-Vinyl (High Definition Vinyl) hält er, selbstredend, für eine »Verbesserung der Schallplatte in jeder Hinsicht«.

Die alten Tonträger technisch weiterzuentwickeln erscheint zunächst absurd. Die schwarz glänzenden Plastikscheiben sind so etwas wie die Schreibmaschinen der Klangwelt. Mit Erfindung der CD und des MP3-Formats schien ihr Niedergang besiegelt. 2006 erreichte der Plattenmarkt

seinen Tiefpunkt. In Deutschland wurden damals nur noch rund 300 000 Schallplatten verkauft.

Doch der analoge Tonträger stirbt nicht aus, im Gegenteil: 2017 stieg der Absatz in Deutschland auf 3,3 Millionen Platten. Der Umsatz weltweit liegt derzeit bei etwa einer halben Milliarde Dollar jährlich. Sammler zahlen mehrere Zehntausend Euro für Raritäten wie etwa Exemplar 0000005 des »White Album« der Beatles, das John Lennon höchstselbst gehört haben soll.

In Zeiten von Musik-Streamingdiensten wie Spotify oder Apple Music sind Platten plötzlich Artefakte, die Geschichte und Geschichten transportieren. Sie befriedigen ein Bedürfnis nach dem Echten, Handfesten jenseits der flüchtigen digitalen Wolke.

»Ich glaube, es gibt eine große Sehnsucht nach Entschleunigung; dazu passt die Schallplatte gut«, sagt Jörg Hahn, Geschäftsführer von Optimal Media. Die Firma betreibt im Ort Röbel in Mecklenburg-Vorpommern das größte Presswerk Europas. Mit rund 25 Millionen produzierten Schallplatten jährlich ist das Unternehmen einer der großen Nutznießer des Trends.

Im Gegensatz zum Digitalen erlaube Vinyl die »emotionale Bindung« zur Musik, sagt Hahn: »Selbst meine Neffen und Nichten kaufen wieder Schallplatten.«

Wer überhaupt noch Musik besitzen will, sollte dieses Bedürfnis mit analogen Schallplatten ausleben – so sehen es viele Vinyl-Enthusiasten und versammeln sich um den knisternden Plattenspieler wie ums Lagerfeuer.

Zwar ist die CD der LP technisch weit überlegen. Akustikexperten beklagen bei der Platte die schlechte Trennschärfe zwischen den Stereokanälen und rumplende Bässe. Fans preisen den angeblich warmen, natürlichen Klang des Vinyls.

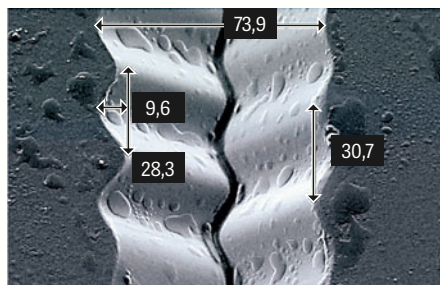
Die Antithese zur Digitalmusik ist selbst für die großen Musikkonzerne wieder interessant. Und auch die Künstler



Im Sound-Canyon

Wie der Klang in die Schallplattenrinne kommt

Die Nadel des Tonabnehmers folgt den Rillenauslenkungen. Diese sind ein in Vinyl gepresstes Abbild der Schwingungen des Tonsignals. Je besser die Rille ausgeformt ist, desto besser ist die Klangqualität. Größere Auslenkungen erhöhen zum Beispiel die Dynamik. Schneller aufeinanderfolgende Kurven bilden höhere Frequenzen ab.



Schallplattenrinne (Abmessungen in Mikrometern)

feiern die Rückkehr der LP. Mit gut ausgestatteten Sondereditionen lässt sich viel Geld verdienen.

Loibls HD-Vinyl-Idee kommt da gerade recht, ergänzt sie das Musikangebot doch um ein weiteres Format, mit dem die Musikindustrie Kasse machen könnte. »Das Interesse von Firmen wie Universal, Warner oder BMG ist groß«, berichtet Loibl, der gerade in Los Angeles bei den Granden der Branche vorgesprochen hat, um für seine Idee zu werben. Die Fans würden gern noch mal Geld ausgeben, hofft er, um die Musik ihrer Lieblingsbands auch in diesem neuen Format zu besitzen.

Traditionell werden Platten hergestellt, indem eine Pressvorlage in zähflüssiges Vinyl gedrückt wird, das kurz darauf erhärtet. Die mit Metallen überzogene Vorlage wird dabei mit sogenannten galvanischen Verfahren hergestellt. Mehrere elektrochemische Prozessschritte sind dafür notwendig.

Bei Loibls HD-Vinyl dagegen wird die Rille zunächst im Computer berechnet. Anschließend graviert ein Laser den digital konstruierten Sound-Canyon direkt auf eine Pressvorlage aus Keramik.

Nur eines werde beim Alten bleiben, verspricht Günter Loibl: das Knacken.

Das spare Arbeitsschritte, sagt Loibl. Chemikalien würden nicht mehr benötigt. Zudem fänden mehr Rillen auf einer LP-Seite Platz, weil die Fläche der Schallplatte optimal ausgenutzt werden könne. Die Spielzeit soll sich dadurch pro Seite auf etwa 30 Minuten erhöhen.

Keramik sei beständiger als die herkömmlichen Metallvorlagen, sagt Loibl. »Die erste Pressung hat deshalb dieselbe Qualität wie die 10 000.« Beim bisherigen Verfahren muss die Pressvorlage nach etwa 2000 Kopien ausgetauscht werden.

Am wichtigsten aber sei ihm, so der Erfinder, die bessere Tonqualität. Der Laser erlaube es, Frequenzen bis zu 40 Kilohertz zu gravieren, sagt Loibl. Heutige LP schneiden das Audiosignal technisch bedingt bei etwa 20 Kilohertz ab. »Wir können die Form der Rille sehr exakt bestimmen«, erläutert der Firmenchef und kündigt weniger Rauschen, mehr Klangpräzision an. »Der Unterschied wird deutlich zu hören sein«, sagt er.

Können sich Vinyl-Liebhaber also auf ein neues Klangerlebnis freuen? Nicht jeder ist überzeugt. Gerade die Presswerke müssten die HD-Technik eigentlich begrüßen, würde sie ihnen doch die Arbeit erleichtern. Doch die Praktiker zweifeln.

»Die Idee ist gut«, sagt Peter Runge, Produktionsleiter beim Plattenhersteller Optimal Media, »aber mit heutiger Technik wird sich die Methode nicht realisieren lassen.«

Runge glaubt, dass Loibls perfekte Rille durchaus Vorteile bringen könnte. Doch der Ingenieur, verantwortlich für die Herstellung von rund 70 000 Schallplatten täglich, weist auf Probleme hin, die der Erfinder in seiner Begeisterung möglicherweise unterschätzt. So könnten Keramikvorlagen einen ganz neuen Maschinenpark in den Presswerken erfordern. Und die Auflösung heutiger Laser reiche noch nicht aus, eine vollkommen glatte Rille zu fräsen.

Ähnlich wie bei verpixelten Fotos aus dem Drucker werde die Übersetzung des Analogens ins Digitale auch bei der HD-Vinyl ihre Spuren hinterlassen, befürchtet Runge. »Es wird zwangsläufig Zacken an den Rillenkanten geben«, sagt er. Diese würden zwar winzig klein ausfallen. »Ich wäre aber sehr überrascht, wenn es dann beim Abtasten der Platte mit einer mechanischen Nadel kein Hintergrundgeräusch gäbe.«

Und gehört die hochauflösende Platte überhaupt noch in die Kategorie Retro, die eingeschworene Vinyl-Enthusiasten überzeugen kann? »Für mich ist so eine HD-Schallplatte kein analoges Medium mehr«, sagt Runge. Schließlich werde die Rille im Computer modelliert.

Loibl gibt zu, dass die Aufgabe, zwischen zwei und fünf Nanometer kleine Strukturen zu erzeugen, selbst für Industrielaser »eine richtige Herausforderung« sei.

Doch der Tüftler vertraut auf die Hilfe der Wissenschaft. Loibl hat das HD-Vinyl-Verfahren zusammen mit Experten der Joanneum Forschungsgesellschaft aus dem österreichischen Graz entwickelt. Ein vier Zentimeter kleiner Prototyp der Superplatte sei bereits angefertigt worden, berichtet er.

Und Loibl denkt bereits weiter: Der perfekten Rille müsse die perfekte Nadel folgen.

Zwar sollen die HD-Scheiben auch mit herkömmlichen Plattenspielern abgespielt werden können. Längst plant der Österreicher aber einen Spezial-Player für seine Platten. »Dann können wir die Form der Nadel der Form der Rille perfekt anpassen«, hofft er. »Dadurch wird der Sound noch mal besser.«

Nur eines werde beim Alten bleiben, verspricht der Vinyl-Fan: das Knacken. »Die Nebengeräusche hängen von der Vinylmischung ab und davon, wie viel Staub auf der Platte liegt oder mit eingepresst wurde«, sagt Loibl.

Die Fans wird es freuen – das Lagerfeuer knistert weiter. Philip Bethge

Mail: philip.bethge@spiegel.de

Get your kicks on ROUTE 96



ISBN 978-3-86124-715-9
224 S., 70 farb. Abb., Paperback, 18 € [D]

Auf der Bundesstraße 96 reisten Raphael Thelen und Thomas Victor einmal quer durch Ostdeutschland – vom tiefsten Sachsen bis zur Ostseeküste. Was ihnen unterwegs begegnete, hatten sie nicht erwartet. Ihre Gespräche mit Hausbesetzern, Architektinnen, Barfrauen, Popmusikern und vielen anderen Menschen brachten ein Klischee ums andere ins Wanken ...

Die »1« für Arabisch

Medizin Zwei Ärzte haben in Berlin einen telefonischen Dolmetscherdienst für Krankenhäuser eingerichtet. Er könnte Leben retten.

Der kleine vietnamesische Junge schien ein Routinefall für die Kinderärzte in der Berliner Notaufnahme zu sein. Zwar war die Verständigung mit der Mutter nur mit Mühe möglich; sie sprach kein Wort Deutsch. Aber die Geste, die die Frau immer wieder machte, war eindeutig: Erbrechen. Kommt ein Dutzend Mal pro Tag vor, wenn gerade wieder ein Magen-Darm-Virus durch die Stadt tobt.

Der Dreijährige wehrte sich gegen eine gründliche Untersuchung, also legten die Ärzte ihm eine Infusion an, damit er nicht dehydrierte, und nahmen ihn stationär auf. Alles schien in Ordnung.

Am nächsten Tag war der Junge tot.

Er hatte sich nicht wegen eines Magen-Darm-Infekts übergeben, sondern weil der Druck auf sein Gehirn zu hoch war. Der Kleine hatte einen Tumor im Kopf.

»Die entscheidende Information, die uns in der Notfallambulanz fehlte, war, dass der Junge sich schon seit Monaten erbrach«, sagt die angehende Kinderärztin Lisanne Knop vom Sana Klinikum Lichtenberg in Berlin, die die Tragödie als Medizinstudentin in einem anderen Krankenhaus miterlebt hat. »Wenn die Mutter das den Ärzten irgendwie hätte mitteilen können, hätten die sicher sofort an einen Hirntumor gedacht.«

Knop ließ der Tod des Jungen nicht mehr los. Kranke, fand sie, dürften niemals sprachlos sein. Ihr fiel wieder ein, wie es bei ihrem Praktikum in New York zugeht, im Bellevue Hospital in Manhattan. Das Krankenhaus ist bekannt für seine Vielfalt von Patienten aus aller Welt; doch babylonische Verhältnisse erlebte Knop dort kaum: Ein telefonischer Dolmetscherservice war rund um die Uhr für zahlreiche Sprachen verfügbar. So etwas, beschloss sie, brauche Deutschland auch.

Vor ungefähr zwei Jahren rief Knop gemeinsam mit dem Hamburger Arzt Korbinian Fischer das gemeinnützige Pro-

jekt »Triaphon« ins Leben. Über Facebook, Kulturvereine, Universitäten und Zufallsbekanntschaften suchten die beiden Ärzte ein Team von mittlerweile mehr als 190 ehrenamtlichen Laiendolmetschern zusammen. Diese sogenannten Sprachmittler arbeiten für eine geringe Aufwandsentschädigung; sie übersetzen via Telefon Arabisch, Persisch, Russisch, Türkisch, Vietnamesisch und demnächst noch weitere Sprachen. Die Ärzte erreichen sie im Wechsel rund um die Uhr.

»Wir wollen mit diesem Projekt nicht den professionellen, vereidigten Dolmetschern Konkurrenz machen«, sagt Fischer. Deren Dienste würden weiterhin gebraucht für wichtige Arzt-Patienten-Gespräche, etwa

schläft deren sieben Monate alter Sohn. Durch einen Unfall beim Baden hat er am Po und an einem Bein Verbrühungen erlitten. Gerade wurde in Narkose der Verband zum ersten Mal gewechselt. Ist alles gut gegangen? Die Mutter schaut Knop mit großen Augen an.

Knop greift zum Telefon in ihrer Kitteltasche. Sie wählt eine Berliner Telefonnummer, die sie mit einer Schaltzentrale im Internet verbindet. Dann drückt Knop die »1« für Arabisch. Sofort wählt das System alle Handys der Arabisch-Sprachmittler an, die sich für diese Schicht eingeloggt haben. Wer als Erster abhebt, übersetzt.

Eine Frauenstimme meldet sich. Es ist Doua Abdallah, dreifache Mutter und Sekretärin in einem Anwaltsbüro; gerade hat sie Mittagspause. Abdallah kam aus dem Libanon nach Deutschland, als sie zwei Jahre alt war. Sie lernte Lisanne Knop kennen, als diese bei Ebay einen Schaukelstuhl von ihr kaufen wollte.

»Triaphon ist ein super Projekt«, schwärmt Abdallah später. »Es macht mir riesigen Spaß, und ich bin sehr stolz darauf, dass ich von Anfang an dabei war.« Inzwischen ist sie Mentorin für die anderen Arabisch-Sprachmittler.

Jetzt, im Klinikum, schaltet Knop das Telefon laut. »Ich möchte, dass Sie einer Mutter sagen, dass beim Verbandswechsel bei ihrem Baby alles gut gelaufen ist.« Doua Abdallah übersetzt; die Syrerin lächelt, sie ist erleichtert.

Vom Sana Klinikum Lichtenberg und einem weiteren Krankenhaus wird der Triaphon-Dolmetscherservice mittlerweile intensiv genutzt, drei weitere Häuser erproben ihn. Knop und Fischer wollen das Projekt nun erweitern. Vom Paritätischen Wohlfahrtsverband Berlin haben sie eine kleine Anschubfinanzierung bekommen.

In Zukunft sollen Krankenhäuser eine monatliche Pauschale für den Service bezahlen, mit der die Software und die Aufwandsentschädigungen der Sprachmittler beglichen werden können.

Gabriele Schlimper, Geschäftsführerin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin, unterstützt Knop und Fischer, wo sie kann. »Triaphon ist gelebte Zivilgesellschaft«, sagt sie. Vor allem eines überzeugen sie: »Es ist so erschlagend simpel.«

Veronika Hackenbroch



AGATA SZYMANSKA-MEDINA / DER SPIEGEL

»Triaphon«-Gründerin Knop
Kranke dürfen niemals sprachlos sein

vor großen Operationen. Triaphon wolle einfach das riesige Potenzial der vielen bilingualen Menschen in Deutschland nutzen: als Service für die unzähligen kurzen Patientenkontakte.

Ärzte müssen in der Notfallambulanz schnell ein paar wichtige Fragen stellen, im Kreißsaal gilt es, Mütter zu beruhigen, wenn ihnen das Neugeborene für eine Behandlung weggenommen wird, auf Station sollten die Patienten verstehen, was die Krankenschwester meint, wenn sie die Hygieneregeln erläutert.

Lisanne Knop steht in Zimmer 345 auf Station 4F des Sana Klinikums, sie versucht, sich einer jungen Syrerin verständlich zu machen; im Krankenhausbettchen

Video
**So funktioniert
Triaphon**

spiegel.de/sp182018triaphon
oder in der App DER SPIEGEL



Digital lesen, Prämie für Sie!

LESEN SIE 1 JAHR DEN SPIEGEL DIGITAL, UND WÄHLEN SIE IHRE PRÄMIE.



Denver TAQ 10,1"-Tablet

Mit 1,3 GHZ Quad Core Prozessor, 16 GB Speicher und Dual-Simcard-Funktion. Zuzahlung: € 1,-.



€ 100,- Prämie

Erfüllen Sie sich einen Wunsch:
€ 100,- als Prämie.

Ja, ich möchte den SPIEGEL digital lesen und wähle eine Prämie!

Ich lese 52 Ausgaben des SPIEGEL digital inklusive SPIEGEL DAILY für nur € 4,10 pro Ausgabe und erhalte eine Prämie meiner Wahl.



- ✓ 52x den SPIEGEL digital lesen
- ✓ Bereits ab freitags, 18 Uhr
- ✓ Auch offline lesbar
- ✓ Auf bis zu 5 Geräten
- ✓ Inklusive SPIEGEL-E-Books
- ✓ **Wunschprämie dazu**

Jetzt neu: ✓ **Inklusive SPIEGEL DAILY**
Die neue digitale Tageszeitung

Jetzt bestellen:  www.spiegel.de/digital18



Öffentlicher Nahverkehr im bolivianischen La Paz: Die Entdeckung der dritten Dimension

Tram am Himmel

Mobilität Was in Südamerika begann, kommt nach Europa: Seilbahnen als urbanes Verkehrsmittel. Nicht überall sind sie willkommen.

Aus technischer Sicht ist sie keine Besonderheit, die neue Seilbahn von Sarajevo. Geschmeidig surrend überwindet sie knapp 600 Höhenmeter und endet auf einem hübschen Aussichtshügel.

Doch die symbolische Tragkraft des soeben fertiggestellten Transportmittels ist nicht zu unterschätzen. Es ist Ersatz für ein im Bosnienkrieg zerstörtes Wahrzeichen der Olympiastadt und das Resultat einer generösen Geste. Rund ein Drittel der Baukosten in Höhe von neun Millionen Euro übernahm ein ebenso seilbahnaffiner wie wohlhabender Kernphysiker niederländischer Herkunft, dessen Frau aus Sarajevo stammt.

Bürgermeister Abdulah Skaka ehrte den Spender Anfang April mit einer Eröffnungsfeier, die einem Staatsakt glich; es erschien die gesamte Führungsriege des Sterzinger Seilbahnherstellers Leitner. Der hatte die Anlage auf den Berg Trebević binnen eines knappen Jahres errichtet.

Als Vehikel des Neubeginns, vor allem aber als urbanes Verkehrsprojekt der Zukunft passt sie vortrefflich in das Portfolio des Südtiroler Unternehmens. Leitner ist der Pionier einer neuen Vertriebsstrategie,

die das Strukturproblem der Branche lösen könnte: Ihr traditionelles Geschäftsfeld, die Ausstattung von Skigebieten, schmilzt dahin wie die Pisten im Klimawandel. Die winterlichen Freizeitareale der Alpen haben keine Aussicht mehr auf Wachstum. Landschaftsschutz geht vor Pistenausbau. Und der Ersatzbedarf für Altanlagen bringt nicht mehr genug Aufträge.

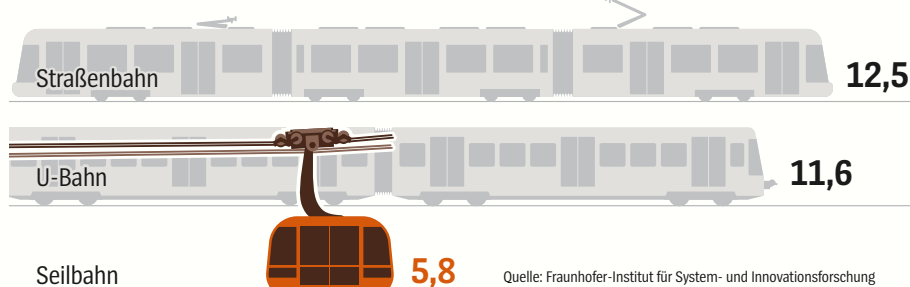
So verzeichnet der österreichische Weltmarktführer Doppelmayr einen enormen Auftragsschwund: 2006, im besten Jahr der Firmengeschichte, verkaufte das Unternehmen aus Wolfurt in Vorarlberg 220 Seilbahnen und Liftanlagen. Im vergangenen Jahr waren es noch 98.

Betriebswirtschaftlich sei trotzdem weiterhin alles im Lot, so Firmensprecher Ekkehard Assmann: »Tendenziell werden die Aufträge eher weniger, dafür aber größer.« Tatsächlich stieg der Umsatz, während sich die Zahl der verkauften Anlagen halbierte. Und es kamen neue Geschäftsfelder hinzu. Nur etwa 70 Prozent des Umsatzes macht Doppelmayr mit Skigebieten. Der Rest entfällt auf Bahnen für Lasten, andere touristische Zwecke – und vor allem den jüngsten Absatzmarkt: die Seilbahn als städtisches Nahverkehrsmittel.

Auf allen Kontinenten haben Verkehrsplaner inzwischen die dritte Dimension entdeckt. Der Gedanke erschien den Konstrukteuren ebenso genial wie verrückt, als eine der ersten Anfragen dieser Art um die Jahrtausendwende beim Hersteller Leitner eintraf: Kolumbiens Millionenstadt Medellín wünschte sich eine Art Tram am Himmel. Unten war kein Platz für Schienen in der dicht besiedelten Metropole, zudem fehlte das Geld.

So entstand die sinnreiche Idee: Seilbahnen kosten einen Bruchteil klassischer

Fahrstromverbrauch in Kilowattstunden (kWh) je 100 Passagierkilometer



Quelle: Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung

Bahnlinien, sie brauchen nur Platz für Pfeiler und nehmen jede Steigung. Medellín ist ein einziges Auf und Ab. Leitner nahm den Auftrag an.

Der südamerikanische Moloch hat inzwischen einen ganzen Seilbahnverbund und ist zum Vorbild für mehr als hundert Städte der Welt geworden, die auf den Seilantrieb setzen. Ob in Mexiko-Stadt oder Hongkong, ob in Ankara, La Paz oder Toulouse: Die Seilbahn wandelt sich vom exotischen Touristentransporter zu einem ernsthaften Baustein des öffentlichen Nahverkehrs.

Die enorme Kapazität moderner Anlagen ist im Pendlerverkehr einer Metropole der wichtigste Trumpf: Bis zu 5000 Personen pro Stunde und Richtung schaufeln die größten Exemplare ans Ziel. Um eine solche Transportleistung auf der Straße zu erreichen, müssten Doppelgelenkbusse im Zweiminutentakt fahren. Nur S- und U-Bahnen schaffen ein Vielfaches davon.

Martin Leitner, Urenkel des Firmengründers, Vize- und Vertriebschef im Unternehmen, sieht sein Produkt in erster Linie als Ergänzung bestehender Verkehrsmittel. Die technischen Grenzen sind offenbar: Der Seilantrieb taugt für Strecken von gut fünf Kilometer Länge. Mit mehreren Sektionen ließen sich zwar beliebig lange Distanzen überwinden, doch dann käme ein weiterer Nachteil zum Tragen: Seilbahnen schaffen im Umlaufbetrieb kaum mehr als 25 Kilometer pro Stunde. Bei höherer Geschwindigkeit wäre das Ein- und Aussteigen nicht mehr zu bewältigen.

Zu den größten Vorteilen zählen die geringen Kosten und die kurze Bauzeit – im Idealfall nur wenige Monate. Ein Bürgermeister, der mit einer Gondelbahn Sympathien ernten will, kann den Neubau noch in derselben Wahlperiode einweihen. Auch ein gewichtiges ökologisches Argument spricht für den verstärkten Einsatz seilgezogener Bahnsysteme: Im Kanon der öffentlichen Transportmittel sind sie unschlagbar energiesparend. Nach Erhebungen im Auftrag des Umweltbundesamts verbrauchen Schwebe- und Standseilbahnen nur 5,8 Kilowattstunden pro 100 Passagierkilometer – nur die Hälfte der ohnehin schon recht effizienten U-Bahn. Die Gründe dafür liegen in der geringen beweglichen Masse eines Transportgeräts, dessen Motor nicht mitfahren muss, sowie dem idealen Betriebsmodus einer langsamen, konstanten Fahrt.

Leitner hat mit einem Direktantrieb, der ohne ein kräftezehrendes Getriebe besonders sparsam und auch sehr leise läuft, die Effizienz auf ein Niveau gebracht, das sich kaum noch steigern lässt. Doppelmayr zog mit einem ähnlichen System nach. Es war womöglich der letzte große Technologiesprung im Seilbahnbau.

Obendrein gilt die Seilbahn als eines der sichersten Transportmittel. Unfälle

sind so selten wie spektakulär. Gleich zwei folgenschwere Gondelabstürze ereigneten sich im norditalienischen Cavalese: 1976 hatte wohl ein Sturm das Zugseil der Anlage über das Tragseil geworfen. Beide rieben aneinander, bis das Tragseil riss. 42 Menschen stürzten in den Tod.

22 Jahre später kostete ein Seilbahnunglück am selben Ort 20 Menschen das Leben. Grund war kein technischer Fehler an der Bahn: Ein amerikanischer Kampfpilot war bei einer Tiefflugübung der Anlage zu nahe gekommen und hatte das Tragseil gekappt. Jährlich läuten am Gedenktag zur Unglücksminute die Kirchenglocken.

Zweifel an der Sicherheit des seilgeführten Transports nährte nun wieder ein Unfall, der sich am 16. März im georgischen Gudauri ereignet hat. Ein Sessellift von Doppelmayr fuhr dort plötzlich im Eiltempo rückwärts und schmiss an der Talstation die Passagiere in hohem Bogen aus dem Gestühl. Es gab elf Verletzte. Filmaufnahmen des Malheurs kursierten bald darauf im Internet.

Nach ersten Untersuchungen trifft den Hersteller keine Schuld. Eine Abfolge grober Fehlbedienungen nach einem Stromausfall hat den Unfall herbeigeführt. Als das System in den Leerlauf und dann durch die Masse der Passagiere in Rückwärtsfahrt geriet, vergaß der Bedienstete vor Schreck zu bremsen. Zu klären bleibt, ob für einen solchen Fall menschlichen Versagens nicht eine automatische Sicherheitsbremse vorgeschrieben werden müsste.

Zweifel an der Betriebssicherheit werden die Verbreitung der Seilbahn in Großstädten kaum behindern, eher schon ästhetische Bedenken. In Medellín und La Paz, wo schon große Netze aufgespannt wurden, schweben die Gondeln über krausen Siedlungsräumen. Hier eine Baugenehmigung zu bekommen ist einfacher als an Orten, an denen die Unesco aufpasst.

Generell zeigt sich, dass Menschen in wohlhabenden Ländern weniger bereit sind, den Himmel über ihren Dächern als Verkehrsfläche freizugeben. In Wuppertal, wo schon die mythische Schwebebahn fährt, läuft eine zähe Debatte um ein Seilvehikel, in Hamburg verhinderte ein Bürgerentscheid die Elbquerung mit Doppelmayrs Gondeln, und in Brixen, unweit seines Firmensitzes, scheiterte Leitner bereits an einem Einwohnerprotest. Die Menschen wollen sich nicht von Pendlern in die Dachfenster glotzen lassen. Christian Wüst

Video
**Testfahrt mit der
Seilbahn von Sarajevo**
spiegel.de/sp182018seilbahn
oder in der App DER SPIEGEL



DOKUMENTATION

SAMSTAG, 28. 4., 20.15 – 22.30 UHR | ZDF INFO

Der Rockerkrieg

Sich selbst bezeichnen die Hells Angels als »Gesetzlose« – Motorradfahrer, für die nur ihre eigenen Regeln gelten und die »Rocker-Familie« über allem steht. Die dreiteilige Dokumentation beschreibt, wie die Hells Angels organisiert sind und welchen Geschäften sie nachgehen.

SPIEGEL TV MAGAZIN

SONNTAG, 29. 4., 22.45 – 23.30 UHR | RTL

Abgetauchter Immobilienhai –

Sven Basner lässt Häuser vergammeln, terrorisiert Mieter, und der Staat zahlt; **Aufgetauchter Bundesminister a. D.** – Pleitier Günther Krause ist aus seiner unbezahlten Villa geflogen. Zu seinem Verdruss war SPIEGEL TV exklusiv dabei; **Abzocker** – Abmahnverein schikaniert Kleinstunternehmer.

ARTE RE:

MONTAG, 30. 4., 19.40 – 20.15 UHR | ARTE

Schwedens neues Sex-Gesetz – Der Staat an der Bettkante

Schweden stimmt über ein europaweit einmaliges Gesetz ab: Wer vor dem Sex nicht das Einverständnis seines Partners bekommt, kann hinterher der Vergewaltigung bezichtigt werden.

SPIEGEL TV WISSEN

FREITAG, 4. 5., 20.15 – 21.00 UHR | PAY-TV,
BEI ALLEN FÜHRENDEN KABELNETZBETREIBERN

Der »Fluchhafen« – Milliardengrab BER

Jeden Monat kostet das Debakel den Steuerzahler rund 41,4 Millionen Euro. Bis zu einer möglichen Eröffnung im Jahr 2020 müssen noch 13 000 Mängel behoben werden.

SPIEGEL GESCHICHTE

FREITAG, 4. 5., 22.00 – 22.50 UHR | SKY

Auf Sendung: LA Riots

Im März 1991 wird Rodney King während seiner Festnahme in Los Angeles von vier Polizisten misshandelt. Sie werden freigesprochen. Das Urteil löst eine Welle der Gewalt aus.

SZ Familie feiert 1. Geburtstag!

Das einzige Familien-Magazin, das sich in zwei eigenständige Hefte trennen lässt – eines für Eltern und eines für Kinder.



Geburts-
tags-
angebot:
2 Ausgaben
für nur 9,90 €

» Jetzt bestellen unter:

 sz.de/fam-geb

 089 / 21 83 – 10 00

Seien Sie anspruchsvoll.

Süddeutsche Zeitung



WILLING-HOLTZ / PLAINPICTURE

Bei Fuß!

Bewegung Leben Hundehalter gesünder, weil sie regelmäßig Gassi gehen? Die Wissenschaft entdeckt das lauffreudige Haustier als Präventionsinstrument.

Seit Tove Fall ihre Kooikerhündin Vega hat, kommt sie öfter an die frische Luft. »Vega ist superaktiv und sorgt dafür, dass ich wirklich jeden Tag spazieren gehe«, sagt die Hundebesitzerin aus dem schwedischen Uppsala, »auch die Kinder sind jetzt mehr draußen als früher.«

Wie wertvoll die Motivation durch die lauffreudige Hündin ist, weiß wohl kaum jemand besser als Halterin Fall: Vor Kurzem nämlich hat die Epidemiologin von der Universität Uppsala die weltweit größte Studie zu der Frage veröffentlicht, ob der Mensch mit Hund gesünder lebt als ohne.

Fall hat medizinische Daten von knapp 3,5 Millionen ihrer Landsleute über einen Zeitraum von zwölf Jahren analysiert. Am Beginn der Betrachtung waren diese zwischen 40 und 80 Jahre alt. Weil in Schweden Hunde in einem zentralen Register gemeldet sind, konnte sie ihre Studienobjekte einteilen – in solche, in deren Haushalt ein oder mehrere Hunde lebten (etwa 13 Prozent der Untersuchten), und solche, bei denen das nicht so war.

Dann wühlten sich Fall und ihre Kollegen durch die Angaben zu den Todesursachen der Schweden – auch die sind im Königreich in Datenbanken dokumentiert. Ergebnis: Wer als Alleinstehender einen Hund besitzt, dessen Risiko, an einer Herz-Kreislauf-Erkrankung zu sterben, ist um

36 Prozent geringer als bei Menschen in vergleichbarer Lebenssituation ohne Hund. Und leben ein oder mehrere Hunde in einem Mehrpersonenhaushalt, schrumpft die Wahrscheinlichkeit des Herztods für die Halter um immerhin 15 Prozent.

Sind es allein die täglichen Gassitouren, die für den verblüffenden Effekt in Falls Studie sorgen? Viele Wissenschaftler wollen das nun genauer untersuchen. Ihre Forschungsinteressen: Bewegen sich Hundehalter wirklich mehr als andere und, wenn ja, wie viel mehr? Was könnte sie zu noch häufigerer Aktivität motivieren? Gibt es Rassen, die die Gesundheit der Halter besonders positiv beeinflussen? Kurz gesagt: Taugt der Hund als Präventionsinstrument?

Wenn das so wäre, könnte der beste Freund des Menschen einen gewaltigen Beitrag zur Volksgesundheit leisten. In Deutschland leben Hunde in rund 20 Prozent der Haushalte, in Großbritannien in 23, in Australien in 36 und in den USA gar in 46 Prozent. 2760 Schritte laufen Hundebesitzer täglich mehr als Menschen ohne ein solches Haustier: Das hat Tiermediziner Daniel Simon Mills von der britischen University of Lincoln bereits herausgefunden, das entspricht einem Plus an körperlicher Aktivität von 22 Minuten.

Mills bat seine Probanden, allesamt Rentnerinnen und Rentner mit und ohne Hund, jeweils eine Woche lang einen Bewegungssensor am Oberschenkel zu tragen, und das zu drei verschiedenen Zeiten innerhalb eines Jahres. Zusätzlich sollten sie über ihre Spaziergänge Buch führen. Weil Menschen in Fragebögen oder Aufzeichnungen gern beschönigen oder etwas vergessen, sind solche Daten verlässlicher als die einer reinen Befragung. Auch Forscherin Fall wertet gerade die Ergebnisse einer weiteren schwedischen Großstudie

Spaziergang mit Hund

Raus aus dem Körbchen

aus, in der rund 30 000 Hundebesitzer und Nichthundebesitzer Sensoren getragen haben.

»Die Hundehalter kommen auf die von Medizinern empfohlene wöchentliche Bewegung«, bilanziert Mills, »die Kontrollgruppe nicht.« Auch wenn sich nicht jeder ältere Mensch einen Hund zulegen könne, sagt der Veterinärmediziner, könnten Ärzte doch auf den positiven Einfluss eines Hundes hinweisen und anregen, dass sich Ältere der wachsenden Bewegung des Dogsharing anschließen. Dabei teilen berufstätige Hundehalter ihre Tiere mit Menschen, die zwar Zeit für ausgedehnte Gassirunden haben, zu Hause aber keinen Hund halten können oder wollen.

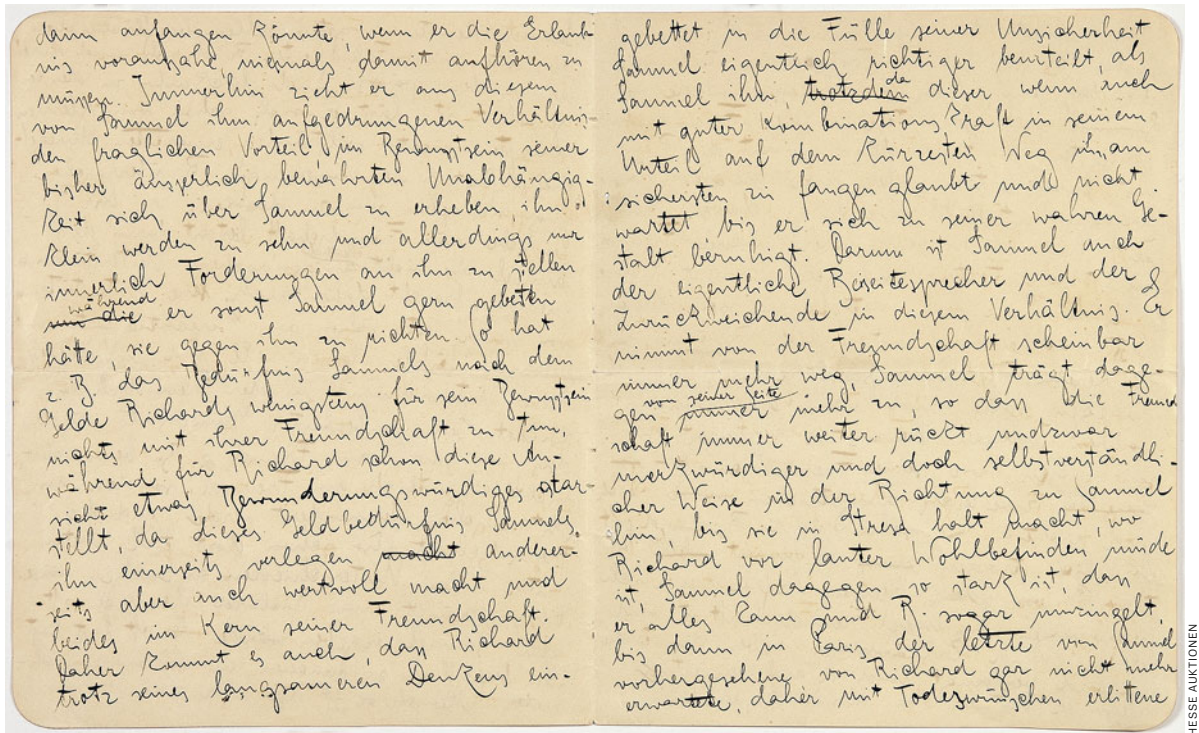
Das käme auch jenen Vierbeinern zugute, die vorwiegend ohne Auslauf auskommen müssen. Denn, auch das ist eine Erkenntnis der jungen Disziplin der Gassiforschung, nur 60 Prozent der Hundebesitzer bieten ihren Lieblingen regelmäßig Spaziergänge an.

Warum das so ist, untersucht die Gesundheitswissenschaftlerin Hayley Christian von der University of Western Australia. Große Hunde, hat sie bereits herausgefunden, haben bessere Chancen auf regelmäßige Touren als kleine. Alte und kranke Hunde fristen – wenig überraschend – häufiger ein Dasein im Körbchen als junge, agile Artgenossen. Und je enger das Verhältnis zwischen Hund und Halter ist, desto wahrscheinlicher sind gemeinsame Aktivitäten. Auch eine hundefreundliche Umgebung entscheidet über die Frequenz der Spaziergänge – ob also das Zuhause in der Nähe von Wald und Feld liegt oder in verkehrsgefluteten Innenstädten, wo die Tiere nicht frei laufen dürfen.

Zu wenig Leinenzwang wiederum, so warnen die Wissenschaftler, komme zwar dem Hund zugute, meist aber nicht dem Halter. Auf offiziellen Freilaufwiesen oder in den in Amerika beliebten Dog Parks können zwar die Hunde nach Herzenslust herumtollen, doch Herrchen und Frauchen sammeln keine Fitnesspunkte: Sie sitzen auf der Bank. Julia Koch



Wie man mehr Bewegung in seinen Alltag einbauen kann, erklärt **SPIEGEL WISSEN** »Endlich fit!«, jetzt im Handel. Auch online unter amazon.de/spiegel oder im Abo unter abo.spiegel-wissen.de.



Handschriftliche Einleitung von »Richard und Samuel«

Literatur

Kafka-Manuskript wird versteigert

● Eigentlich hatten sie Reiseführer zusammen schreiben wollen. »Billig« sollte die Reihe heißen, die sie planten, und sie beide würden damit zu reichen Männern werden. Max Brod und Franz Kafka waren im Herbst 1911 gemeinsam auf Reisen, und Brod arbeitete mit Tricks daran, Kafka zum Schreiben und vor allem zum Veröffentlichen zu bringen. Aus den Reiseführern wurde leider nichts, aber sie beschlossen, ein anderes gemeinsames Buch zu schreiben, jeder aus seiner Perspektive. »Richard und Samuel« sollte es heißen, und ein erstes Kapitel haben sie wirklich fertiggestellt. Doch dann beendete Kafka die Zusammenarbeit. Jeder Satz von Brod, notiert Kafka später, »den er für Richard und Samuel schreibt«, sei »mit einer widerwilligen Koncession von meiner Seite verbunden«. Trotzdem stimmt Kafka der Veröffentlichung des Kapitels in den »Herderblättern« zu. Zur Einleitung verfasst er eine kurze Skizze, die beide Freunde

charakterisiert. Und das sechsstückige handschriftliche Manuskript dieser Skizze wird am 26. Mai beim Hamburger Auktionshaus Christian Hesse versteigert. Es ist der erste Verkauf eines Kafka-Manuskripts, seit 1988 die Handschrift vom »Process« versteigert wurde. Der Schätzpreis beträgt 90 000 Euro. Der Text ist die Charakterskizze einer Freundschaft. Samuel als Brod, Richard als Kafka. Samuel zeigt Leichtigkeit, Richard grübelt: »Denn er hat an den bloßen Erscheinungen seiner sich verändernden Freundschaft genug zu tragen, gegenüber allem übrigen was die Reise sonst mit sich bringt, ist er benommen, ist oft sehr ernst, aber durchaus nicht aus dem Verlangen einmal von Samuel auf die Wangen geklopft zu werden, hat großes Bedürfnis nach Musik und nach Frauen.« Kafka erinnerte sich später im Gespräch mit Brod an das gemeinsame Projekt: »Es waren wunderbare Zeiten, warum muss es gute Literatur gewesen sein?« vw

Theater

Im Streitmodus

● Die derzeit meistdiskutierten Bühnen stehen auch beim am Freitag beginnenden Berliner Theatertreffen im Zentrum – die Berliner Volksbühne und die Münchner Kammerspiele. Eröffnet

wird das Festival mit der »Faust«-Inszenierung, mit der sich Frank Castorf 2017 nach 25 Jahren als Intendant der Volksbühne verabschiedete. Gleich zwei Produktionen, darunter Brechts »Trommeln in der Nacht«, dürfen die Münchner Kammerspiele zeigen. Die Auseinandersetzung um angeblich

fortschrittliche Theaterkonzepte und die Einmischung von Politik und Kritik in den künstlerischen Kurs soll während des Festivals auch jenseits der Bühne eine wichtige Rolle spielen; auf Podien und in Publikumsdiskussionen soll aber auch die #MeToo-Debatte fortgeführt werden. RED

Vorsicht: zerbrechlich und männlich

● Wie klingt der Soundtrack zum fragilen Mann um die dreißig, einem Gegenentwurf zu den machohaften Überegos, den Donald Trumps dieser Welt? Vielleicht wie das Debütalbum »Die besten



International Music

Jahre« des Trios International Music aus dem Ruhrgebiet. Darauf sind zwar schon die »Knie kaputt«, die »Frisur ist scheiße, die besten Jahre sind vorbei«, aber manche Mädchen immer noch »einfach zu groß für mich« und die Mütter Beraterinnen in Sinnfragen (»Mama, warum?«). Naturgemäß ist der zerbrechliche, noch junge, doch fast schon kaputte Mann kein übermäßig selbstbewusster Rapper, er steht auch nicht auf einer DJ-Em-pore, sondern schrammelt im Probe-raumkeller an der Gitarre rum, spielt vom Kater und vom Leben gezeichnete Rockmusik, hier melancholisch, da romantisch, die hinter einer Wand aus Hall und Zigarettenrauch hervorzudrin-gen scheint. Das klingt so fantastisch gelangweilt vom Rest der Welt, dass nach 17 Songs in über 80 Minuten klar wird: Solange es Musik gibt wie die von International Music, haben die besten Jahre des fragilen Mannes eben erst begonnen. SKR

Kino

Karneval unter Sadisten

● Ein Schönheitschirurg mit Doppelnamen (Oliver Masucci) und nervöser Gattin (Katja Riemann) sucht ein bisschen Exzentrik in seinem öden Bonzenleben und engagiert einen Haussklaven (Samuel Finzi) – das ist die möglicherweise lustige Grundidee des Films »HERRliche Zeiten«. Der Regisseur Oskar Roehler ist schon länger berüchtigt für Kinowerke, die gern wild, geistreich und obsessiv sein möchten und doch regelmäßig zu brutal hölzernen Spießerkomödien geraten. So ist es leider auch in diesem mit tollen Schauspielern besetzten Pseudolehrstück über spätkapitalistische Ausbeutungsverhältnisse. Man sieht die Riemann verstrahlt staunen, Masucci mit den Kieferknochen malmen und Finzi ölig

grinsen. Der Schauspieler Yasin el Harrouk gibt den obermonströsen Nachbarn mit arabischem Migrationshintergrund, dazu kommen etliche als ost-europäische Wanderarbeiter auftretende Statisten. Und bald wird im Herrenmenschen und in rheinischer Mundart gebrüllt, als handelte es sich um eine Karnevalssitzung unter Sadomaso-Freunden. Angeregt zu »HERRliche Zeiten« wurde Roehler durch das Buch »Subs« des wegen rechtsextremer Äußerungen umstrittenen Autors Thor Kunkel, vorgeschwebt haben mag ihm eine Verhöhnung der Bourgeoisie in der Tradition von Luis Buñuel; doch herausgekommen ist bei all der Mühsal nun ein mit ordentlich Fördergeld fabrizierter filmischer Totalschaden. Für den Zuschauer gilt: Dieser von Ermächtigung und Unterwerfung handelnde Klau-mauk ist eine echte Folternummer. HÖB



Szene aus »HERRliche Zeiten«

Elke Schmitter Besser weiß ich es nicht

Der Jazztest



Erfinderin des sogenannten Bechdel-Tests ist die Cartoonistin Alison Bechdel, in deren Comicserie »Dykes to Watch Out For« (etwa: »Lesben, wie wir sie lieben«) zwei Frauen sich darüber unterhalten, wann es sich lohnt, ins Kino zu gehen: In einem guten

Film muss es, »erstens, zwei Frauen geben, die, zweitens, sich miteinander unterhalten, und zwar, drittens, nicht über einen Mann«.

Vor einigen Wochen kam die »New York Times« zu dem Schluss, dass Hollywood beim Bechdel-Test immer noch schlecht abschneide. Daran musste ich denken, als ich in einem Jazzklub in Nashville (ja, so etwas gibt es in der Countrymetropole auch) bei einer Jamsession war. Der Bechdel-Jazztest würde, angepasst, lauten: erstens, mindestens zwei Frauen auf der Bühne, die, zweitens, nicht singen. Alles andere ergäbe sich schon von selbst: keine High Heels, keine engen Kleider, die sie zu frierenden Puppen machen. Stattdessen Sneakers und weite Hosen, in denen sich locker Schlagzeug spielen, Bass zupfen und Saxofon spielen lässt.

Andererseits: Männer arbeiten hart. Die sprichwörtlichen 10 000 Stunden, die es zur Meisterschaft braucht, wollen erst mal absolviert sein. Und es kommt noch immer vor allem darauf an, wie du auf der Bühne stehst, ob es stimmt mit dem Charme und der Gefälligkeit. Die Nerds, denen man alles verzeiht, das Schwitzen, den Bauch und das entsetzlich karierte Hemd – sie haben an ihren Fertigkeiten gearbeitet und nicht an ihrer Performance. Vielleicht finden sie sich, wenn sie zu Hause sind, genau so unvollkommen und unansehnlich wie die Sängerin, bis sie Diät und Push-ups absolviert und ihre Frisur gerichtet hat. Aber auf der Bühne, bei der Musik, dürfen sie sich vergessen.

Es gibt wohl keine künstlerische Disziplin (außer vielleicht dem Tanz), bei der so viel Können abverlangt wird wie in der Instrumentalmusik, so viel Arbeit bei so wenig Aussicht auf eine Karriere. Die Konkurrenz ist unabsehbar, der Einsatz muss täglich der höchste sein – und am Ende läuft es bei den allermeisten aufs Taxifahren, aufs Kellnern und Unterrichten hinaus. Der einzige Trost sind diese raren Stunden mit Goldrand, in denen die Töne und die Menschen in Resonanz miteinander gehen, in denen der Arbeiter zum Virtuosen wird und das Schwierige wieder kann, weil das Können Spiel werden kann. Ein vor allem männliches Spiel.

An dieser Stelle schreiben Elke Schmitter und Nils Minkmar im Wechsel.



MARKUS TEDESKINO / DER SPIEGEL

Autor Rothmann in Berlin: »Meine besten Texte waren immer noch weiser als ich«

»Unsere Wurzeln liegen in der Luft«

SPIEGEL-Gespräch Es geht um Metaphysik, die Sozialdemokratie – und dann wäre da noch die Frage nach dem männlichen Blick. Ein Besuch bei dem Schriftsteller Ralf Rothmann.

In Frohnau, dem äußersten Zipfel West-Berlins, lebt Ralf Rothmann, bekannt geworden mit Romanen wie »Milch und Kohle«, »Junges Licht« und zuletzt, sehr erfolgreich, »Im Frühling sterben« – man könnte ihn, wenn man denn ein Etikett suchte, für einen Chronisten der alten Bundesrepublik halten. Aber wäre dieser Begriff nicht allzu dürr für einen Autor, der so lebensprall erzählt wie er? Im Mai wird Rothmann 65, dann bekommt er eine kleine Rente: »Ich habe ja mal richtig gearbeitet.« Aber erst mal scheint nun sein neuer Roman, »Der Gott jenes Sommers« spielt 1945 auf einem Gut in Schleswig-Holstein. Es geht um junge Mädchen, junge Männer, das bevorstehende Kriegsende, um Nazifunktionäre; in der Luft liegt eine Mischung aus Apokalypse und Hedonismus.

SPIEGEL: Herr Rothmann, eigentlich ist dieses Buch die Fortsetzung Ihres vorigen Romans.

Rothmann: Nachdem ich »Im Frühling sterben« geschrieben hatte, dachte ich nicht, dass ich noch einmal in diese Naziwelt abtauchen würde – die hat mich zu sehr deprimiert. Aber dann habe ich eine Lesereise gemacht, und in Kiel kam eine ältere Dame zu mir und sagte, sie habe meinen Vater kennengelernt, als jungen Mann noch. Da war sie ungefähr zwölf. Und wie sie dann von ihm erzählte, merkte ich, das kleine Mädchen damals war verliebt gewesen in den 17- oder 18-Jährigen. Und daran hat sich die Geschichte entsponnen.

SPIEGEL: Ihr Vater war ein Vorbild für eine der Hauptfiguren in »Im Frühling sterben«. Er taucht auch in »Der Gott jenes Sommers« wieder auf: als junger Melker, der zwangsrekrutiert wird von der Waffen-SS – und der, wie man aus dem Vorgängerbuch weiß, den Befehl erhält, seinen besten Freund zu erschießen.

Rothmann: Dass mein Vater zwangsrekrutiert wurde, stimmt; dass er seinen Freund erschießen musste, nicht. Das sind ja keine biografischen Bücher.

SPIEGEL: Aber einen autobiografischen Kern haben alle Ihre Romane. Sie haben einmal gesagt, dass Ihre Mutter gegen Ende des Krieges von einem Russen vergewaltigt wurde. Die Angst, vergewaltigt zu werden, ist eines der zentralen Motive Ihres neuen Romans.

Rothmann: Ja, meine Mutter ist vergewaltigt worden während der Flucht aus Westpreußen. Sie hat das natürlich nicht so ausgedrückt, sie hat gesagt, »Einmal hat mich einer geschnappt«, und auf jede weitere Neugier nur mit »Frag mir kein Loch in den Bauch« reagiert – und damit war der Fall für sie erledigt.

SPIEGEL: Auch die Hauptfigur des Buches, die zwölfjährige Luisa, wird vergewaltigt. Und dafür war das Vorbild Ihre Leserin aus Kiel?

Rothmann: Um Gottes willen! Das Buch ist reine Fiktion, sieht man vielleicht davon ab, dass ich ein bisschen die Silhouette meiner Frau mit hineingewebt habe, ihre Klugheit, diese Faszination für Bücher, die roten Haare.

SPIEGEL: Und was hat Ihre Frau dazu gesagt, dass die Figur vergewaltigt wird?

Rothmann: Diese Vergewaltigung liegt ja in der Logik der Geschichte. Das war, worvor alle Frauen zu jener Zeit Angst hatten. Die Propaganda sprach bekanntlich von vergewaltigenden »asiatischen Horden«, die über Deutschland kommen würden.

SPIEGEL: Im Roman gibt es noch eine zweite Handlungsebene, sie spielt zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges.

Rothmann: Das war zunächst keine kalkulierte Gestaltung, das hatte eher musikalische Gründe. Nach etwa 40 Seiten dachte ich, irgendwas stimmt hier nicht mit dem Ton, der braucht einen Widerpart. Und dann habe ich alles zur Seite gelegt, durchgeatmet und diese Passage geschrieben, und zwar in einem besinnungslosen Rutsch. Und das wiederholte sich ungefähr alle 40 Seiten, etwa so wie ein Musiker ein Thema kontrapunktisch bearbeitet:

Der Ton, den ich angeschlagen hatte, brauchte einfach ein Echo.

SPIEGEL: In dieser Binnenerzählung, die der eigentliche Höhepunkt des Buches ist, geht es um einen Mann, der sich die absurde Idee in den Kopf setzt, eine Kapelle über einen See zu transportieren. Natürlich geht sie unter. Als ob die Vergeblichkeit der Hoffnung das Motto ist, das über allem steht.

Rothmann: Nicht nur. Es gibt schließlich seinen Freund, den Zimmermann, der ihm die Augen öffnet: Dein Bemühen war ja ein reines, insofern ist es nicht wirklich wichtig, ob die Kirche nun im Dorf steht. Sie steht auf jeden Fall an ihrem Ort – und der ist eher der Herzinnenraum als die Dorfmitte.

SPIEGEL: Vor Kurzem ist noch ein anderer Roman erschienen, in dem der Dreißigjährige Krieg eine Rolle spielt, »Munin oder Chaos im Kopf« von Monika Maron. Darin ist der Krieg eine Folie für unsere Zeit, für Flüchtlingsströme, Unruhe und Nervosität.

Rothmann: Jeder Krieg ist immer das Ende der Gespräche, der Schmerz des Einzelnen, das Überrolltwerden von der Historie. Ihn aber als Metapher zu benutzen, um eigene Thesen und Befürchtungen zu illustrieren, das käme mir seinen Opfern gegenüber nicht geheuer vor, ehrlich gesagt. Das hat mir mein Buch auch verboten. Der Glaube, dass es innerhalb des Grauens noch eine Hoffnung gibt und geben muss, ist wichtiger.

SPIEGEL: Ist unsere Zeit denn eine Zeit der Hoffnungslosen? Oder zumindest der Heimatlosen?

Rothmann: Na ja, Flüchtlingsströme hat es immer gegeben und diejenigen, die jetzt meinen, Deutschland gegen Zuwanderer verteidigen zu müssen, die vergessen, dass zumindest Westdeutschland von Zuwanderern aufgebaut wurde. Und diejenigen, die sich darüber aufregen, dass die Syrer zu uns kommen, regen sich natürlich nicht darüber auf, dass die in ihrem Land mit deutschen Waffen erschossen werden. Im Übrigen: Wer so etwas braucht wie einen Ort, eine Heimat, eine Nation, der ist gar

Ralf Rothmann: »Der Gott jenes Sommers«. Suhrkamp; 254 Seiten; 22 Euro. Erscheint am 7. Mai. Das Gespräch führte der Redakteur Sebastian Hammele.



Eltern Elisabeth, Walter Rothmann (undatierte Privataufnahmen): »Der Krieg saß immer mit am Tisch«

nicht richtig auf der Welt. Es gibt andere Wurzeln.

SPIEGEL: Welche?

Rothmann: Die liegen eher in der Luft. Ich glaube, dass die geistige, die metaphysische Verwurzelung die eigentlich wichtige ist. Irgendwann wird jeder einmal von irgendwo vertrieben werden. Wehe dem, der dann keinen Ort über dem Ort hat.

SPIEGEL: »Denn wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir«, wie es in der Bibel heißt?

Rothmann: Ja.

SPIEGEL: Spielt diese metaphysische Komponente in Ihrem Leben eine Rolle?

Rothmann: Wenn das, was wir Wirklichkeit nennen, schon die Wahrheit wäre, sähen wir wohl arm aus. Jeder, der halbwegs schöpferisch arbeitet, macht ja die Erfahrung, dass da etwas wirkt, das willensstärker ist als er selbst. Die wirklich guten, schönen oder bewegenden Textstellen kann man sich nicht ausdenken, die kommen, die sind plötzlich da. Aber woher kommen sie? Meine besten Texte waren immer noch weiser als ich.

SPIEGEL: Wie kann das sein?

Rothmann: Das muss jeder für sich selbst beantworten. Ich habe nur die Erfahrung gemacht, dass ein intellektueller Ansatz in der Literatur für mich eher unbefriedigend ist. Ich will von niemandem hören, was er denkt oder meint, wenn ich seine Romane lese. Ich will von niemandem hören, was ich denken soll. Ich will etwas gestaltet sehen. In der Poesie scheint etwas auf, das über aller Realität ist und einem die Augen für das Wunderbare öffnet. Das interessiert mich.

SPIEGEL: Sind Sie religiös?

Rothmann: Was heißt schon religiös? Ich bin katholisch und denke manchmal noch mit so einer sentimental Anhänglichkeit an den Verein. Aber ich gehe in keinen Gottesdienst. In meiner Kindheit in der verrußten Bergarbeitersiedlung war die Kirche allerdings ein Trost, auch in ästhetischer Hinsicht: Diese üppigen Blumensträuße, das Gold und der Kostümflitter im Weihrauchduft. Ich war schon leidenschaftlich gern Ministrant. Aber das hat sich mit der Pubertät alles erledigt.

SPIEGEL: Ihre Texte sind ungewöhnlich sinnlich für die deutschsprachige Literatur, sie sind sehr anschaulich und gewinnen dadurch eine ungeheure Kraft. Genau das aber ist an Ihrem vorigen Buch »Im Frühling sterben« kritisiert worden. Ein Rezensent hat Ihnen Verkitschung des Weltkriegs vorgeworfen.

Rothmann: Das ist für mich keine Kategorie. Ich weiß nicht, was Kunst ist, wie kann ich wissen, was Kitsch ist? Insofern hat mich das nie behelligt. Hermann Hesse hat sein ganzes Leben mit dem Vorwurf gelebt, er sei kitschig. Wenn man sich im deutschsprachigen Raum nicht an den Intellekt wendet, sondern Gefühle erzeugt, dann kommt ganz schnell dieser Vorwurf. Gedanken lassen sich in unserer wunderbar komplexen Sprache natürlich leicht zum Ausdruck bringen. Aber mit ihr etwas gestalten, das einem das Herz hebt oder einem die Nackenhaare sträubt, das ist fast wie Tango tanzen in Gummistiefeln.

SPIEGEL: Es ist ein Wagnis, über das Kriegsende zu schreiben, wenn man es

macht wie Sie. Alexander Gauland hat vom »Stolz« auf die Leistungen deutscher Soldaten im Weltkrieg gesprochen. Das hat er dann relativiert, er habe bloß »Respekt« gemeint. Auch wenn Sie kein Gesinnungsgenosse Gaulands sein dürften, geht es Ihnen nicht auch um Respekt vor dem Individuum – und sei das ein deutscher Soldat?

Rothmann: Sie dürfen nicht vergessen, mein Vater ist mit 17 zwangsrekrutiert worden. Er wollte nie in den Krieg ziehen und hätte auf den »Stolz« oder den »Respekt« jenes Politikers gepfeifen. Dass ich darüber geschrieben habe, lag einfach an der Liebe zu meinen Eltern, zu meinem Vater, weil ich ihn verstehen wollte. Er war ein großer Schweiger, und natürlich hatte er Gründe dafür. Als er zur Waffen-SS eingezogen wurde, fühlte er sich als Opfer, als er zurückkam, war er plötzlich Täter. Das konnte er nicht verstehen; abgesehen von ein paar Jerry-Cotton-Heften hatte er nie im Leben ein Buch gelesen. Dieses Vakuum, das er mit sich herumtrug, das wollte ich ergründen, deshalb habe ich mich hineinbegeben in diese Zeit. Ich glaube, sonst hätte ich das gar nicht getan.

SPIEGEL: Wussten Sie als Kind, dass Ihr Vater in der Waffen-SS war?

Rothmann: Er hatte die Blutgruppentätowierung der SS am inneren Oberarm, und wenn er sich zu uns setzte in seinem Turnhemd, sahen wir sie. Der Krieg saß also immer mit am Tisch. Wir haben ihn dann dies und das gefragt, aber er hat selten geantwortet oder höchstens mit seinem obligatorischen »Alles Idioten!«.

SPIEGEL: Ihre Eltern sind nach Ihrer Geburt von Schleswig-Holstein ins Ruhrgebiet gezogen, wo Ihr Vater als Bergmann gearbeitet hat.

Rothmann: Ja, das war eine harte Zeit, auch für uns Kinder. Mein Vater hat sich völlig vergraben unter Tage. Die Kumpel, die haben sich auf eine Weise mit dieser unglaublich schweren Arbeit identifiziert, die mir bis heute ein Rätsel ist. Das war fast wie eine Kriegskameradschaft. Und dann die Zechenunglücke, der Mann hatte unzählige Bein- und Armbrüche. Dazu die ständige Finanznot: Meine Mutter war sehr genussüchtig, wollte auf jedem Rummel tanzen, wollte rauchen und trinken. Dafür reichte das Geld aber nicht. Und dann gab es diese gruseligen Situationen, dass sie uns Kindern das Taschengeld aus den Sparbüchsen klaute, die Münzen mit dem Frühstücksmesser aus dem Schlitz holte.

SPIEGEL: Wenn die Westdeutschen heute auf die alte Bundesrepublik zurückblicken, dann tun sie das oft im Glauben, dass dies die beste aller Welten war. Wenn man Ihre Romane liest, die in dieser Zeit spielen, hat man den Eindruck, es war überhaupt nicht so.

Rothmann: So habe ich es auch nicht empfunden. Die Jahre im Ruhrgebiet waren eigentlich eine Zeit der Gewalttätigkeit. Alles war brutal, auch die Sprache. Ich habe das als furchtbar und traumatisierend empfunden. Und als ich 1976 nach West-Berlin ging, war es auch nicht anders. Es war ein Dreckloch, und es war kalt, und die Wohnungen waren schrecklich. Doch immerhin gab es Freiräume.

SPIEGEL: In Ihrem Debütroman »Stier« haben Sie über beides geschrieben, auch über die Zeit, als Sie nach der Volksschule in Oberhausen auf dem Bau gearbeitet haben. Sie sind vermutlich der einzige deutsche Schriftsteller mit Maurerlehre.

Rothmann: Nein, Lutz Seiler hat auch eine gemacht. Das Problem beim Mauern ist, Sie können es irgendwann. Für einen Maurer ist es das Größte, eine Ecke zu mauern, an der Ecke richtet sich der ganze Bau aus. Wenn Sie das dann können, müssen Sie nicht mal mehr eine Wasserwaage anlegen, das Ding ist im Lot. Aber als Schriftsteller, als schöpferischer Mensch überhaupt, dürfen Sie niemals sagen, jetzt können Sie es. Das gibt es nicht, das wäre das Ende Ihrer Literatur. Sie stehen immer wieder wie der Lehrling am ersten Tag des ersten Lehrjahrs da, und rein gar nichts ist im Lot.

SPIEGEL: Wie kamen die Bücher zu Ihnen auf die Baustelle?

Rothmann: Es gab ja die Stadtbücherei, und da war ich Stammgast. Dieser Moment, einen Stapel Bücher, die auch noch diesen eigentümlichen Geruch hatten, nach Hause zu tragen, das war immer das reine Glück. Ich habe viel gelesen, aber auch oft simuliert, ein Lesender zu sein. Man konnte sich hinter den Büchern so gut verstecken und eigenen Träumen nachhängen. Dann hieß es immer: Stör den Jungen nicht, der liest!

SPIEGEL: Eigentlich ist Ihre Lebensgeschichte ein sozialdemokratisches Märchen: vom Maurerlehrling zu einem der großen Erzähler des Landes.

Rothmann: Im Ruhrgebiet der Sechziger war die SPD tatsächlich allgegenwärtig. Irgendwann kam Willy Brandt zu einer Wahlkampfredenachrede nach Oberhausen-Tackenberg, auf den Fußballplatz, und alle Kinder haben sich natürlich bemüht, ihm die Hand zu schütteln. Einer meiner Schulfreunde hat es auch geschafft und sagte dann ganz aufgeregt: »Er hat ganz weiche Hände!« Das konnte er kaum fassen. Die Hände unserer Väter waren ja hart ver-schwielt.

SPIEGEL: Und wie nehmen Sie den Niedergang der SPD wahr?

Rothmann: Aus den Augenwinkeln. Ich schaue ab und zu mal auf mein Smartphone. Und wenn ich darüber hinaus etwas über die Welt erfahren will, lese ich Shakespeare oder höre Schubert.

SPIEGEL: Hat Sie dann die Debatte um Eugen Gomringers Gedicht »Avenidas« erreicht, um den männlichen Blick in der Kunst? In Ihrem Werk sind sinnliche Frauenfiguren allgegenwärtig. Und Sie beschreiben das Aussehen dieser Frauen auch hingebungsvoll, bis hin zu den Frisuren, zum Nagellack, zu den Strümpfen. Wenn es ein schriftstellerisches Werk gibt, in dem der männliche Blick allgegenwärtig ist, dann Ihres.

Rothmann: Ein männlicher Blick ist zunächst mal nichts Negatives. Natürlich ist man empfänglich für die Schönheiten des anderen Geschlechts. Frauen sind das auch. Ich würde das eher als menschlichen Blick bezeichnen.

SPIEGEL: Die Kritik an Gomringers Gedicht lautete, hier werde die Frau zum Objekt gemacht.

Rothmann: In meinen Romanen sind es meistens die Frauen, die Männer zu ihren Objekten machen, darin herrscht ein mildes Matriarchat. Was diese Gomringer-Debatte betrifft, ist es so, dass die Interpretation des Gedichts völlig stumpfsinnig und dumm war, da wurde sogar Akkusativ und Nominativ verwechselt. Die Verse sind keine Herabsetzung der Frau, sondern ein Hymnus, ein Loblied der Schöpfung, ein Psalm. Unsere ganze Literatur kommt letztlich aus dem Minnesang, also aus der Bewunderung der Frau. Und natürlich ist das auch wichtig, die Erotik. Schreiben ohne Eros ist nicht zu denken.

SPIEGEL: Bedroht die politische Korrektheit die Freiheit der Kunst?

Rothmann: Die Freiheit der Kunst ist absolut, die kann nichts bedrohen. Die der Künstler hingegen ist fragil. Politische Korrektheit bringt bestenfalls tariflich geregelte Akademie Kunst oder Sonntagsredner hervor. Es ist aber das Vorrecht der Kunst, über die Stränge zu schlagen. Sie ist in erster Linie Anarchismus.

SPIEGEL: War Ihnen die Bewunderung der Frau der Anstoß zum Schreiben?

Rothmann: Nein, der Anstoß war ein ganz anderer. Hinten auf den Jerry-Cotton-Heften meines Vaters gab es immer diese winzigen Anzeigen: Da wurden obskure Potenzmittel angepriesen oder Röntgenbrillen, mit denen man durch die Kleider der Frauen schauen konnte. Und für ein Schlankheitsmittel mit angeblich rapider Wirkung wurde mit dem warnenden Satz geworben: »Das ist das Schicksal aller Dicken, sie fallen um beim Blumenpflücken!« Das fand ich schon als Elf- oder Zwölfjähriger so entzückend, dass ich dachte: Wenn man so etwas Zaubenhaftes mit Sprache machen kann, dann will ich eines Tages schreiben.

SPIEGEL: Herr Rothmann, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Das große Zuviel

Biografien Die Verlegerin und Tetra-Pak-Erbin Sigrid Rausing hat ein Buch über die katastrophale Drogensucht ihres Bruders geschrieben. Es trägt den Titel »Desaster« und erzählt von dem dunklen Zentrum inmitten der vermögenden, diskreten Familie.

Am Ende hat alles mit einem Pappkarton zu tun. Mit der guten Idee, Milch nicht länger in Flaschen abzufüllen, sondern in kunststoffbeschichtete Papierverpackungen. Anfangs hatten sie die Form eines Tetraeders, weshalb ihr Erfinder, der Schwede Ruben Rausing, sie Tetra Pak nannte. Die Kartons ließen sich mühelos sortieren, stapeln, in größere Kartons verpacken, transportieren und lagern. Kein Klirren, keine Scherben, keine Lichtdurchlässigkeit. Das war 1951. Heute gibt es Tetra Paks in den allermeisten Ländern, im Jahr werden 188 Milliarden davon produziert. Es war also eine von jenen Ideen, die vieles veränderten. Auch das Leben der Familie Rausing, sie wurde zu einer der reichsten Familien der Welt.

Sigrid Rausing, 56, ist eine Enkelin des Tetra-Pak-Erfinders. Seit vielen Jahren lebt sie in London, sie hat einen Dokortitel in Anthropologie, sie ist Herausgeberin des »Granta«-Magazins, einer Zeitschrift für Literatur, und ihr gehört der Granta-Buchverlag. Rausing stellt tolle Sachen auf die Beine, das neue »Granta«-Magazin zum Beispiel beschäftigt sich mit dem Thema Roboter und mit der Frage, ob deren Existenz die Beziehung zwischen Mensch und Tier verändern wird. Im Granta Verlag gibt Rausing die Bücher von Eleanor Catton oder Rebecca Solnit heraus. Und wenn man sie in ihrem Büro trifft, einem luftigen Raum, dann verwickelt sie einen mit sanfter Stimme mühelos in ein Gespräch. Rausing führt einen dabei zu

interessanten Themen, zur Polarisierung der englischen Gesellschaft oder Wasserknappheit in Südafrika, doch eigentlich wollte man darüber gar nicht mit ihr reden. Sie ist gut darin, das Gespräch von ihrer Person wegzulenken, schwer zu sagen, ob sie das absichtlich oder intuitiv tut.

Rausings Arbeitsplatz, das Verlagshaus von Granta, liegt im Stadtteil Holland Park, große, weiße Villen säumen die Straßen, doch Granta ist in einem bescheidenen Bau untergebracht. Am Empfang leuchtet eine Neoninstallation, viel Holz und Weiß, überall Bücher, Papierstapel, kleine Büros, die durch Glaswände voneinander getrennt sind, keines ist größer als zehn Quadratmeter, auch das der Chefin nicht.



Autorin Sigrid Rausing: »Alles dreht sich um Scham, Schuld und Verurteilung«

OLIVIER HESS / DER SPIEGEL

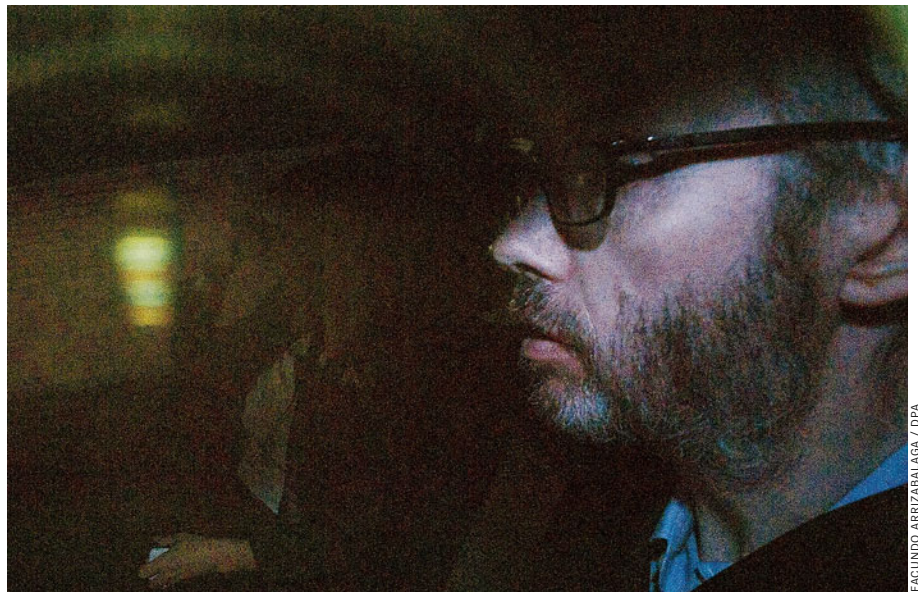
In diesem Rahmen ist Rausing jene Person, als die sie wohl am liebsten gesehen wird: eine berufstätige Intellektuelle. »Ich liebe meine Arbeit«, sagt sie, »ich liebe das Disziplinierende an der Arbeit, sich an einen neuen Text zu setzen, darüber nachzudenken, was ihn auszeichnet, was ihm noch fehlt. Ich liebe Texte. Ich liebe das alles hier.« Die Anerkennung, die sie als Verlegerin und als Anthropologin erhält, ist ihre Währung. Geld ist für sie nicht mit Anerkennung verbunden, in dieser Hinsicht ist es für sie wertlos. Es gibt einfach viel zu viel davon in ihrer Familie.

Sigrid Rausing führt einen zähen Kampf, um hinter dem Vermögen ihrer Familie als Individuum sichtbar zu bleiben. Der immense Reichtum der Rausing ist das eine Thema, das sie zu überragen droht, das andere ist die katastrophale Drogensucht ihres jüngeren Bruders Hans Kristian.

Sie hat ein Buch darüber geschrieben, die deutsche Übersetzung, die jetzt erscheint, trägt den Titel »Desaster«^{**}. Im Englischen heißt es »Mayhem«, ein altmodisches Wort. Gleich im ersten Kapitel erklärt Rausing, weshalb sie diesen Titel wählte. »Mayhem« bedeutet »Chaos«, aber auch »schwere Körperverletzung«, es ist der alte juristische Terminus für »Verstümmelung«. Der Begriff impliziert Schuld, was in diesem Kontext durchaus passend ist, denn es gibt keine Suchtgeschichte, in der sich nicht alles um Schuld dreht, um Scham und Verurteilung.

Im Juli 2012 wurde Hans Kristian Rausing in London von Polizisten auf der Straße aufgegriffen, er erschien den Beamten verwirrt und verwahrlost; in seinem Besitz befand sich eine noch warme Crackpfeife. Sie begleiteten ihn nach Hause, in eine Villa am Cardogan Place in Belgravia, dort veranlassten sie eine Hausdurchsuchung. Das Haus, das in der Boulevardpresse als 70-Millionen-Dollar-Anwesen bezeichnet wurde, war zu größten Teilen aufgeräumt und geputzt, doch das Schlafzimmer von Hans Kristian Rausing und seiner Ehefrau Eva, das angrenzende Bad und der Ankleideraum waren ein einziges Chaos. »Das Schlafzimmer umschloss die Sucht«, schreibt Rausing, »der Rest des Hauses fühlte sich an wie eine Fassade der Gesundheit, auf die sie selbst oder wir alle gehofft hatten, das Familienleben, das sie oder wir herbeigesehnt hatten – Potemkinsche Dörfer, wohlhabend und abgesichert.«

Im Schlafzimmer machte die Polizei einen schockierenden Fund: Dort lag die Leiche Eva Rausing, eingewickelt in Kleider, in eine Plastikplane, bedeckt mit einer Matratze und mehreren Flachbildschirmen. Es stellte sich später heraus, dass die 48-Jäh-



Milliardenerbe Hans Kristian Rausing 2012*: Verwirrt und im Besitz einer Crackpfeife

rige an Herzrhythmusstörungen infolge einer Kokainvergiftung gestorben war. Seit mehr als zwei Monaten befand sich ihre Leiche in diesem Raum, die Türritzen waren mit Klebeband abgedichtet. Hans Kristian Rausing kam in eine psychiatrische Klinik. Die Berichterstattung zu diesem Fall hielt vor allem in England und Schweden über Wochen an. In einem Kapitel ihres Buches listet Rausing alle Schlagzeilen auf, die allein auf der Website der schwedischen Zeitung »Aftonbladet« erschienen sind, sie nehmen fast vier Buchseiten ein.

In dem Bestreben, ihr Leben vor den Augen der Öffentlichkeit so gut wie möglich zu verbergen, unterscheiden sich die Rausing vermutlich nicht von anderen sehr vermögenden Familien. Sigrid Rausing erzählt, dass ihr Großvater und ihr Vater, ihre Mutter und ihre Schwester, dass sie alle Autobiografien geschrieben haben, aber keiner von ihnen habe sie je veröffentlicht. Seit zwei Generationen lebte die Familie nach der Maxime, zusätzliche Aufmerksamkeit um jeden Preis zu vermeiden. Und dann geschah diese Katastrophe.

Sigrid Rausing war in ihrem Landhaus in Schweden, sie gab gerade ein Telefoninterview, als ihr Mann ihr einen Zettel hinhielt, auf dem stand: »Man hat Evas Leiche gefunden«. Zwei Monate später begann sie mit dem Schreiben. Heute, fast sechs Jahre danach, sagt Rausing, sie sei zu dem Zeitpunkt noch völlig fassungslos gewesen, in einem Zustand akuten Schocks und tiefsten Kummers. »Zu schreiben war zunächst mal der Versuch, die Ereignisse zu sortieren und zu verstehen, was eigentlich geschehen ist.« Dass sie ihr Manuskript schließlich veröffentlichte, ist dem Wunsch geschuldet, den unzähligen Berichten über ihren Bruder und seine Frau, dem Klatsch, den hobbypsychologi-

schen Deutungen ihre Sicht der Dinge hinzuzufügen. Und weil die Situation so überfordernd war, zeigte sich die Familie zum ersten Mal damit einverstanden, dass ein Manuskript nicht in die Schublade wandert. »Wie konnte das geschehen?«, lautet die Frage, die über allem steht.

Die Öffentlichkeit hatte darauf bald eine Antwort: Hans Kristian Rausing war den übergroßen Vorbildern seines Großvaters und seines Vaters nicht gewachsen, das trieb ihn in die Drogensucht. In einer Entzugsklinik lernte er Ende der Achtziger seine künftige Frau Eva Kemeny kennen, einige Jahre lang konnten sie einander Halt geben, dann fingen beide wieder mit den Drogen an.

Sigrid Rausing nähert sich der Frage »Wie konnte das geschehen?«, indem sie erst mal ihrem Gedankenfluss folgt: Sie zitiert den schwedischen Dichter August Strindberg, sie beschreibt ihre erste Begegnung mit Eva, Momente aus ihrer Kindheit tauchen auf, und sie fragt sich, ob die emotionale Vorgeschichte eines Menschen oder ob seine genetische Prädestination entscheidend für seine Sucht ist. Die Struktur des Buches gleicht einem Mosaik, Rausing trägt Erinnerungen und Reflexionen zusammen, akademische Studien und Assoziationen, wobei sich nach und nach eine Chronologie der Ereignisse herauschält. Bevor sie sich dem Juli 2012 nähert, erzählt sie ein Kapitel lang von den jährlichen Sommerferien der Familie in Südschweden, einer »fernen Sommerkindheit«, so idyllisch, als ob Astrid Lindgren sie erdacht hätte, mit Ruderbootausflügen auf nahe gelegene Inseln, im Wind trocknenden Bettlaken und Rasenennis. Doch diese Erinnerungen führen sie an einen schwierigen Punkt, denn damals waren die drei Geschwister eng miteinander verbunden, sie waren sich ähnlich, deshalb landet Rausing bald bei der

* Auf dem Weg in den Gerichtssaal.

** Sigrid Rausing: »Desaster«. Aus dem Englischen von Adelheid Zöfel. S. Fischer; 288 Seiten; 20 Euro.



KEMENY FAMILY / REUTERS

Ehepaar Eva, Hans Kristian Rausing in den Neunzigerjahren: Ihre Liebe begann in einer Entzugsklinik

Frage: Wie konnten sich ihre Leben so unterschiedlich entwickeln?

Dass sie Anthropologin ist, leitet sie bei der Suche nach Antworten. Ihre Aufmerksamkeit richtet sie auf die sozialen Zusammenhänge, in die ihr Bruder geriet, nachdem er die Schule abgeschlossen und die Familie hinter sich gelassen hatte. Eine Reise nach Indien, das erste Heroin am Strand von Goa, hätte ihr Bruder in dieser Nacht bloß nicht jene Italienerinnen getroffen, die den Stoff dabei hatten; der Champagner in der Silvesternacht 2000, der nach Jahren der Abstinenz den Rückfall in die Sucht ausgelöst haben soll.

Es ist auffällig, wie sehr Rausing ihre Eltern frei halten will von jeglicher Schuld. Eher hinterfragt sie ihre eigene Rolle, ob sie als Schwester unzulänglich gehandelt haben könnte. Sie grübelt über Briefen und E-Mails, die sie an ihren Bruder und ihre Schwägerin schickte, und hadert mit dem Ablauf der Gerichtsverhandlung, bei der ihr das Sorgerecht für die Kinder der beiden zugesprochen wurde. Immer wieder betont sie den Aspekt der genetischen Prägung, recherchiert medizinische Forschungsergebnisse und schildert Alkoholprobleme entfernter Verwandter. Als ob die Antwort auf die Frage »Wie konnte das geschehen?« ihren Eltern nicht zu nah kommen darf.

Der Vater von Eva Rausing, Tom Kemeny, hat Sigrid Rausing vorgeworfen, ein »präventives und maßloses« Buch geschrieben zu haben, mit dem sie ihr Gewissen be-

ruhigen wolle, weil sie das Sorgerecht für die vier Kinder des Ehepaars gegen den Willen der Eltern übernommen habe. In der englischen Presse wurde ihr vorgeworfen, sie habe eine saftige Geschichte verschenkt. Dass ein trauernder Vater ein ungerechter Kritiker ist, liegt auf der Hand, auch dass die Boulevardpresse auf ein intellektuelles Memoir enttäuscht reagieren würde.

Sigrid Rausing steigt tief in das Thema Sucht ein, aufrichtig erzählt sie, was es für Angehörige bedeutet, über Jahre verstrickt zu sein in das, was sie »das dunkle Zentrum« oder »die Krankheit« nennt. Doch erstaunlicherweise blendet sie dabei weitgehend aus, dass ihre Familie nun mal die Tetra-Pak-Familie mit einem Vermögen von mehreren Milliarden ist. Nur ein paar vereinzelte Sätze deuten die Dimensionen in dieser Welt an, die große Ermattung gegenüber dem Zuviel. »Vor ein paar Jahren schenkte Hans mir das Sommerhaus nebenan, das meine Mutter gekauft und ihm geschenkt hatte. Er wollte es nicht haben.« Diskretion hält Rausing davon ab, Querverbindungen zwischen beiden Themen zu ziehen. Durch diese Befangenheit entsteht der Eindruck, ein Teil der Wahrheit bleibe im Buch ausgespart.

Rausing sitzt in ihrem kleinen, hellen Büro, mitten in London, dieser Stadt, in der das Klassenbewusstsein bis heute überlebt hat und das Streben nach Reichtum so viele Leute antreibt, weil sie sich davon die Erfüllung ihres Lebens erhoffen. Rau-

sing fällt zu diesem Thema nur das Wort »Verpflichtung« ein.

Sie tut sich leichter damit, über Drogen, Sucht und Tod zu sprechen als über Geld. Die Scheu, die sie dabei empfindet, steckt einen förmlich an. Als das Gespräch doch darauf kommt, sagt sie: »Das ist eine andere Geschichte.« Wobei im Raum stehen bleibt, ob es möglich wäre, diese Geschichte zu erzählen: was es für eine intelligente und sensible Frau bedeutet, Erbin eines Milliardenvermögens zu sein.

Alles an Rausing deutet darauf hin, dass sie dazu nicht bereit ist. Bis auf einen sehr schmalen Ehering trägt sie keinen Schmuck, ihre Kleidung ist fast uniformhaft: ein schlichter Pullover, darüber ein offenes, weites Hemd, gerade geschnittene Hosen, flache Schuhe. Sämtliche Insignien von Reichtum in der Öffentlichkeit zu vermeiden ist auch ein Zeichen.

Ihr Bruder Hans Kristian soll seine Sucht überwunden haben, er hat wieder geheiratet. Und Rausing hat eines der Themen, die sie zu überragen drohten, zwischen zwei Buchdeckel bannen können. Jahrelang hat sie an dem Manuskript von »Desaster« geschrieben, ihre Überarbeitung der schwedischen Übersetzung wurde vor Kurzem fertig, das Projekt ist nun abgeschlossen. An diesem Morgen im März kam die Nachricht, dass »Desaster« für einen Preis nominiert wurde. Genau die Art von Anerkennung, die für sie einen Wert hat. Claudia Voigt

SPIEGELBESTSELLER

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin »buchreport« (Daten: media control);
nähere Informationen finden Sie online unter: www.spiegel.de/bestseller

Belletristik

- 1 (6) **Haruki Murakami** **Die Ermordung des Commendatore II** DuMont; 26 Euro
- 2 (5) **Paluten / Klaas Kern** **Freedom. Die Schmahamas-Verschwörung** Community Editions; 12 Euro
- 3 (1) **Ferdinand von Schirach** **Strafe** Luchterhand; 18 Euro
- 4 (4) **Maja Lunde** **Die Geschichte der Bienen** btb; 20 Euro
- 5 (3) **Jojo Moyes** **Mein Herz in zwei Welten** Wunderlich; 22,95 Euro
- 6 (2) **Maja Lunde** **Die Geschichte des Wassers** btb; 20 Euro
- 7 (9) **Laetitia Colombani** **Der Zopf**
S. Fischer; 20 Euro


Die Geschichten dreier Frauen aus verschiedenen Kontinenten – Giulia, Sarah und Smita – miteinander verbunden wie ein Zopf
- 8 (7) **Bernhard Schlink** **Olga** Diogenes; 24 Euro
- 9 (8) **Maxim Leo / Jochen Gutsch** **Es ist nur eine Phase, Hase** Ullstein; 12 Euro
- 10 (10) **Mariana Leky** **Was man von hier aus sehen kann** DuMont; 20 Euro
- 11 (14) **Marc-Uwe Kling** **QualityLand** Ullstein; 18 Euro
- 12 (11) **Daniel Kehlmann** **Tyll** Rowohlt; 22,95 Euro
- 13 (17) **Lucy Fricke** **Töchter** Rowohlt; 20 Euro
- 14 (12) **Elena Ferrante** **Die Geschichte des verlorenen Kindes** Suhrkamp; 25 Euro
- 15 (–) **Haruki Murakami** **Die Ermordung des Commendatore** DuMont; 26 Euro
- 16 (16) **Elena Ferrante** **Meine geniale Freundin** Suhrkamp; 22 Euro
- 17 (15) **Hardy Krüger** **Ein Buch von Tod und Liebe** Hoffmann und Campe; 18 Euro
- 18 (20) **Carmen Korn** **Zeiten des Aufbruchs** Kindler; 19,95 Euro
- 19 (13) **John Grisham** **Forderung** Heyne; 24 Euro
- 20 (19) **Guido Maria Kretschmer** **Das rote Kleid** Goldmann; 14 Euro

Sachbuch

- 1 (–) **James Comey** **Größer als das Amt**
Droemer; 19,99 Euro


Der Ex-FBI-Chef, den der US-Präsident feierte, hat seine Erinnerungen aufgeschrieben – und packt darin über das System Trump aus
- 2 (15) **Peter Hahne** **Schluss mit euren ewigen Mogelpackungen!** Lübbe; 10 Euro
- 3 (1) **Bas Kast** **Der Ernährungskompass** C. Bertelsmann; 20 Euro
- 4 (2) **Hans-Wilhelm Müller-Wohlfahrt** **Mit den Händen sehen** Insel; 22,95 Euro
- 5 (3) **Hamed Abdel-Samad** **Integration** Droemer; 19,99 Euro
- 6 (8) **Wolfram Eilenberger** **Zeit der Zauberer** Klett-Cotta; 25 Euro
- 7 (5) **Michael Wolff** **Feuer und Zorn** Rowohlt; 19,95 Euro
- 8 (7) **Markus Feldenkirchen** **Die Schulz-Story** DVA; 20 Euro
- 9 (4) **Manfred Lütz** **Der Skandal der Skandale** Herder; 22 Euro
- 10 (6) **Gerald Hüther** **Würde** Knaus; 20 Euro
- 11 (12) **Gregor Gysi** **Ein Leben ist zu wenig** Aufbau; 24 Euro
- 12 (16) **Wilhelm Schmid** **Selbstfreundschaft** Insel; 10 Euro
- 13 (–) **Hans Rosling** **Factfulness** Ullstein; 24 Euro
- 14 (9) **Elke Heidenreich** **Alles fließt** Corso; 24,90 Euro
- 15 (19) **Peter Wohlleben** **Das geheime Leben der Bäume** Ludwig; 19,99 Euro
- 16 (11) **Ranga Yogeshwar** **Nächste Ausfahrt Zukunft** Kiepenheuer & Witsch; 22 Euro
- 17 (17) **Axel Hacke** **Über den Anstand in schwierigen Zeiten und die Frage, wie wir miteinander umgehen** Kunstmann; 18 Euro
- 18 (13) **Franz Keller** **Vom Einfachen das Beste** Westend; 24 Euro
- 19 (14) **Rolf Dobelli** **Die Kunst des guten Lebens** Piper; 20 Euro
- 20 (18) **Yuval Noah Harari** **Homo Deus** C. H. Beck; 24,95 Euro

KRIEGER, KÜNSTLER UND DRUIDEN – DIE WELT DER KELTEN



208 Seiten mit Farbbildteil
Gebunden mit SU • € 20,00 (D)
Auch als E-Book erhältlich

Sie lebten im Mitteleuropa der Eisenzeit. Sie hinterließen prächtige Schätze und beeindruckendes Kunsthandwerk. Die Römer fürchteten ihre Krieger. Doch bis heute rätseln Forscher: Wer waren die Kelten? Wie lebten und an was glaubten sie? SPIEGEL-Autoren und Experten liefern neue Erkenntnisse über eine geheimnisvolle Kultur.

DVA
www.dva.de

SPIEGEL
BUCHVERLAG

Mit voller Wucht

Pop Welche andere Amerikanerin ist so wortgewandt und dabei so glamourös wie sie? Allerhöchstens Michelle Obama. Jetzt veröffentlicht die Sängerin Janelle Monáe ein neues Album.

Eine junge Frau trat ins Rampenlicht und sprach aus, was unausgesprochen war, aber längst im Raum gestanden hatte. »Die Zeit ist abgelaufen«, sagte sie, »für ungleiche Bezahlung, für Diskriminierung, für sexuelle Belästigung. Für Machtmissbrauch.« Und weiter: »Das geschieht nicht nur in Hollywood, nicht nur in Washington. Es geschieht auch genau hier, in der Musikindustrie.« Sie trug einen schwarzen Anzug, verziert mit Blumen, als wüchsen sie über das Schwarz, ein bisschen Hoffnung über einem Abgrund.

Die Frau war die afroamerikanische Künstlerin Janelle Monáe und die Halle gemietet für die 60. Grammy-Verleihung, in New York, die Feier der US-Musikindustrie, live übertragen vor dem Millionenpublikum der Fernsehzuschauer. An diesem Abend des 28. Januar hallten die Schlagworte antisexistischen Protests – »#MeToo« und »Time's Up« – so klar in Richtung Pop wie kaum zuvor.

Ein paar Wochen später sitzt Monáe in einem Sessel, auch er zufällig mit Blumen verziert wie ihr Anzug bei den Grammys, nur wirkt sie auf den ersten Blick eher abgekämpft als kämpferisch. Spricht man sie auf die Rede an, regt sich was hinter der großen Sonnenbrille, die ihren Blick verdeckt, eine, die dem Gegenüber den Spiegel vorhält. »Wir spielen diesen Scheiß nicht«, sagt Monáe, ihre Worte pointiert, als kämen sie jetzt nicht vom Sessel in einem Berliner Hotelzimmer, sondern von einer Bühne. »Ich meine, ich selbst wurde nicht vergewaltigt. Aber ich war in unangenehmen Situationen. Und einige habe ich nie angesprochen, weil ich dachte: Wenn ich was sage, kriege ich dann nicht mehr diese Chance im Job?«

Janelle Monáe, 32, Tochter einer Putzfrau und eines Müllwagenfahrers aus Kansas City, ist eine sechsfach Grammy-nominierte Sängerin, Musikerin und Komponistin. Für ihren Sound hat sie sich in ihrer gut zehnjährigen Karriere bei allen möglichen Genres bedient, sie vermengt und neu gedeutet, R & B, Pop, Rap, Funk oder Soul, beeinflusst von Erykah Badu, James Brown und Prince, der in seinen letzten Lebensjahren für Monáe zu einem Mentor wurde.

Und sie ist Schauspielerin. Für die viel beachteten Filme »Hidden Figures«, ein Porträt fast vergessener schwarzer Nasa-

Pionierinnen, und »Moonlight«, ein Coming-of-Age-Drama über einen schwulen Afroamerikaner, setzte sie die Musik auf Pause. Monáe ist Popstar und Hollywood-Celebrity, sie überschreitet Grenzen. Sie nutzt die Aufmerksamkeit stärker als viele ihrer Kollegen, um politisch zu sein. Sie sagt: »I'm a free ass motherfucker.«

Noch bevor die Hashtags #MeToo und #TimesUp die sozialen Medien füllten, setzte Monáe sich für das moderne feministische Netzwerk »Fem the Future« ein. Beim »Women's March«, einem feministischen Protestzug durch Washington, einen Tag, nachdem Donald Trump im Weißen Haus eingezogen war, stand sie auf einer Bühne, sang aber nicht. Sie hielt eine Rede. »Wann immer ihr aufgeben wollt«, sagte sie, »müsst ihr daran denken, euch für die Freiheit und nicht für die Angst zu entscheiden.«

Doch es war die Rede bei den Grammys, die sie zur Stimme von Time's Up in der Musikindustrie machte. Einer Branche, in der nach #MeToo, anders als in Hollywood, kaum große Namen fielen, jedenfalls keiner der Kategorie Harvey Weinstein: Russell Simmons, dem Mitgründer des stilprägenden Labels Def Jam, werden sexuelle Belästigung und Vergewaltigung vorgeworfen. Simmons streitet die Anschuldigungen ab. Dem Musikmanager Charlie Walk wird sexuelles Fehlverhalten

vorgeworfen, er musste daraufhin seinen Posten bei Universal räumen. Walk streitet die Anschuldigungen ab.

Trotz solcher Fälle haben #MeToo und Time's Up im Musikbusiness nicht zu einem nachhallenden Aufschrei oder einer Debatte über Ungleichheit geführt, die mit der Filmbranche vergleichbar wäre. Dabei gibt es Redebedarf: In der »Power 100 List« des US-Branchenblatts »Billboard«, die jährlich die einflussreichsten Akteure in der Musikindustrie benennt, tauchen unter den ersten zehn zum Beispiel nur zwei Frauen auf. Und laut einer Studie der University of Southern California waren weniger als zehn Prozent der Grammy-Nominierten in wichtigen Kategorien der vergangenen sechs Jahre Frauen.

Monáe ist Teil dieser wenigen und sagt jetzt in Berlin, die Musikindustrie habe wohl noch nicht den gemeinsamen Feind, den Harvey Weinstein, ausgemacht. Aber: »Gespräche werden geführt. Namen werden genannt. Und diejenigen werden bloßgestellt werden.«

Dass Monáe, die Aktivistin, im Futur spricht, passt zu Monáe, der Musikerin, deren frühere Alben, die alten Codes schwarz geprägter Popmusik aufsaugend, klangen, als sänge sie in einem irgendwie vergangenen Futur. Wie in einer Oper aus einem Science-Fiction-Film. Als Frau-Maschine stilisierte Monáe sich früher, ein schwarzer Android, der glänzte. Sie führte so eine Tradition fort. Die des Afrofuturismus, der seit den Sechzigerjahren mit einer Ästhetik aus afrikanischer Mythologie und hoch entwickelter Technologie Afroamerikanern nicht bloß von Unterdrückung erzählt, sondern von der Magie des Utopischen. Von Freiheit, nicht von Angst.

Nun veröffentlicht Janelle Monáe ihr drittes Album, »Dirty Computer«, auch deshalb ist sie nach Berlin gereist, wo sie sagt, sie habe auf diesem Album die Ehrlichkeit dem Rätsel vorgezogen. Der Satz selbst klingt rätselhaft, erschließt sich jedoch schnell, hört man beispielsweise die Single »Django Jane«, einen Song, in dem Monáe sich nicht mehr wie ein Android aus einer fremden Zukunft gibt, sondern wie eine selbstbestimmte Rapperin. Sagte sie in ihrer Grammy-Rede noch: »Wir kommen in Frieden«, klingt sie in »Django Jane« kriegischer: »We're gon' start a motherfuckin' pussy riot«, heißt es da, die Ankündigung eines weiblichen Aufstands. Oder: »Let the vagina have a monologue.«

Nur spricht Monáe in »Django Jane« nicht bloß als Frau, sondern als Afroamerikanerin. Es geht ihr nicht nur um #MeToo und Time's Up, sondern auch um »Black Lives Matter«, eine Bewegung, die im Sommer 2013 in Amerika als Reaktion auf Polizeigewalt gegenüber Schwarzen entstanden ist.



Aktivistin Monáe im Januar in Washington
»Für die Freiheit entscheiden«



EMMA MCINTYRE / GETTY IMAGES

Darstellerin Monáe bei der Premiere des Films »Black Panther«: »Wir kommen mit all dem heißen Scheiß um die Ecke«

Black Lives Matter befeuerte eine Welle schwarzer Protestmusik, die in den Mainstream vorgedrungen ist. Das zeigt sich an Künstlern wie dem Rapper Kendrick Lamar, dessen Meisterwerk »To Pimp a Butterfly«, eine Tour de Force durch die Zerrissenheit schwarzen Lebens in den USA, 2016 den Grammy als »Bestes Rap-Album« gewann. Der Refrain der Single »Alright« wurde bei Black-Lives-Matter-Protesten zu einem Schlachtruf der Hoffnung: »We gon' be alright«, es wird schon gut ausgehen für uns, irgendwann. Das zeigt sich an Beyoncé, einer der erfolgreichsten Musikerinnen unserer Zeit, deren Auftritt im vergangenen Jahr bei der Halbzeitshow des Super Bowl, eines der meistgesehenen TV-Ereignisse der Welt, an der Seite von Tänzerinnen in Lederuniformen eine Hommage an die Black-Panther-Bewegung darstellte. Und das zeigt sich an Janelle Monáe, die 2015 mit dem Song »Hell You Talmhout« eine der Hymnen zu Black Lives Matter lieferte: In den knapp sieben

Minuten werden die Namen von 18 Afroamerikanern benannt, die mutmaßlich Opfer von Polizeigewalt wurden, stets gefolgt von einem »Say his/her name«. Sagt ihre Namen, erinnert daran, was mit ihnen geschah. Ein Mantra der Verzweiflung.

Auch Monáe sieht die Welle, sagt sogar, sie sei an einem Höhepunkt angekommen. Eine Welle, die nicht nur die amerikanische Musiklandschaft erreicht zu haben scheint, sondern auch Hollywood. Beide Filme, in denen Monáe spielte, »Hidden Figures« und »Moonlight«, wurden 2017 für insgesamt elf Oscars nominiert, Letzterer bekam die Auszeichnung für den besten Film, als erster mit einer ausschließlich schwarzen Besetzung. Oder »Black Panther«, ein Superheldenfilm, der kürzlich anlief, so viel einspielte wie kein anderer und in dem der Superheld ein Schwarzer ist. In einigen US-Kinos lief vor »Black Panther« der Trailer für »Dirty Computer«.

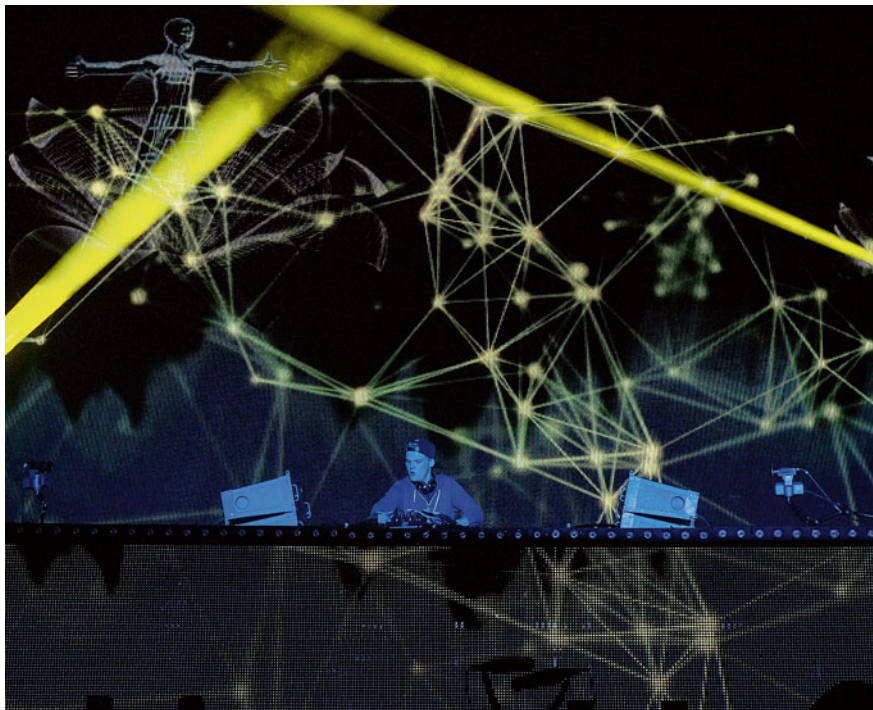
Am 29. Januar im Dolby Theatre in Hollywood.

Monáe versinkt jetzt aber im Berliner Blumensessel. »Wir kommen mit all dem heißen Scheiß um die Ecke«, sagt sie. »Zugleich kriegen wir nicht dieselben Chancen, so zu strahlen wie einige unserer weißen Kollegen.« Damit berichtet sie auch von einem Land, das derzeit regiert wird von Donald Trump, der schon während seiner Präsidentschaftskampagne die Black-Lives-Matter-Bewegung als »trouble« bezeichnet hat. Als Problem.

Monáe seufzt. Und holt Luft: »Trump hätte nicht mal eine Glühbirne oder eine Erdnuss, wenn es uns nicht gäbe. Das Weiße Haus würde nicht existieren ohne uns. Er muss einfach gehen. Und das Land Leuten überlassen, denen Amerika wirklich am Herzen liegt.«

Es klingt wie der Einstieg in eine neue Rede.

Jurek Skrobala
Twitter: @skrobala



DJ Avicii 2012: Der Schmerz blieb

Das tödliche Ja

Idole Der schwedische DJ und Produzent Avicii war der Weltstar des Stadionrave.

Großer Pop lebt immer vom großen Gefühl. Das kann vom Künstler erlebt sein, lediglich nachempfunden oder schlicht ausgedacht – ohne geht es nicht. Die Musik des schwedischen DJs und Produzenten Tim Bergling, der unter seinem Künstlernamen Avicii weltberühmt war, ist voller Gefühle. Euphorie, Neugier, Sommerfreude, Trennungsangst. Trotzdem ist es erstaunlich, dass die prägende Geschichte seines Lebens keinen Weg in seine Musik gefunden hat. Avicii war der Superstar eines entgrenzten Pop, der überall auf der Welt Ja! ruft. Zum Exzess, zum Spaß, zu Stadien voll junger Leute, die ihre Handys in die Luft recken. Bergling selbst allerdings kämpfte in den paar Jahren, die er hatte, einen verzweiferten Kampf um das Nein. Nein zu noch mehr Auftritten, Nein zu noch mehr Selfies, Nein zum nächsten Interview. Vielleicht ist er einfach nicht alt genug geworden, um aus diesem Konflikt Musik zu machen.

Tim Bergling wurde am Freitag, dem 20. April, in Oman tot aufgefunden, er wurde 28 Jahre alt. Ein Verbrechen schließt die Polizei aus. Die genaue Todesursache ist wohl bekannt, soll aber mit Rücksicht auf die Angehörigen nicht veröffentlicht werden.

In einem Statement der Familie zu Berglings Tod, das am vergangenen Donnerstag in der schwedischen Tageszeitung »Dagens Nyheter« veröffentlicht wurde, heißt es unter anderem: »Er hat wirklich gerungen mit dem Nachdenken über den Sinn, das Leben, das Glück. Jetzt hat er es nicht mehr geschafft. Er wollte Frieden haben.«

Avicis Superhit »Wake Me Up« von 2013 erzählt die Geschichte des sonnigen Teils seines Lebens. Ein Song über einen Jungen, der eigentlich zu jung ist, um sich auf die Reise seines Lebens zu begeben, es aber trotzdem tut. Der in einem Traum lebt, und der den Hörer oder die Hörerin bittet, ihn aufzuwecken, wenn der Moment gekommen ist. Bergling wurde kurz nach seiner Schulzeit berühmt. Er wuchs in Stockholm auf, verließ fast nie die paar Straßen, wo sein Elternhaus stand, wo seine Freunde wohnten und wo seine Schule war. Er nahm ein paar Songs auf, schickte sie auf gut Glück an ein paar DJs, fand einen begabten Manager – und kam dann jahrelang nicht mehr nach Hause, weil er fast jeden Abend auftrat.

Ein modernes Popmärchen, aus dem er aufgeweckt wurde, als sein Körper nicht mehr mitmachte. 2013 musste er kurz vor einem Auftritt in Australien wegen einer Bauchspeicheldrüsenentzündung im Kran-

kenhaus behandelt werden und spielte dann weiter – der Schmerz blieb. Von nun an kämpfte er gegen seine Zeitpläne, gegen die Überforderung seines Körpers – und machte doch weiter. Das war die dunkle Seite seines Lebens. 813 Shows spielte er zwischen 2008 und 2016, dem Jahr, in dem er aufhörte aufzutreten, viele in riesigen Stadien vor Zehntausenden Zuschauern.

In Deutschland glaubt man ja oft, Berlin sei die Welthauptstadt der elektronischen Musik. Da ist auch etwas dran, nirgendwo gibt es so viele Klubs, die Szene ist rege. Aber das große Geld macht die elektronische Tanzmusik woanders. Vor allem in Las Vegas und in Miami. Auf riesigen Festivals, die in den USA, in Australien und in Asien Arenen füllen. EDM wird die Musik dieser Stadionraves genannt, Electronic Dance Music. Sie war die Rettung der Musikindustrie, die ihr Geld heutzutage ja vor allem mit Konzerten und weniger mit CD-Verkäufen macht. Denn für EDM-Shows braucht es keine Musiker, keine Instrumente, kein Equipment, keine Roadies. Die Kosten sind gering, die Gewinne groß. Avicii soll sechsstellige Dollarbeträge für einen Auftritt bekommen haben.

Eine Dokumentation auf dem Streamingdienst Netflix zeigt den Preis, den er dafür bezahlt hat. Den Druck, der auf ihm lastete zu spielen. Trotz offensichtlicher schwerer Gesundheitsprobleme. Die Panikattacken, die immer schlimmer werden. Seine Entourage, viele davon alte Freunde aus Stockholm, die ihn begleiten und die ihm Halt geben – die aber auch wissen, dass der Spaß vorbei ist, wenn die Shows vorbei sind. Der Manager, der Bergling groß gemacht hat, der alle Probleme von ihm abgeschirmt hat und der nicht akzeptieren kann und will, dass sein Künstler irgendwann nicht mehr spielen will und auch nicht mehr spielen kann.

Noch etwas zeigt der Film: Wie heute Musik gemacht wird. Früher klampften Rockstars obsessiv auf ihren Gitarren herum, waren immer auf der Suche nach dem neuen Riff. Bergling hat immer seinen Laptop vor sich. Im Auto, im Flugzeug, im Bett: Ständig schaut er auf seinen Computer, auf dem eines der Musikproduktionsprogramme läuft.

Er liebe den Beitrag Skandinaviens zur Weltkultur, hat der damalige amerikanische Präsident Barack Obama 2016 gesagt: die Möbel und Abba und Avicii. Es wird Tim Berglings Familie wenig trösten – aber es ist ziemlich nah an der Unsterblichkeit.

Tobias Rapp

Video
Avicis musikalisches Vermächtnis

spiegel.de/sp182018avicii
oder in der App DER SPIEGEL



Stunden der Angst

Filmkritik »7 Tage in Entebbe« erzählt, wie deutsche und palästinensische Terroristen 1976 ein Flugzeug voller Israelis entführten.

Kinostart: 3. Mai

Die Terroristen wissen, dass sie bald sterben werden. Das Gebäude auf dem Flughafen Entebbe, in dem sie mehr als hundert Menschen in ihrer Gewalt haben, wird gestürmt. Doch sie zögern. Sollen sie die Geiseln wirklich töten, wie sie es angedroht haben? So beschreibt der brasilianische Regisseur José Padilha in seinem Politthriller »7 Tage in Entebbe« die letzten Sekunden der Flugzeugentführung im Sommer 1976.

Der Film spielt in einer fernen Zeit, aber die Debatte um die Wehrhaftigkeit von Demokratien im Angesicht des Terrors ist aktueller denn je – und die um die Selbstverteidigung des israelischen Staates erst recht. Denn an Bord des Air-France-Flugs 139 waren größtenteils Israelis und andere Passagiere jüdischen Glaubens.

Zudem war die Flugzeugentführung von Entebbe Vorbild für eine Terrorattacke, die sich ein Jahr später ins Kollektivgedächtnis der Bundesdeutschen gebrannt hat, als im Herbst 1977 die Lufthansa-Maschine »Landshut« nach Mogadischu entführt wurde, um RAF-Kämpfer in Stammheim freizupressen.

Auch an der Geiselnahme auf dem Air-France-Flug waren zwei deutsche Terroristen beteiligt. Zusammen mit zwei Palästinensern brachten sie das aus Tel Aviv kommende Flugzeug bei einer Zwischenlandung in Athen in ihre Gewalt und entführten es nach Entebbe, damals Hauptstadt von Uganda. Der Diktator Idi Amin gewährte ihnen dort Schutz. Die Entführer forderten die Freilassung von mehr als 50 Terroristen, die in verschiedenen Ländern inhaftiert waren.

Israelis wurden schon damals häufig Opfer von Terrorattacken. Das Attentat von München, bei dem 1972 elf Mitglieder der israelischen Olympiamannschaft starben, lag erst gut vier Jahre zurück.

Die israelische Regierung verfolgte die Politik, niemals mit Terroristen zu verhandeln. So schickte Premierminister Yitzhak Rabin (im Film von Lior Ashkenazi gespielt) vier Militärmaschinen mit Soldaten nach Uganda, um die Entführung zu beenden. Bei der Befreiungsaktion am 4. Juli wurden mehr als hundert Geiseln gerettet. Nur drei von ihnen und ein israelischer Soldat, Yonatan Netanyahu, Bruder des heutigen Premiers, kamen ums Leben. Alle Terroristen und Dutzende ugandische Soldaten wurden erschossen.

Die »Operation Thunderbolt«, später in »Operation Yonatan« umbenannt, war ein äußerst wagemutiges Kommandounternehmen. Padilhas Film legt nahe, dass dieser Sieg bitter war. Habe er doch viele Israelis in ihrem Glauben an militärische Stärke und in ihrer Skepsis gegenüber Verhandlungslösungen bestärkt. Die Lektion, sich künftig zu wehren, hatten die Israelis aus dem Mord an den europäischen Juden abgeleitet. Nie wieder wollten sie zu Opfern werden.

Zweifel haben die Planer im Kabinett dennoch: »Unsere Feinde sind unsere Nachbarn«, sagt Rabin im Film zu Verteidigungsminister Shimon Peres (Eddie Marsan), der den Plan für die Befreiungsaktion ausarbeiten ließ. Wenn man nie verhandle, fährt Rabin fort, werde Israel ein Gefängnis. Tatsächlich schloss Rabin später einen Friedensvertrag mit Jordanien und erhielt 1994 den Nobelpreis. Ein Jahr später wurde er von einem jüdischen Extremisten ermordet.

Mit dem Wissen um die heutige Lage im Nahen Osten blickt Padilha auf das Jahr 1976. Doch er tut nicht so, als wüsste er es besser. Die Handlung wechselt ständig zwischen den Fronten hin und her, zwischen dem Krisenstab in Tel Aviv und den Entführern in Uganda, wie ein ziemlich ratloser, aber unermüdlicher Unterhändler.

Der Film verwendet sehr viel Zeit auf die inneren Konflikte der Terroristen. Sie halten Israel für einen Staat, der den Palästinensern den Lebensraum nimmt. Trotzdem lassen sie die Kinder unter den Geiseln auf dem Rollfeld Fußball spielen.

Daniel Brühl ist in der Rolle des deutschen Entführers Wilfried Böse zu sehen, der den Revolutionären Zellen angehörte, einer linksextremen Terrorgruppe. Sie war unter anderem an dem Anschlag auf eine Opec-Konferenz in Wien 1975 beteiligt und solidarisierte sich, wie viele linke Organisationen, mit den Palästinensern.



Darsteller Brühl, Pike: Deutsche, die ihre Waffen auf Juden richten

Brühl erzählt, dass er bei der Vorbereitung auf die Rolle jenen israelischen Soldaten traf, der Böse am Ende erschoss. Obwohl dieser Soldat Böse nur für wenige Sekunden sah, habe er keinen Zweifel daran, erzählt Brühl, dass der Terrorist niemals gezögert hätte, Geiseln zu töten.

Padilhas Film folgt eher den Schilderungen des französischen Bordingenieurs Jacques Lemoine, der Böse als zerrissenen Mann beschreibt. Im Film begehrt Böse auf, als die palästinensischen Terroristen anfangen, die Geiseln in jüdische und nicht jüdische aufzuteilen. Wer tatsächlich für diese Aktion verantwortlich war, die weltweit Empörung auslöste, ist bis heute unklar.

Padilha macht Böse und seine Mitstreiterin Brigitte Kuhlmann (Rosamund Pike) zu Hauptfiguren seines Films. Sie rebellierten gegen die Generation ihrer Eltern, weil die für den Holocaust verantwortlich war. Doch nun richten sie selbst ihre Waffen auf Juden.

Lässt der Film die beiden zu gut wegkommen? Sicher wirken sie auch deshalb menschlicher, weil sich Terroristen heute nicht mehr fragen, ob sie töten dürfen, sondern wie viele Menschen sie töten können. Lars-Olav Beier



ste

Was uns

Große Geschichten. Jeden Donnerstag



Layla Salih inspiziert die zerstörten historischen Bauwerke Mossuls. Darunter auch die Nuri-Moschee, in der IS-Anführer Baghdadi seinen einzigen öffentlichen Auftritt hatte

rn

bewegt.

g. Und auf stern.de

Aus stern Nr. 47/2017

✖ DIE STERN-REPORTAGE

AUF DER SUCHE NACH DER VERLORENEN ZEIT

Mossul war reich an historischen Schätzen. Dann kamen der Krieg und die Truppen des Islamischen Staats. Die Archäologin Layla Salih versucht zu retten, was die Plünderer übrig ließen

Von Andrea Ritter; Fotos: Patrick Tombola

DER SPIEGEL

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon 040 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion) · Mail spiegel@spiegel.de

Impressum

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923–2002)

CHEFREDAKTEUR
Klaus Brinkbäumer (V.i.S.d.P.)

STELLV. CHEFREDAKTEUR

Susanne Beyer, Dirk Kurbjuweit, Alfred Weinzierl

HAUPTSTADTBÜRO Leitung: René Pfister, Michael Sauga, Christiane Hoffmann (stellv.). Redaktion Politik und Wirtschaft: Nicola Abé, Dr. Melanie Amann, Markus Dettmer, Veit Medick, Ann-Kathrin Müller, Ralf Neukirch, Cornelia Schmergal, Christoph Schult, Anne Seith, Gerald Trautetter. Autoren, Reporter: Markus Feldenkirchen, Konstantin von Hammerstein, Christoph Hickmann, Marc Hujer, Christian Reiermann, Marcel Rosenbach

DEUTSCHLAND Leitung: Cordula Meyer, Dr. Markus Verbeet. Redaktion: Laura Backes, Katrin Elger, Michael Frühlingssdorf, Hubert Gude, Charlotte Klein, Miriam Olbrisch, Andreas Ulrich, Michael Wulzinger. Meldungen: Annette Bruhns. Autoren, Reporter: Jan Fleischhauer, Annette Großbongardt, Julia Jüttner, Beate Lakotta, Bruno Schrep (fre), Katja Thimm, Dr. Klaus Wiegrefe

Berliner Büro Leitung: Frank Hornig. Redaktion: Maik Baumgärtner, Sven Becker, Sven Röbel, Michael Sontheimer (fre), Andreas Wassermann, Wolf Wiedemann-Schmidt. Autoren, Reporter: Stefan Berg, Martin Knobbe

WIRTSCHAFT Leitung: Armin Mahler, Susanne Amann (stellv.), Markus Brauck (stellv.). Redaktion: Simon Hage, Isabel Hilsen, Alexander Jung, Nils Klawitter, Alexander Kühn, Guido Mingels, Martin U. Müller, Ann-Kathrin Nezik, Simone Salden. Autoren, Reporter: Hauke Goos, Michaela Schiefel

AUSLAND Leitung: Britta Sandberg, Juliane von Mittelstaedt (stellv.), Mathieu von Rohr (stellv.). Redaktion: Fiona Ehlers, Katrin Kuntz, Jan Puhl, Tobias Rapp, Raniah Salloum, Samiha Shafy, Helene Zuber. Autoren, Reporter: Marian Blasberg, Clemens Höges, Susanne Koellb, Dietmar Pieper, Christoph Reuter

WISSENSCHAFT UND TECHNIK Leitung: Rafaela von Bredow, Olaf Stampf. Redaktion: Dr. Philip Bethge, Manfred Dworschak, Marco Evers, Dr. Veronika Hackenbroch, Guido Kleinhubert, Julia Koch, Kerstin Kullmann, Hilmar Schmudt, Frank Theauesz, Christian Wüst. Autor: Jörg Blech

KULTUR Leitung: Elke Schmitter, Sebastian Hammelehle (stellv.). Redaktion: Tobias Becker, Lars-Olav Beier, Anke Dürr, Ulrike Knöfel, Katharina Stegelmann, Claudia Voigt, Martin Wolf. Autoren, Reporter: Georg Diez, Dr. Martin Doerry, Lothar Gorris, Wolfgang Höbel, Dr. Nils Minkmar, Volker Weidemann

GESELLSCHAFT Leitung: Matthias Geyer, Özlem Gezer (stellv.). Redaktion: Maik Großekathöfer, Barbara Hardinghaus, Maren Keller, Dialika Neufeld, Claas Relotius, Jonathan Stock, Takis Würger. Autoren, Reporter: Uwe Buse, Ulrich Fichtner, Jochen-Martin Gutsch (fre), Alexander Osang, Alexander Smoltczyk, Barbara Supp

SPORT Leitung: Udo Ludwig. Redaktion: Thilo Neumann, Gerhard Pfeil, Antje Wiedmann, Christoph Winterbach

INVESTIGATIVREPORTER Rafael Buschmann, Jürgen Dahlkamp, Günther Latsch, Jörg Schmitt (investigativ-reporter@spiegel.de). Koordination SPIEGEL ONLINE: Jörg Diehl, Koordination SPIEGEL TV: Roman Lehberger

SONDERTHEMEN Leitung: Dr. Susanne Weingarten, Dr. Eva-Maria Schnurr (stellv.). Redaktion: Markus Deggerich, Uwe Klufmann, Joachim Mohr, Bettina Musall, Dr. Johannes Saltzwedel, Sandra Schulz. Autorin: Marianne Wellershoff

KOORDINATION MEINUNG Markus Feldenkirchen, Christiane Hoffmann

SPIEGEL PLUS Alexander Neubacher

DEIN SPIEGEL Leitung: Detlef Hacke, Bettina Stiebel. Redaktion: Antonia Bauer, Claudia Beckshebe, Alexandra Schulz

CHEF VOM DIENST Anke Jensen, Thomas Schäfer

Schlussredaktion: Gesine Block; Christian Albrecht, Gertred Alfeld, Ulrike Boßerhoff, Regine Brandt, Lutz Diedrichs, Bianca Hunkuhl, Ursula Junger, Dörte Karsten, Sylke Kruse, Katharina Lüken, Stefan Moos, Reimer Nagel, Sandra Pietsch, Fred Schlotterbeck, Sebastian Schulin

Produktion: Petra Thormann, Reinhard Wilms; Kathrin Beyer, Michele Bruno, Sonja Friedmann, Linda Grimmecke, Petra Gronau, Ursula Overbeck, Britta Romberg, Martina Treumann, Rebecca von Hoff, Katrin Zabel

BILDREDAKTION Leitung: Michaela Herold, Claudia Jeczawitz (stellv.); Tinka Dietz, Sabine Döttling, Torsten Feldstein, Thorsten Gerke, Andrea Huss, Elisabeth Kolb, Petra Konopka, Matthias Krug, Parvin Nazemi, Peer Peters, Anke Wellnitz

Mail: bildred@spiegel.de
SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. +1 917 3998184

GRAFIK UND MULTIMEDIA Leitung: Jens Radt. Grafik-Team: Cornelia Baumermann, Thomas Hammer; Ludger Bollen, Max Heber, Anna-Lena Kornfeld, Ferdinand Kuchlmayr, Gernot Matzke, Cornelia Pfauter, Michael Walter. Multimedia-Team: Olaf Heuser, Alexander Epp, Birgit Großekathöfer, Roman Höfner, Marco Kasang, Bernhard Riedmann

LAYOUT Leitung: Jens Kuppi, Reinhilde Wurst; Michael Abke, Lynn Dohrmann, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Ralf Geilhufe, Kristian Heuer, Elsa Hundertmark, Louise Jessen, Nils Küppers, Annika Loebel, Leon Lotuschütz, Sebastian Raulf, Florian Rauschenberger, Barbara Rödiger

TITELBILD Leitung: Katja Kollmann, Johannes Unselt (stellv.); Suze Barrett, Iris Kuhlmann

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Alexanderufer 5, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft. Tel. 030 886688-100, Fax 886688-111; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft. Tel. 030 886688-200, Fax 886688-222

DRESDEN Steffen Winter, Wallgäßchen 4, 01097 Dresden, Tel. 0351 26620-0, Fax 26620-20

DÜSSELDORF Frank Dohmen, Lukas Eberle, Fidelius Schmid, Jägerhofstraße 19–20, 40479 Düsseldorf, Tel. 0211 86679-01, Fax 86679-11

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Tim Bartz, An der Welle 5, 60322 Frankfurt am Main, Tel. 069 9712680, Fax 97126820

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721 22737, Fax 9204449

MÜNCHEN Anna Clauß, Dinah Deckstein, Jan Friedmann, Martin Hesse, Rosental 10, 80331 München, Tel. 089 4545950, Fax 45459525

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

BANGALORE Laura Höflinger, 811, 10th A Main Road, Suite No. 114, 1st Floor, Bangalore – 560 038

BOSTON Johann Grolle, 25 Gray Street, 02138 Cambridge, Massachusetts, Tel. +1 857 9197115

BRÜSSEL Peter Müller, rue Le Tien 28, 1000 Brüssel, Tel. +32 2 2306108, Fax 2311436

ISTANBUL Maximilian Popp, Tel. +90 5413971567

KAPSTADT Bartholomäus Grill, P. O. Box 15614, Vlaeberg 8018, Kapstadt, Tel. +27 21 4261191

KIEW Luteranska wul. 3, kw. 63, 01001 Kiew, Tel. +38 050 3839135

LONDON Jörg Schindler, 26 Hanbury Street, London E 6QR, Tel. +44 203 4180610, Fax +44 207 0929055

MADRID Apartado Postal Número 100 64, 28080 Madrid, Tel. +34 650652889

MOSKAU Christian Esch, Glasowskij Pereulok Haus 7, Office 6, 119002 Moskau, Tel. +7 495 22849-61, Fax 22849-62

NEW YORK Philipp Oehmke, 10 E 40th Street, Suite 3400, New York, NY 10016, Tel. +1 212 2757583, Fax 3026258

PARIS Julia Amalia Heyer, 137 Rue Vieille du Temple, 75003 Paris, Tel. +33 1 58625120, Fax 42960822

PEKING Bernhard Zand, P.O. Box 170, Peking 100101, Tel. +86 10 65323541, Fax 65325453

RIO DE JANEIRO Jens Glüsing, Caixa Postal 56071, AC Urca, 22290-970 Rio de Janeiro-RJ, Tel. +55 21 2275-1204

ROM Walter Mayr, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. +39 06 6797522, Fax 6797768

SAN FRANCISCO Thomas Schulz, 1 Post Street, Suite 2750, San Francisco, CA 94104, Tel. +1 415 2217583

TEL AVIV P.O. Box 8387, Tel Aviv-Jaffa 61083

TOKIO Dr. Wieland Wagner, Asagaya Minami 2-31-15 B, Suginami-ku, Tokio 166-0004, Tel. +81 3 6794 7828

Warschau P.O. Box 31, ul. Waszyngtona 26, 03-912 Warschau, Tel. +48 22 6179295

WASHINGTON Christoph Scheuermann, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20045, Tel. +1 202 3475222, Fax 3473194

DOKUMENTATION Leitung: Dr. Hauke Janssen, Cordelia Freiwald (stellv.), Peter Wahle (stellv.); Zahra Akhgar, Dr. Susmita Arp, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Johannes Eltschig, Klaus Falkenberg, Catrin Fandja, Dr. André Geicke, Thorsten Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Kurt Jansson, Stefanie Jockers, Michael Jürgens, Tobias Kaiser, Renate Kemper-Gussek, Ulrich Klötzer, Ines Köster, Anna Kovac, Peter Lakemeier, Dr. Walter Lehmann-Wiesner, Rainer Lübbert, Sonja Maaß, Nadine Markwaldt, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mütel, Bernd Musa, Nicola Naber, Claudia Niesen, Sandra Öfner, Dr. Vasilios Papadopoulos, Ulrike Preuß, Axel Rentsch, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marko Scharlow, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Meike Stapf, Rainer Staudhammer, Teuko Steinhoff, Dr. Claudia Stodie, Rainer Szymm, Dr. Marc Theodor, Andrea Tholl, Nina Ulrich, Ursula Wamser, Peter Wetter, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller, Mathe Zeller

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Anzeigen: André Pätzold

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 72 vom 1. Januar 2018
Mediaunterlagen und Tarife: www.spiegel.media

Verantwortlich für Vertrieb: Thomas Hass

Verantwortlich für Herstellung: Silke Kasuba

Druck: Stark Druck, Pforzheim
FSC FSC® C008208

VERLAGSLEITUNG Jesper Doub
GESCHÄFTSFÜHRUNG Thomas Hass

Service

Leserbriefe

SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
www.spiegel.de/leserbriefe, Fax: 040 3007-2966
Mail: leserbriefe@spiegel.de

Vorschläge für die Rubrik »Hohlspiegel« nehmen wir auch gern per Mail entgegen: hohlspiegel@spiegel.de

Hinweise für Informanten

Falls Sie dem SPIEGEL vertrauliche Dokumente und Informationen zukommen lassen wollen, stehen Ihnen folgende Wege zur Verfügung:

Post: DER SPIEGEL, c/o Investigativ, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg

Telefon: 040 3007-0, Stichwort »Investigativ«

Mail (Kontakt über Website): www.spiegel.de/investigativ

Unter dieser Adresse finden Sie auch eine Anleitung, wie Sie Ihre Informationen oder Dokumente durch eine PGP-Verschlüsselung geschützt an uns richten können.

Der dazugehörende Fingerprint lautet:

6177 6456 98CE 38EF 21DE AAAA AD69 75A1 27FF 8ADC

Redaktioneller Leserservice

Telefon: 040 3007-3540 Fax: 040 3007-2966
Mail: leserservice@spiegel.de

Nachdruckrechte / Lizenzen für Texte, Fotos, Grafiken

Nachdruck und Speicherung in digitalen Medien nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags.

Für Deutschland, Österreich, Schweiz:

Mail: lizenzen@spiegel.de, Telefon: 040 3007-3540

Fax: 040 3007-2966

Für alle anderen Länder: The New York Times Syndicate
Mail: ilaria.parogni@nytimes.com, Telefon: +1 212 556-5118

Nachbestellungen SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und SPIEGEL WISSEN können unter www.amazon.de/spiegel versandkostenfrei innerhalb Deutschlands nachbestellt werden.

Historische Ausgaben Historische Magazine Bonn
www.spiegel-antiquariat.de Telefon: 0228 9296984

Abonnement für Blinde Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e.V. Telefon: 06421 606265
Elektronische Version, Frankfurter Stiftung für Blinde
Telefon: 069 9551240

Abonnementspreise

Inland: 52 Ausgaben € 249,60

Studenten Inland: 52 Ausgaben € 171,60

Auslandspreise unter www.spiegel.de/ausland

Mengenpreise auf Anfrage.

Der digitale SPIEGEL: 52 Ausgaben € 213,20

(der Anteil für das E-Paper beträgt € 187,20)
Befristete Abonnements werden anteilig berechnet.

Abonentenservice

Persönlich erreichbar

Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr, Sa. 10.00 – 18.00 Uhr
SPIEGEL-Verlag, Abonenten-Service, 20637 Hamburg
Telefon: 040 3007-2700 Fax: 040 3007-3070
Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an:
SPIEGEL-Verlag, Abonenten-Service, 20637 Hamburg –
oder per Fax: 040 3007-3070, www.spiegel.de/abo

Ich bestelle den SPIEGEL

☐ für € 4,80 pro gedruckte Ausgabe

☐ für € 4,10 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das E-Paper beträgt € 3,60)

☐ für € 0,50 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das E-Paper beträgt € 0,49) zusätzlich zur gedruckten Ausgabe. Der Bezug ist zur nächsterreichbaren Ausgabe kündbar. Alle Preise inkl. MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland. Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

Mail (notwendig, falls digitaler SPIEGEL erwünscht)

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Hinweise zu den AGB und meinem Widerrufsrecht finde ich unter www.spiegel.de/agb

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

SP18-003, SD18-006, SD18-008 (Upgrade)



INTERNET www.spiegel.de

REDAKTIONSBLOG spiegel.de/spiegelblog

TWITTER [@derspiegel](https://twitter.com/derspiegel)

FACEBOOK facebook.com/derspiegel

DER SPIEGEL (USPS no 0154520) is published weekly by SPIEGEL VERLAG. Known Office of Publication: German Language Publications Inc, 153 S Dean St, Englewood NJ 07631, 1-855-457-6397. Periodicals postage is paid at Paramus NJ 07652. Postmaster: Send address changes to: DER SPIEGEL, GLP, PO Box 9868, Englewood NJ 07631.

Nachrufe



ROBERT HAAS / SZ PHOTO

Willibald Sauerländer, 94

Die Kunst begleitete ihn – und er sie. Sein Vater war ein spätimpressionistischer Maler, er selbst wurde Kunsthistoriker. Willibald Sauerländer war nach dem Abitur von der Wehrmacht eingezogen und nach Frankreich abkommandiert worden. Und in dieses Land kehrte er Mitte der Fünfzigerjahre nach seiner Promotion (über die französische Gotik) für einige Jahre zurück. In Deutschland herrschte in der Kunstgeschichte noch ideologische Enge, er aber, inzwischen Professor, suchte immer mal wieder das Weite, lehrte mehrfach in den USA, entdeckte dort für sich auch die Pop-Art. Zwei Jahrzehnte lang leitete er dann das Zentralinstitut für Kunstgeschichte in München, für die »Süddeutsche Zeitung« verfasste er Kritiken. Er war kein Künstler wie sein Vater, schuf aber – in Form vieler Publikationen – sein eigenes Werk. Willibald Sauerländer starb am 18. April in München. UK

Henri Michel, 70

Jede große Fußballnation hat ihre Trainer, die als Botschafter durch die Welten bummeln. Die Deutschen haben Rudi Gutendorf, die Holländer haben Guus Hiddink. Und die Franzosen? Sie hatten Henri Michel. Der Mittelfeldspieler aus Aix-en-Provence war selbst Nationalspieler, 58-mal spielte er für die Equipe Tricolore. Als Trainer gewann Michel zunächst mit Frankreich die Goldmedaille bei den Olympischen Spielen 1984 in Los Angeles. Mit der A-Nationalmannschaft, die er danach vier Jahre lang betreute, scheiterte er bei der Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko im Halbfinale an Deutschland. In Erinnerung blieb vor allem sein Streit mit dem Fußballrüpel Éric Cantona. Der Spieler nannte ihn einen »Drecksack«. Cantona wurde aus dem Nationalteam verbannt. Danach hielt es Michel nicht mehr lange als Coach in Frankreich aus. Er trainierte unter anderem acht Nationalmannschaften, vornehmlich in Afrika. Mit den Auswahlteams von Kamerun (1994), Marokko (1998) und der Elfenbeinküste (2006) nahm er an Weltmeisterschaften teil. Zuletzt folgten Stationen in Äquatorialguinea und in Kenia. Henri Michel starb am 24. April in Aix-en-Provence. ULU

Holger Biege, 65

Nicht nur physiognomisch ähnelte der Ostsänger Holger Biege dem Westsänger Klaus Lage. Auch seine Art Musik zu machen war vergleichbar mit dem Musiker, der mit »1000 und 1 Nacht (Zoom!)« und dem Schimanski-Song »Faust auf Faust« seinen Durchbruch schaffte. Wie Lage behandelte Biege oft die großen Fragen zu Liebe, Freiheit, Umwelt, Ungleichheit. Im damaligen Ostteil Deutschlands war Biege einer der wenigen Liedermacher, die das Publikum ernst nahm. Gerade noch erträglich für die Parteioberen und trotzdem populär genug, um ein Star zu sein, dem es gelang, den seichten Schlager zu umschiffen, den es freilich auch in der DDR gab. Seine eindringliche Stimme war mitunter klagend, flatternd, als bräche sie gleich weg, seine Texte aber selten belanglos. In Bieges berühmtestem Lied »Sagte mal ein Dichter« thematisierte er ganz grundsätzlich den Sinn des Lebens. In »Reichtum der Welt« warf er auch heute noch aktuelle Fragen auf: »Gibt es den Reichtum der Welt morgen noch? Die Luft, die uns das Leben lässt, hüllt den Erdball ein. Soll für alle, die nach uns kommen, sie schon vergiftet sein?« Mit Reichtum meinte er also nicht nur das Geld. Nur zwei Alben veröffentlichte er in der DDR, 1983 kehrte Biege nach einem Konzert in West-Berlin nicht mehr in den Osten zurück. Zu sehr fühlte er sich gegängelt, zu ein-



GÜNTER GUEFFROY / DPA

geschränkt. Denn jedes Konzertprogramm, jede Liedzeile musste den Zensoren vorgelegt werden. Nach seiner Übersiedlung wurde es sehr ruhig um Biege. Zwischen ihm und seinem Ostpublikum gab es offenbar eine Symbiose, die er mit dem Westpublikum nie hat finden können. Holger Biege starb am 25. April nahe Lüneburg. JAT

Verne Troyer, 49

Der nur 81 Zentimeter große Schauspieler hatte in Hollywood stets dafür gekämpft, nicht bloß als eine Kuriosität wahrgenommen zu werden. Er fing als Stuntman im Showgeschäft an,



DAVE LONGENDYKE / INTERTOPICS

berühmt wurde er durch die Rolle des Klons Mini-Me in der James-Bond-Parodie »Austin Powers – Spion in geheimer Missionarsstellung« (1999). Troyer spielte diese Figur als einen missgünstigen Wechselbalg und schuf einige der amüsantesten Szenen des Films: Seine Darstellung ist ein ständiger Grenzgang. Ohne Angst vor der Geschmacklosigkeit macht er sich über mächtige, aber kleinwüchsige Männer lustig, die nichts unversucht lassen, ihren Mangel an Körpergröße zu kompensieren. Troyer hatte denkwürdige Auftritte in Blockbustern wie »Harry Potter und der Stein der Weisen« (2001) und war dabei schwerer zu übersehen als seine mehr als doppelt so großen Leinwandpartner. Verne Troyer starb am 21. April in Los Angeles. LOB

Personalien

Twitter-Nachhilfe

● Die nigerianische Autorin **Chimamanda Ngozi Adichie**, 40, schreibt eigentlich viel beachtete feministische Bücher und Romane über Entfremdung und Rassismus – gibt nun aber auch recht erfolgreich Nachhilfe in Selbstdarstellungsfragen auf Twitter. Vergangene Woche traf sie im Rahmen eines öffentlichen Interviews beim »PEN World Voices«-Festival auf die

letzte US-Präsidentschaftskandidatin der Demokraten, **Hillary Clinton**, 70. Das Gespräch kam auf Clintons Biografie in ihrem Twitter-Account (@HillaryClinton), einem Infokasten, der unter dem Profilbild erscheint und den jeder Nutzer des sozialen Netzwerks selbst ausfüllen kann. »Das erste Wort, das dich beschreibt, ist »Ehefrau«, sagte Adichie zu Clinton. »Ich muss zugeben: Das hat mich schon ein bisschen aufgeregt.« Adichie habe das mit dem Twitter-Account von Bill Clinton verglichen (@BillClinton), dessen Twitter-Biografie eben nicht mit »Ehemann« beginnt, das Wort nicht mal nennt, sondern lediglich Karrierestationen aufführt. »Wenn du es so sagst«, sagte Clinton, »dann werde ich es ändern.« Adichie hatte gleich einen Vorschlag. Clinton solle doch schreiben: »Wäre eine verdammt gute Präsidentin geworden.« SKR



KARSTEN MORAN / NYT / REDUX / LAIF

Puppentheater

● Es ist der Blick, der einen an den Gemälden von **Frida Kahlo** am stärksten fasziniert, stolz und schmerz erfüllt schaut sie den Betrachter von ihren Selbstporträts an. Kahlo (1907 bis 1954) war die bedeutendste Malerin Mexikos. Sie erkrankte an Kinderlähmung, mit 18 bohrte sich bei einem Unfall eine Stange durch ihren Unterleib. Unter Mühen

lernte sie wieder zu gehen. Die Firma Mattel hat nun beschlossen, eine Barbie nach dem Vorbild Kahlos herauszubringen. Ihre Verwandten sind empört, werfen dem Unternehmen vor, die Kahlo-Barbie sei zu weiß, zu dünn und repräsentiere nicht die mexikanische Kultur. Wie muss man sich so einen Entscheidungsprozess bei Mattel vorstellen? Gibt's da jemanden, der sagt: »Diese mexi-

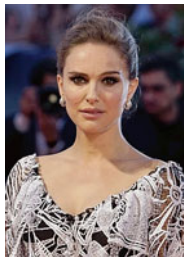


MATTEL / CAMERA PRESS / DDP IMAGES

kanische Malerin sah doch ziemlich gut aus. Die ist zwar lange tot, aber hatte auch so dicke Augenbrauen, wie sie gerade modern sind. Sollen wir die nicht mal als Barbie produzieren?« Und gibt es niemanden in so einer Firma, der sagt: »Frida Kahlo als Barbie – das ist respektlos und unwürdig.« Die Familie Kahlos hat Mattel verklagt. Der Verkauf der Puppe wurde in Mexiko vorerst gestoppt. CLV

Zwei Meinungen

● Es war als Ehre gedacht, nun herrschen Kränkungen und Beleidigungen vor. Die Schauspielerin **Natalie Portman**, 36, hat es abgelehnt, den israelischen Genesis-Preis entgegenzunehmen. Er gilt auch als »israelischer Nobelpreis« und geht an Menschen, die sich für jüdische Werte engagieren. Das Preisgeld von rund einer Million Dollar soll der Preisträger stiften. Portman, die in Israel geboren wurde und in den USA lebt, seit sie drei Jahre alt ist, will die Auszeichnung gern akzeptieren, hat aber ihre Teilnahme an der Verleihung abgesagt. Dort hätte der israelische Premier Benjamin Netanyahu eine Rede gehalten, Port-



DAVIDE LANZILAO / CONTRASTO / LAIF

man wollte nicht mit ihm auf einer Bühne erscheinen. Seitdem muss sie sich einiges anhören, auch dass ihr Boykott einer Ablehnung Israels gleichkomme. Wie sehr sich Portman mit Israel verbunden fühlt, wurde vor etwa zwei Jahren deutlich, als sie die Verfilmung eines Amos-Oz-Romans ins Kino brachte, an der sie als Regisseurin, Drehbuchautorin und Hauptdarstellerin gearbeitet hatte. In einem Interview mit dem SPIEGEL sagte sie damals: »Natürlich ist dieses Land ein komplizierter Ort, der mein ganzes Denken geprägt hat. Man lernt dort etwas sehr Merkwürdiges, und zwar, dass zwei gegensätzliche Meinungen zur selben Zeit richtig sein können.« **CLV**

Reich beschenkt

● Erst als Erwachsener hat sich **Barack Obama**, 56, taufen lassen; während seiner acht Jahre als US-Präsident zitierte er gern aus der Bibel, seine Reden hörten sich manchmal wie Predigten an. Das Mitglied der protestantischen United Church of Christ schätzt offensichtlich den katholischen **Papst Franziskus**, 81, wie sich jetzt auch an einem protokol- larischen Detail zeigt. Das US-Außenministerium hat vor Kurzem eine Liste der präsidentiellen Gastgeschenke des Jahres 2014 freigegeben.

Die Übersicht der 104 Positionen reicht von Afghanistan bis zur »Republic of Zambia«; Deutschland ist nicht dabei. Das teuerste aller Geschenke, die der Amerikaner 2014 überreicht hat, erhielt demnach der Papst: Während andere Exzellenzen und Könige meist Uhren im Wert von 465 Dollar bekamen, hatte Obama bei einem Besuch im Vatikan für Franziskus etwas Besonderes mitgebracht: einen goldverzierten Lederkasten mit den Samen von neun Pflanzenarten, die im Garten des Weißen Hauses wachsen. Kostenpunkt: 1964,87 Dollar. **DIP**



OSSERVATORE ROMANO / POLARIS / LAIF



FRANK HORMANN / DER SPIEGEL

Der Augenzeuge

»Wie im Kommunismus«

Mecklenburg-Vorpommern benötigt in den kommenden Jahren rund 2900 zusätzliche Pflegefachkräfte. Das Wirtschaftsministerium sucht deshalb auch im Ausland und schickte eine Delegation nach Vietnam. Wolfgang Motz, 65, Ärztlicher Direktor des Klinikums Karlsburg, war dabei.

● »Die Demografie in Vietnam ist fast spiegelverkehrt zu unserer in Deutschland. Da gibt es so viele junge Leute, dass nicht alle eine Arbeit finden. Hier gibt es viel Arbeit, aber keine jungen Leute dafür. Deutschland braucht immer mehr Pflegekräfte, auch die Qualitätsstandards steigen. Die Hoffnung, dass mit den Flüchtlingen der Fachkräfteboom kommt, wurde enttäuscht. Deshalb suchen wir jetzt in Vietnam.

Bereits zu DDR-Zeiten gab es eine große Zahl Vertragsarbeiter, die in Mecklenburg-Vorpommern gelebt und gearbeitet haben. Das war einer der Gründe für die Idee zu kooperieren. Es war meine erste Reise nach Vietnam, und es war so, wie man es aus Filmen kennt: die schwüle Hitze, die Reisfelder, die von Menschen mit alten Holzpflügen bewirtschaftet werden, und überall Büsten von Ho Chi Minh. Es wehten Flaggen mit Hammer und Sichel drauf, und alles war geschmückt mit Blumen, so richtig wie im Kommunismus.

In vier Städten schauten wir uns Universitäten an und sprachen mit angehenden Schwestern. In Hanoi rollten sie uns einen roten Teppich aus, junge Frauen standen Spalier. Die Kollegen aus der Altenpflege, die mitgereist waren, hätten die Vietnamesen am liebsten sofort mitgenommen. Ich als Klinikdirektor denke eher drei, vier Jahre in die Zukunft. Ich bin verhalten optimistisch: Die sind da alle unglaublich nett, aber um ein Visum für Deutschland zu bekommen, müssen sie Deutsch können. Für die Arbeit ist ein fortgeschrittenes Niveau erforderlich, das schafft natürlich auf Anhieb kaum einer – daran arbeiten wir.

Der Besuch hat mich auch nachdenklich gestimmt: Wir locken mit viel Geld junge Menschen aus ihrer Heimat nach Deutschland und inszenieren eine Völkerwanderung, nur um unsere demografischen Probleme zu lösen. Und am Ende stellte sich mir noch eine ganz praktische Frage: Viele Asiaten haben ja einen ganz anderen Körperbau als wir. Wie aber soll eine zierliche Schwester von 40 Kilo einen deutschen Zwei-Zentner-Brummer aus dem Bett hieven?«

Aufgezeichnet von Bartholomäus von Laffert



»Was soll die Nörgelei über eine angeblich nachlassende außenpolitische Bedeutung unserer Bundeskanzlerin – ist es der Versuch, Macron und Merkel gegeneinander auszuspielen?«

Rüdiger Reupke, Isenbüttel (Nieders.)

Diese Macron-Manie!

Nr. 17/2018 Wer rettet den Westen? Es geht um Freiheit und Demokratie – Macron braucht Hilfe, doch Deutschland versagt

Das grandiose Titelbild steht für mich in einer Reihe mit »Die Bush-Krieger« von 2002. Die Mimik der drei Protagonisten ist einfach genial. Ich habe schon die Schere gezückt, um die Seite in einer Sichthülle zu archivieren.

Joachim Butthenhoff, Hamburg

Welchen Weltenbrand beschwören Sie denn da auf dem Titelbild herauf? Und Macron will den löschen? Das Einzige, was Macron will, ist, die auf ein Minimum geschrumpfte Größe Frankreichs wieder zu restaurieren. Und die Europäer, insbesondere die Deutschen, sollen das bezahlen. Sie fallen, wie Millionen andere, auf diese Macron-Manie herein!

Dr. med. Rudolf Müller, Potsdam

Macron braucht Hilfe, doch Deutschland versagt? Das kann ich so nicht stehen lassen. Denn Macron bietet sich bei Trump an, spielt sich als Kriegstreiber in einer völkerrechtswidrigen Bestrafungsaktion Syriens auf und möchte an die Fleischtöpfe des deutschen Fiskus. Dass Deutschland da nicht mitspielt, empfinde ich geradezu als wohltuend.

Ingo Budde, Achim (Nieders.)

Ist es nicht äußerst begrüßenswert, dass nach jahrelanger »europäischer Dominanz« von Frau Merkel ein begabter junger französischer Politiker die Meinungsführung mit seinen Gestaltungsvorstellungen übernimmt, mit europäischen Zielsetzungen, die in die Zukunft weisen? Für dieses Ziel kann sich die deutsche Politik durchaus mal an die »Seitenlinie« begeben und von da aus das gemeinsame Anliegen nicht nur solidarisch, sondern auch finanziell unterstützen.

Dr. Thomas Weise, Hamburg

Der gesamte Ton des Artikels übermittelt nur eine Botschaft: Wie haben wir, die großartige SPIEGEL-Redaktion, nur eine solche Regierung verdient? Es beginnt im EU-Parlament: Normale Gesten der Höflichkeit werden als Unterwerfung karikiert. Sie kritisieren, dass Merkel sich »erst die Genehmigung für ihre Politik holen muss«.

Ja, so ist es, Deutschland ist eine parlamentarische Demokratie und keine Monarchie. Ja, es ist tragisch, dass die Kanzlerin, quasi heimlich nach Feierabend, ins Weiße Haus huschen muss. Ja, es ist gut, dass bei uns das Parlament darüber abstimmt, ob Soldaten zum Sterben entsandt werden.

Gerd Küster, Menden (NRW)

Der Westen wird weder von Russland noch von einem anderen Staat bedroht. Die einzige Bedrohung sind seine eigene Dummheit und Trägheit, verbunden mit der pathologischen US-Hörigkeit. Hiervon sollte er sich retten.

Dr. Herbert Jäkle, Feuchtwangen (Bayern)



Außenminister Heiko Maas in Berlin

Was für ein Macho-Text! Seit wann ist es wieder ein Qualitätskriterium für die Politik, in den Krieg ziehen zu wollen? Oder eine Männerfreundschaft mit Donald Trump zu pflegen? Ich bin froh, in einem Land zu leben, in dem man vor einem Militäreinsatz, wie Macron kritisiert, »mehrere Wochen auf eine parlamentarische Debatte warten« muss – er hat gleich die Kampfjets losgeschickt. Ich begrüße, dass Kanzlerin Merkel weiter den Weg der Diplomatie beschreitet und dass sogar Horst Seehofer ihr zustimmt. Und ich bin kein Fan der beiden. Was ist Ihre Intention? Meinen Sie, dass nach Merkels »Labor«-Politik ein »ganzer Kerl« Europa anführen soll?

Luitgard Heissenberg, Vechelde (Nieders.)

Der Beitrag und die Fotos vermitteln die Verfassung der deutschen Regierungspolitik vorzüglich! Ich meine fast, der Regierungskoalition bei der unbewussten Demontage unseres Systems zuschauen zu können. Und: Lieber Ministerialstab des Äußeren, näht eurem Chef endlich die Hosentaschen zu. Mit den Händen in der Ta-

sche lässt es sich schlecht zupacken. Bei solchen Äußerlichkeiten, die aber immer auch Symbolik innehaben, vermisste ich die repräsentative Ernsthaftigkeit, die Macron bei jedem öffentlichen Auftritt ausstrahlt. Vielleicht ist das aber auch einfach zu viel erwartet von unserer führenden Politikergeneration. Ich hoffe, dass die kommende Generation, wie Kühnert in der SPD, wieder Position erkennen lässt.

Frank Meister, Zierenberg (Hessen)

Sie feiern das selbstherrliche Auftreten Emmanuel Macrons, der sich mit Sozialabbau und der völkerrechtswidrigen Bombardierung Syriens »wohltuend von der deutschen Kanzlerin« abhebe. Angeblich versuche die Pragmatikerin Angela Merkel, »den gordischen Knoten vorsichtig auseinanderzudröseln«, während der alexandergleiche Macron »ihn entzweizuschlagen« versuche. Ohne Zusammenhänge zu nennen, wird hier die Kriegsfrage psychologisiert und personalisiert und ein »starker Mann« hofiert.

Lore Nareyek, Berlin

Für derartige eloquente, fundierte Analysen der deutschen Politik liebe ich den SPIEGEL!

Wilhelm Schöning, Obernburg (Bayern)

Die wahren Spalter

Nr. 16/2018 SPIEGEL-Gespräch mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder über den Streit mit Kanzlerin Angela Merkel und den Islam in Deutschland

Dass Herr Söder die gleiche populistische Leier abspielt wie Herr Seehofer, verwundert wenig. Alle, die jedoch gebetsmühlenartig wiederholen, dass der Islam nicht zu Deutschland gehöre, um damit am rechten Rand zu fischen, sollen daran erinnert sein, dass der Holocaust zu Deutschland gehört. Und dass sich daraus eine besondere Verpflichtung gegenüber Minderheiten in diesem Land ergibt.

John Osmani, Köln

An allem, was schlecht läuft, ist die CSU, die als regionale Sechs-Prozent-Partei von den meisten deutschen Wählern weder gewählt noch abgewählt werden kann, natürlich nicht beteiligt oder verantwortlich. Sie ist zu feige, bundesweit anzutreten und sich dem Wähler zu stellen. Dabei gäbe es

viele Felder, auf denen sich die CSU endlich hervortun könnte: Eindämmung der Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung, Senkung der erschütternden Zahl von rund 3200 Verkehrstoten und 390 000 -verletzten, Kampf gegen den Alkoholismus, wirkliche Verbesserungen in Kinderbetreuung und Pflege, Eindämmung des Mietwuchers. Dort könnte man in aller Stille viel ausrichten. Aber nein. Die wahren Spalter unserer Gesellschaft sitzen in der CSU.

Wolfgang Otto, Oldenburg (Nieders.)

Jede Antwort des Ministerpräsidenten ist von Wahlkampfretorik geprägt. Darum sollte der SPIEGEL bis zum Urnengang im Oktober auf jedes weitere Gespräch mit Herrn Söder verzichten.

Uwe Tünnermann, Lemgo (NRW)

Weißer Fleck

Nr. 16/2018 Immer mehr Frauen beschuldigen in Lübeck den Ex-Chef des Weißen Rings

Aufgrund eines Artikels im SPIEGEL über die Hilflosigkeit und mangelnde Unterstützung von Kriminalitätsopfern in Deutschland war ich im vergangenen Jahr Mitglied im Weißen Ring geworden. Aufgrund des Umgangs des Weißen Rings mit der Lübecker Affäre bin ich wieder ausgetreten. Für Vertuscher-Funktionäre ist mir mein Beitrag zu schade, zumal man sich heute rechtfertigen muss, warum man Mitglied in solch einem Verein ist.

Jakob Krose, Bremen

Es ist ein großes Verdienst des SPIEGEL, dieses schwierige Thema hartnäckig und konsequent zu verarbeiten und zu enthüllen, gerade auch in Fortsetzungen mit den zusätzlich gewonnenen weiteren Erkenntnissen, zumal am Ende immer Aussage gegen Aussage steht. Doch halte ich dem sehr (wert-)konservativ besetzten und ausgerichteten Verband zugute, dass ein »wei-



Fackelumzug des Weißen Rings 2013

ßer Fleck« an eklatanter Ungerechtigkeit nahezu beseitigt wurde: Das Kriminalitätsopfer hat mittlerweile eigene, selbstverständliche Rechte in einem Rechtsstaat erhalten, nicht nur abgebildet im vom Weißen Ring wesentlich mit durchgesetzten Opferentschädigungsgesetz, sondern auch in der gesellschaftlichen Stellung. Wie der Rechtsstaat mit Opfern von Gewalt und Kriminalität jahrzehntelang umgegangen ist, liegt fernab jeglichen Verständnisses. Mir hat die Arbeit des Weißen Rings den Glauben an den Rechtsmittelstaat erhalten – gerade so eben noch.

Dr. Edmund Haferbeck, Stuttgart

Alles wegen Personalmangels?

Nr. 16/2018 Die Akte Niels Högel – der Krankenpfleger tötete vermutlich mehr Menschen als jeder andere Täter in der deutschen Nachkriegsgeschichte

Nirgendwo ist ein Giftmord so leicht auszuführen und so schwer nachzuweisen wie im Krankenhaus oder Pflegebereich. Der Täter nutzt den Ort seines Berufs als Tatort, seine Tatwaffe ist sein alltägliches Werkzeug, und der Tod des alten und kranken Opfers fällt naturgemäß kaum auf. Niels Högels Taten sind schockierend, doch fast schockierender ist der Verdacht, dass weitere unentdeckte Mörder in Deutschlands Krankenhäusern tätig sind.

Dr. Karsten Strey, Hamburg

Wo waren die Stationsärzte und Oberärzte bei den Reanimationen? Wie kann es sein, dass das Pflegepersonal intubiert, defibriert und medikamentös Gravierendes tut? Ist der Personalmangel schon so groß?

Dr. med. Peter Dreyer, Hamburg

»Bis Mai 2009 arbeitete Högel über eine Zeitarbeitsfirma im Altenheim.« Unfassbar! Auch dort kann man töten.

Andrea Dobrin, Berlingen (Schweiz)

Das Vertrauen ist dahin

Nr. 16/2018 Die Führungsebene des WDR ist Vorwürfen wegen sexueller Belästigung zu wenig nachgegangen

Wie peinlich für Tina Hassel, Monika Piel, Sonia Mikich und besonders Jörg Schönenborn. Diese von mir hoch angesehenen Journalisten lassen es bei angezeigten sexuellen Belästigungen an Courage und Interesse fehlen. Das Vertrauen ist leider dahin. Über ferne Missstände berichten,

aber vor der eigenen Haustüre weggucken, das geht gar nicht! Hut ab vor dem »Nestbeschmutzer«, der trotz des Tadel, den er einheimste, weiterhin versuchte, auf sexuelle Übergriffe aufmerksam zu machen.

Lilo Reichel, Hamburg

Auslauf und Liebe

Nr. 16/2018 Der groteske Rettungseinsatz für Kampfhund Chico, der seine Besitzer tötete

Der Fall ist sehr tragisch. Wenn man sich aber Chicos jahrelang unbehandelten schiefen Kiefer, die große Beule auf seiner rechten Pfote und die Enge seines Käfigs anschaut, so ist das schon kein Fall von schlechter Haltung mehr gewesen, sondern von extremer Tierquälerei. Dass sich so ein Tier eines Tages mal gegen seine Besitzer wendet, ist für die Betroffenen furchtbar, aber leider nachvollziehbar. Dass der ansonsten mittlerweile sehr tierfreundliche SPIEGEL den Hund als »Killer« titulierte, ist des Sprachrepertoires des SPIEGEL nicht würdig.

Michael Schneider, Siegburg (NRW)



Staffordshire-Mix Chico

Der Widerspruch, dass das Tötungshemmnis erschreckend vieler Tierschützer bei einem herrenlosen Killerhund unverständlich stark ausgeprägt ist, sie aber die vieltausendfache Tötung von ungefährlichen Rindern, Schweinen, Geflügel und Schafen, aus denen dann auch Hunde- und Katzenfutter hergestellt wird, ohne jegliche Aufregung in Kauf nehmen, ist Ausdruck eines schizophrenden Naturverständnisses.

Peter Heuboth, Neuwied (Rhld.-Pfalz)

Ich frage mich, warum niemand auf die Haltung des Hundes eingeht – eines Hundes, der in einem Zwinger gehalten wird, obwohl er Auslauf und Liebe benötigt. Ein Tier wird nicht aggressiv geboren, sondern zu einem aggressiven Wesen gemacht. Das Veterinäramt wusste vom aggressiven Verhalten des Tieres, tat aber nichts.

Jessica Schulz, Berlin

Korrektur

zu Heft 17/2018, Seite 38: »Gnade euch Gott«

AfD-Chef Jörg Meuthen ist bei dem »Neuen Hambacher Fest« nicht der einzige aktive Politiker unter den angekündigten Rednern. Auch Joachim Starbatty soll dort sprechen, der 2014 für die AfD ins Europaparlament gewählt wurde und heute die von Bernd Lucke gegründete Kleinstpartei Liberal-Konservative Reformer vertritt.

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe (leserbriefe@spiegel.de) gekürzt sowie digital zu veröffentlichen und unter www.spiegel.de zu archivieren.

Alkoholverbot: Die Räte schwanken

Aus der »Freien Presse«

Tagesschau.de über die Verschwendung von Lebensmitteln: »Laut Berechnungen werden jedes Jahr 2,6 Hektar Land bewirtschaftet, nur um die angebauten Produkte wieder zu entsorgen – eine Fläche so groß wie Hessen.«



Straßenschilder in Esslingen am Neckar

Aus der »Badischen Zeitung«: »Auch die Bürgermeister mehrerer Nachbargemeinden waren gekommen, um ihrem Amtskollegen zu seiner nunmehr dritten Wahl zu gratulieren. Der heute 547-jährige frühere Rechtsanwalt und Gemeinderat war 2020 erstmals zum Bürgermeister von Umkirch gewählt worden.«

Bitte warten, während wir Ihre Anfrage nicht verarbeiten

Anzeige an einem Geldautomaten in Halle

Aus der »Frankfurter Allgemeinen«: »Unfälle mit Toten haben die Hersteller von autonom fahrenden Autos unter Druck gebracht.«

Der »Acher- und Bühler Bote« über eine Baustelle: »Wenn die Arbeiten weiterhin planlos laufen, naht die Fertigstellung zügig.«

Leiche in der Kühlruhe – es war Mord

Aus dem »Tagesspiegel«

Jetzt im Handel



www.spiegel-geschichte.de

Lesen Sie dazu:

Manifest Die ersten Kommunisten

Revolution Russland wird sowjetisch

Hoffnung Der Traum vom besseren System

Zitate

Das »Handelsblatt« über die Folgen des SPIEGEL-Titels »Das Kartell« (Nr. 30/2017):

Margrethe Vestager war über den ganzen Rummel nicht gerade glücklich. Kaum hatte der SPIEGEL im Juli 2017 über jahrzehntelange Absprachen des angeblichen »Autokartells« berichtet, wollte alle Welt von der EU-Wettbewerbskommissarin wissen, was sie gegen die Machenschaften der Unternehmen zu tun gedenke. Vestager aber hielt sich bedeckt: »Die übermittelten Informationen sind umfangreich und werfen ... komplexe Sach- und Rechtsfragen auf«, schrieb sie kurz darauf in einem Brief an den damaligen Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt ... Seither aber scheinen sich die Indizien verdichtet zu haben: Wie das Handelsblatt aus Industriekreisen erfuhr, tendiert die Kommission dazu, ihr Kartellverfahren gegen Daimler, BMW und den Volkswagen-Konzern mitsamt den Töchtern Audi und Porsche zu verschärfen – und damit die Weichen für Geldbußen zu stellen.

Der »Tagesspiegel« über ein SPIEGEL-Live-Gespräch mit der Kunsthistorikerin Bénédicte Savoy zu kolonialer Raubkunst:

In der Berlinischen Galerie im Gespräch mit Ulrike Knöfel, Kulturredakteurin beim SPIEGEL, sagt die Französin einen Satz nach dem anderen, den man unterschreiben möchte. Zum Beispiel, wie sie den Begriff »Shared Heritage«, mit dem europäische Museen auf ihren Besitztümern beharren, auseinandernimmt. »Geteiltes Erbe, das funktioniert beim Originalobjekt nicht«, entlarvt sie den Topos als Kommunikationsstrategie. »Ich kann nicht teilen, wenn es bei mir ist. Erbe, das ist der Punkt, an dem sich immer alle streiten.«

Die »tageszeitung« über das geplante Bezahlmodell SPIEGEL+:

»Take it easy, altes Haus« sangen Truck Stop einst. Der Song wurde Ende der 70er ein Hit. Aufgenommen in Maschen, wo sich Autobahnen kreuzen und Schienen treffen. Von dort sind es nur wenige Autominuten bis nach Hamburg, wo knapp vier Jahrzehnte nach Truck Stops Single in einem alten Haus auch endlich alles easy werden soll. Dort, an der Ericusspitze, will der SPIEGEL endlich Übersichtlichkeit in seine Bezahlhinhalte bringen. Alles easy soll heißen: weg von den drei verschiedenen Bezahlmodellen, hin zu einer Flatrate für alles. Für 19,99 Euro (für alle unter 30: 11,99 Euro) sollen LeserInnen künftig sämtliche Digitalangebote des SPIEGEL bekommen.

VON HIER. VON UNS.

Spitzenmäßig.



Der auch.



Spitzenmäßiges zur Spargelsaison.

Viele wissen nicht, dass auch hier in Württemberg Spargel angebaut wird. Die passenden Weine von uns sind da schon viel bekannter, wie zum Beispiel dieser rassige Riesling. Seine fruchtigen Aromen von grünen Äpfeln und Weinbergspfirsichen machen diesen trockenen Wein zum perfekten Begleiter jedes „Spitzen“-Menüs. Entdecken Sie das Beste aus Württemberg: Achten Sie einfach auf das Siegel unserer Erzeuger.



Württembergische Weingärtner-Zentralgenossenschaft e. G.

Raiffeisenstraße 2 · 71696 Möglingen · Telefon 07141 4866-0 · www.wzg-weine.de · info@wzg-weine.de



Wenn's gut werden muss.

...weil du weißt, für wen Du Dein Bestes gibst.

Die Beziehung zum eigenen Haus ist wie eine Partnerschaft. Um sich ein Leben lang an ihr zu erfreuen, sollte sie vertrauensvoll, widerstandsfähig und belastbar sein – wie Deine neue Terrasse. Und sie sollte Dich jeden Tag aufs Neue faszinieren. Klingt nach ziemlich hohen Ansprüchen? Zum Glück gibt es ja BAUHAUS. Mit erstklassigem Service, bester Fachhandelsqualität und größter Sortimentsvielfalt.

DEUTSCHLAND
TEST

**HÖCHSTES
VERTRAUEN**

VERBRAUCHERURTEIL

BRANCHENSIEGER BAUMÄRKTE
TEST (FOCUS 47/17)

www.deutschlandtest.de

FOCUS
MONEY